



82. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 24. Januar 2008

Mitteilungen der Präsidentin9579

1 Aktuelle Stunde

PFT-Umweltkandal: Schwere Manipulationsvorwürfe gegen Minister Uhlenberg

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6048.....9579

Johannes Remmel (GRÜNE)9579
9586

Friedhelm Ortgies (CDU).....9580

Norbert Römer (SPD).....9581

Holger Ellerbrock (FDP)9583

9588

Minister Eckhard Uhlenberg9584

9590

Hubert Schulte (CDU)9589

Svenja Schulze (SPD).....9591

2 Für mehr Personal in Justiz und im Jugendstrafvollzug – gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6003

In Verbindung mit:

Erfolgreiches Projekt der Jugendhilfe in Bedburg-Hau nicht gefährden – Jugendstrafrecht ist keine Spielwiese für Rechtspopulismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6005.....9592

Monika Düker (GRÜNE)9592

Ralf Jäger (SPD)9594

Peter Biesenbach (CDU) 9597

Dr. Robert Orth (FDP) 9599

Ministerin R. Müller-Piepenkötter 9601

Norbert Killewald (SPD)..... 9603

Hendrik Wüst (CDU) 9604

Horst Engel (FDP) 9606

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 9607

Rüdiger Sagel (fraktionslos) 9608

Minister Armin Laschet 9609

Harald Giebels (CDU)..... 9611

Ergebnis..... 9612

3 Empfehlungen der Werthebach-Kommission umsetzen – Gewalt in Justizvollzugsanstalten bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5775 9612

Frank Sichau (SPD)..... 9613

Harald Giebels (CDU)..... 9614

Dr. Robert Orth (FDP) 9615

Monika Düker (GRÜNE) 9616

Ministerin R. Müller-Piepenkötter 9617

Ergebnis..... 9618

4 Mehr Verantwortung – Mehr Freiheit Die Rolle der Kommunen in der Schulentwicklung stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5784 9618

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 9618

Josef Wilp (CDU) 9619

Ute Schäfer (SPD) 9620

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 9622

Ministerin Barbara Sommer 9623

Wolfgang Große Brömer (SPD)	9625
Klaus Kaiser (CDU)	9627
Ralf Witzel (FDP)	9629
Sigrid Beer (GRÜNE)	9631

Ergebnis.....9632

5 Bewährte Strukturen der Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen müssen erhalten bleiben!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4864

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/5796.....9632

Thomas Kutschaty (SPD)	9632
Harald Giebels (CDU)	9634
Dr. Robert Orth (FDP)	9635
Monika Düker (GRÜNE)	9635
Ministerin R. Müller-Piepenkötter	9636

Ergebnis.....9637

6 Klimaschutz in NRW

Große Anfrage 15
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4604

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/5094.....9637

Reiner Priggen (GRÜNE)	9638
Christian Weisbrich (CDU)	9639
Norbert Römer (SPD)	9642
Dietmar Brockes (FDP)	9644
Ministerin Christa Thoben	9645
Stefanie Wiegand (SPD)	9647
Holger Ellerbrock (FDP)	9648

Ergebnis.....9649

7 Klimaschutz konkret: Potenziale von Energieeinsparung und -effizienz erschließen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4234

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/5995..... 9649

Reiner Priggen (GRÜNE)	9649
Hubertus Fehring (CDU)	9650
Uwe Leuchtenberg (SPD)	9652
Dietmar Brockes (FDP)	9652
Ministerin Christa Thoben	9653

Ergebnis..... 9655

8 Klimaschutz konkret: Im Jahr 2020 müssen in NRW mindestens 25 % des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung produziert werden!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4855

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/5996..... 9655

Reiner Priggen (GRÜNE)	9655
Wilfried Grunendahl (CDU)	9656
Uwe Leuchtenberg (SPD)	9657
Dietmar Brockes (FDP)	9658
Ministerin Christa Thoben	9659

Ergebnis..... 9660

9 Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitstudie evaluieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5571

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/5979..... 9660

Andrea Asch (GRÜNE)	9660
Marie-Theres Kastner (CDU)	9661
Petra Schneppe (SPD)	9662
Christian Lindner (FDP)	9663
Minister Armin Laschet	9664

Ergebnis..... 9666

10 Innovationen für Klimaschutz und Arbeitsplätze fördern – Architekturausbildung reformieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6001.....9666

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).....9666
9670
Dr. Gerd Hachen (CDU)9667
André Stinka (SPD).....9668
Christian Lindner (FDP).....9669
Minister Dr. Ingo Wolf.....9669

Ergebnis.....9671

11 Treibhausgasemissionen bei Dienstreisen ausgleichen – Vorbildfunktion der öffentlichen Hand erfüllen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6000.....9671

Horst Becker (GRÜNE)9671
9676
Hannelore Brüning (CDU)9672
Bodo Wißen (SPD).....9673
Dietmar Brockes (FDP)9674
Ministerin Christa Thoben9675

Ergebnis..... 9676

Nächste Sitzung 9677

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 16:00 Uhr)
Minister Dr. Helmut Linssen
(ab 16:00 Uhr)
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Ministerin Barbara Sommer
(ab 14:00 Uhr)

Lothar Hegemann (CDU)
(bis 12:30 Uhr)
Ursula Monheim (CDU)
Manfred Palmen (CDU)
(ab 16:00 Uhr)

Margret Gottschlich (SPD)
Dieter Hilser (SPD)
Sören Link (SPD)
Edgar Moron (SPD)
Hans-Theodor Peschkes (SPD)
(ab 14:30 Uhr)
Gabriele Sikora (SPD)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 82. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **elf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben Geburtstagskinder unter uns. **Geburtstag** feiern heute **Barbara Steffens** – herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin! –

(Allgemeiner Beifall)

und **Wolfgang Jörg**; er wird heute 45 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde
PFT-Umweltskandal: Schwere Manipulationsvorwürfe gegen Minister Uhlenberg

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6048

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 21. Januar 2008 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu diesem aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines kann ich Ihnen direkt am Anfang versprechen: Die heutige Debatte über das Thema PFT wird nicht die letzte sein. Deshalb nicht „PFT von A bis Z“, sondern es geht heute zentral um die Vorwürfe gegen den zuständigen Minister. Hier und jetzt ist Gelegenheit, Ihre Gelegenheit, sich den schwerwiegenden Anwürfen zu stellen. Aber bitte keine Ausflüchte! Lassen Sie doch den Kampagnenvorwurf: die bösen Grünen Arm in Arm mit bösen Journalisten, die dem netten und lieben Minister

was wollen! Lassen Sie diese Vorwürfe einfach stecken! Ihr Dauerverweis auf Frau Höhn hilft heute auch nicht weiter.

Es geht um Ihre Verantwortung. Die üblichen Lobeslitaneien Ihrer guten Taten schaffen auch keinen einzigen Vorwurf aus der Welt. Die zentrale Frage ist und bleibt: Wer sind die Verursacher der PFT-Belastung in der gesamten Ruhr und damit auch der des Trinkwassers von 5 Millionen Menschen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Was sind die Vorwürfe?

Erstens. Informationen werden verweigert und verheimlicht. Warum, Herr Minister, ist eigentlich der Maulkorberlass an alle nachgeordneten Behörden einschließlich der Kreise und kreisfreien Städte mit ausdrücklichem Bezug auf meine Person immer noch in Kraft? Warum haben Sie bis heute die industriellen Indirekteileiter nicht genannt? Warum werden die Angaben über die belasteten Flächen nicht veröffentlicht? Warum müssen Journalisten ihre Informationsrechte über Verwaltungsgerichte einklagen? Warum haben Sie als Minister teure Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, die klären sollen, ob Abgeordnete bestimmte Informationen zu Ablaufwerten von Kläranlagen überhaupt bekommen dürfen? Und all das geschieht zu Zeiten von Informationsfreiheitsrecht und gestärkten Umweltinformationsrechten.

Zweitens. Daten werden frisiert, vertuscht und als Halbwahrheiten verbreitet. Warum zum Beispiel sind Ergebnisse einer umfangreichen Bodenuntersuchung von über 300 Flächen auf PFT im Kreis Soest nur in einer einzigen Zeile zusammengefasst veröffentlicht? Warum übermitteln Sie dem Parlament auf umfangreiche Kleine Anfragen meiner Fraktion am 20. Dezember bearbeitete Tabellen mit Durchschnittswerten über die PFT-Belastung bei Kläranlagen? Fast zeitgleich bekommt ein Journalist die Original-Rohdaten der Bezirksregierung Arnsberg.

Warum brauchen Abgeordnete bevormundete Interpretationshilfen? – Durchschnittswerte, meine Damen und Herren, sollen den Blick auf Spitzenbelastungen verstellen. Warum, Herr Minister, werden Messergebnisse der Frachtenbelastung in Brilon-Scharfenberg einfach ausgeblendet? Und warum lässt das Ministerium ganze Frachtenbetrachtungen kleiner Belastungen – immerhin 40 g in der Gesamtbelastung – einfach unter den Tisch fallen?

Drittens. Daten werden manipuliert und Falschmeldungen werden verbreitet. Mit der Veröffentli-

chung vom 20. Dezember 2007 verkündet der Umweltminister, die PFT-Belastung in der Ruhr habe um 68 g abgenommen, im Vergleich zur Gesamtbelastung von 215 g. Diese Meldung ist eindeutig falsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei genauer Analyse der Daten wird deutlich: Die Frachten sind zwar an einigen Stellen gesunken, an anderer Stelle sind wie jedoch entsprechend angestiegen. Es ist also ein Nullsummenspiel. Dies wird aber in der Information an die Öffentlichkeit und an den Landtag einfach weggelassen.

Geradezu skandalös ist die Pressemitteilung von Minister Uhlenberg vom 21. Januar 2008. Dort wird behauptet, die Gesamtfrachtbelastung der Ruhr betrage 147 g pro Tag. Uns liegen allerdings Daten des Ruhrverbandes vor, vom 9. Januar 2008: Am Messtag 10. Dezember 2008 beträgt die Gesamtbelastung der Ruhr 607 g.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

Also vier Mal so viel wie die offizielle Angabe des Ministers und über 25 Mal so viel wie die angeblich in Rede stehende, noch nicht sanierte Fläche in Brilon-Scharfenberg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Viertens. Wesentliche Hauptverursacher werden geschont und Trinkwasserverschmutzung wird in Kauf genommen. Seit über 20 Monaten ist der PFT-Umweltskandal in NRW immer noch nicht aufgeklärt. Aber warum werden Ruhrverband und die PFT-Betriebe, die fast täglich PFT in einer Größenordnung von 250 g in die Ruhr abgeben, seit 20 Monaten geschont? Warum werden Daten verheimlicht und nicht herausgegeben?

Noch im August 2007 hält Minister Uhlenberg die Größenordnung der Belastung durch die Kläranlagen für eine einprozentige Hintergrundbelastung. Sogar noch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Januar 2008 führt der Minister aus, dass wesentliche Teile der Belastung der Gewässer von den beaufschlagten Flächen stammen.

Uns wird jetzt klar – das ist der eigentliche Kern des Skandals und unserer Vorwürfe –: Die Belastung durch die Kläranlagen und damit auch durch die Indirekteinleiter sind dem Minister seit Dezember 2006 bekannt. Das heißt, zu einem Zeitpunkt, als der Minister öffentlichkeitswirksam die Sanierung der Flächen in Brilon-Scharfenberg eingeleitet und gleichzeitig die Wasserwerke ihre provisorischen PFT-Filter eigenmächtig abgeschaltet haben, lässt er – wohl wissend, dass die Kläranlagen Hauptverursacher sind – über ein

Dreivierteljahr lang tatenlos PFT in das Trinkwasser von Millionen Menschen im Ruhrgebiet gelangen.

Ich meine, Herr Minister, es wird Zeit, dass Sie für alles das jetzt endlich die Verantwortung übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute zum wiederholten Male über das Steckepferd von Herrn Remmel, über das Thema PFT. Herr Remmel, Sie haben eben angekündigt, dass Sie vorhaben, das noch einige Male im Parlament zu thematisieren.

Sie reden von Skandalen, von Verharmlosung, von Falschmeldung, von Irreführung. Es ist immer wieder dieselbe Leier, die abgezogen wird. Sie wollen eine parlamentarische Show abziehen, die zur Verunsicherung der Menschen führen soll.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir kümmern uns um die Menschen!)

Vor allen Dingen geschieht das alles, ohne die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Denn Fakt ist: Es besteht keine Gesundheitsgefahr. Das Herbeireden eines Skandals geht ins Leere. Wir werden diese Aktuelle Stunde nutzen, um aufzuklären und nicht weiter zu verunsichern, wie Sie das tun. Sie versuchen immer wieder, Umweltminister Uhlenberg zu diskreditieren und persönlich anzugreifen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Seine Arbeit, nicht seine Person!)

Sie tun so, als hätte Eckhard Uhlenberg persönlich das PFT auf den Acker gekippt. Was Sie hier abziehen, ist schon skandalös.

(Beifall von der CDU)

Die gesamte Diskussion seit 20 Monaten ist daraus entstanden, dass ein kriminelles Unternehmen den Acker als Müllkippe missbraucht und Profit herausgeschlagen hat. Das müssen wir besonders hart kritisieren. Ich sage aber auch ganz klar, dass dieser Minister Uhlenberg Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter bei der PFT-Bekämpfung gemacht hat. Kein anderes Bundesland ist in dieser Beziehung so weit wie wir. Sie brauchen nur ins Internet zu gucken, wie viele Veröffentlichungen zum Thema PFT gemacht worden sind.

Grund für die heutige Aktuelle Stunde ist ein Artikel der „Welt am Sonntag“ eines, wie man so schön sagt, gewöhnlich gut unterrichteten Journalisten mit den Vorwürfen an das MUNLV, es hätte verschiedene Daten manipuliert. Ich sage: Das ist falsch und eine verantwortungslose Verbrauchertäuschung. Ich werde gleich noch auf einige Punkte eingehen.

Mit diesem unverantwortlichen Theater schaden Sie auch dem Wirtschaftsstandort NRW und vielen mittelständischen Unternehmen, die PFT – das muss man einmal sagen – ganz legal benutzen dürfen.

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Haben Sie schon einmal etwas von Nachhaltigkeit gehört?)

Grundsätzlich muss man feststellen: PFT ist eine weltweit eingesetzte Substanz, die zum Beispiel in der Metallindustrie als Netzmittel benutzt wird, um Arbeitnehmer in galvanischen Betrieben vor giftigen Dämpfen zu schützen.

Die Anstrengungen des MUNLV bei der Bekämpfung von PFT haben Vorbildcharakter in Europa. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland überhaupt Ablaufwerte von Kläranlagen untersucht, um Einleiter zu identifizieren. Nordrhein-Westfalen hat als einziges Land eine PFT-Datenbank. In anderen Ländern wird erst gar nicht gemessen. Weiter möchte ich an das intensive Engagement erinnern, das Minister Uhlenberg beim Thema PFT an den Tag gelegt hat. Ich nenne die Arnsberger Vereinbarung und den Dialog „Wirtschaft und Umwelt“.

Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland eine Bundesratsinitiative zum Verbot von PFT eingeleitet. Die Wirtschaftsverbände haben sich für eine Reduzierung des Eintrags von PFT ins Gewässer verpflichtet. Das kann zum Beispiel auch die Suche nach alternativen Stoffen sein, denn Ziel muss es sein – das ist ganz klar –, das Problem an der Quelle zu bekämpfen. PFT darf gar nicht erst ins Trinkwasser gelangen. Das Ministerium führt hier regelmäßig Gespräche mit den betroffenen Unternehmen. Wir als CDU-Fraktion unterstützen ausdrücklich diesen klaren Kurs.

Ich möchte noch anmerken, dass alle Werte im Trinkwasser unter den vorgegebenen Grenzwerten liegen. Der vorgegebene Trinkwasserleitwert von 300 Nanogramm/l wurde nicht nur überall eingehalten, sondern sogar weit unterschritten. So lag die PFT-Konzentration der Ruhr im November 2007 bei 43 Nanogramm/l. Damit war die Konzentration nicht höher als in anderen Gewässern

Deutschlands. Ich sage noch einmal: Ziel ist sicherlich eine totale PFT-Freiheit. Aber Sie wissen auch, dass man mit den heutigen Untersuchungsmethoden sozusagen den Zuckerwürfel im Bodensee nachweisen kann.

Lassen Sie mich nun drei Bemerkungen zu dem besagten Artikel machen, der Anlass für die heutige Aktuelle Stunde war.

Die erste Behauptung in dem Artikel in der „Welt am Sonntag“ lautet:

„Die Daten eines Klärwerks in Brilon-Scharfenberg ... wurden offenbar gelöscht.“

Richtig ist: Diese Daten stehen für jedermann nachlesbar im Internet.

Die zweite Behauptung lautet, für das Klärwerk Werdohl weise das Ministerium 0 g/Tag aus. Tatsächlich betrage die Belastung aber 98,6 g/Tag.

Richtig ist: Im Internet wird eine Belastung von 98,6 g/Tag und eine Frachtreduzierung von 0 g angegeben. Der Journalist hat also schlichtweg nicht richtig gelesen.

Die dritte Behauptung lautet, der Minister habe im Internet dargestellt, es würden nun weniger als 500 g/Tag PFT in die Ruhr eingeleitet.

Richtig ist: Es steht zu lesen, dass die PFT-Einträge in alle Gewässer Nordrhein-Westfalens weniger als 500 g/Tag betragen.

Diese drei Falschmeldungen zeigen, auf welcher nachlässig recherchierten Basis Sie hier diese Verbrauchertäuschung betreiben, Herr Remmel.

(Beifall von der CDU)

Für mich ist erstaunlich, dass Sie ungeprüft diese Behauptungen der Zeitung „Welt am Sonntag“ übernehmen und hier eine Aktuelle Stunde inszenieren, die weder aktuell ist noch auf nachprüfbareren Fakten beruht. Sie haben sich schlicht und ergreifend blamiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ortgies. – Für die SPD spricht nun der Kollege Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist wichtig und gut, dass wir uns hier im Parlament wieder einmal mit dem Thema PFT beschäftigen. Es kommt darauf an, wie wir das tun. Deshalb gleich zu Anfang: Weder Skandalisierung noch Verharmlosung helfen in diesem Prozess

weiter. Ich weiß aus meinem Wahlkreis im Kreis Soest, wie groß die Verunsicherung der Menschen vor Ort und wie hoch der Bedarf an Information, an Aufklärung immer noch ist.

Die heutige Aktuelle Stunde gibt zugleich Gelegenheit, uns noch einmal zu vergewissern, was unsere Aufgabe als Abgeordnete bei diesem Thema ist. Wir müssen uns vor allem um die politischen Rahmenbedingungen kümmern. Die SPD-Fraktion hat in der PFT-Debatte immer besonderen Wert darauf gelegt, dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Höchstmaß an Transparenz geschaffen wird, damit sie die Zusammenhänge verstehen und nachvollziehen können. Auch die Informationen müssen verbraucherfreundlich sein. Das ist leider nicht immer der Fall. Ich komme darauf gleich zu sprechen.

Verbraucher interessieren sich weniger für die technischen Diskussionen um Gramm oder Nanogramm. Sie wollen vor allem sicher sein, dass sie zu Hause sauberes und gesundes Trinkwasser haben. Das ist der zentrale und entscheidende Punkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Minister Uhlenberg, es ist gut, dass Sie die vielen Listen mit vielen Einzelwerten zu Kläranlagen und Industriebetrieben im Internet veröffentlicht haben. Diese Zahlen müssen selbstverständlich auch stimmen. Ich hoffe, dass das so ist. Dieser Kritik müssen Sie sich selbstverständlich stellen. Ich gehe davon aus, dass Sie gleich das Notwendige dazu sagen.

Allerdings – das möchte ich anmerken – wird bei der Präsentation dieser Zahlen durch Ihr Haus erneut deutlich, dass Sie dabei eben nicht die Menschen direkt ansprechen und deshalb auch nicht erreichen können, sondern ein Fachpublikum. Das ist nicht verbraucherfreundlich. Aber gerade darauf kommt es doch an.

Auf Ihren Informationsseiten sucht man als Verbraucherin und Verbraucher immer noch vergeblich nach Orientierung, nach wirklicher Hilfe. Wer soll denn als Nichtchemiker oder als Nichthydrologe mit den vielen Hinweisen auf Gramm, Nanogramm, Gramm pro Tag oder Fracht und Konzentration klarkommen? Wer kann denn daraus erkennen, wie viel PFT sich im Wasser befindet und was nach der Filterung in den Kläranlagen dann noch ins Trinkwasser kommt?

Was Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, sind verständliche Informationen, ist eine klare Orientierung. Gute Beispiele dafür gibt es. Ein gutes Beispiel liefert der Ruhrverband. Auf der Home-

page des Ruhrverbandes sind alle Werte veröffentlicht. Zugleich wird aber auch erklärt, dass der Zielwert im Trinkwasser möglichst unter 0,1 Mikrogramm oder 100 Nanogramm sein soll. Zugleich ist anschaulich dargestellt, was ein Mikrogramm ist. So lassen sich Tabellen dann auch verstehen, ohne dass ein wissenschaftliches Studium vorausgesetzt wird.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie und wir wissen: Die zurückgehende PFT-Belastung ist noch kein Zeichen dafür, dass alle Probleme gelöst sind. Es sind immer noch Fragen offen.

Wir hatten in der letzten Debatte im August angemahnt, dass Sie ein Risikokataster erstellen sollen, aus dem ersichtlich wird, aus welchen Quellen PFT und andere Stoffe freigesetzt werden. Wir wissen, PFT ist ein wichtiger Stoff in diesem Zusammenhang, aber es geht nach wie vor auch um andere Stoffe. Von vielen Stoffen und von ihren Wirkungen wissen wir heute überhaupt nichts oder noch viel zu wenig.

Der PFT-Skandal – das ist wichtig in diesem Zusammenhang – ist aufgefliegen, weil ein unabhängiges Institut zufällig Analysen gemacht hat. Zufällig – also keine geplante Kontrolle. Das zeigt doch: Wir brauchen andere Vorgehensweisen. Wir brauchen ein systematisches Vorgehen. Wir brauchen deshalb – Herr Minister, versperren Sie sich da nicht – ein Risikokataster, damit man sieht, wer wo welche Stoffe ins Wasser einleitet.

Die Trinkwasserversorger und die Abwasserentsorger haben kaum Informationen darüber, was in ihrem Einzugsgebiet ins Wasser eingeleitet wird. Sie können deshalb auch nicht schnell und zielgerichtet handeln. Schaffen Sie also Herr Minister, hier Transparenz! Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass in Zukunft stärker und risikoorientiert analysiert werden kann!

Ihr Zahlenmaterial – das will ich einräumen – liefert erste Daten über PFT-Belastungen, die nicht von der Fläche aus Brilon stammen. Weitere Einleitungen – darauf kommt es dann an – müssen also verhindert werden. Dann braucht das PFT am Ende dieses Prozesses auch nicht mühsam und kostenintensiv herausgefiltert werden. Vorsorge ist hier allemal besser als Nachsorge.

(Beifall von der SPD)

Wir haben, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, als SPD-Fraktion immer auch die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick. Es kann nicht sein, dass wenige Einleiter das Wasser verschmutzen und alle Bür-

gerinnen und Bürger anschließend herangezogen werden, um mit ihren Abwassergebühren teure Technik zu bezahlen, die nötig ist, um das Wasser wieder zu reinigen. Hier muss – ich wiederhole das – an den Quellen angesetzt und bei den Ursachen begonnen werden.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir wollen das beste Trinkwasser für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, wir wollen aber auch langfristig bezahlbare Preise für Trinkwasser und für Abwasser haben. Da sind Umsicht, Augenmaß und konsequentes Handeln gefordert.

Herr Minister, nehmen Sie deshalb unsere Anregungen auf, verbessern Sie Ihre Informationspolitik, Ihre Kommunikation im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, und verbessern Sie die Chancen für eine schnellere und eine effektive Risikoanalyse! – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ausführungen des Kollegen Römer kann ich weitestgehend zustimmen.

Weder Skandalisierung noch Verharmlosung hilft. Skandalisierung wird von den Grünen betrieben, Verharmlosung machen wir nicht. Eine wichtige Botschaft, die wir unseren Mitbürgern sagen können, ist: Es gibt kein PFT-Problem im Trinkwasser. Die Menschen an Rhein und Ruhr können nach wie vor unser Lebensmittel Nummer eins genussvoll trinken. Es gibt kein PFT-Problem im Trinkwasser!

(Beifall von der FDP)

Alle Wasserwerke an der Ruhr erfüllen die von der Trinkwasserkommission vorgegebenen Werte. Der obere Leitwert – 0,3 Mikrogramm oder 300 Nanogramm – ist einmal überschritten worden. Danach sind die Werte gefallen; sie sind immer unterhalb dieses Wertes geblieben. Die Bürger können sicher sein: Unser Trinkwasser ist gut.

Meine Damen und Herren, wir erleben heute hier eine Wiederholung des Schauspiels „Biedermann und die Brandstifter“ mit dem Regisseur Johannes Rimmel. Er beklagt eine mangelnde Information.

Ich weiß nicht, ob Sie sich der Mühe unterzogen haben – mein Büro hat das gemacht: Vom

27. Dezember 2007 bis zum 16. Januar 2008 ist dieser Berg von Unterlagen entstanden. Das sind Antworten der Landesregierung auf Fragen an die Landesregierung im Zusammenhang mit PFT. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssten bei den nächsten Haushaltsberatungen überlegen, wie wir das mit der Personalausstattung in den Ministerien machen, wenn wir das weiterhin so durchführen wollen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Dann guckt man nach, welcher Inhalt das ist. Wenn das wichtige Inhalte wären, würde ich sagen: Ist in Ordnung. Aber hier feiert der Begriff Wiederholung in unterschiedlichen Facetten fröhliche Urständ.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Das sind also die Unterlagen vom 27. Dezember 2007 bis zum 16. Januar 2008. Kann das so richtig sein?

Dann werfen Sie diesem Minister vor, er würde das Parlament nicht hinreichend informieren. – Wir wissen, im Ausschuss ist die Information laufend geliefert worden. Meine Damen und Herren, einfach mal hineinsehen! Lesen ist Standortqualität. Selbst unter PISA-Gesichtspunkten müsste uns das möglich sein. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, es kann nicht richtig sein, dass hier emotionalisiert wird. Wir haben hier – dazu stehe ich, das sage ich deutlich – eine Landesregierung, in Person einen Minister, der sachliche Aufklärung betreibt und für eine rasche, zielgerichtete politische Steuerung, für zielgerichtetes Handeln steht. Das finde ich gut. Dazu stehe ich.

Jetzt wird auf schlimme Art und Weise versucht zu skandalisieren. Ich bitte Sie, Herr Kollege Rimmel, darüber nachzudenken. Ich hatte mit Frau Höhn viele Streitigkeiten, ich habe aber nie angezweifelt, dass die Daten, die veröffentlicht wurden, richtig waren.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

– Doch, doch, Herr Kuschke! Wir haben uns über die Interpretation der Daten unterhalten, das ist richtig. Ich habe aber nie einer Behörde unterstellt, dass sie wesentlich falsche Daten veröffentlicht. Das ist das Schlimme, was Kollege Rimmel hier behauptet hat. Er hat gesagt: eine Falschmeldung. Das heißt: bewusstes Handeln. Dass auch in einer Behörde ein Kommafehler, ein Zah-

lendreher vorkommen kann, das ist einfach menschlich. Da soll einer sagen: Mir passiert das nie.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Darum geht es nicht!)

Da wäre ich selbst vorsichtig. Aber hier bewusstes Handeln zu unterstellen – das zeigt die Denkweise. Hier wird versucht, mit einer Skandalisierung einen Minister persönlich zu treffen und zu verunglimpfen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es mag ja sein, dass es in das ideologisch gefärbte Weltbild der Grünen nicht hineinpasst, dass jemand anders als ein Grüner ein Umweltministerium erfolgreich führt.

(Beifall von FDP und CDU)

Es mag ja sein, dass es nicht in das ideologisch gefärbte Bild der Grünen hineinpasst, dass jemand mit einer anderen Couleur das Umweltministerium führt, der zudem noch Landwirt ist – das ist ja etwas ganz Schlimmes! –, und das auch noch erfolgreich macht. Nein, Kollege Remmel, das meine ich jetzt ausgesprochen persönlich: Das ist nicht der Stil, den ich von Ihnen kenne. Das kann nicht richtig sein.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich will hier jetzt auch nicht fragen: Wer hat die Bioabfallverordnung erlassen? Sie haben in Ihrem eigenen Laden im Hochsauerlandkreis genug Probleme, wo das ganz anders beurteilt wird. So etwas kann passieren.

Ich will jetzt auch nicht auf Frau Höhn zeigen. Das will ich auch nicht tun. Das ist alles passiert. Aber eines müssen wir doch zur Kenntnis nehmen: In der Aufarbeitung der PFT-Problematik ist das Land Nordrhein-Westfalen bundesweit der Vorreiter.

Ich gebe zu – was Sie fordern, Kollege Remmel oder Kollege Römer –: PFT gehört grundsätzlich, wenn wir neue Erkenntnisse haben, nicht ins Trinkwasser. War es nicht aber diese Landesregierung, war es nicht dieser Umweltminister, der versucht hat, auf europäischer Ebene dafür zu sorgen, dass in den entsprechenden Verordnungen PFT nicht mehr als Ausnahme behandelt wird? Haben wir nicht neue Untersuchungsmethoden eingeführt, die selbst von den Grünen in Baden-Württemberg als vorbildlich anerkannt werden? Daran kann man doch nicht vorbeigehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns überlegen, wie wir hier miteinander umgehen. Skandalisierung! Als Opposition muss man etwas holzschnittartiger argumentieren. Darauf zu antworten, habe ich noch gewisse Probleme; ich muss noch lernen, holzschnittartiger zu antworten. Das gebe ich gerne zu. Aber die persönliche Verunglimpfung, die hier mit „Falschmeldungen“ versucht wird – man muss sich den Begriff auf der Zunge zergehen lassen –, finde ich wirklich schlimm. Das finde ich ungehörig, das bedauere ich, und das gehört sich einfach nicht. Das muss man hier ganz einfach sagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Römer hat genauso wie der Kollege Ortgies darauf hingewiesen: PFT ist ein Mittel, das wir in vielfältiger Art verwenden. Wir suchen nach Substituten; das ist richtig, das muss auch weiter vorangetrieben werden. Das alles hat aber in der Sache nichts mit dieser persönlichen Verunglimpfung zu tun.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es geht um die Arbeit des Ministeriums!)

Im zweiten Teil will ich gerne noch mehr auf unsere sachliche Position eingehen. Mir liegt an – das glauben Sie mir bitte! – einem vernünftigen persönlichen Umgang miteinander. Wir mögen streiten, das ist völlig klar. Aber wir sollten uns in unserer persönlichen Reputation wirklich achten. Ich versuche laufend, mich daran zu halten, ich bemühe mich. Aber wenn hier systematisch gesagt wird, die Information ist mangelhaft, dann zeige ich nur dieses Paket. Und das ist einfach beschämend. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh über diese Aktuelle Stunde. Sie gibt mir Gelegenheit, dem Landtag und den Bürgern von Nordrhein-Westfalen zu erläutern, was die Landesregierung unternommen und erreicht hat, seit wir im September 2006 erstmals von den PFT-Problemen in unseren Gewässern erfahren haben.

Sie gibt mir aber auch Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu den ungeheuerlichen Unterstellungen

und Verleumdungen, die zu Wochenbeginn von interessierter Seite in die Welt, genauer gesagt: in die „Welt am Sonntag“ gesetzt wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es mittlerweile nicht mehr mit einem Giftskandal zu tun, sondern mit einem Skandal im öffentlichen Umgang mit diesem Thema. Ich habe bei diesem Problem von Anfang an eine Politik der umfassenden und lückenlosen Information und Aufklärung betrieben. Ich habe in den vergangenen zwei Jahren intensiv über das Thema PFT berichtet. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, 151 PFT-Dokumente des Landtages, die vom Ministerium zur Verfügung gestellt worden sind, belegen dies. Auf der Internetseite meines Ministeriums gibt es in diesem Umfang einzigartiges Datenmaterial.

(Zustimmung von der CDU)

Angesichts dieser beispiellosen Transparenz und Offenheit werden Sie verstehen, meine Damen und Herren, dass ich die Vorwürfe der Fälschung, Irreführung und Vertuschung hier ganz entschieden zurückweisen muss.

(Beifall von der CDU)

Diese ehrabschneidenden Behauptungen sind grotesk und völlig aus der Luft gegriffen. Mein Haus hat zu keiner Zeit – wir haben auch überhaupt kein Interesse daran – irgendwelche Daten manipuliert oder Erkenntnisse beschönigt. Dazu hätte es angesichts der Erfolge, die wir bei diesem Thema haben, auch keinen Grund gegeben.

Auch heute besteht meine Aufgabe darin, das Parlament und die Öffentlichkeit sachlich und objektiv zu informieren – ganz im Gegenteil zu den Grünen, die sich dazu entschlossen haben, die Menschen weiter zu verunsichern und mit den Ängsten der Menschen zu spielen.

Meine Damen und Herren, was sind die entscheidenden Fakten? Überall in Nordrhein-Westfalen – auch an der Ruhr – halten die Wasserwerke den strengen und eigentlich erst langfristig zu erreichenden Zielwert von 100 Nanogramm pro Liter Trinkwasser für PFT ein und liegen damit weit unter dem Leitwert von 300 Nanogramm, der bei lebenslanger Aufnahme als gesundheitlich unbedenklich gilt. Das ist aus Sicht der Verbraucher das Wichtigste. Und es ist ein großer Erfolg, den Sie dem Umweltminister nicht zugetraut haben und auch nicht gönnen. Genau deshalb greifen Sie so verzweifelt nach jedem Strohalm, den Sie in irgendeinem Klärwerk zu entdecken glauben. Herr Remmel, ich meine, Sie haben einfach Lust auf schlechtes Wasser.

(Beifall von CDU und FDP)

Fakt ist weiterhin, dass es heute in der Ruhr keine höhere PFT-Konzentration gibt als in anderen Gewässern in Deutschland. Sie ist als Folge der von mir verfügteten Maßnahmen so weit zurückgegangen, dass auch hier der ehrgeizige Trinkwasserzielwert von 100 Nanogramm erreicht und teilweise deutlich unterschritten wird. Im Durchschnitt liegt die PFT-Konzentration in der Ruhr bei 50 Nanogramm pro Liter. Zum Vergleich: in der Weser bei 70, in der Lippe bei 47, in der Donau bei 50, im Inn bei 100 und in der Ilz sogar bei 8.000 Nanogramm pro Liter. Wo, meine Damen und Herren, wollen Sie hier eigentlich einen nordrhein-westfälischen Skandal entdecken?

Demzufolge gibt es heute kein spezifisches PFT-Problem in der Ruhr. Diese Feststellung treffen unabhängig voneinander die Wasserwerke an der Ruhr, der Ruhrverband, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz sowie wissenschaftliche Institutionen wie die Trinkwasserkommission des Bundes, die RWTH Aachen oder das Rheinisch-Westfälische Institut für Wasserforschung.

Wir haben es geschafft, in relativ kurzer Zeit zu diesen erfreulichen Werten zu kommen? Die im Juni 2006 festgestellte und veröffentlichte erhöhte PFT-Konzentration in Ruhr und Möhne sowie vereinzelt im Trinkwasser entlang der Ruhr hat mein Haus zum Anlass genommen, die spezifischen Probleme im Ruhreinzugsgebiet zu untersuchen und Lösungen auf den Weg zu bringen und flächendeckend in Nordrhein-Westfalen PFT-Emissionen zu ermitteln und Maßnahmen zu ergreifen. Im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stand immer und steht auch heute noch, eine einwandfreie Trinkwasserversorgung aus der Ruhr sicherzustellen. Hierfür ist die Konzentration von PFT im Trinkwasser und im Ruhrwasser als Quelle für die Wasserversorgung das ausschlaggebende Kriterium.

Gleich nach Bekanntwerden der erhöhten PFT-Konzentration wurde im einzigen Wasserwerk an Ruhr und Möhne, das den lebenslang duldbaren Leitwert von 300 Nanogramm pro Liter überschritt, eine Aktivkohleanlage installiert, mit der PFT eliminiert und die bis heute erfolgreich betrieben wird. Zahlreiche weitere von meinem Haus veranlasste Untersuchungen und Maßnahmen zur Aufklärung und Verbesserung der Situation folgten.

Meine Damen und Herren, als wesentliche Ursache des PFT-Eintrages in die Bäche stellte sich heraus, dass offenbar mit krimineller Energie – wie es der Kollege Ortgies eben beschrieben hat – jah-

relang belastetes Material – jahrelang! – auf landwirtschaftlichen Flächen entsorgt wurde. Hier mussten rasch Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die im Februar 2007 begonnene Sanierung der belasteten Flächen in Brilon-Scharfenberg hat zu einer massiven Senkung der PFT-Belastung in der Möhne geführt. Das zeigen die Messwerte eindeutig.

Natürlich haben wir unsere Aktivitäten nicht nur auf die Einzugsbereiche von Ruhr und Möhne beschränkt. Nein! Um das Übel bei der Wurzel zu packen, haben wir unsere Untersuchungen in alle Richtungen und auf das gesamte Land ausgeweitet. Wir haben hier teilweise Grundlagenforschung betrieben und damit Erkenntnisse gewonnen und Maßnahmen eingeleitet, die vermutlich in ganz Europa, mindestens in ganz Deutschland ohne Beispiel sind. Dies haben die Kollegen eben schon deutlich gemacht.

(Beifall von der CDU)

Zu welchen Ergebnissen haben diese Anstrengungen Nordrhein-Westfalens geführt? In Nordrhein-Westfalen wurde erstmalig in Deutschland eine Vereinbarung mit der Industrie abgeschlossen, um PFT-Einträge in die Gewässer abzusenkten. Das gibt es sonst nirgendwo in Deutschland, meine Damen und Herren.

In Nordrhein-Westfalen wurde erstmalig in Deutschland ein Zielwert für PFT definiert. Sowohl in Gewässern als auch bei Abwassereinleitungen in Gewässer wird eine PFT-Konzentration von weniger als 300 Nanogramm pro Liter angestrebt. Das ist der Wert, der beim Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gilt.

In Nordrhein-Westfalen wurde erstmals in Deutschland definiert, dass Klärschlämme mit PFT-Konzentrationen von mehr als 100 Mikrogramm pro Kilogramm nicht landwirtschaftlich oder landbaulich verwertet werden dürfen.

In Nordrhein-Westfalen wurde erstmalig in Deutschland vorgegeben, dass PFT-haltige Feuerlöschschäume nur noch zur konkreten Gefahrenabwehr eingesetzt werden dürfen.

Und in Nordrhein-Westfalen wurden erstmals in Deutschland bei allen relevanten kommunalen und industriellen Einleitungen veranlasst, PFT-Untersuchungen durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Hebel überall dort angesetzt, wo es notwendig war: zunächst auf den Flächen, insbesondere auf der Fläche in Brilon-Scharfenberg, und dann natürlich bei den Industrieeinleitern in Nordrhein-Westfalen, denen man allerdings recht-

lich keinen Vorwurf machen kann, weil PFT nicht verboten war. Wir wollten nicht die Namen der Firmen nennen und sie damit an den Pranger stellen – so wollen Sie es immer machen, Herr Remmel –, um keine Arbeitsplätze zu gefährden.

Wir gehen vielmehr einen anderen Weg: Wir sprechen mit jedem einzelnen Unternehmen, ob es nicht eine Alternative zu dem Verfahren gibt, mit dem es seine Abwässer einleitet. Wir haben in diesem Bereich große Fortschritte.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich fasse zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es gibt in Nordrhein-Westfalen heute kein PFT-Problem im Trinkwasser; das steht auch in keinem einzigen Satz in diesem Artikel aus der „Welt am Sonntag“. Es gibt heute kein spezifisches PFT-Problem in der Ruhr. Flächendeckend konnten deutliche Verminderungen des PFT-Eintrages in die Gewässer erreicht werden. Und Nordrhein-Westfalen hat in Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Verminderung der PFT-Einträge in die Gewässer. Alle PFT-Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen werden transparent dargestellt.

Die Fälscher und Verdreher und die Ahnungslosen – meine Damen und Herren, ich muss das mal in aller Deutlichkeit sagen – sitzen nicht im Umweltministerium. Herr Remmel, Ihnen geht es gar nicht darum, ein Problem zu lösen. Sie wollen lediglich den Minister – dies haben die Abgeordneten Ellerbrock und Ortgies schon gesagt – in Misskredit bringen. Deshalb starten Sie und Ihre Helfer bei der „Welt am Sonntag“ alle paar Wochen eine neue Rakete, die aber immer wieder in Ihren eigenen Reihen landet.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Ich werde auch weiterhin nicht zulassen, dass die konsequenten, weitsichtigen und erfolgreichen Anstrengungen der Landesregierung und vor allem das Engagement und die Leistung von vielen hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ihnen als Skandal umgedeutet und denunziert werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist

oft in solchen Debatten so: Wenn es um die Aufklärung von Sachverhalten geht, dann wird einem vorgeworfen, man wolle Personen beschädigen. Ich will das hier noch einmal klarstellen: Es geht um die Politik dieses Hauses!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, besonders wenn es um das Trinkwasser von Millionen Menschen geht, an dieser Stelle ausgesprochen kritisch nachzufragen. Herr Uhlenberg, aber auch Herr Ortgies und Herr Ellerbrock, Sie haben zu keinem unserer Vorwürfe in irgendeiner Weise dezidiert Stellung genommen.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Beantworten Sie doch allein die beiden Fragen!

Wenn man Zahlen in die Öffentlichkeit setzt, dann ist es doch selbstverständlich, dass man diese Zahlen hinterfragt. Sie haben mit Pressemitteilung vom 20. Dezember 2007 behauptet, die PFT-Fracht in der Ruhr habe um 68 Gramm abgenommen. Ausweislich der Zahlen ist das aber nicht der Fall; die PFT-Fracht hat zugenommen! Wie soll man das denn anders interpretieren, als dass an den Zahlen herumgedoktert worden ist?

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Und mit Pressemitteilung vom 21. Januar 2008 behaupten Sie, die Gesamtbelastung der Ruhr liegt bei 147 Gramm pro Tag. Der Ruhrverband veröffentlicht eine Tabelle, in der 607 Gramm ausgewiesen sind. Wie passen die Zahlen zusammen? Auch dazu haben Sie hier heute nichts gesagt.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Dann ist es geradezu zynisch, zu sagen, die Situation an der Ruhr sei vergleichbar mit der Gewässersituation in ganz Deutschland. Es gibt einen entscheidenden Unterschied: In Nordrhein-Westfalen wird aus dem Wasser der Ruhr Trinkwasser gewonnen. Deshalb muss hinsichtlich der Belastung dieses Gewässers ganz besondere Sorgfalt an den Tag gelegt werden. Klar ist: Kurz vor den Stellen, an denen Trinkwasser gewonnen wird, leiten Kläranlagen PFT über Indirekteinleiter in die Ruhr ein. Da sind die Zusammenhänge zu konstruieren: Einleitung aus Kläranlagen in die Ruhr schlägt direkt ins Trinkwasser durch. Das lässt sich anhand von Zahlen eindeutig nachweisen. Darauf, Herr Minister, sollten Sie eine Antwort geben.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Dann bin ich auch bei dem Punkt, warum zumindest ich annehme, dass es ein solches Problem ist, das offen zu thematisieren. Sie haben heute schon wieder gesagt, die wesentliche Ursache ist die Beaufschlagung der Felder.

(Widerspruch von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Das haben Sie eben wortwörtlich gesagt!

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das habe ich nicht gesagt!)

Das geben die Zahlen nicht her. Das ist nicht so. Die wesentliche Ursache sind industrielle Indirekteinleiter und Kläranlagen. Dann muss man offen darüber reden, wie man damit umgeht.

Jetzt – Gott sei Dank! – investieren die Wasserwerke. Die mit Gelsenwasser verbundenen Wasserwerke haben erklärt, sie wollen in ihre Trinkwasseraufbereitung investieren, damit die Menschen an der Ruhr die gleiche Qualität bekommen wie die Menschen am Rhein. Ich finde das richtig und begrüße das. Die Stadtwerke in Fröndenberg wollen investieren. Richtig! Die Stadtwerke in Arnsberg wollen investieren. Das ist richtig! Aber es geht doch auch um die Frage: Wer soll das bezahlen? Letztlich – das ist die Frage, die hier im Raum steht – könnte es sein, dass das wieder bei den Verbraucherinnen und Verbraucher hängenbleibt. Deshalb ist es so wichtig, zu diskutieren, wer die Hauptverursacherinnen und -verursacher sind. An diese Frage trauen Sie sich nicht heran; denn dann müssten Sie sich mit der Industrie und den anderen Verursachern auseinandersetzen.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Dann müssten Sie die Kostenfrage diskutieren. Das steht jetzt im Raum. Dazu erwarte ich hier und heute von Ihnen eine Stellungnahme. Ich frage Sie auch, warum es über ein Jahr gedauert hat, nachdem diese Zahlen und Fakten in Ihrem Haus bekannt waren, bis es halbwegs eine Diskussion in der Öffentlichkeit gegeben hat. Das ist unsere Aufgabe als Parlament.

Sie jedenfalls haben wieder Abweichungen und wolkige Lobeshymnen über Ihre Politik verkündet. Da hilft es auch nicht, eine Kampagne zu vermuten, die die Grünen Hand in Hand mit der Springerpresse machen.

(Heiterkeit von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mein Gott, wo sind wir denn? Da fehlt nur noch der iranische Geheimdienst. Den haben Sie vergessen.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also: Beschäftigen Sie sich mit den Fakten! Nehmen Sie Stellung zu der Frage, warum die Zahlen nicht stimmen! Und was sagen Sie zu den Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Eckhard Uhlenberg: Gerade ist aber nur wenig übriggeblieben!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Rimmel. – Herr Ellerbrock, bitte.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Herr Rimmel, das war aber schwach!)

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Rimmel, bei den konkreten Zahlen zur PFT-Fracht – 147 zu 607 – handelt es sich um ein Detailproblem.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist ein wesentliches Problem!)

Ich bin sicher, dass der Minister darauf eingeht.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Nein!)

Das ist jetzt nicht meine Baustelle. Meine Baustelle sind die politischen Rahmenbedingungen. Ich halte noch einmal fest – vielleicht habe ich das eben nicht deutlich genug ausgedrückt –: Wir haben kein PFT-Problem beim Trinkwasser. Das Trinkwasser von Rhein und Ruhr ist in Ordnung.

Vielleicht darf ich noch einmal zitieren – ich erlaube mir jetzt zum dritten Mal, das Umweltbundesamt zu zitieren –:

„Die bisherigen PFC-Funde im Trinkwasser geben nach aktuellem Kenntnisstand keinen Anlass zu einer gesundheitlichen Besorgnis. Der von der Kommission bereits 2006 empfohlene Trinkwasserleitwert in Höhe von 0,3 Mikrogramm/Liter“

– das ist der duldbare Wert bei lebenslanger Einnahme –

„schützt nach wie vor alle Bevölkerungsgruppen.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Wir haben dem Bürger gegenüber Fragen zu beantworten. Sie haben Fragen gestellt. Sie sagen, zwar liege die unmittelbare Verantwortung für die Trinkwasserqualität nach wie vor bei den Wasserversorgern, wir aber hätten die Rahmenbedingungen zu setzen. Da stimme ich Ihnen zu. Deswegen ist es doch richtig, dass wir überlegen, wie wir

angemessen die diffusen Einträge von gesundheitsgefährdenden Stoffen in Gewässer minimieren können.

Ich mache mir deswegen so viel Mühe, weil ich darin ein strukturelles Problem sehe. Ich hoffe, dass wir aufgrund des wissenschaftlichen Fortschritts morgen verbesserte Analysemethoden haben, um Stoffe zu finden, die wir nicht im Trinkwasser haben wollen. Dann gibt es die Möglichkeit, das zu skandalisieren – wir werden zwar immer älter –, oder aber wir gehen mit kühlem Kopf und Verstand daran; und das möchte ich.

Dann ist es die Frage: Wie entwickeln wir unsere Trinkwasseraufbereitungstechnik? Das sind technische Fragen. Im Hinblick auf Ihre Forderung, die diffusen Einträge zu minimieren, hat Herr Uhlenberg doch eben deutlich gemacht: Wir machen es anders als Sie. Wir sagen nicht nach dem Rasenmäherprinzip: Wir machen eine Verordnung, und das Problem ist gelöst. Damit sind Sie in Ihrer Umweltpolitik gescheitert. Wir machen es anders. Wir führen Einzelgespräche: Welche Substitute kann man betriebsbezogen einsetzen, damit PFT minimiert wird? Das ist der richtige Weg, der auch erfolgreich ist. Das ist besser als die Rasenmähermethode.

Auf den Kollegen Römer bin ich nicht eingegangen; das wurde eben schon angesprochen. Ich habe gestern im Zusammenhang mit der Kohlenmonoxidleitung gesagt: All die Diskussionen zeigen, dass Betriebe wie auch Behörden und Politik den Begriff Kommunikation anders auffassen, dass wir da noch nachbessern und lernen müssen. Daraus kann man aber keinen Vorwurf basteln, dass es zum Beispiel der Ruhrverband besser macht. Vielleicht können wir daraus lernen. Das finde ich gut. Warum soll man nicht das, was andere besser machen, übernehmen? Aber es kann doch kein Vorwurf gemacht werden, dass irgendetwas zurückgehalten, dass etwas gefälscht worden sei. Tricksen, tarnen, täuschen – das stimmt doch nicht!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Woher wissen Sie das?)

Was soll der Minister denn mehr machen, als all diese Daten ins Netz einzustellen, im Ausschuss darzustellen und hier noch einmal deutlich zu machen und fachlich kompetent zu interpretieren? Was soll er denn noch machen?

(Heike Gebhard [SPD]: Die Widersprüche klären! – Minister Eckhard Uhlenberg: Es gibt keine Widersprüche!)

Frau Höhn hätte nicht so viel gemacht – das halten wir einmal fest – trotz aller Ahnung. Das muss man deutlich sagen.

(Beifall von FDP und CDU)

Deswegen: Bitte keine Wiederholung – zum neunten Mal – der Aufführung „Biedermann und die Brandstifter, der Umweltminister und PFT, der selbst ernannte Retter in der Not, Johannes Rimmel“! Bitte nicht! – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Der Kollege Hubert Schulte hat nun das Wort.

Hubert Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die massiven Vorwürfe von Herrn Rimmel kann man so nicht stehen lassen. Herr Rimmel, wir haben kein Trinkwasserproblem.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Nie gehabt!)

Unser Trinkwasser ist sauber. Sie können anscheinend nicht die Abwässer von Kläranlagen und Trinkwasser unterscheiden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Dann brauchen Sie doch nicht zu investieren! Warum investieren Sie dann?)

Ich möchte darauf hinweisen, dass vor zwei Jahren noch keiner über PFT gesprochen hat. Dabei ist diese Chemikalie – wie es vorhin schon verschiedentlich hieß – weltweit bereits jahrelang im Einsatz. Es ist davon auszugehen, dass auch schon jahrelang PFT in die Gewässer gekommen ist. Nur, wenn man nicht misst, erhält man auch kein Messergebnis.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das haben die immer gemessen!)

Das soll jetzt kein Vorwurf an die ehemalige Landesregierung und die seinerzeitige Umweltministerin sein. Nur: Sie hat nicht gemessen und dementsprechend auch keine Werte gehabt.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Ursache für den PFT-Eintrag war – ziemlich schnell feststellbar – die Klärschlammablagerung; ganz klar eine kriminelle Vorgehensweise. Der Umweltminister hätte sagen können: Wir haben die Ursache lokalisiert, und damit ist Schluss. – Aber so ist unser Umweltminister nicht vorgegangen, sondern er hat die Ursache festgestellt, dass es nämlich noch weitere Einleiter gibt. Er ist das Problem von Nordrhein-Westfalen aus angegan-

gen, ein Problem, das nicht nur landesweit ansteht, sondern auch bundes- und europaweit. Die entsprechenden Lösungsmöglichkeiten sind mit den Betrieben in Angriff genommen worden. Die ersten Versuche, PFT durch Substitute zu ersetzen, laufen schon. Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist klar.

Noch einmal: Dieses Problem steht seit zwei Jahren zur Lösung an, und es ist deutlich nach vorne hin der Lösung zugeführt worden. Die Betonung liegt auf: mit den Betrieben. Denn es gibt keine Möglichkeit, Zwang auszuüben, weder landes- noch bundesweit.

Ich finde es schon anmaßend, dass ausgerechnet der Initiator der Aufklärung, der Messungen und der Lösungsmöglichkeiten hier dargestellt wird, als wenn er etwas manipulieren will. Er hat die entsprechenden Messungen veranlasst. Warum sollte ausgerechnet der Veranlasser, der Auftraggeber dieser Messungen Manipulationen ausüben?

Man hat langsam das Gefühl: Je mehr Informationen Sie bekommen, Herr Kollege Rimmel, umso undeutlicher wird das, was bei Ihnen ankommt. Sie sind wahrscheinlich nicht in der Lage, die entsprechenden Veröffentlichungen zu deuten und zu werten.

Aber vielleicht sollten wir auf den Punkt der Sache kommen, denn die Kernaussage ist eine ganz andere: Es geht den Grünen klar und deutlich um die Verunsicherung der Bevölkerung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir kümmern uns um die Dinge!)

Es geht nicht um entsprechende Informationen und Klärung. Die haben Sie mittlerweile zur Gänze bekommen. Kollege Ellerbrock hat den Wust an Papieren hier dargestellt – alles auf Ihre Initiative hin. Sie haben die Antworten erhalten. Es geht anscheinend mehr darum, eine Schlagzeile zu bekommen; von einer vernünftigen Pressearbeit kann nicht die Rede sein. Dabei ist Ihnen egal, welche Manipulationsvorwürfe, welche Ungechtigkeiten Sie anbringen.

(Beifall von der CDU)

Die Schlagzeile ist für Sie so wichtig, dass Sie alles andere darüber vergessen, immer nach dem Motto – frei übersetzt –: Wenn man mit Dreck wirft, bleibt wahrscheinlich etwas hängen. Das ist Ihre Maxime. Wäre dem nicht so, dann würden die Grünen die bisher gute Arbeit des Umweltministers und des Umweltministeriums loben und anerkennen. Aber dazu fehlt Ihnen die Größe. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Schulte. – Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Minister noch einmal. Bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Remmel, was ist von Ihren ungeheuren Vorwürfen bei diesem Auftritt eben denn geblieben? – So gut wie nichts!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Sie sagen, dass Sie keine Information bekommen. – Seit dem Jahre 2006, seit wir über PFT reden, sind dem Parlament alle Informationen zur Verfügung gestellt worden. Der Abgeordnete Ellerbrock und ich haben die entsprechenden Zahlen genannt. Sie können alles nachlesen. Im Internet sind sogar die Direktleiter aufgeführt.

Die Namen der Firmen will ich natürlich nicht herausgeben. Die Gründe dafür habe ich hier mehrmals dargelegt. Ich möchte keine Leute an den Pranger stellen, die auf einer klaren gesetzlichen Grundlage gehandelt haben. Ich will keine Arbeitsplätze gefährden. Wir arbeiten aber an der Lösung des Problems in den einzelnen Betrieben.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Bei Ihnen gibt es ein probates Mittel, das zu der Verunsicherung und den Ängsten, die Sie bei den Menschen schüren, beitragen soll. Es geht immer um Frachten und um Zielwerte. Nachdem wir die Zielwerte von 100 Nanogramm jetzt überall erreicht haben, bringen Sie das bewusst – Sie sind ja Fachmann auf diesem Gebiet – völlig durcheinander und sprechen jetzt von den Frachten. Die Frachten können natürlich noch unterschiedlich sein, weil die Maßnahmen in den einzelnen Betrieben noch nicht überall greifen.

Der Verbraucher in Mülheim, der sauberes Trinkwasser haben will, interessiert sich aber nicht für die Fracht, die in Dortmund eingeleitet wird – die auch schwanken kann; da gibt es unterschiedliche Erfolge –, sondern dafür, dass er sauberes Trinkwasser bekommt.

Und das ist die Botschaft des heutigen Tages: Das Trinkwasser an der Ruhr ist in Ordnung – wie das Trinkwasser überall in Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie. Deswegen reden Sie immer wieder von Frachten, um hier zu einer Verunsicherung beizutragen.

Die Frachten sind jetzt zurückgegangen. Sie werden in der nächsten Zeit weiter zurückgehen, und zwar in der Schnelligkeit, in der die Sanierung der Fläche in Brilon-Scharfenberg voranschreitet und in der sinnvolle Maßnahmen bei den Direktleitern getroffen werden, um den PFT-Eintrag zu reduzieren.

Den Vorgang, der in diesem Zusammenhang in den Firmen abläuft, gibt es auch nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wir stehen jetzt aber an der Spitze aller Bundesländer, um den PFT-Eintrag in den Firmen zu reduzieren. PFT ist ja kein nordrhein-westfälisches Thema, sondern ein Thema, das in allen Bundesländern und auch europaweit eine Rolle spielt.

Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir vor dem Hintergrund der Fläche in Brilon-Scharfenberg eine besondere Situation. Daran arbeiten wir. Wir arbeiten auch daran, den PFT-Eintrag in den einzelnen Firmen gemeinsam mit den Unternehmen zu reduzieren; denn wir verfügen hier über viele Erkenntnisse und haben in Deutschland inzwischen eine Vorreiterrolle übernommen.

Nun zur Frage, wer das Ganze bezahlen soll: Die Firmen bezahlen selbstverständlich den Teil der Maßnahmen der technischen Verbesserung, der in ihrer jeweiligen Firma stattfindet. Daran haben sie auch selber ein großes Interesse.

Der Steuerzahler hat sich natürlich auch an der Finanzierung der PFT-Problematik beteiligt. Übrigens hoffe ich in Bezug auf die 1 Million €, die der Finanzminister mir zur Verfügung gestellt hat, um die Fläche in Brilon-Scharfenberg zu sanieren, immer noch auf eine Entscheidung der Gerichte dahin gehend, dass die wirklichen Verursacher diesen Betrag bezahlen müssen.

Darüber hinaus ist der Steuerzahler bzw. Gebührenzahler durch den höheren Aufwand, den die Wasserwerke in Nordrhein-Westfalen betreiben, zum Beispiel durch den Einbau von Aktivkohlefiltern, an der Finanzierung dieser Maßnahmen beteiligt.

Meine Damen und Herren, ich kann da heute auch keine Entwarnung geben. Wir haben das Thema PFT in Nordrhein-Westfalen weit aufbereitet. Das hat der Abgeordnete Römer eben auch angesprochen. Vor dem Hintergrund von immer besseren Analyseverfahren – und das ist eine positive Entwicklung – wird uns in der nächsten Zeit natürlich ein weiteres Thema beschäftigen, nämlich die Arzneimittel im Trinkwasser.

Erfreulicherweise wird unsere Gesellschaft immer älter. Das führt dazu, dass wir in bestimmten Re-

gionen besondere Konzentrationen verzeichnen. Weil viele Menschen auch zu Hause älter werden und dort solche Arzneimittel einnehmen, haben wir auch landesweit ein besonderes Problem, was die Frage der Arzneimittel im Trinkwasser betrifft. Hier müssen wir jetzt auch besondere Antworten geben.

Das ist der Teil, mit dem man sich sachlich auseinandersetzen kann und über den man sachlich streiten kann. Daran habe ich auch wirklich Freude. Allerdings ist das Ganze eine Kampagne geworden. Unter dem Stichwort Ruhrbarone ist ja sogar eine Internetseite eingerichtet worden. Ich möchte Ihnen einmal kurz vorlesen, was auf der Internetseite www.ruhrbarone.de so alles steht. Dort kommt in einem sehr lesenswerten Erlebnisbericht Folgendes zum Ausdruck:

Es ist die Rede von einem Minister, der monatelang Quatsch erzählt und Informanten einschüchtert, von einer Verseuchung der Ruhr mit einem Scheißcocktail, von unbescholtenen Firmen als Typen, die schon das Abwasser bezahlt haben, und von Uhlenberg, der weiter auf seinen Sündenbock im Sauerland setzt – im Vertrauen auf die Doofheit der Leute, die den Dreck saufen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: ein Stück abrüsten; ein Stück mehr die wirklichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Auge behalten.

Ich fordere Sie alle sehr herzlich auf, uns an dieser Stelle zu unterstützen. Ich meine auch, hier neben der Unterstützung der Koalitionsfraktionen auch ein Stück Unterstützung aus weiten Teilen des Landtags von Nordrhein-Westfalen für die Politik der Landesregierung herausgehört zu haben – bei aller Vorsicht natürlich; man darf einer Oppositionsfraktion da auch nicht zu nahe treten; ich will das Geschäft der Opposition auch nicht erschweren; ich selber habe ja auch 20 Jahre Oppositionsarbeit betrieben.

Wir werden weiter alle Anstrengungen unternehmen, um das PFT-Problem und andere Probleme, die wir im Zusammenhang mit der Wasserpolitik in Nordrhein-Westfalen haben, zu lösen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Schulze gemeldet.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Minister Uhlenberg, ich bin Ihnen sehr

dankbar, dass Sie gerade noch einmal gesagt haben, dass man bei diesem Thema keine Entwarnung geben kann. Dann sollten wir das hier im Parlament auch nicht tun. Und das, was Sie hier machen, Herr Ellerbrock und Herr Schulte, ist Verharmlosen und Entwarnung-Geben. So kann man mit einem derart wichtigen Thema nicht umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Für die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen wir Transparenz. Es muss für sie klar sein, ob sie das Trinkwasser, das aus dem Hahn kommt, trinken können. Die Experten und wir alle hier wissen, dass das so ist. Das Trinkwasser ist sauber; es ist trinkbar; es ist gut. Das muss aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher klar werden. Wir haben hier keinen freien Markt mit der Möglichkeit: Bevor ich den Hahn aufdrehe, mache ich ein bisschen Preselection und suche mir den Anbieter aus. Das ist im Wasserbereich nicht möglich.

Deswegen brauchen wir da mehr Transparenz. Dies ist die Aufforderung an alle, auch an das Parlament, noch stärker dafür zu sorgen. Diese Aufforderung richtet sich aber auch an das Ministerium. Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen: Machen Sie das auf Ihren Seiten transparenter! Schaffen Sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher Möglichkeiten, dass sie wirklich sehen können, wie es mit dem Trinkwasser aussieht! Es gibt Hunderte von Tabellen, aber kaum Erläuterungen und Erklärungen, wie diese Tabellen zu verstehen sind. Da brauchen wir einfach mehr Aufklärung.

Ich habe noch ein zweites Anliegen, das ich auch noch einmal nennen will. Ich kann verstehen, dass Sie an ein „Risikokataster“ nicht herangehen wollen, weil der Begriff von uns eingebracht worden ist. Benennen Sie es von mir aus um, aber wir müssen doch dieses Thema angehen. Es geht schon lange nicht mehr nur um PFT. Es geht – Sie haben es selber angesprochen – um Arzneimittel, um Stoffe, von denen wir noch gar nicht wissen, wie sie wirken. Wir haben neue Reinigungsmittel mit Nanopartikeln. Wir haben sehr viel Neues auf dem Markt, von dem wir nicht wissen, wie es im Wasser wirkt.

Wir wissen jetzt bei PFT, dass die Stoffe nicht verboten sind. Sie dürfen eingeleitet werden; viele andere Dinge auch. Wir wissen nun aber, dass sie schädlich sind. Und da muss man im Vorfeld arbeiten, präventiv arbeiten. Die Wasserwerke müssen wissen, wer wo was einleitet. Auch die Klär-

anlagen müssen wissen, wer wo was einleitet. Deshalb muss man ein solches Risikokataster installieren. Wir brauchen die Übersicht, denn sonst wäre PFT nur der Anfang. Diese ganze Diskussion geht doch weiter. Und wir wollen doch hier nicht im nächsten Jahr den nächsten Stoff monatlang durchdiskutieren.

Lassen Sie uns deshalb einen Schritt nach vorne tun! Lassen Sie uns schauen, wie man an dem Punkt weiterkommt! Schaffen Sie Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher! Schaffen Sie aber auch Transparenz für die Wasserwerke und die Kläranlagen, die am Ende diese Stoffe wieder herausfiltern müssen. Dann kommen wir in der Debatte wirklich einen Schritt weiter. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen und schliesse damit die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Für mehr Personal in Justiz und im Jugendstrafvollzug – gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6003

In Verbindung mit:

Erfolgreiches Projekt der Jugendhilfe in Bedburg-Hau nicht gefährden – Jugendstrafrecht ist keine Spielwiese für Rechtspopulismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6005

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ja, Jugendkriminalität, insbesondere Jugendgewalt ist ein gesellschaftliches Phänomen, wo wir hinschauen müssen. Kein Politiker kann es schulterzuckend zur Kenntnis nehmen, wenn wir beispielsweise in der letzten polizeilichen Kriminalstatistik lesen, dass sie für 2006 16.000 ermittelte tatverdächtige Jugendliche im Bereich Körperverletzung ausweist. Das sind 6,1 % mehr als im Vorjahr. Darüber müssen wir

reden, und nicht nur, wenn Herr Koch Wahlkampf hat.

Ja, wir müssen uns die Ursachen von Jugendgewalt anschauen. Wir müssen sie klären. Wir müssen uns auch den Umfang und die Entwicklung anschauen, Defizite erkennen und problemorientierte, wirksame Konzepte aufstellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, das alles müssen wir machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber: Wir fordern eine differenzierte und sachorientierte Debatte; dann sind wir dabei. Aber genau das, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, tut auch die Landesregierung nicht.

Meine Damen und Herren, es geht hier darum, diesem Phänomen problemorientiert entgegenwirken zu können. Die Landesregierung hat sich aber entschlossen, Herrn Koch Wahlkampfhilfe zu leisten. Frau Müller-Piepenkötter, auch Sie tragen Kochs Populismus mit, um diese Sachdebatte eben nicht zu führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sagen bewusst nicht die ganze Wahrheit, Frau Müller-Piepenkötter,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn man Sie mit Ihrem Konterfei auf der CDU-Homepage sieht, wo Sie die Jugendgewalt wegen der laut der Studie der Innenministerkonferenz steigenden Zahlen anprangern. Sie erklären nicht, dass laut Studie zwar diese Zahlen steigen, aber die Ergebnisse der Dunkelfeld-Studien durch wissenschaftliche Befragungen und kriminologische Forschung erwiesen haben, dass Jugendgewalt eben nicht zugenommen hat, wohl aber die Anzeigebereitschaft.

Nein, mit diesen Wahrheiten geht es nicht darum, zu beschwichtigen. Wenn Sie diese Wahrheiten unterlassen, haben Sie sich dafür entschieden, keine sachliche Debatte über dieses Phänomen zu führen.

Nein, der Fachminister für Jugend, Herr Laschet, wird seinem Job nicht gerecht,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

wenn er nicht sagt, worauf die Fachleute der Jugendhilfe alle hinweisen, dass wir nämlich Erziehungscamps in unserem Land nicht brauchen, wohl aber intensiv-pädagogische Einrichtungen der Jugendhilfe dringend nötig sind. Erziehungscamps bringen uns da überhaupt nicht weiter. Herr Laschet grenzt sich nicht von der Debatte

des Herrn Koch ab, sondern auch er springt auf den Populismuszug auf und deklariert eine Jugendhilfeeinrichtung in NRW flugs zu einem Erziehungscamp, das aber irgendwie kein Erziehungscamp sein soll. Das ist nicht nur peinlich, sondern schädlich für diese Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch der Integrationsminister Laschet – leider ist er nicht anwesend –, auf den die CDU immer so stolz ist, trägt nicht zur Versachlichung der Debatte über die erhöhte Jugendkriminalität bei ausländischen Jugendlichen bei, etwa mit der Feststellung, dass dies ein hausgemachtes Problem ist, weil es Integrationsdefizite gibt. Und diese Jugendlichen können wir nicht in die Türkei oder sonst wohin abschieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier ist die Integration nicht gelungen. Wir haben es nicht geschafft, unsere Jugendlichen in die Gesellschaft zu integrieren. Das hat sehr viel mit der sozialen Lage von Migrantenfamilien und mit schlechten Bildungsabschlüssen zu tun.

(Christian Möbius [CDU]: Das war die Politik von Rot-Grün!)

Hier sind andere Antworten gefragt als Abschieben. Abgesehen davon ist das Abschieben mit dem EU-Recht und mit dem Türkei-Assoziierungsabkommen nicht vereinbar. Aber auch das wird nicht erwähnt.

Fachministerin Müller-Piepenkötter ist auch nicht gerade problemlösungsorientiert, wenn sie – Herr Wüst wird es gleich zum Besten geben – die CDU-Strategie in der Forderung der Ausweitung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht und in der Forderung zur Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende mit trägt, wohl wissend, Frau Müller-Piepenkötter, dass aus dem periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung, der immerhin aus dem Jahre 2006 stammt, bis hin zu den Forschungsergebnissen der gesamten bundesdeutschen Kriminologie – das sind Hunderte von Wissenschaftlern, die dazu einen Aufruf veröffentlicht haben –, erkennbar ist, dass zur Verschärfung des Jugendstrafrechts in Deutschland kein Anlass besteht, höhere Strafe keine abschreckende Wirkung hat, Knast zur Abkehr von der Gesellschaft und nicht zur Integration führt und das Erwachsenenstrafrecht mit Geldstrafe und Wegsperrn nicht für junge Menschen, die noch in einem Reifeprozess sind, der ja nicht abgeschlossen ist, geeignet ist, um sie wieder auf den richtigen Weg zu führen. Und das, meine Damen und Herren, wollen wir doch alle.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nein, Frau Müller-Piepenkötter, diese Forderungen sind nicht geeignet.

Nein, auch vom Innenminister – das habe ich eigentlich auch nicht erwartet – kommen keine klarstellenden Worte zur Datenlage. Worüber reden wir eigentlich? Zur Hellfeld-Dunkelfeld-Problematik und zu den Ergebnissen der Innenministerkonferenz kommen keine Klarstellungen, sondern der Populismuszug fährt, und auch vom Innenminister kommt da keine Gegendarstellung.

Ich fasse zusammen: Nein, die Landesregierung führt keine ehrliche, keine sachliche und vor allem keine problemlösungsorientierte Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn es Ihnen wirklich um Problemlösungen geht, Frau Müller-Piepenkötter, müssten wir über ein paar andere Tatsachen reden. Ein Jugendstaatsanwalt hat in Nordrhein-Westfalen 2.000 Eingänge im Jahr. Das heißt, bei 220 Arbeitstagen – Krankheit und Fortbildungen nicht mitgerechnet – müsste er über 10 junge Menschen am Tag Entscheidungen treffen. Bei 10 Fällen am Tag muss der Staatsanwalt über Anklageerhebung und dieses oder jenes entscheiden. Die Anklageerhebung dauert teilweise Wochen. Ein Jugendstrafverfahren – das geht bei den fehlenden Jugendrichtern weiter – dauert im Schnitt drei Monate. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Lassen Sie Ihren wohlfeilen Worten doch Taten folgen und stellen Sie mehr Jugendrichter ein; dann können wir das auch umsetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Wir werden Sie daran erinnern!)

Lassen Sie uns über fehlende Plätze bei der U-Haft-Vermeidung reden. Wir wissen, dass die U-Haft kriminelle Karrieren verstärkt. Sie ist die Ultima Ratio im Jugendstrafrecht. Dann schaffen Sie doch die Plätze, die fehlen. Die Jugendknäste, die U-Haft vollstrecken, platzen aus allen Nähten.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Schaffen Sie sie und reden Sie nicht nur darüber. Und lassen Sie uns über die Situation in den Jugendstrafvollzugsanstalten reden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In intensivpädagogischen Einrichtungen der Jugendhilfe – Bedburg-Hau und all diese Dinge, über die wir reden – gibt es einen Betreuungsschlüssel von 1:1. Damit kann tatsächlich Erziehung stattfinden. In Siegburg hatten wir zum Zeitpunkt des Foltermordes einen Schlüssel von ei-

nem Sozialarbeiter auf 70 Jugendliche. Die Situation hat sich nicht wesentlich verbessert. Wenn eine Sozialarbeiterin, Frau Müller-Piepenkötter, vier Wohngruppen à 15 bis 20 Jugendliche zu betreuen hat, frage ich mich: Wo soll denn da Erziehung und Resozialisierung stattfinden?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nein, diese Situation müssen wir beenden. Wir müssen unsere Jugendstrafanstalten in die Lage versetzen, den Resozialisierungsgedanken wirklich umzusetzen.

Und wo sind die Alternativen zum Freiheitsentzug bei der Jugendstrafe, etwa der Jugendstrafvollzug in freier Form, der Vorrang des offenen Vollzugs, oder pädagogische Einrichtungen? Anstatt die Jugendlichen in die Knäste zu schicken mit Rückfallquoten bis zu 80 %, können Sie sie, wie in Baden-Württemberg, auch in Jugendhilfeeinrichtungen bringen. Solche Einrichtungen gibt es in Baden-Württemberg, aber nicht in Nordrhein-Westfalen. Ich frage Sie: Was tun Sie, um diese Dinge auch in Nordrhein-Westfalen umzusetzen?

(Frank Sichau [SPD]: Wer bezahlt das?)

Wo ist Ihr Engagement in den Kommunen, meine Herren von der CDU – Sie sitzen zum Teil auch in den kommunalen Gremien –, wenn es darum geht, die Jugendhilfe in den Kommunen zu verstärken? Auch hier wissen wir, dass ein intensivpädagogischer Platz bis zu 300 € am Tag kostet. Weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht, sind die Kommunen zum Teil gar nicht in der Lage, die Jugendlichen dort unterzubringen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Stärken Sie die Kommunen – mit Ihrer Politik schwächen Sie die Finanzkraft der Kommunen und damit auch die Jugendhilfe –,

(Widerspruch von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

damit sie ihren Jugendlichen auch überhaupt die Hilfe zukommen lassen können, die wirksam ist.

Meine Damen und Herren, bei dieser Debatte – Herr Wüst wird es gleich zum Besten geben – gewinnen Sie vielleicht noch die Lufthoheit über die Stammtische, aber Sie tragen nichts zur Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bei.

(Beifall von GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mit solchen Debatten tragen Sie auch nichts dazu bei, dass wir bei den Themen Jugendgewalt und Jugendkriminalität irgendwie einen Schritt voran-

kommen. Dass sich Nordrhein-Westfalen hier so platt an die Seite von Herrn Koch stellt und die CDU auf diesen Zug aufspringt, finde ich sehr bedenklich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will diese Debatte mit Klarstellungen beginnen, damit wir uns im weiteren Verlauf vielleicht auf ein paar Grundsätze verständigen können.

Zur Klarstellung gehört, dass wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen relativ sicher leben. Weiß Gott, es gibt Straftaten, auch von Jugendlichen, auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund; jede einzelne ist zu viel. Aber Tatsache ist auch, dass wir weit von Verhältnissen wie in amerikanischen Großstädten oder wie in französischen Vorstädten entfernt sind.

Zur Klarstellung gehört auch, dass wir hier verhältnismäßig sicher leben. Dennoch muss man sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben, sich angstfrei in U-Bahnhöfen und im Dunkeln bewegen zu können. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, nicht von gewalttätigen Altersgenossinnen und Altersgenossen bedrängt oder geschlagen zu werden.

Im Übrigen gehört zu dieser Klarstellung auch – das sie sich dem anschließt, diese Hoffnung hege ich zumindest in Richtung der CDU –, dass die Jugendkriminalität zwar steigt, sie aber nie ein isoliertes Problem war und ist – nicht hier und auch nicht woanders. Sie ist Bestandteil eines gesellschaftlichen Prozesses, der so zu beschreiben ist: In Deutschland verrohen die Sitten. Erwachsene geben zunehmend schlechte Beispiele ab. Häufig sind Familien und Eltern mit der Erziehung überfordert; gelegentlich versagen sie vollständig.

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir – Frau Düker hat gerade darauf hingewiesen – feststellen müssen, dass die Jugendgewalt in Deutschland steigt. Zum Jahreswechsel haben wir dazu eine intensive Debatte erlebt – allerdings nicht aus dieser Erkenntnis heraus, sondern angestoßen vom Landtagswahlkampf in Hessen und einem wahlkämpfenden Roland Koch.

Ich will vier Punkte aufzählen, die in dieser Diskussion angeführt worden sind, bei denen die Damen und Herren der Landesregierung ...

(Minister Armin Laschet nimmt auf der Regierungsbank Platz.)

Dabei begrüße ich jetzt auch ganz herzlich Herrn Laschet als betroffenen Auslöser sozusagen. – Ich will vier Punkte ansprechen, die auch die CDU in dieser Diskussion mitgetragen hat.

Als Erstes wird gefordert: Wir brauchen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts und eine Erhöhung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre.

Tatsache ist: Der Anteil von Mord und Totschlag, begangen von Jugendlichen – bei diesen Straftaten wird die Höchststrafe verhängt –, sinkt Gott sei Dank. Und im Jugendstrafrecht haben wir kein Gesetzesdefizit. Die existierenden Gesetze sind völlig ausreichend. Wir haben ein Vollzugsdefizit, Frau Müller-Piepenkötter,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

in der Form, dass die Strafe nicht zeitnah auf dem Fuße folgt.

Es wird diskutiert, die Strafmündigkeit auf unter 14 Jahre herabzusetzen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ernsthaft darüber diskutieren sollten, Kinder in Knäste zu stecken.

(Minister Armin Laschet: Wer tut das denn?)

Aber gleichzeitig muss man auch sagen: Wir haben vernünftige Instrumente in der Jugendgerichtshilfe und in der Jugendhilfe, die angewandt werden müssen, durch die vor Ort in den Problemfamilien sehr viel schärfer daran gearbeitet werden muss, bestimmte Karrieren von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden. Wir müssen die Elternarbeit dort viel mehr stärken. Wir müssen die Eltern mehr verpflichtend miteinbeziehen. Ich sage sehr offen: Man muss Eltern in bestimmten Situationen durch Sanktionen dazu drängen, erzieherisch auf ihre Kinder einzuwirken.

Es wird von einem Warnschussarrest geredet: Welch eine martialische Begrifflichkeit!

Ich will Ihnen vortragen, warum ein Warnschussarrest vermutlich das genaue Gegenteil von dem bewirken würde, was die Protagonisten glauben. Zumindest die Fachleute sagen uns dies einhellig, Frau Müller-Piepenkötter.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein! – Zuruf von der SPD)

70 von 100 Straftätern finden durch Bewährungshilfe wieder auf den richtigen Weg zurück, nur 30 werden rückfällig. In Ihrem Jugendstrafvollzug, Frau Müller-Piepenkötter, ist das Verhältnis genau

umgekehrt: Von 100 Straftätern kehren 70 in den Knast zurück, weil sie rückfällig werden.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein!)

Sie wollen für relativ geringe Taten Jugendlicher Warnschussarrest verhängen. Sie wollen Jugendliche sofort in den Knast stecken. Das bedeutet, wie die Zahlen zeigen, nichts anderes, als dass Sie Jugendlichen die Bauanleitung für eine spätere kriminelle Karriere direkt an die Hand geben.

Ich darf Ihnen aufzeigen, Frau Müller-Piepenkötter, was die Fachwelt von einem Warnschussarrest hält. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich Herrn Bernd Maelke, einen der führenden deutschen Strafvollzugsexperten, der es, wie ich finde, sehr treffend auf den Punkt gebracht hat:

„Wer die Gesellschaft vor jugendlichen Straftätern schützen will, der soll nicht von Warnschussarresten schwafeln, sondern mehr Bewährungshelfer einstellen und die Zusammenarbeit der Organisationen verbessern.“

Das unterstellt er den Politikern. Frau Müller-Piepenkötter, ich meine, Sie sollten gelegentlich auf Ihre Fachleute hören.

(Beifall von der SPD)

Zum Jahreswechsel tauchten als vierter Vorschlag, wie man jugendlichen Straftätern begegnen sollte, plötzlich in Diskussionen, angefeuert durch Herrn Roland Koch, Erziehungscamps auf. Wenn man sich chronologisch anschaut, wer in diesem Hause was dazu gesagt hat, dann wundert man sich schon. Das ist keine neue Diskussion. Sie ist fast ein Jahr alt.

Am 26. Februar vergangenen Jahres hat Herr Wüst hier im Plenarsaal erklärt

(Hendrik Wüst [CDU]: Gut, dass Sie sich noch daran erinnern!)

– es gibt Dinge, an die man sich ungern erinnert, Herr Wüst –, es müsse mit eisernen Besen gekehrt werden. Erziehungscamps müssten eingerichtet werden.

Herr Wüst sagte am 10. März: Wer weniger Gewalt will, muss härter durchgreifen.

(Zuruf von der SPD)

Das „Allerbeste“ ist ein Zitat vom 26. April, Herr Wüst: Der Einsatz von Drogenspürhunden auf Schulhöfen sollte geprüft werden. – Herr Wüst, ich finde, das ist kein Ausdruck naiver jugendlicher Entgleisung. Ich halte es schlichtweg für Kokolo-

res. Aber damit stehen Sie in ihren Reihen nicht allein.

(Beifall von der SPD)

Selbst der Ministerpräsident erklärte am 18. März, jugendliche Gewalttäter müssten in Erziehungscamps. Am 2. Januar dieses Jahres erklärte der Sprecher des Justizministeriums, Ihr Sprecher, Frau Müller-Piepenkötter: Die Regierung ist derzeit nicht aktiv. – Wieso eigentlich derzeit?

(Lachen und Beifall von der SPD)

Es hieß weiter: Diese Landesregierung hat keine Pläne, Erziehungscamps einzurichten.

Am 2. Januar erklärte Ihr Staatssekretär, Herr Söffing: Diese Landesregierung plant keine Erziehungscamps. – Am 4. Januar sagte Herr Laschet in einem „Spiegel online“-Interview unisono: keine Erziehungscamps in Nordrhein-Westfalen.

(Minister Armin Laschet: Amerikanischer Prägung!)

Frau Müller-Piepenkötter, anders als Ihr Sprecher und Ihr Staatssekretär erklären Sie einen Tag später, Sie begrüßten Erziehungscamps.

Nun komme ich zum 5. Januar. An diesem Tag gab es in Nordrhein-Westfalen ganz großes Kino – ganz großes Kino!

(Britta Altenkamp [SPD]: Das war ein großer Tag!)

Einen Tag nach der Klausurtagung der CDU in Wiesbaden, nachdem offensichtlich aufgefallen ist, dass es einen Integrations- und Jugendminister in Nordrhein-Westfalen gibt, der völlig kontra zur Koch-Linie ist, erklärt Herr Laschet urplötzlich: Jetzt brauchen wir Erziehungscamps. – Wenn man schon nicht dagegen sein darf, Herr Laschet, sondern dafür sein muss, dann aber richtig. Er sagte: Ich bin jetzt für Erziehungscamps, ich richte auch das erste in Deutschland ein.

(Lachen von Frank Sichau [SPD])

Er denkt an eine geschlossene Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen in Neukirchen-Vluyn mit 20 bis 25 Plätzen für 15- bis 18-jährige Straftäter. Schwerpunkte werden Sport und ein strukturierter Tagesablauf sein. Bei dieser einen soll es nicht bleiben, sondern wir richten noch weitere zehn in diesem Land ein.

Am 6. Januar mussten Sie sich ein wenig korrigieren, Herr Laschet: nicht das Land richtet sie ein, sondern die Kommunen über den Landschaftsverband.

(Norbert Killewald [SPD]: Da ist dem Jugendhilfeminister klar geworden, dass er gar nicht Träger ist!)

Es ist auch zufällig nicht Neukirchen-Vluyn, sondern Bedburg-Hau, und es sind nicht 20, sondern nur acht Plätze. Das Camp ist auch nicht für jugendliche Straftäter vorgesehen, sondern für strafunmündige Kinder. Es ist übrigens auch keine geschlossene Einrichtung, sondern es ist eine offene Einrichtung. Der Schwerpunkt liegt nicht auf Sport und einem strukturierten Tagesablauf, sondern auf sozialtherapeutischer und pädagogischer Begleitung und 1:1-Betreuung. Aber sonst stimmte alles, Herr Laschet.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Herr Laschet, Sie sind dem Parlament noch eine Erklärung schuldig geblieben, wo die anderen zehn Einrichtungen vorgesehen sind, die Sie bereits am 5. Januar angekündigt haben. Wenn Sie es heute schaffen, auch nur einen zusätzlichen Standort zu nennen, würden wir uns freuen.

Ich darf gerne zitieren, was der Träger in Bedburg-Hau unter dem versteht, was Herr Laschet als Erziehungscamp bezeichnet. Der Träger erklärt dazu:

„Zudem helfen wir Kindern unter 14 Jahren, die zum Teil ein hohes Gewaltpotenzial aufweisen, die entwurzelt sind, suchtgefährdet oder haltlos auf der Straße leben und die trotz Sanktionen und pädagogischer Einflussnahme kein Rechtsbewusstsein entwickeln. Wir helfen ihnen mit einem breiten Angebotsspektrum in verschiedenen Bundesländern durch sozialtherapeutische und pädagogische Arbeit in Gruppen und Einzelgesprächen.“

Das, meine Damen und Herren, ist ein Erziehungscamp à la Laschet, und das ist Kuschelpädagogik à la Wüst. Aber Sie müssen sich irgendwann darauf verständigen, was dort eigentlich stattfinden soll. Ich glaube, Sie, Herr Laschet, haben mit dem Etikettenschwindel, das sei ein Erziehungscamp, erstens den Träger diskreditiert, zweitens dessen Arbeit gefährdet und drittens die Menschen in Bedburg-Hau verunsichert. Das ist schlichtweg eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet: Der Träger ist sehr zufrieden mit uns, Herr Jäger!)

Sie machen sich zum Hilfskellner von Herrn Koch.

(Minister Armin Laschet: Ach, Unsinn!)

Angesichts des Gender-Mainstreams die Korrektur: Sie, Frau Müller-Piepenkötter, machen sich zur Hilfskellnerin von Herrn Koch.

Tatsächlich muss man feststellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen in seinem Haushalt null Euro für die Unterbringung von Intensivstraf Tätern vorsieht, null Konzept zu pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen hat, die auch für auffällige Kinder und Jugendliche eingerichtet werden sollen, null Plätze geplant hat, um auf diese Jugendlichen tatsächlich einwirken zu können. Im Übrigen stelle ich fest, dass in den Häusern Laschet und Müller-Piepenkötter auch null Ahnung zu diesem Thema herrscht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Statt Geld, Mut, Ideen und Konzepte in den Vordergrund zu stellen, bauen Sie Richter- und Staatsanwaltschaften ab, damit die Verfahrensdauer noch länger wird.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Sie, Frau Müller-Piepenkötter, 78 Stellen im Haushalt 2008.

(Zuruf von der CDU: Das war Ihre Entscheidung!)

Frau Müller-Piepenkötter, Herr Laschet, Sie haben der Bekämpfung der Jugendgewalt in diesem Land wirklich einen Bärendienst erwiesen. Nur um mal groß rauszukommen, einen solchen Etikettenschwindel vorzunehmen, ist billige Effekthascherei.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet, Sie haben nach KiBiz das Verwirrspiel und Chaos um Ihre Person, um Ihr Amt, um Ihr Ministerium weitergespielt. Es war ein dreister Etikettenschwindel, der Gott sei Dank aufgefallen ist; Sie sind dabei erwischt worden.

(Minister Armin Laschet: Quatsch!)

Am Sonntag sind in Hessen Wahlen. Ich glaube, dass der Versuch, mit billiger Polemik und vermeintlich einfachen Lösungen der steigenden Jugendgewalt in diesem Lande entgegenzuwirken, am Sonntag scheitert und Roland Koch nicht zum Ministerpräsidenten gewählt wird,

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Clement!)

weil es besser für die Menschen in Hessen und für die politische Kultur in diesem Land ist. Laschets und Müller-Piepenkötters warten nur dar-

auf, als Nachahmer einer solchen Politik einsteigen zu können.

(Beifall von der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen glauben, vier Dinge sind erforderlich:

Erstens. Es ist nötig, den Menschen keinen Sand mehr in die Augen zu streuen. Wir haben eine steigende Jugendgewalt. Wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen.

(Minister Armin Laschet: Dann tun Sie es doch mal!)

Zweitens. Wir müssen an die Wurzeln gehen, dorthin, wo Jugendgewalt entsteht. Es sind die Problemfamilien in diesem Lande, die Erziehungsschwierigkeiten haben oder zum Teil erziehungsunfähig sind.

Drittens. Wir brauchen Mut, Geld und zusätzliche Stellen im Landeshaushalt. Der Profit wird sich in einigen Jahren einstellen, wenn wir weniger Jugendstrafvollzug brauchen.

Viertens. Wir brauchen keinen Personalabbau bei der Justiz. Wir müssen die Kommunen unterstützen – auch finanziell –, damit der Jugendgewalt in Nordrhein-Westfalen tatsächlich wirksam entgegengetreten werden kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Für die CDU-Fraktion tritt Herr Biesenbach ans Rednerpult.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das das ganze Feuerwerk war, das Sie abbrennen wollten, um uns in die Nähe von Herrn Koch zu bringen und darzustellen, was wir doch für eine schlimme Truppe sind, dann war das wieder ein untauglicher Versuch.

(Beifall von der CDU)

Ich beginne mit meinem Vorredner Herrn Jäger. Herr Jäger, ich hatte gehofft, dass die sozialdemokratische Fraktion heute Redner in die Bütt schickt, die von der Sache etwas verstehen und im Thema stecken.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Ich darf zu dem Beitrag von Herrn Jäger feststellen: Der Intensivtäter ist massiv beeindruckt; die Tatenzahl wird sofort deutlich zurückgehen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wen Sie beeindruckten, wissen wir schon seit Jahren!)

Zu dem, was Herr Jäger weiter deutlich macht, fragen wir mal Herrn Clement, was denn am Sonntag in Hessen passieren soll. Den werden Sie ja auch nicht so schnell in Bausch und Bogen vergessen.

Wir können gerne deutlich machen, dass wir heute auch über aggressives Verhalten bei Straftätern reden wollen, Herr Sichau. Ich will jetzt keine weiteren Namen nennen. Sie sind plakative Vorbilder, wie man so eine Debatte führt; wir freuen uns. Nur: In der Sache haben wir nichts von Ihnen gehört, was uns auch nur ein Stückchen weiterbringt.

Der Versuch, uns heute in die Nähe von Herrn Koch zu bringen, scheitert doch schon daran, dass Sie sich nicht damit auseinandergesetzt haben, was die Fraktionen oder die Landesregierung wollen. Sie haben bestenfalls ein paar Zeitungszitate gebracht. Mehr ist da nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Frau Löhrmann, lassen Sie es, Sie kommen ja gleich dran.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich möchte Sie aber etwas fragen!)

Frau Düker, wenn Sie sich hier plötzlich fürchterlich über das Erziehungscamp aufregen, hätten Sie vielleicht die Wiesbadener Erklärung des CDU-Bundesvorstands vom 5. Januar dieses Jahres lesen sollen. Dort finden Sie eine Legaldefinition, was die CDU unter Erziehungscamp versteht. Damit kommen Sie mit Ihren Intensiveinrichtungen der Jugendhilfe gut zurecht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann nennen Sie es nicht so!)

Wenn Sie Lust hätten mitzumachen, willkommen, Frau Düker, willkommen!

Worum geht es denn überhaupt? Sie beklagen, dass wir angeblich nichts tun. – Sie müssen monatlang außer Landes gewesen sein.

(Beifall von der CDU)

Bereits im März 2006 hat die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die mit vier Ministerien versuchen wird, von allen betroffenen Ressorts gemeinsam einen Katalog präventiver Maßnahmen zu entwickeln,

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo ist er denn?)

nicht Vollzug, von dem Herr Jäger redet.

Wir haben am 7. November 2006 ein 20-Punkte-Programm beschlossen, und Sie wissen, wie viele Punkte dieses Programms bereits umgesetzt wurden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Biesenbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

Peter Biesenbach (CDU): Nein, sie kommt gleich dran und kann dann reden. – Sie alle haben diese Liste auf dem Tisch. Sie alle wissen, was passiert. Wir haben die Maßnahmen umgesetzt. Dieser Katalog ist auch ein anschaulicher Beleg dafür, dass die Landesregierung dem Phänomen der Jugendkriminalität frühzeitig und auf allen Ebenen der primären und sekundären Kinder- und Kriminalprävention begegnen will.

(Zuruf von der SPD)

Herr Sichau, wir reden im Augenblick von Fachthemen. Sie haben heute nur über den Bereich des Vollzugs gesprochen, der am Ende steht. Wir wollen nicht mehr vollziehen, sondern möglichst versuchen, das Ganze von vorne zu regeln. Die Gesellschaft muss der wachsenden Jugendkriminalität – da sind wir uns vielleicht einig – vorne begegnen, damit wir hinten, im Vollzug, nichts mehr haben.

Worüber haben wir mit unseren Erziehungscamps die ganze Zeit geredet? Wir sprechen – eine differenzierte Betrachtung, Herr Kollege, würde uns massiv helfen – von einer ganz kleinen Gruppe der Intensivtäter, denen weder Sie noch wir mit den bisherigen Maßnahmen der Jugendhilfe beigekommen sind. Das sind diejenigen, die bereits im zarten Alter von 14 plötzlich bei der Polizei mit 150 bis 200 Eintragungen auftauchen. Wie gehen wir mit denen um?

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn sie 150 Eintragungen haben, tauchen sie nicht plötzlich auf!)

Was machen wir mit denen – 17 und 20 –, die Sie etwa in der Münchner U-Bahn gesehen haben? Die erreichen Sie mit den gegenwärtigen Modellen Ihrer Jugendhilfepolitik nicht. Für die, für diesen Bereich suchen wir ein neues Modell, das griffig ist – auch dann, wenn es freiheitsentziehender Maßnahmen bedarf. Sie müssen es ja nicht machen; Sie haben es doch nicht geschafft. Wir werden es versuchen. Das ist die Situation, und über diese Gruppe reden wir.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Biesenbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Asch?

Peter Biesenbach (CDU): Nein, ich gestatte gar keine Zwischenfragen, weil sie alle nicht weiterführen.

Machen wir ein Stückchen weiter! Um diese Gruppe geht es uns. Wir haben es in den Medien veröffentlicht, sowohl im Fernsehen wie auch über die Zeitungen, wie die Maßnahmen aussehen können. Das ist die Ecke, von der Sie überhaupt nicht reden.

Lassen Sie mich zwei Beispiele bringen. Ein 14-jähriger Jugendlicher, eigentlich fast noch ein Kind, der zu Hause gemeldet, aber ständig unterwegs ist. Mal schläft er zu Hause, mal bei Freunden, mal auf der Straße. Er ist hoch aggressiv, inzwischen kriminell und hat schon um die 50 Eintragungen. Er wird gegenwärtig nur deshalb nicht in den Knast geschickt, weil er eine feste Adresse hat. Erreichen werden wir ihn mit den gegenwärtigen Mitteln nicht mehr, weil ihn niemand will. Für ihn brauchen wir eine Maßnahme.

Da sind 15-, 16- und 17-Jährigen mit einem ebenso langen Register, die hoch aggressiv sind, die in der gegenwärtigen Einrichtung aber niemand will. Ich habe einen Beispielfall, da ist 46 Mal versucht worden, jemanden in einer Einrichtung unterzubringen, aber er ist wegen seiner Aggressivität nirgendwo genommen worden. Für diese Kinder und Jugendlichen brauchen wir Einrichtungen, die wir gegenwärtig nicht haben. 46 Mal gefragt und nicht angenommen, und dann sagen Sie: Die gibt es schon. – Prima, werden Sie doch endlich wach!

Sie fragen nach der Situation, wie es denn mit der konsequenten Anwendung des Erwachsenstrafrechts aussieht. Mehr als 40 % der nach Jugendstrafrecht Verurteilten sitzen in Jugendstrafanstalten ein, obwohl sie älter als 21 Jahre sind. Fast 80 % der Einsitzenden in Jugendstrafanstalten sind älter als 18. Alles, weil sie plötzlich Betreuung brauchen? – Nein. Weil im Augenblick zwei Drittel aller Jugendlichen und Heranwachsenden nach dem Jugendstrafrecht in Nordrhein-Westfalen verurteilt werden, weil es hier gar keine Möglichkeit der Differenzierung gibt.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Es zeigt sich ganz deutlich, dass unsere Gerichte auch dann Milde walten lassen, wenn es um Straftaten geht, die hoch krimineller Art sind. Auch Heranwachsende werden in den letzten Jahren mit mehr als 80 % nach dem Jugendstrafrecht

verurteilt, wenn es um die sexuelle Selbstbestimmung geht. Bei 96 % der Straftäter in Sachen Vergewaltigung, bei 93 % der Straftäter in Sachen Totschlag, bei 85 % der Straftäter in Sachen Mord und bei 97 % der Straftäter, die wegen Raubes, Erpressung oder räuberischer Angriffe verurteilt werden, wird, solange sie nicht 21 Jahre alt sind, das Jugendstrafrecht angewandt, und das bei allen Tätertypen, die Sie täglich erleben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was ist denn daran so schlimm?)

Das wollen wir ändern und nur noch dann Jugendstrafrecht anwenden, wo Erziehungsdefizite sind. Das betrifft nicht 90 oder 100 % der Täter. Das ist der Weg, den wir konsequent gehen werden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Mit Rückfallquoten! Das ist sehr sicher!)

Wir wollen die Sicherheit, die Sie propagieren. Sie können mitmachen, oder lassen Sie es sein. Wir werden es umsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Düker, natürlich kann ich, wenn Sie es wünschen, heute noch einmal sagen, dass wir nicht für die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Jugendlichen sind. Das werden wir nicht mitmachen. Das ist aber auch nicht hier zu entscheiden, sondern in Berlin. Ich kann Ihnen aber versichern, dass auch unsere Berliner Parteifreundinnen und Parteifreunde auf dieser Linie sind.

Meine Damen und Herren! Herr Jäger, ich fand es etwas traurig, dass Sie Ihren Wortbeitrag, mit dem Sie ein wichtiges Thema behandeln, einzig darauf gestützt haben, die ganze Zeit über ein Mitglied der Landesregierung anzusprechen, anstatt sich primär damit auseinanderzusetzen, was in der Sache vorgesehen und nötig ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Landesregierung ist verantwortlich!)

Insofern fand ich es zwar interessant, wie Sie auch im Rechtsausschuss die Chronologie von Presseerklärungen wiederholt haben, aber für die Zuhörerinnen und Zuhörer in diesem Saal ist es wichtig zu wissen, wo Sie eigentlich stehen.

Da kann ich für die FDP-Fraktion sagen: Wir sind für eine konsequente und zügige Ahndung von Straftaten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass, wenn wir über verschiedene Instrumentarien beim Jugendstrafvollzug und bei der Vermeidung von Jugendkriminalität sprechen, man meint, wir wollten nicht dafür Sorge tragen, dass in Zukunft weniger Straftaten geschehen, dass Opfer geschützt werden und dass auch geahndet wird, meine Damen und Herren. Das will ich vorneweg ganz klar sagen.

(Zuruf von der SPD: Sensationell!)

Aber – darin unterscheiden wir uns von einigen Stimmen, die wir aus anderen Parteien und Fraktionen gehört haben, ganz eindeutig – die FDP will keine sogenannten Erziehungscamps.

(Beifall von FDP und SPD)

Denn mit diesem Begriff wird suggeriert, dass man eine Anstalt amerikanischen Vorbildes meint. Es ist ein Schlagwort. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Kollegen aus der CDU-Fraktion, dass sie sich im Konkreten etwas anderes darunter vorstellen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Dann kann man das auch sagen!)

Aber die Öffentlichkeit denkt an etwas anderes. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir darauf Rücksicht nehmen müssen, was die Öffentlichkeit denkt; dementsprechend nehmen wir diesen Begriff nicht in den Mund. Wir sind für Erziehungshilfeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und SPD)

Denn jedes Modell, das auf Drill setzt, setzt letztendlich darauf, jemanden zu erniedrigen und seinen Willen zu brechen. Wir aber möchten, dass Menschen diese Einrichtungen verlassen, die in Zukunft auch frei Entscheidungen treffen können. Wer frei eine Entscheidung treffen können soll, dem kann ich nicht vorher seine freie Willensbildung nehmen. Wir meinen, das wäre der falsche Weg.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Diesen Weg haben wir schon seit dem Jahre 2003 beschritten. Der Kollege Horst Engel an erster Stelle hat mit anderen zusammen das Projekt „Menschen statt Mauern“ auch hier im Landtag vorgestellt und Anträge formuliert. Leider haben insbesondere die damaligen Regierungsfractionen diese Anträge abgelehnt. Wir wären, meine Damen und Herren, heute schon viel weiter, wenn

Sie damals den Weg mitgegangen wären, anstatt sich jetzt darüber zu beschweren, dass wir keine entsprechenden Einrichtungen und Plätze haben.

(Frank Sichau [SPD]: Geht das nach unserer Verfassung überhaupt?)

Wenn man dann den Fokus einmal etwas weg von Bedburg-Hau nimmt und fragt, was sonst im Jugendstrafvollzug zu regeln ist, dann brauchen wir allerdings – darin unterscheiden wir uns von den Grünen und von der SPD, aber nicht von der CDU – einen Warnschussarrest. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass ein Jugendlicher, der eine kleine Tat begangen hat, Arresttage bekommt, während ein Jugendlicher, der einen Raub und damit ein Verbrechen begeht und in aller Regel automatisch eine Bewährungsstrafe bekommt, das als eine Bestrafung empfindet, bei der nichts passiert. Derjenige, der schwarzfährt, bekommt etwas aufgebrummt, aber derjenige, der einen Raub begeht, bekommt „aus Sicht des Jugendlichen“ im Ergebnis nur Bewährung.

Und das geht ja noch weiter. Derjenige, der bei einem Raub geholfen hat, bekommt als Strafe einen Arresttag, und der Haupttäter bekommt eine Bewährungsstrafe. Sehr häufig wird von den jungen Menschen eine reine Bewährungsstrafe als eine Nichtbestrafung angesehen. Es wird nicht realisiert, dass irgendwann etwas folgen kann.

Deswegen sind wir der Ansicht, dass man, weil das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, dass man Arrest- und Bewährungsstrafe nicht zusammen verhängen kann, solange die Gesetze nicht geändert sind, diese Gesetzeslücke schließen sollte, um spätere Haftstrafen, lange Haftstrafen, die häufig einen negativen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung haben, zu vermeiden. Dafür brauchen wir den Warnschussarrest. Das ist also etwas, was wir den jungen Menschen geben, und nicht etwas, was sie in schlimmere Bahnen bringen soll.

(Beifall von der FDP)

Wir als FDP setzen des Weiteren darauf, die Jugendstrafe als solche nicht heraufzusetzen. Wir wollen aber eine Umwandlung des bisherigen Systems. Wir möchten, dass zukünftig die über 18-Jährigen in der Regel nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden. Gleichwohl möchten wir die Instrumentarien der Jugendgerichtsgesetze anwenden können, was im Moment nicht möglich ist. Darüber hinaus wollen wir zukünftig bei der Strafzumessung die Einsichtsfähigkeit, die Reife berücksichtigt sehen. Damit wären wir auch nach unserem Modell über den Zeitraum der bis 21-Jährigen hinaus. Wir wollen es auf 24 bis 26 Jah-

re ausdehnen, um die Entwicklung der jungen Menschen besser berücksichtigen zu können.

Alles in allem hat die Landesregierung insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität viel gemacht. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass vor 2005 in diesem Bereich etwas passiert ist.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die gelbe Karte, Schülergerichte, Ordnungspartnerschaften.

(Frank Sichau [SPD]: Alles schon vorher!)

– Nein. – Wir haben sehr vieles auf den Weg gebracht. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung, das Justizministerium und das Innenministerium haben sich zusammengesetzt und einen 20-Punkte-Katalog aufgestellt. Hier ist also vieles in Bewegung geraten. Darüber hinaus haben wir Jungtäterabteilungen im Erwachsenenstrafvollzug, und wir bauen eine Jugendstrafvollzugseinrichtung, für die Sie übrigens nicht das Geld bewilligt haben. Hier muss man sich einmal fragen, wie das zusammenpasst, auf der einen Seite darüber zu reden, dass man Haftplätze braucht, und auf der anderen Seite das Geld dafür nicht zu bewilligen.

Unser Konzept hingegen ist stimmig. Wir diskutieren nicht über Begrifflichkeiten im Primären, sondern wir wollen etwas umsetzen. Mir ist die Debatte über einzelne Ministeräußerungen es nicht wert, hier näher darauf einzugehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen von Frank Sichau [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Beginn der ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Problem der Gewalt unter Jugendlichen, um den Abgeordneten Jäger zu zitieren, der Beginn einer entschiedenen und konsequenten Bekämpfung der Jugendkriminalität datiert in Nordrhein-Westfalen auf den Mai 2005.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Für das, was die heutigen Oppositionsparteien in den Jahren zuvor an rot-grüner Kuschelpädagogik,

(Zuruf von der SPD: Ganz neue Wortwahl! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

an möglichst wertfreier Jugend- und Familienpolitik und an einer von Starrsinn und jeglicher Realitätsferne geprägten Multikulti-Ideologie

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

den Kindern und Jugendlichen unseres Landes angetan haben, stellen Sie, liebe Frau Löhrmann, mit Ihrem Antrag und Sie, Frau Düker, mit Ihrem an der Realität und der wissenschaftlichen Diskussion nicht haarscharf, sondern meilenweit vorbeigehenden Wortbeitrag ein beredtes Abschluss- und zugleich beschämendes Armutszeugnis aus.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Düker?

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Nein, ich lasse Störungsversuche hinsichtlich der Darstellung des Konzeptes nicht zu.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie gestatten also keine Zwischenfrage.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Sie führen in Ihrem Antrag als Ursachen für Jugendkriminalität ausdrücklich die – ich zitiere – „schlechte soziale Lage der Familien“ und die – ich zitiere – „geringen schulischen Bildungschancen und Schuldistanz“ auf. Damit beschreiben Sie doch nur die bitteren Früchte Ihres jahrelangen sorglosen Umgangs mit den wirklichen Nöten und den essentiellen Bedürfnissen der jungen Menschen und Familien. Die äußerste Brutalität junger Gewalttäter liegt doch mitursächlich in nie vermitteltem Respekt und in einer nie erlernten Empathie gegenüber anderen, insbesondere älteren Mitmenschen begründet.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist Ausgrenzung und Missachtung!)

Gerade Respekt und Empathie sind es, die unter der Werterosion nachhaltig gelitten haben. Dort, wo Werte, das Wertvolle, das Besondere nicht mehr vermittelt werden, wo alles nivelliert und gleichgemacht wird, da wird im wahrsten Sinne des Wortes alles gleichgültig und damit beliebig und schließlich wertlos.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Junge Menschen brauchen Werte und Erziehung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Und Anerkennung und Wertschätzung!)

Sie dürsten sogar danach. Wenn es um Werteerziehung geht, so haben SPD und Grüne die Kinder und Jugendlichen in unserem Land im Stich gelassen.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

In unserer Politik steht diese junge Generation, stehen Wertevermittlung und Erziehung im Mittelpunkt, und zwar auch da, wo der Lebenslauf eines Jugendlichen von der Musterlaufbahn abweicht, wo er Brüche aufweist. Gerade dort, wo der jugendliche Gefahr läuft, seine Zukunft durch ein Abgleiten in die Kriminalität zu verspielen, ist unser entschiedenes und konsequentes Handeln erforderlich, um ihn wieder auf Kurs zu bringen.

Das Landeskabinett hat bereits im November 2006 einen 20-Punkte-Katalog zur Prävention von Kinder- und Jugendgewalt verabschiedet. Dabei haben wir die Zusammenarbeit von Jugendämtern, Schulen, Polizei und Justiz grundlegend verbessert und gemeinsame Strategien entwickelt. Ziele dabei sind ganz klar erstens, in erster Linie Kinder und Jugendliche von Straftaten abzuhalten, und zweitens, soweit es nötig ist, Wiederholungstaten zu vermeiden und das Sanktionsinstrumentarium einschließlich der Vollstreckung zu optimieren.

Zur Primärprävention, zur Erziehung wird Herr Kollege Laschet einiges sagen und unsere Maßnahmen in diesem Bereich darstellen.

Aber, meine Damen und Herren, es wird nicht ohne Sanktionen gehen, Sanktionen, die entschieden, klar und konsequent sein müssen. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen.

Beispielsweise nenne ich das Projekt „Gelbe Karte“, die Intensivtäterprojekte zusammen mit Polizei und Jugendhilfe sowie die intensive Betreuung durch die Bewährungshilfe.

(Frank Sichau [SPD]: Die haben Sie doch nicht geschaffen! Die waren doch schon da!)

– Das ist doch nicht wahr, Herr Sichau. Es gab ein paar zarte Pflänzchen, die Sie glücklicherweise nicht auch noch zerstört hatten, aber mehr auch nicht.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Frau Müller-Piepenkötter!)

Hinzu kommt die Schaffung zusätzlicher Arrestplätze bis hin zur soeben in Kraft getretenen Reform des Jugendstrafvollzugs, die eine Erziehung

der jugendlichen Straftäter im Vollzug nunmehr mit Gesetzeskraft gewährleistet.

Diese umfassenden Maßnahmen sind anschaulicher Beleg dafür, dass die Landesregierung den Phänomenen der Jugendkriminalität bereits frühzeitig und auf verschiedenen Ebenen der Kriminalprävention begegnet. Sie dokumentieren zugleich, dass der Erziehungsauftrag des Jugendkriminalrechts mit seinen vielfältigen Handlungsmöglichkeiten und Aufgabenstellungen in der strafrechtlichen Praxis angekommen ist.

Meine Damen und Herren, eine wirksame Bekämpfung der Jugendkriminalität setzt natürlich auch voraus, dass wir die Justiz in die Lage versetzen, auf Jugendkriminalität angemessen zu reagieren. Oberstes Ziel muss dabei sein, jugendlichen Straftätern Sanktionen aufzuerlegen, die ihnen das Unrecht ihrer Tat hinreichend vor Augen führen, die spürbar erzieherisch auf sie einwirken und die gleichzeitig dem Genugtuungsinteresse des Opfers angemessen Rechnung tragen.

(Frank Sichau [SPD]: Wie Täter-Opfer-Ausgleich!)

Dies kann nur mit Hilfe eines breit gefächerten Sanktionskatalogs gelingen – ja, es ist so schön, Herr Sichau, eindimensional zu denken –, der sich zugleich zügig umsetzen lässt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Denn straffällige Jugendliche müssen passgenau, individuell und vor allem zeitnah sanktioniert werden.

Damit müssen wir es den Jugendrichtern künftig möglich machen, zusätzlich zu einer Bewährungsstrafe einen Jugendarrest zu verhängen, wenn dieser für das Erreichen des Zwecks der Bewährung erforderlich erscheint. Ein solcher Warnarrest muss direkt zu Beginn der Bewährungszeit vollstreckt werden und erzieherisch ausgestaltet sein.

Meine Damen und Herren, auch die schnelle Ahndung von Straftaten junger Menschen ist ein zentraler Punkt meiner Justizpolitik. Mein besonderes Engagement gilt dem Bedürfnis, beschleunigte und effektive Verfahrensabläufe zu gewährleisten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Fragen Sie doch mal die Amtsgerichte, wie die das sehen!)

Nur eine Sanktion, die auch dem jungen Täter das Verständnis für den Bezug zur Straftat ermöglicht, hat auf Dauer Aussicht auf Erfolg.

(Beifall von der CDU)

Trotz der desolaten Haushaltssituation, die die Landesregierung bei Übernahme der Regierungsgeschäfte vorgefunden hat, sind im Bereich der Rechtspflege und Strafverfolgung in erheblichem Umfang Stellen neu geschaffen worden. Anders als von der rot-grünen Regierung geplant, sind allein im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften über 125 Stellen erhalten

(Ralf Jäger [SPD]: Deshalb demonstrieren die auch!)

und im Strafvollzug über 500 Stellen neu geschaffen bzw. erhalten worden.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, halte ich es für geradezu absurd, wenn diejenigen, die in der Justiz den größten Stellenabbau aller Zeiten in Gang gesetzt haben, jetzt, nachdem die neue Landesregierung den Stellenabbau weitestgehend gestoppt hat, in Geschrei ausbrechen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Die Landesregierung hat mit ihrer Politik bewiesen, dass sie dem Anspruch, die Qualität der Rechtspflege und Strafverfolgung auf hohem Niveau zu sichern, gerecht wird.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich weiß, dass Sie nicht ein großes Wahlversprechen eingehalten haben!)

Meine Damen und Herren, die Jugend ist unsere Zukunft. Wir werden weiterhin mit allen Mitteln für und um sie kämpfen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Kollege Killewald.

Norbert Killewald (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion bis zum jetzigen Zeitpunkt erinnert an zwei große Fußballphilosophen. An Andi Möller: „Egal, ob Madrid oder Mailand – höchstens Italien.“

(Minister Armin Laschet: „Hauptsache Italien“!)

Oder an „Cobra“ Wegmann: „Erst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu!“

(Minister Armin Laschet: Das ist ein ganz neuer Witz!)

Meine Damen und Herren, die eine Seite – die juristische Seite – haben wir beleuchtet, die andere Seite – die wesentliche, da, wo die Aufgabe geschultert wird – ist die Jugendhilfe.

Herr Biesenbach, es ist erschütternd, wenn Sie nach acht Monaten Arbeit in Ihrer Partei und in einer interministeriellen Arbeitsgruppe von vier Ministerien nur zustande bringen, dass der Minister, der für die Jugend zuständig ist, ein Bild abgibt, wie er es am Anfang dieses Jahres getan hat,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht nur der!)

indem er der Jugendhilfe ausdrücklich geschadet hat. Sie, Herr Minister, haben gezeigt: Sie haben keine Ahnung vom Inhalt, und Sie haben auch keine Ahnung vom Vokabular.

(Frank Sichau [SPD]: Und von der Geografie!)

Im Fachausschuss letzte Woche haben Sie deutlich gemacht, dass Sie an dem Wort „geschlossen“ festhalten, sodass die Träger der Maßnahmen deutlich machen mussten: Er kann nicht „geschlossen“ meinen und nicht von „Erziehungscamp“ reden, sondern muss von Einrichtungen der Jugendhilfe und von Wohngruppen sprechen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das passt aber nicht ins Parteiprogramm! Deshalb darf das nicht sein!)

– So ist das.

(Beifall von der SPD)

Die Debatte wird gleich von der CDU „jugendhilfemäßig“ vom Oberjugendhelfer Herrn Wüst weitergeführt. Wenn das genau so wird wie im März, können wir Tolles erwarten. Dann wird der Kollege auch seinem Spruch aus dem ersten Bibelteil deutlich gerecht werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er hat seine Ministerwünsche ja auch schon gesagt!)

Meine Damen und Herren, wie klar Ihre Worte auch Mitgliedern der Landesregierung gegen den Strich gehen, wird durch das Handeln von Minister Linssen und des Parlamentarischen Staatssekretärs Palmes deutlich, die Ihnen, Herr Laschet, heute nicht zur Seite stehen. Wie viele Jugendpolitiker von der Koalition hier anwesend sind,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Minus drei!)

ist schon ein deutliches Zeichen dafür, wie die mit Ihnen übereinstimmen, nämlich gar nicht. Die FDP hat es im Ansatz deutlich gemacht. Ihre CDU

wird sie natürlich nicht im Regen stehen lassen, weil die Roland Koch stärken will.

(Minister Armin Laschet: Was hat denn der Koch damit zu tun?)

Minister Linssen hat deutlich gemacht: Es gibt keine Erziehungscamps. Und er hat deutlich gemacht: Offensichtlich war der Kollege falsch informiert. Mit anderen Worten: Ihr Kollege zeigt deutlich auf, dass Sie Ihr Ministerium erst einmal in den Griff bekommen sollten.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Wo Herr Linssen recht hat, da hat er recht!)

Ich möchte, weil es so schön ist, ein Zitat bringen, das nicht aus einer Zeitung der Opposition stammt, sondern aus der „Rheinischen Post“. Sven Gösmann, meines Wissens der Chefredakteur, schreibt Ihnen ins Stammbuch:

„Minister Laschet blamiert sich

Peinlich, chaotisch, unfassbar – es fällt, die richtigen Worte für die aktuelle Amtsführung des nordrhein-westfälischen Ministers für ‚Generationen, Familie, Frauen und Integration‘, Armin Laschet, zu finden.

Großspurig ...“

Ferner:

„Für 48 Stunden hat ausgerechnet der Familienminister Tausende Familien am Niederrhein unnötig verunsichert. Darüber hinaus offenbarte er ein seltsames Amtsverständnis, indem er mit seiner dann noch fehlerhaften Informationspolitik die kommunalen Gremien übergang. Laschet lästert gerne über Kollegen, sie würden ohne Kenntnis in der Sache über Jugendpolitik reden. Jetzt gibt er selbst das beste Beispiel für seine These ab.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und dann, Herr Minister, wird auch noch deutlich, was die „Rheinische Post“ Ihnen bzw. Herrn Ministerpräsidenten ins Stammbuch schreibt. Er gibt nämlich dem Ministerpräsidenten den Tipp, möglichst schnell einzugreifen, weil die Landesregierung ein chaotisches Bild abgibt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Wie gesagt, das sagen nicht wir, das sagt die „Rheinische Post“, die bekanntermaßen nicht links ist und die inhaltlich wahrscheinlich mit Ihren Erziehungszielen, die Sie mit Jugendcamps, Erziehungscamps, wie Sie sie auch immer nennen wollen, verbinden, übereinstimmt. Im Übrigen bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihrem Koalitionspart-

ner im Fachausschuss, der deutlich sagt: Wer mit diesem Wort spielt, der muss sich nicht wundern, dass es missbraucht wird und dass es falsch verstanden wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Bevölkerung ist durch den Jugendhilfeminister verunsichert. Und das sollte der oberste Politiker der Jugendhilfe nicht tun. Sie haben es getan. Das schadet der Jugendhilfe nicht nur im Kreis Kleve, sondern im ganzen Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Killewald. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Wüst das Wort.

(Frank Sichau [SPD]: Jetzt kommt § 35 KJHG!)

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde!

(Britta Altenkamp [SPD]: Freunde? Herr Wüst, wenn Sie Freunde sagen, klingt das wie eine Drohung!)

Zunächst finde ich es gut, dass wir angesichts der Debatte wieder etwas freundlicher miteinander umgehen. Wenn ich die ersten Zwischenrufe von Herrn Sichau in Erinnerung rufe, dann waren die zumindest nicht angemessen. Wer glaubt, man könne hier den hessischen Wahlkampf beeinflussen, der liegt sowieso daneben. Aber oben sitzen viele junge Leute, über deren Altersgenossen wir gerade reden. Sie werden am Ende – vielleicht sind es ja Ihre Besuchergruppen – fordern: Wenn ihr über ein solches Thema redet, dann tut es doch bitte noch so aggressiv! Vielleicht können wir uns darauf einigen, dem zu folgen.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Ihr Versuch, die Einmischung im Wahlkampf seitens Herrn Clement wieder gutzumachen, ist schief gegangen. Clement hat den Wählern ja gesagt, was zu tun und was zu lassen ist.

(Frank Sichau [SPD]: Was hat der mit Jugendpolitik zu tun?)

Ihr Versuch, das heute wieder gerade zu rücken, als kleiner Hilfsdienst für Frau Ypsilanti, geht kräftig daneben.

Frau Düker hat den klassischen Fehler gemacht, den Sozialpädagogen im Gespräch mit Juristen immer machen: Sie machen Täter zu Opfern. Na-

türlich wird kein Täter als Täter geboren, keine Frage.

(Britta Altenkamp [SPD]: Als Generalsekretär wird man auch nicht geboren!)

Aber wenn man dabei hängenbleibt, zu attestieren, dass es um mangelnde Chancen, fehlgeschlagene Integration geht, dann stelle ich mir die Frage, wie denn Ihr Beitrag dazu war, die Chancen zu verbessern. Es war doch Ergebnis Ihrer Regierungszeit, dass die Antwort auf die Frage, welche Bildungschancen Kinder haben, in NRW so wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall von der CDU)

Über Bildung haben wir in dieser Debatte noch gar nicht gesprochen. Wie Sie sich mit Ihrer Multi-Kulti-Ideologie an der Integrationspolitik versündigt haben, ist mittlerweile selbst in Ihren Reihen unumstritten.

(Zurufe von Frank Sichau [SPD] und Wolfgang Jörg [SPD])

Sie reden von Dunkelfeld und Hellfeld und sagen, Sie wollten überhaupt nicht beschwichtigen. In der Rhetorik nennt man das eine „Schwarze Katze“. Herr Jäger war wohltuend. Er hat wenigstens die Fakten anerkannt. Die Frage, was er in letzten Jahren dazu beigetragen hat, hat er offen gelassen, weil es da nicht viel gibt.

(Zurufe von der SPD)

Dann sagen Sie, das sei alles im Wahlkampf von Herrn Koch hochgekommen. Das mag jetzt der Grund dafür sein, dass man darüber etwas pointierter redet. Mir haben Sie vorgeworfen, ich hätte vor einem Jahr schon zu pointiert darüber gesprochen. Die Sache mit dem Wahlkampf trifft also auf uns nicht zu, denn vor einem Jahr gab es ja schlicht keinen.

Der Anlass ist ohnehin nicht der Wahlkampf, sondern eine menschenverachtende Tat in München. Über Täter und Opfer haben wir in der Relation noch gar nicht gesprochen. Da war schon ziemlich klar, wer Täter und wer Opfer war. Das Opfer lag auf dem Bahnsteig.

Zum Thema Populismus, verehrte Sozialdemokraten, muss ich Gerhard Schröder zitieren; das kann ich Ihnen nicht ersparen. 1997 im Hamburger Wahlkampf sagte er – ich zitiere wörtlich mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser

Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell.

Das sagt nicht Hendrik Wüst von der CDU, sondern Gerhard Schröder von Gazprom, früher mal SPD.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Das ist Ihr ehemaliger Parteivorsitzender. Die „FAZ“ zitiert noch am 13. Januar ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Wüst, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Hendricks?

Hendrik Wüst (CDU): Ich glaube, ich kann alle Fragen von Frau Hendricks heute nicht beantworten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie wollen also keine Zwischenfrage zulassen. Danke schön.

Hendrik Wüst (CDU): Die „FAZ“ zitierte Herrn Schröder noch am 13. Januar dieses Jahres. Damals machte er die Polen für den Autodiebstahl, die Russenmafia für die Prostitution und Einwanderer aus Südosteuropa und Schwarzafrika für den Rauschgifthandel verantwortlich. Das zum Thema Populismus und zu dem, was Sie Herrn Koch vorwerfen.

Zu Versöhnung möchte ich Ihnen am Ende eine Definition, die Sie auch im Internet gefunden hätten, wenn Sie gesucht hätten, aus der Wiesbadener Erklärung der CDU Deutschland vortragen, beschlossen Anfang Januar in Wiesbaden, Bundesvorstand. Ich war selbst dabei.

Auf Seite 8 finden Sie:

„Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig, nicht erst nach einer langjährigen kriminellen ‚Karriere‘, etwa in Erziehungscamps mit therapeutischem Gesamtkonzept ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor anderen lernen. Es bestehen insbesondere in unionsgeführten Ländern bereits vorbildhafte Projekte, in denen jugendliche Täter mit strengen Regeln, Sport, Disziplin, Arbeit und Verhaltenstraining wieder einen Weg in die Gesellschaft finden. Diese müssen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger flächendeckend ausgebaut werden.“

Und so weiter. – Ich glaube, dagegen kann selbst von Ihnen niemand etwas haben.

(Frank Sichau [SPD]: Was ist da die gesetzliche Grundlage?)

In diesem Sinne sollten wir gemeinsam daran arbeiten, die Prävention auszubauen, keine Frage. Aber da, wo es um 8.000 mehrfach delinquente jugendliche Gewalttäter geht, sollten wir auch bei der Repression gucken, ob das, was wir heute tun, noch reicht. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Engel zur Wort gemeldet.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Sache und ein wenig auch zur Beruhigung der Gemüter. – Die meisten von Ihnen wissen, wovon ich jetzt rede.

In unserem nordrhein-westfälischen Partnerland Brandenburg gibt es in der Uckermark seit über 15 Jahren ein bundesweit einzigartiges, sehr erfolgreiches und wissenschaftlich evaluiertes Projekt der verbindlichen Unterbringung und Betreuung von delinquenten Kindern und Jugendlichen in der Trägerschaft des dortigen Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks Lazarus; abgekürzt: EJV.

Das Einzigartige an dieser Einrichtung ist, dass sie nicht geschlossen ist. Es gibt keine Gitter. Es gibt keine Zäune, keine Mauern. Sie ist offen. Es ist eine offene Kinder -und Jugendeinrichtung. Durch ihre ortsferne Lage in reizvoller Umgebung, durch eine sehr engmaschige Betreuung und Begleitung durch qualifiziertes und erfahrenes Fachpersonal gelingt es den Kindern und Jugendlichen nicht, die Einrichtung durch Flucht dauerhaft zu verlassen. Sie kommen in der Regel wieder zurück, oder in den sehr seltenen Fällen von Entweichungen – meist zu Beginn der Maßnahme in der Einrichtung – werden sie schnell wieder aufgegriffen.

Da Gitter, Zäune und Mauern fehlen, lassen sich die Kinder und Jugendlichen viel früher auf die Einrichtung ein. Sie müssen sich nicht mehr mit der Frage befassen, wie sie möglichst schnell dieses oder jenes Schloss überwinden können oder in einem günstigen Moment über Zäune oder Mauern hinweg abhauen können. Das ist der Kern des Erfolgs. Die Kurzform lautet: Menschen statt Mauern.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist Herrn Wüst nicht bekannt!)

Wer als delinquentes Kind oder delinquenter Jugendlicher nach Petershagen kommt, hatte meist keine Chance, seine Kindheit zu leben, war im

sogenannten Großstadtdschungel nachtaktive unterwegs, lag enturzelt auf der Straße, lebte von Straftaten und hatte bereits viele Heim- und Psychiatrieaufenthalte hinter sich – erfolglos – und kein Unrechtsbewusstsein trotz Sanktionen und pädagogischer Beeinflussungen.

Das besondere Konzept von „Menschen statt Mauern“ stoppt kriminelle Karrieren selbst bei eingelieferten Kindern und Jugendlichen, die zum Beispiel bis zu 80 Straftaten hinter sich haben. Die Rückfallquote ist gering. Durch „Menschen statt Mauern“ haben sie gelernt, dass es einen anderen Weg gibt – einen Weg ohne Straftaten, aber mit Werten, mit Schulunterricht und Berufsausbildung und letztlich mit eigenem Einkommen.

Das ist die Antwort unserer Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Das ist die Antwort engagierter Erziehungshilfe auf beinahe hoffnungslose Fälle. Genau an diesem Punkt haben wir uns orientiert. Wir haben nicht resigniert, nein, wir haben durchgehalten. Und nachdem es Rot-Grün im Herbst 2003 verpasst hatte, in diesem so wichtigen Bereich etwas zu tun – damals waren die Redner Frau Haußmann von den Grünen und der Kollege Jentsch von der SPD; Kollege Orth hat es eben erwähnt –, wollten wir das besondere Know-how von Brandenburg nach Nordrhein-Westfalen importieren. Dazu mussten geeignete Liegenschaften gefunden und Widerstände überwunden werden.

Das hört sich so einfach an, aber Nordrhein-Westfalen ist dicht besiedelt. Sie ahnen, welcher Aufwand nötig war. Und am Ende konnte man immer noch scheitern: Entweder war die Renovierung bzw. der Umbau einer Liegenschaft trotz einer von der Landesregierung mit Datum vom 13.01.2006 zugesagten oder in Aussicht gestellten Landesrückbürgschaft zu teuer; dies gilt beispielsweise für die angedachte Liegenschaft in Straelen-Herongen. Oder der Bürgermeister hat eine Umnutzung versagt, so zum Beispiel für Hamminkeln.

Das ist übrigens auch die Vorgeschichte von „Ausblick“. „Ausblick“ ist die Nummer drei auf einer Liste weiterer Objekte. Am 24. April wird eingeweiht. Es ist ein echter Meilenstein in der Erziehungshilfe in Nordrhein-Westfalen. Ich danke allen und insbesondere den Trägern EJV und der Kaiserswerther Diakonie, die eine gemeinnützige GmbH für „Ausblick“ gebildet haben. Ganz besonders danke ich Frau Benninghoff-Giese und Frau Jordan-Nimsch. Ich danke allerdings auch dem LAZARUS HILFSWERK in Deutschland e. V. Denn diese drei Träger haben nicht aufgegeben.

Wir freuen uns auf die Einweihung dieser ersten Einrichtung in Nordrhein-Westfalen.

(Frank Sichau [SPD]: Der dritten!)

Freuen Sie sich mit! – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte jenseits des fachlichen Austausches noch einmal auf die Fragen der Ursachen und der Gesamtverantwortung zu sprechen kommen. Ich möchte auch die Verantwortung des Ministerpräsidenten, der dieser Debatte heute leider nicht beiwohnt, aus meiner Sicht beleuchten.

Gäbe es nicht in Hessen einen notleidenden CDU-Wahlkämpfer, bräuchten wir uns heute hier mit den Irrungen und Wirrungen der schwarz-gelben Landesregierung nicht auseinanderzusetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich erinnere: Es war in der Winterpause, als die Debatte um Jugendkriminalität von Hessen aus über Deutschland schwappte und sich Herr Laschet und Herr Rüttgers kräftig verschluckt haben, als sie auf dieser Welle mitschwimmen wollten. Erziehungscamps in Nordrhein-Westfalen? – Erst nein, dann ja, erst sofort, dann später, erst in Neukirchen-Vluyn, dann in Bedburg-Hau.

Im Vergleich zum Chaos, das die Regierung Rüttgers da angerichtet hat, meine Damen und Herren, war die babylonische Sprachverwirrung ein Hort der Verständigung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und es war nicht nur eine Ortsverwechslung, Herr Laschet. Da war mehr im Spiel. Und all das geschah nur, um Herrn Koch in einem Wahlkampf voller Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Spaltung der Gesellschaft zur Seite zu springen.

Frau Müller-Piepenkötter, meistens zeichnen Sie sich zumindest durch eine gewisse Sachlichkeit aus. Eben habe ich mich allerdings gefragt, ob Ihnen Herr Wüst oder die hessische Wahlkampfzentrale von Herrn Koch diesen Redebeitrag geschrieben hat. Das habe ich mich wirklich gefragt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Warum erinnere ich an die Gesamtverantwortung des Ministerpräsidenten? – Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land, in dem die soziale Frage eine große Rolle spielt. Darauf bin ich stolz, und darum lebe ich sehr gerne in diesem Land. Wir haben einen großen sozialen Frieden, bei allen Schwierigkeiten.

Ein Ministerpräsident, der sich so gerne auf Herrn Arnold und Johannes Rau beruft, hätte in dieser Auseinandersetzung eine andere Aufgabe gehabt, als daran zu denken, wie er Herrn Koch beispringen kann und durch seinen Integrationsminister ein Erziehungscamp ausrufen lassen kann. Er hat nichts Besseres zu tun – statt dafür zu sorgen, dass das nicht auf Nordrhein-Westfalen überschwappt und dass nicht so viel an Verwirrungen und Auseinandersetzungen, auch Verwirrungen vor Ort, angerichtet wird.

(Minister Armin Laschet: Tut er doch gar nicht!)

– Herr Laschet, Sie sollten wirklich ganz still sein in dieser Situation!

(Minister Armin Laschet: Da schwappt nichts über! Unsinn!)

Dann bekamen wir alle, meine Damen und Herren, einen Brief der Ministerpräsidenten zu Weihnachten, in dem viel von „Gemeinsam statt einsam“ die Rede war. Es hätte unserer Fraktion fast das Herz gebrochen, als wir das gelesen haben. Der Ministerpräsident hätte sich beim Handeln besser selbst daran gehalten.

Diese Chance zur Distanzierung von Herrn Koch und von dieser Art und Weise, einem wichtigen Thema gerecht zu werden, und zu dem Versuch, dem auch Herr zu werden – Frau Düker hat das sehr deutlich gemacht –, haben der Ministerpräsident und diese ganze Regierung vertan, denn es kommt auch in dieser Debatte darauf an, dafür zu sorgen, dass wir gemeinsam und miteinander die Probleme lösen, statt die verschiedenen Gruppen gegeneinander aufzuhetzen.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Diese Chance haben der Ministerpräsident und auch Sie vertan, weil Sie das nicht auseinanderhalten, weil Sie Herrn Koch helfen wollen und nicht sachbezogen arbeiten, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Als Nächster spricht der Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In NRW leben wir immer noch relativ sicher. Trotzdem gibt es jetzt aus Wahlkampfgründen eine durchsichtige politische Kampagne. Was der Brandstifter Koch losgetreten hat, nimmt zum Teil hysterische Formen an. Die Stichworte der aktuellen Debatte, die in Hessen losgetreten wurde, wie Jugendstrafrecht, Warnschussarrest, Erziehungscamps, rasche Ausweisung ausländischer Täter oder Herabsetzung des Mindestalters für den Strafvollzug, zeigen die Absurdität der Vorstellungen vieler Entscheidungsträger in Hessen und in NRW.

Es gibt ein Vollzugsdefizit – keine Frage! Die CDU hat da ein Problem. Aber ein Blick in die USA zeigt, dass ein rigoroses, auf Abschreckung setzendes Strafrecht in keiner Weise dazu beiträgt, die Gewaltbereitschaft zu senken. Dort ist sogar die Todesstrafe üblich. Im Jugendbereich werden selbst Kinder voll zur Verantwortung gezogen. Wozu das führt, offenbart das Risiko, durch ein Gewaltverbrechen zu Tode zu kommen. In den USA ist es zehn Mal so hoch.

Doch wozu dienen dann die von Herrn Koch gemachten und von der Landesregierung teils aufgegriffenen Vorschläge zur Verschärfung des Jugendstrafrechts? Die Phantomdebatte soll die Ängste der Bevölkerung vor gewaltbereiten Jugendlichen schüren und suggerieren, dass die Gewaltgefahr überall und auf jeden lauert. Die Ankündigung von Erziehungscamps soll den Aktionismus der Landesregierung demonstrieren, nach dem Motto: Die tun ja etwas dagegen.

Am schlimmsten aber ist die Hetze gegen junge Menschen mit Migrationshintergrund, um Wählerstimmen zu bekommen.

(Minister Armin Laschet: Wer macht das denn?)

– Sie machen das und vor allem Ihr Kollege Herr Koch.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Weder noch! – Gegenruf von Thomas Eiskirch [SPD]: Dann sind das aber Wahrnehmungstörungen, Frau Ministerin!)

Er hat eine sehr durchsichtige politische Wahlkampagne losgetreten. Herr Koch suggeriert, der Migrationshintergrund sei schuld und eine Abschiebung sei die einfachste Lösung. An diesem

Punkt, Herr Integrationsminister Laschet, vermisse ich Ihre glasklare Distanzierung von den rechtspopulistischen und spalterischen Forderungen des Brandstifters Koch.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Dabei ist die hohe Zahl von Gewalttaten junger Menschen in erster Linie Ergebnis von gesellschaftlicher Ausgrenzung und sozialer Spaltung. Sie hat nichts mit der Herkunft der Jugendlichen zu tun. Das deutsche Jugendstrafrecht setzt daher zu Recht auf Erziehung statt auf harte Strafen. Das Ziel von Sanktionen ist eine Verhaltensänderung beim Jugendlichen und nicht die Höchststrafe. Das ist auch gut so!

Deshalb ist es erforderlich, alle außerhalb des Strafrechts vorhandenen Mittel auszubauen, die präventiv und reaktiv der Jugendgewalt entgegenwirken. Dazu zählt auch die Aufstockung personeller Ressourcen in der Jugendarbeit, bei den Jugendstaatsanwaltschaften und Jugendgerichten. Warnschussarreste, Höchststrafen, Sicherungsverwahrung sind Maßnahmen, welche die Jugendlichen bereits aufgegeben haben, keinerlei Erziehungsgedanken mehr beinhalten und die Resozialisierung von auffälligen Jugendlichen nachhaltig gefährden.

Auch die von der Landesregierung angestrebten Erziehungscamps – ob sie nun von einem geografischen Analphabeten wie Herrn Laschet in Bedburg-Hau oder Neukirchen-Vluyn geplant werden – sind ein Etikettenschwindel, abgesehen davon, dass völlig unklar ist, in welchem Haushaltstitel die von Minister Laschet letzten Donnerstag angekündigten zehn neuen Erziehungseinrichtungen bzw. Erziehungscamps eingeplant sind.

(Frank Sichau [SPD]: Die bezahlt er aus eigener Tasche!)

Ein letzter Satz noch: Wichtig sind aus meiner Sicht vor allem verstärkte Prävention, Aufklärung sowie Jugendbildung und besonders die Chance, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben und einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die Linke setzt beim Thema Jugendkriminalität deshalb auf den Ausbau statt auf den Abbau von Jugendhilfeangeboten sowie auf eine andere Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik. Deshalb unterstütze ich auch die Anträge, die von Grünen und SPD gestellt worden sind. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laschet das Wort.

(Frank Sichau [SPD]: Aus „Bedburg-Vluyn“! – Minister Armin Laschet dreht auf dem Weg zum Rednerpult um, um sich weitere Unterlagen von seinem Platz zu holen. – Zuruf von der SPD: Jetzt holt er sich erst einmal eine Autobahnkarte! – Weitere Zurufe)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Im Zusammenhang mit Ihrem Zwischenruf über „geschlossen“

(Zuruf von der SPD: Autobahnkarte!)

fällt mir ein, dass ich Ihnen ja gleich vortragen kann, was ich zu diesem Thema meine.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ich kann Ihnen eine Wanderkarte geben!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Experte der Polizei hat vor wenigen Tagen in der „Aachener Zeitung“ ein Interview gegeben, in dem er sagt:

(Thomas Stotko [SPD]: Wer wird denn überhaupt zitiert?)

Wenn ich einen jugendlichen Straftäter habe, der bereits mit 17 oder 18 dreißig, vierzig Straftaten begangen hat, haben alle Systeme versagt. Dann hätte ich mir gewünscht, die Systeme hätten vorher gegriffen: nach der Geburt, im Kindergarten, im Elternhaus, in der Schule, bei der Jugendarbeit und nicht erst bei uns als letztem Glied in der Kette.

(Zustimmung von Frank Sichau [SPD])

Das ist in der Tat das Richtige und Wichtige, das diese Landesregierung, seit sie ihr Amt angetreten hat, in den Mittelpunkt gestellt hat: Prävention, frühes Helfen – Sie haben das KiBiz in einer anderen Diktion erwähnt –, Sprachförderung verpflichtend ab vier Jahren, Kindern Bildungschancen geben, Eltern, die man bisher nicht erreicht hat, durch Familienzentren erreichen. Das alles ist präventive Arbeit dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Und dann noch mit weniger Geld!)

– Herr Sichau, wie Sie genau wissen, auch wenn Sie immer wieder anderes dazwischen rufen: mit mehr Geld auch schon im Haushalt 2008! 2009 sind es über 1 Milliarde €

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Das ist präventive Politik,

(Widerspruch von der SPD)

um zu verhindern, dass man am Ende da landet, wo man nicht landen soll. Das ist keine ethnische Frage. Wer für sich perspektivlos ist, wird leichter kriminell als jemand, der nicht perspektivlos ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Insofern ist es keine Frage der Staatsangehörigkeit und keine ethnische Frage, sondern ein Problem, das Menschen ohne Bildungschancen leichter trifft. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil aber ist: Wie gehen wir denn mit denjenigen um, die trotz allem Straftäter werden, die Gewalt ausüben? Ich hatte in der Debatte den Eindruck, als wenn Sie diesen Teil – so wie Sie es bis 2005 als Regierungspolitik gemacht haben – unterschätzen.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Sie glauben, es sei alles mit den klassischen Instrumenten der Jugend- und Kinderhilfe erreichbar. Das ist eben nicht der Fall. Wir brauchen neue Ideen. Eine solche neue Idee – der Kollege Engel hat das vorgetragen – haben Sie noch 2003 weggewischt und gesagt: Das brauchen wir nicht. Nach meinem Amtsantritt war der Träger bei mir und hat gefragt: Wo in Nordrhein-Westfalen können wir mit dem Modell „Menschen statt Mauern“ starten, etwas völlig anderes machen als bisher üblich?

(Frank Sichau [SPD]: Wir haben doch schon Einrichtungen!)

– Wir haben viele Einrichtungen,

(Frank Sichau [SPD]: Menschen statt Mauern!)

lieber Herr Sichau, wir haben stationäre Unterbringung, wir haben vielfältige Formen für die einzelnen Delikte,

(Ralf Jäger [SPD]: Was ist denn daran neu?)

aber wir haben nicht das, was in Frostenwalde stattfindet.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Jetzt darf ich Ihnen aus einer Studie vortragen ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Düker?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Herr Minister. Sie haben gerade bemerkenswerterweise – das finde ich richtig – darauf hingewiesen, dass die Ursachen von Jugendkriminalität sehr wohl etwas mit sozialem Hintergrund, mit sozialen Defiziten zu tun haben und weniger ethnisch begründet sind. Fällt auch diese Feststellung unter den von Frau Müller-Piepenkötter und von Herrn Wüst erhobenen Vorwurf der Multikulti-Ideologie?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein, mit Multikulti-Ideologie ist gemeint, dass man diese Themen nicht benennt, dass man so tut, als wenn das Leben ein immerwährendes Straßenfest ist, wo man sich nett begegnet und die kritischen Punkte nicht anspricht. Das ist Multikulti-Ideologie. Das ist etwas anderes.

(Beifall von der CDU)

Aber die Probleme, die es gibt, zu benennen und da anzusetzen, das ist Integrationspolitik.

Ich darf aus einer Studie zitieren, die Frostentalde analysiert hat, die von der früheren Bundesjugendministerin Renate Schmidt in Auftrag gegeben wurde; das ist zehn Jahre her. Sie sagt über Frostentalde – das ist genau das Modell, das wir jetzt einrichten wollen –:

„Frostentalde ist eine offene Einrichtung, die durch ihre räumliche Abgelegenheit und die Dichte der internen Kommunikation“

(Britta Altenkamp [SPD]: Die Frau wusste ja auch, wovon sie redet!)

„eine Struktur bietet, die sich als geschlossenes System“

– Herr Killewald! –

„mit hochreglementierten Durchlässen nach außen, zur Umwelt kennzeichnen lässt.“

(Norbert Killewald [SPD]: Das ist aber ein großer Unterschied zu dem, was Sie letzte Woche gesagt haben!)

Frostentalde wird eher durch die angrenzenden Felder und Waldgebiete als durch den Zaun begrenzt.

(Norbert Killewald [SPD]: Interessant, dass Sie dazu eine Lektüre mitbringen müssen!)

Das ist exakt das, was Bedburg-Hau an neuer Qualität bringt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und so stellen Sie sich den Niederrhein vor!

Es ist eben keine Einrichtung, wo sie ein- und ausgehen können, wie sie wollen, sondern wo der geschlossene Charakter durch das pädagogische Konzept, durch „Menschen statt Mauern“ erläutert wird.

(Norbert Killewald [SPD]: Lassen Sie lieber die Erklärungen! Die Schrift zeigt das besser!)

Um genau diese Frage geht es in der Debatte. In Bedburg-Hau arbeitet man nicht mit Drill und unangemessener Behandlung, sondern baut auf Disziplin, klare Tagesabläufe, verbindliche Strukturen und eine durchgängig verlässliche Betreuung und Unterstützung von Jugendlichen.

Der Kollege Wüst hat beschrieben, was der CDU-Bundesvorstand in Wiesbaden beschlossen hat. Das ist genau dieser Ansatz. Kein Mensch wollte zu irgendeinem Zeitpunkt Bootcamps, Drillcamps, all das, was wir aus den Vereinigten Staaten kennen. Das wissen Sie genau. Sie haben versucht, es anders in die Debatte einzuführen.

(Norbert Killewald [SPD]: Wer hat denn das Wort eingeführt? – Weiterer Zuruf von der SPD: Unglaublich! Geben Sie es doch wenigstens zu!)

– Ich sage Ihnen: Wir haben immer die Erläuterung, Herr Killewald, dazugesagt. In dem Interview, das Sie eben zitiert haben, ist von mir gesagt worden, dass wir das eben nicht wollen, dass wir aber eine neue Qualität brauchen. Die gibt es bisher in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Norbert Killewald [SPD]: Sie sind so unerschuldig!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister Laschet, gestatten Sie noch zwei Zwischenfragen, eine von Frau Abgeordneter Steffens und eine von Frau Walsken?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wo ist denn Frau Steffens?

Vizepräsident Oliver Keymis: Entschuldigung, Frau Asch sitzt auf dem Platz.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Auch Frau Asch!

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister Laschet, nachdem wir im Ausschuss schon bemerkenswerte Äußerungen von Ihnen zur Definition dessen, was eine geschlossene Einrichtung ist oder nicht

ist, bekommen haben – das hatte schon fast Stoiber-Niveau –, hatten wir gehofft, dass Sie sich bis heute kundig gemacht haben. Können Sie uns denn heute sagen, wie Sie eine geschlossene Einrichtung definieren?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich lese Frau Kollegin Asch, die sich als Frau Steffens getarnt hat, noch einmal einen Satz vor – wenn Ihnen das eher weiterhilft als meine Worte –, den Bundesfamilienministerin Renate Schmidt gesagt hat: Dieses Projekt ist ein geschlossenes System mit hochreglementierten Durchlässen. Die Geschlossenheit bietet sich durch das pädagogische Konzept und die Lage der Einrichtung an. – Exakt darüber haben wir im Ausschuss gesprochen.

Es gibt ein paar Fachbegriffe bezüglich freiheitsentziehender und freiheitsbeschränkender Maßnahmen, die ich Ihnen auch im Ausschuss zu erklären versucht habe.

(Britta Altenkamp [SPD]: Dieses Wort ist von Ihnen nicht einmal gefallen, Herr Minister!)

Aber die Frage ist doch: Sind die Jugendlichen dort in einem geschlossenen System untergebracht? – Das sind sie. Insofern kann ich mich darauf zurückziehen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn das von Ihnen im Protokoll steht, ist das Protokoll falsch!)

Wir werden die Studie auswerten. Der Kollege Engel arbeitet daran, liebe Frau Asch, zehn weitere Einrichtungen im Lande zu errichten. Diese richtet der Träger ein, lieber Herr Jäger, nicht die Landesregierung.

(Ralf Jäger [SPD]: Ach!)

Das hat die Landesregierung auch zu keinem Zeitpunkt gesagt.

(Norbert Killewald [SPD]: Wir wollen zehn weitere Camps einrichten! Das waren Ihre Worte! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Jäger, wir wollen zehn weitere Einrichtungen haben.

(Norbert Killewald [SPD]: Nein, „einrichten“ haben Sie gesagt!)

– Regen Sie sich doch nicht so auf! Sie haben 2003 im Landtag per Mehrheit verhindert, solche Konzepte auf den Weg zu bringen. Die neue Landesregierung sagt: Wir brauchen solche Konzepte. Wir brauchen etwas mehr als Jugendhilfe und etwas weniger als Jugendstrafvollzug. An diesen

Konzepten arbeiten wir; Herr Engel hat das sehr genau beschrieben.

Die Landesregierung hat geholfen, Wege freizumachen, Liegenschaften zu finden, dem Träger die Rückendeckung zu geben, die er in rot-grüner Zeit nicht bekommen hat. Das ist Multikulti-Ideologie, liebe Frau Düker, wie wir sie eben nicht machen.

(Beifall von der CDU)

Wir machen moderne Integrationspolitik, erkennen aber auch, dass manche Menschen klare Regeln brauchen. Diese werden wir durchsetzen, auch gegen Rot-Grün im Landtag.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. Die zweite Zwischenfrage von Herrn Kollegen Sichau ist damit nicht mehr zu beantworten. – Als nächster Redner ist Herr Giebels von der CDU-Fraktion angekündigt. Bitte schön, Herr Giebels.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch Tatsache, dass die Gewaltkriminalität in Deutschland seit 1993 angestiegen ist. Wenn Sie sich einmal einzelne Delikte anschauen, stellen Sie fest, dass alleine gefährliche und schwere Körperverletzung um 45 % und leichte Körperverletzung um sage und schreibe 105 % angestiegen sind.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

– Natürlich. Sie können es ja in der Kriminalstatistik nachlesen, Frau Kollegin Düker. – Dabei begehen 5 % der jugendlichen Straftäter 50 % der Straftaten.

Es ist auch Tatsache, dass der Anteil der nicht-deutschen Straftäter höher ist als deren Anteil an der Bevölkerung. Das ist einfach eine Tatsache, der Sie ins Auge sehen müssen. Dies rührt natürlich aus sozialen Defiziten. Aber woher kommen diese Defizite denn? Sie sind auch ein Ergebnis Ihrer verfehlten Integrations- und Bildungspolitik. Das muss man hier auch einmal ganz deutlich sagen.

Sie haben die Erziehungscamps angesprochen und sie sozusagen verteufelt. Dann beantworten Sie doch einmal die Frage, warum der Leiter des bekannten hessischen Erziehungscamps vom Bundespräsidenten einen Orden der Bundesrepublik Deutschland für seine Arbeit mit den Jugendlichen bekommen hat! Das, was da stattfindet, kann also gar nicht so schlecht sein. Aber das

haben Sie offensichtlich nicht mitbekommen oder wollen es einfach nur negieren.

Ihre Botschaft ist doch, man solle gar nichts ändern. Und Tatsache ist, dass Sie, die SPD, seit 2003 auf der Bundesebene immer wieder Initiativen verhindern, dieses Problem auf der bundesgesetzlichen Ebene anzufassen.

(Frank Sichau [SPD]: Das steht im Koalitionsvertrag!)

– Sie haben dafür gesorgt, dass dieses im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene trotz Forderung der CDU eben nicht verankert werden konnte. Sie verschließen doch die Augen vor der Realität.

(Thomas Stotko [SPD]: Das sind doch Ihre eigenen Minister!)

Wir können Sie nur aufrufen, jetzt endlich einmal in der Wirklichkeit anzukommen, hier mit der Blockade aufzuhören und mit uns gemeinsam zu handeln. Es gibt gute Konzepte. Diese werden wir umsetzen. Hierzu laden wir Sie ein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist eine Einladung, die ich gerne ausschlage!)

Wenn Sie sich dem verweigern, dann blockieren Sie weiter. Wir hoffen, dass wir diese Konzepte hier erfolgreich umsetzen können. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Die Antragstellerinnen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen also gleich zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6003** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionslose Sagel. Wer ist dagegen? – FDP und CDU. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/6005**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Grüne und der Fraktionslose Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich bedanke mich für die Beratung des Tagesordnungspunktes 2.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, muss ich eine Rüge aussprechen. Sie betrifft den Kollegen Hegemann von der Fraktion der CDU. Er ist bei seiner Rede in der gestrigen Plenarsitzung auf einen Zwischenruf eingegangen und hat dabei einen Vergleich aus dem Tierreich gezogen, der absolut unparlamentarisch und daher zu rügen ist. Den Vergleich selbst erspare ich Ihnen und uns heute.

Wir kommen nun zu:

3 Empfehlungen der Werthebach-Kommission umsetzen – Gewalt in Justizvollzugsanstalten bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5775

Erlauben Sie mir bitte einige Hinweise, bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile.

Im Vorfeld sind Bedenken geäußert worden, ob eine Plenardebatte zu diesem Thema zulässig ist, wenn sich gleichzeitig der Parlamentarische Untersuchungsausschuss mit den tatsächlichen Verhältnissen im nordrhein-westfälischen Jugendstrafvollzug und Jugenduntersuchungshaftvollzug beschäftigt. Wir alle haben diesen Ausschuss eingesetzt und ihm einen Auftrag erteilt. Ob und inwieweit dieser Auftrag gegenüber dem Plenum Sperrwirkung entfaltet, ist bisher weitgehend ungeklärt.

Sperrwirkung kann aber, wenn überhaupt, nur dann eintreten, wenn sich der Antrag, der jetzt behandelt werden soll, mit dem Auftrag des Untersuchungsausschusses zumindest überschneidet. Soweit sich die Rednerinnen und Redner also jetzt dem Antrag entsprechend ausschließlich mit der Umsetzung der Ergebnisse der Werthebach-Kommission und deren Stand befassen, kann ich keinen Grund für eine Sperrwirkung erkennen.

Gleichwohl betrachte ich es hier als meine Aufgabe, an alle Rednerinnen und Redner zu appellieren, bei der Teilnahme an der Diskussion die notwendige Zurückhaltung zu üben und vorgezogene Beweiswürdigungen zu unterlassen. Dieser Hinweis erfolgt vor allem vor dem Hintergrund, dass der Untersuchungsausschuss seine Beweiserhebung noch nicht abgeschlossen hat. Eine vorgezogene Beweiswürdigung würde nach meinem Empfinden dem Gebot rechtsstaatlicher Fairness widersprechen. Für Mitglieder des Untersuchungsausschusses ist dieses Verbot ausdrücklich im Untersuchungsausschussgesetz geregelt.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie das so zur Kenntnis nehmen, eröffne die Beratung und rufe als ersten Redner für die antragstellende Fraktion der SPD Herrn Kollegen Sichau hier ans Pult. Bitte schön, Herr Sichau.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um die Werthebach-Kommission. Wie schon im Rechtsausschuss danke ich auch hier für den Bericht, Frau Ministerin. Er zieht aus unserer Sicht wichtige Folgerungen nach sich, die wir in unseren Antrag aufgenommen haben.

Über die Wissenschaftlichkeit dieser Kommission kann bekanntlich gestritten werden. Trotz des wichtigen Wertes dieses Berichts entspricht dieser für unsere Begriffe keineswegs wissenschaftlichen Anforderungen, was seine Bedeutung allerdings nicht mindert. Beispielsweise das gesetzliche Trennungsgebot wäre hinsichtlich Abweichungen insgesamt wissenschaftlich zu überprüfen.

Wir konzentrieren uns in unserem Antrag auf fünf Vorschläge.

Erstens. Werthebach fordert sachgerecht eine Stärkung des offenen Vollzuges, insbesondere für Kurzstrafige. Das würde den geschlossenen Vollzug entlasten und die gesetzlich vorgegebene Einzelunterbringung auch in der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen-Feldmark in ihrer normativen Bedeutung berücksichtigen.

Zweitens. Durch die Einführung beispielsweise eines Zweischichtbetriebes von jeweils 18 Wochenstunden kann die Beschäftigung im Strafvollzug erhöht und eine bessere Tagesstrukturierung erreicht werden. Hier wären entsprechende Modellvorhaben vonnöten.

Drittens geht es uns um wichtige Ausweitungen des sozialen Trainings sowie des Antigewalttrainings. Es müssen mittelfristig mehr als zwei Trainings für je neun Gefangene pro Jahr angesichts der vorhandenen Gefangenzahl eingerichtet werden. Keine Gewalt, deutlich hinschauen – dieses Prinzip der Drogenhilfe muss auch im Strafvollzug deutlicher wahrnehmbar und offensiver vertreten werden.

(Beifall von der SPD)

Der Begriff „Besonderes Vorkommnis: Gewalt im Vollzug“ ist zu präzisieren, damit er weitgehend einheitlich angewandt und kommuniziert werden kann. Auch hier treten wir dem Vorschlag von Herrn Werthebach bei und erwarten eine kurzfristige Umsetzung.

Noch etwas zum Ausbau der Sozialtherapie: Beim Ersatzbau der Sozialtherapie Gelsenkirchen im Gelsenkirchener Süden können Sie das mit einer sachgerecht erhöhten Platzzahl von ungefähr 250 Gefangenen in einer solitären Sozialtherapie umsetzen.

Viertens. Wir haben oft über eine angemessene Personalausstattung im Strafvollzug debattiert, und das auch in Zeiten dramatisch einbrechender Steuereinnahmen, die Sie ja immer wieder verschweigen nach dem Motto: Sie haben ja nur gekürzt! – Das war die andere Seite. Seit 2006 gibt es Gott sei Dank deutlich andere Zahlen und damit andere Zeiten.

Wir können uns auch aus Transparenzgründen dem Vorschlag von Werthebach nur deutlich anschließen, im Vollzug ein mathematisch-analytisches Personalbedarfsberechnungssystem einzuführen. Werden Sie hier bitte tätig, Frau Ministerin! Auch der Strafvollzug hat ein Pebbsy-Äquivalent wie bei Staatsanwaltschaft und Gerichtsbarkeit verdient. Stellen Sie ihn diesbezüglich in nächster Zeit auch tatsächlich gleich.

Fünftens geht es um die Prüfung eines Vollstreckungsstopps für Ersatzfreiheitsstrafen, wohlge-merkt für Menschen, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen können, die also eigentlich nicht in den Strafvollzug gehören. Hier muss alsbald die Förderung der Fachstellen für gemeinnützige Arbeit ausgeweitet werden. Solche Menschen sollen gemeinnützig für die Gesellschaft tätig werden, statt den Belegungsdruck im Vollzug erhöhen und weitere Kosten zu verursachen.

(Beifall von der SPD)

Im Rechtsausschuss werden wir das Ganze vertieft mit dem Ziel der Verwirklichung diskutieren. Wir nehmen Sie beim Wort, Werthebach entsprechend zu beachten, Frau Ministerin.

Abschließend noch etwas zu Herrn Werthebach selber, der ja immer wieder sagt, er habe früher Menschen hinter Schloss und Riegel gebracht. Er hat aber auch gesagt, er habe sich gewundert, wie es dort aussieht. Es ist natürlich immer wichtig, die Folgen eigenen Handelns zu betrachten. Und das gilt auch hier, indem wir den Strafvollzug entsprechend weiterentwickeln. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Giebels.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass die Arbeit der Werthebach-Kommission und deren Bericht zu den Sachverhalten gehören, die vom Untersuchungsauftrag des aktuellen PUA umfasst sind. Auch der Einwand, der Untersuchungsauftrag des PUA betreffe nur die Verhältnisse im Jugendstrafvollzug des Landes in der Zeit bis maximal zum Einsetzungsbeschluss, man könne also über den Strafvollzug gegen Erwachsene durchaus beraten, greift nach unserer Auffassung hier nicht.

Die Arbeit der Kommission, der Auftrag, der ihr erteilt worden ist, das Zustandekommen des Berichts, die Fragen, ob die Kommission für ihre Aufgabe ausreichend ausgestattet war, ob die Mitglieder der Kommission für die gestellte Aufgabe geeignet waren, auf welche Tatsachengrundlage sie ihre Feststellungen getroffen hat und wie die Kommission zu ihren Empfehlungen gekommen ist, lassen sich nur einheitlich beurteilen. Weder die Mitglieder der Kommission als Zeugen und Sachverständige noch der Bericht als eigenes Beweismittel lassen sich teilen. Jede Bewertung der Empfehlungen der Werthebach-Kommission – sei es auch nur zum Erwachsenenstrafvollzug – würdigt eben auch die Beweismittel im Ganzen und damit auch zu dem Teil, der den Jugendstrafvollzug betrifft.

(Thomas Stotko [SPD]: Was ist das für eine Rede? Ich denke, das soll nicht Thema sein!)

Sie teilen den Bericht hier auf, und das, obwohl Sie an anderer Stelle den ganzen Bericht und die Qualität des Gutachtens infrage stellen. Da dürfen Sie sich schon fragen lassen, ob das nicht eine merkwürdige Doppelstrategie ist, die Sie hier fahren.

(Ralf Jäger [SPD]: Beachten Sie, was der Präsident gesagt hat!)

– Ja, aber Sie müssen sich dann auch daran halten.

Im Untersuchungsausschuss wurde nach dem Auftrag der Kommission, nach zeitlichen Vorgaben, nach finanzieller Ausstattung, nach der Zusammensetzung gefragt und danach, wie und mit welchem Arbeitsaufwand die Empfehlungen zustande gekommen sind. Sie greifen nun einzelne Empfehlungen des Gutachtens auf. Wir meinen, dass das so nicht teilbar ist.

Der vorliegende Antrag, meinen wir, kann jedenfalls nicht ohne Bezugnahme auf die Werthaltigkeit des Berichtes insgesamt und seine Empfehlung debattiert werden. Unabhängig davon stellt

schon der Antrag für sich zwingend den Zusammenhang zu dem Untersuchungsauftrag des PUA her. Es wird auf den Mord in der JVA Siegburg ebenso ausdrücklich Bezug genommen wie auf die danach ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung. Das aber sind alles Sachverhalte, die in den PUA gehören und deshalb hier nicht debattiert werden dürfen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Giebels, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sichau?

Harald Giebels (CDU): Aber bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Sichau.

Frank Sichau (SPD): Schönen Dank. – Herr Kollege Giebels, dürfen wir das jetzt als Gegenvotum zu dem vorhin verlesenen Votum des Präsidiums bezüglich unserer Diskussion verstehen?

(Thomas Stotko [SPD]: Unglaublich!)

Ist das ein Gegengutachten, oder wie soll man das hier verstehen?

Harald Giebels (CDU): Wir hoffen, dass Sie die Worte des Präsidenten auch wirklich ernst nehmen.

(Thomas Stotko [SPD]: Sie tun es doch nicht! Das ist doch wohl ein Witz!)

– Wenn man mal zählt, wie viele Wertungen Sie in Ihren Antrag hineingenommen haben,

(Frank Sichau [SPD]: Erwachsenenstrafvollzug!)

und wenn man sich vor Augen führt, dass Sie es waren, Herr Sichau, der im Untersuchungsausschuss die Qualität des Gutachtens infrage gestellt hat, muss man sagen, dass es schon sehr merkwürdig ist, wenn Sie sich hier hinstellen, einzelne Fragen des Gutachtens herauspicken und zur Grundlage eines Antrages machen.

(Beifall von der CDU)

Und da ist die Frage, Herr Kollege Sichau, ob das mit den Hinweisen des Präsidenten zu vereinbaren ist. Aber das können wir sicherlich noch einmal an anderer Stelle prüfen.

(Frank Sichau [SPD]: Es geht um den Erwachsenenstrafvollzug! Haben Sie das nicht gemerkt?)

Im Übrigen enthält der Antrag eben eine Reihe von Wertungen auch für den Jugendstrafvollzug.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Damit kommen wir zu der Frage, die Sie offensichtlich völlig übersehen haben. Man sollte hier sehr vorsichtig sein: Wenn Sie nach einer stärkeren Nutzung des offenen Vollzugs fragen, enthält das inzident die Bewertung, dass dieser nach Ihrer Auffassung bisher nicht ausreichend berücksichtigt und genutzt worden ist.

(Frank Sichau [SPD]: Das hat Werthebach gesagt!)

Auch das ist eine Wertung, die Sie sich hier zu Eigen machen. Die Forderung, Beschäftigungsmöglichkeiten für Gefangene zu optimieren, enthält ebenfalls eine Würdigung ebenso wie Ihre Forderung nach Erweiterung von Antigewalttrainings und die Forderung nach ausreichender Personalausstattung.

(Thomas Stotko [SPD]: Das steht alles bei Werthebach!)

Herr Kollege Sichau und weitere Kollegen, das sind schon Wertungen. Das muss man hier doch einmal deutlich festhalten.

Zum Abschluss will ich deutlich sagen: Gefangene müssen für den offenen Vollzug geeignet sein; das kann ich Ihnen auch inhaltlich antworten. Eine Ausweitung des offenen Vollzuges – das ist ja Ihr Ziel; das haben Sie hier ja auch schon öfters zum Ausdruck gebracht;

(Frank Sichau [SPD]: Von Werthebach!)

auch Ihr Ziel, Herr Sichau, oder etwa nicht? – etwa durch Herabsetzung der Anforderung an die Eignung von Gefangenen für den offenen Vollzug liefe der Sicherheit der Bevölkerung entgegen. Das lehnen wir kategorisch ab. Das ist mit uns nicht zu machen, damit das ganz klar ist.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist eine Wertung aus dem PUA!)

Wir werden Ihren Antrag und die heutige Debatte noch im Rechtsausschuss nacharbeiten. Da werden wir inhaltlich diskutieren können. Wenn der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beendet hat, haben wir völlig freie Hand, tatsächlich alle inhaltlichen Fragen umfassend zu erörtern. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die FDP-Fraktion hat Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Wesentlichen habe ich dem, was der Kollege Giebels gerade gesagt hat, eigentlich nichts hinzuzufügen. Auch für uns stellt sich die Frage: Wollen wir einen Sachverhalt künstlich aufteilen oder nicht? So, wie der Präsident entschieden hat, dass der Tagesordnungspunkt heute aufgerufen wird, so steht es natürlich jedem Abgeordneten frei, für sich darüber zu befinden, ob er sich denn bei diesem Tagesordnungspunkt – so, wie er hier aufgerufen ist – zur Sache einlassen will.

Ich für mich habe jedenfalls den Schluss gezogen, dass mir die Gratwanderung zwischen Wertungen auf der einen Seite und der Behandlung des politischen Teils auf der anderen Seite zu groß ist. Ich möchte heute nur auf zwei Punkte eingehen.

Zum einen geht es um Vollstreckungsschutz und Ersatzfreiheitsstrafe. Es ist eine rein politische Frage, ob man so etwas will oder nicht. Ich sage ganz klar: Nein, ich möchte nicht, dass bei Ersatzfreiheitsstrafe grundsätzlich ein Vollstreckungsschutz gewährt wird. Ich will, dass derjenige, der zu einer Strafe verurteilt wurde und statt dessen Geld leisten darf, dann ...

(Frank Sichau [SPD]: Ist er zu einer Geldstrafe verurteilt worden?)

– Er ist zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

(Thomas Stotko [SPD]: Nein, Geldstrafe!)

– Er ist zu einer Haftstrafe verurteilt worden,

(Frank Sichau [SPD]: Sie sind doch Jurist! Das müssten Sie doch wissen!)

weil schon bei der Strafzumessung Geld in Tage oder Tage in Geld umgerechnet werden. Dementsprechend bin ich der Ansicht, dass nicht der Eindruck entstehen darf: Das eine zahle ich nicht, und das andere droht mir nicht. – Ich finde, wir haben auch die Verpflichtung, eine gewisse abschreckende Wirkung aufrechtzuerhalten. Deswegen bin ich der Ansicht, dass auch Ersatzfreiheitsstrafen zu vollstrecken sind.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sichau?

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Nein, das können wir ja im Rechtsausschuss erörtern, Herr Sichau.

(Thomas Stotko [SPD]: Wir schicken Ihnen den Wessels AT!)

Zweiter Punkt: offener Vollzug.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Auch hier bin ich der Ansicht, dass wir all diejenigen, die für den offenen Vollzug geeignet sind, in den offenen Vollzug bringen müssen, aber eben auch all diejenigen, die nicht geeignet sind, im geschlossenen Vollzug lassen müssen. Ich meine, dass vonseiten der SPD-Fraktion und auch vonseiten der Grünen-Fraktion der Eindruck erweckt wird, dass doch eigentlich alle im offenen Vollzug besser aufgehoben wären.

(Frank Sichau [SPD]: Dieser Eindruck ist falsch!)

– Dann müssen Sie diesen Eindruck korrigieren, Herr Sichau.

(Thomas Stotko [SPD]: Das haben wir doch schon zehnmal gemacht! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist diese bewusste Fehlinterpretation!)

Das können wir gerne in den Beratungen im Ausschuss machen. Ich bin jedenfalls der Ansicht, dass beides seine Berechtigung hat und wir bei jedem Einzelnen sehen müssen, wohin er passt. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das von den Gerichten und von den anderen Einrichtungen auch entsprechend vernünftig gehandhabt wird.

(Frank Sichau [SPD]: Von den Gerichten bestimmt nicht!)

Insofern kann ich hier für heute schließen. Ich werde auch im Rechtsausschuss – solange der PUA läuft – inhaltlich nichts Weiteres zum Werthebach-Bericht sagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die grüne Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jenseits der juristischen Debatte, auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte, Herr Giebels, wissen wir doch alle, wie es im Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen aussieht und dass dort eine extrem angespannte Situation vorzufinden ist. Dazu brauchen wir nicht einmal Herrn Werthebach und seine Kommission. Das wissen wir beispielsweise über die positiv entschiedene Klage von einem Gefangenen, dem eine Entschädigung zugesprochen worden ist.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Das war 2004!)

– Ich sage das allgemein und nicht bezogen auf schwarz-gelben oder rot-grünen Knast, Frau Müller-Piepenkötter.

(Harald Giebels [CDU]: Es gibt keine Knäste!)

Die Situation in den Strafvollzugsanstalten des Landes ist insgesamt sehr angespannt. Die Entschädigungen müssen jetzt gezahlt werden. Der Gefangene hatte wegen unmenschlicher Unterbringung geklagt. Es ging darum, dass der Sanitätsbereich von der übrigen Zelle nicht richtig abgetrennt und der Raum zu klein war. Überbelegung ist auch ein Fakt, den wir uns nicht von Herrn Werthebach erklären lassen müssen. Also: Wir wissen um die extrem angespannte Situation im Vollzug.

Ich sage noch einmal: Auch unabhängig von diesem Gutachten wissen wir, dass durch die Standards, die das Jugendstrafvollzugsgesetz jetzt setzt, und natürlich durch die Ressourcen, die dafür erbracht werden müssen, der Druck im Erwachsenenvollzug noch größer wird. Wir hören von vielen Beschäftigten aus dem Erwachsenenvollzug: Wegen des Jugendstrafvollzugs, wegen der Standards, die dort gesetzt werden, wird die Lage bei uns noch extremer, weil Personal abgezogen wird.

Alles in allem wissen wir also: Es gibt eine extrem angespannte Situation. Politik darf sich damit beschäftigen, was jetzt auch gefordert wird und was angemessen ist. Ich will zwei Sachen herausgreifen.

Herr Orth, Sie haben die Ersatzfreiheitsstrafe angesprochen und ausgeführt, dass Sie sehr wohl dafür sind, sie aufrechtzuerhalten. Wir stimmen der SPD zu.

(Frank Sichau [SPD]: Und Werthebach!)

Ich finde es nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, sich darüber Gedanken zu machen, ob bei Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden und diese nicht gezahlt haben, das Mittel der Wahl immer das Einsperren sein muss und ob es hier nicht wirklich Alternativen gibt. Diese Frage finde ich nicht nur legitim. Es ist auch geboten, sich darüber Gedanken zu machen. Deswegen unterstützen wir die richtige Forderung, einen Vollstreckungsstopp für Ersatzfreiheitsstrafen zu prüfen sowie gemeinnützige Arbeit als Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe flächendeckend, nachhaltig und subsidiär zu fördern.

Sie haben zweitens den offenen Vollzug angesprochen. Ich finde, es ist eine Unterstellung, wenn Sie sagen, Rot-Grün fordere den offenen Vollzug für alle. Darum geht es überhaupt nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der offene Vollzug entlastet den geschlossenen Vollzug nicht nur, sondern führt auch zu besseren Resozialisierungsergebnissen. Das ist empirisch bewiesen. Deswegen finde ich es richtig, hier sehr genau zu prüfen und Vollzugsplanungen zu entwerfen, die den offenen Vollzug für sehr viel mehr Gefangene möglich machen. Wir wissen, dass diejenigen, die im offenen Vollzug waren, nach ihrer Haftentlassung wesentlich bessere Resozialisierungsbedingungen haben als diejenigen, die aus dem geschlossenen Vollzug kommen.

Von daher unterstützen wir den Antrag der SPD.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Müller-Piepenkötter.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als am 1. Januar 2008 das Jugendstrafvollzugsgesetz in Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten ist, haben wir innerhalb einer Abfolge zahlreicher baulicher, personeller und konzeptioneller Maßnahmen für den Strafvollzug – für den Erwachsenenstrafvollzug wie für den Jugendstrafvollzug – einen weiteren großen Schritt nach vorne getan.

Dem Gesetz vorangegangen waren eine Anfang 2006 von mir in Auftrag gegebene Studie zu Gewalt unter Gefangenen sowie die Arbeiten der Werthebach-Kommission zur Gewaltprävention im Strafvollzug. Für die wertvollen Grundlagen, die so geschaffen wurden, gilt dem Kriminologischen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und den Mitgliedern der Werthebach-Kommission unser aufrichtiger Dank.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen nunmehr einen modernen, am Gedanken der Erziehung ausgerichteten Jugendstrafvollzug. Dem neuen Jugendstrafvollzugsgesetz entsprechend gibt es in der Regel Einzelunterbringung von Gefangenen. Notgemeinschaften sind abgeschafft. Der erzieherische Gedanke wird mit Konsequenz verfolgt.

Meine Damen und Herren, seit Bestehen dieser Landesregierung hat der Strafvollzug, und zwar der Erwachsenen- wie der Jugendstrafvollzug, Aufmerksamkeit erhalten, ein Investitionsvolumen

erfahren und eine Modernisierung durchlebt – er durchlebt sie noch – wie in der Geschichte dieses Landes seit 40 Jahren nicht. Die Strafvollzugspolitik dieser Landesregierung ist ein voller Erfolg.

Und was macht die SPD? Sie sucht – wie immer nicht genussfähig – nach Haaren in der Suppe, findet aber keine. Wie so oft, meine Damen und Herren, laufen Sie der Wirklichkeit hinterher.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist der Vorschlag von Herrn Werthebach!)

Ihre Vorstellung, immer mehr Gefangene in den offenen Vollzug zu schicken, wiederholen Sie ständig. Die hohen Zahlen beim offenen Vollzug in Nordrhein-Westfalen kennen Sie so gut wie ich. Es wäre nicht schlecht, wenn Sie die Realität als Ausgangspunkt von Anträgen nähmen. Sie haben nie erläutert, wie Sie der Bevölkerung klarmachen wollen, dass sich Gefangene frei außerhalb der Justizvollzugsanstalten bewegen sollen, die aus guten Gründen, weil nämlich weitere Straftaten von ihnen zu befürchten sind, hinter deren Mauern untergebracht sind.

Ich bestehe darauf, dass nur diejenigen, aber auch alle diejenigen in den offenen Vollzug gehören, die dafür geeignet sind, denen eine positive Prognose erstellt worden ist und die keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Das ist in Nordrhein-Westfalen gewährleistet. Auf dieser Handhabung beruht der gute Erfolg des offenen Vollzuges in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Seit 39 Jahren!)

– Dann frage ich mich, warum Sie immer noch mehr Plätze im offenen Vollzug haben wollen.

Erläutern sollten Sie auch, wieso Sie die Einführung eines Personalbedarfsberechnungssystems fordern, wo doch in Ihrer Regierungszeit so spärlich mit Personal umgegangen wurde. Ich darf Sie daran erinnern, dass die neue Landesregierung, die neue Koalition für eine massive Personalaufstockung im Vollzug gesorgt haben.

(Frank Sichau [SPD]: Nach Siegburg!)

Seit 2005 haben wir rund 500 neue Stellen geschaffen und kw-Vermerke gestrichen. Gleichzeitig bildet die Justizvollzugsschule mit einer Stärke von rund 300 Anwärtern jährlich Rekordjahrgänge aus. Eine große Rolle spielen die Fachdienste. Allein im Jahre 2007 sind es 49 Stellen für Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen.

Meine Damen und Herren, ein guter Koch bietet seinen Gästen mehr als Brot und Wasser. Das gilt auch für die Behandlung von jugendlichen Straftä-

tern. Die Landesregierung hat in der vorangegangenen Debatte deutlich gemacht, dass wir ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität verfolgen. Wir bieten Opferschutz und Hilfe für Jugendliche aus einer Hand. Wer an diesen Maximen ernsthaft interessiert ist, den fordere ich auf, sich offen und ohne Scheuklappen an der Diskussion zu beteiligen. Das sind wir den Opfern und den jungen Menschen schuldig.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/5775** an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

4 Mehr Verantwortung – Mehr Freiheit Die Rolle der Kommunen in der Schulentwicklung stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5784

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn das üblich wäre, hätte ich diesen Antrag gerne auf lila Papier gedruckt. Denn die Farbe Lila steht nicht nur für die Frauenbewegung und die Katholische Kirche, sondern auch für den Spruch: Der letzte Versuch. Es ist für uns der letzte Versuch, ein Angebot, pragmatisch mit der Gestaltung unserer Schullandschaft weiterzumachen und weiterzukommen, weil uns die sehr am Herzen liegt. Betrachten Sie dies bitte gedanklich als ein sehr gut gemeintes Angebot an Sie für die politische Auseinandersetzung!

Wir Grünen haben für diesen Ansatz, pragmatische Wege zu gehen, einen sehr prominenten und in der Gesellschaft hoch angesehenen Politiker, den höchsten Repräsentanten unseres Staates, Bundespräsident Köhler, an unserer Seite. Ich zitiere:

„Schon heute ist zu beobachten, dass dort, wo sich die Schulstruktur aufgrund sinkender Schülerzahlen ausdünnert, die Bereitschaft zu pragmatischen Lösungen wächst. Wo zugunsten der Kinder und damit der Zukunft gehandelt werden muss, sollten ideologische Vorbehalte ... an Bedeutung verlieren.“

Genau das ist Kern dieses Antrags, und deswegen kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, dass Sie von CDU und FDP sich auf Dauer der Aussage des von Ihnen gewählten und, wie gesagt, sich großer Beliebtheit erfreuenden Bundespräsidenten entziehen können.

Wichtige Vorbemerkung: Immer mehr Abgeordnete von CDU und FDP – auch wenn Sie das noch nicht immer offen zugeben –, vor allem die, die das vor Ort mitkriegen, nehmen wahr, dass es so nicht weitergehen kann: mit unserem arg zerklüfteten Bildungssystem. Ich bin überzeugter denn je, immer wieder bestärkt durch die Auseinandersetzungen mit dem, was in anderen Bundesländern, aber insbesondere auch in anderen Ländern im europäischen Vergleich, möglich ist, dass wir hier Innovationen und Veränderung brauchen.

Deswegen war es so schön, dass Kollegin Beer gestern den Innovationsminister danach gefragt hat, der sich ein bisschen auf die Reise gemacht hat, darüber nachzudenken, heute nicht da ist und sich auch im Plenum systematisch einer Antwort an das Parlament und die Öffentlichkeit entzieht. Herr Lindner ist immerhin noch anwesend. Möglicherweise wird von ihm mal deutlicher gemacht, wohin sich das Ganze aus Sicht der FDP bewegen könnte.

Wir als Grüne meinen – ich will die Eckpunkte noch mal nennen –, dass unsere Kommunen mehr Verantwortung und mehr Freiheit für den gesamten Schulbereich bekommen sollten. Das ist aus unserer Sicht zukunftsfähige Bildungspolitik.

Innere und äußere Schulangelegenheiten müssen zusammengeführt werden. Das gebietet ganzheitliche Lernprozesse, und das gebietet etwa die Erfahrung insbesondere mit der offenen Ganztagschule. Denn die klassische Trennung, das eine ist das Lehren und Lernen und das andere ist das Drumherum, stimmt nicht mehr, weil Lernprozesse ganzheitlicher sind. Welcher Satz bringt das besser auf den Punkt als ein afrikanisches Sprichwort: „Es braucht ein Dorf, um ein Kind zu erziehen“? Das hat perspektivisch sogar etwas mit Strafvollzug und anderen Dingen zu tun und mit dem, was wir tun sollten, dem vorzubeugen.

Das heißt aber auch: Eigenverantwortung und Autonomie nicht nur für die Städte und Gemeinden, sondern auch für die Schulen, pädagogische Freiheit für die Schulen. Das Land sollte den Rahmen setzen, und die Schulen sollten die Freiheit haben, das auszugestalten, um die Ziele zu erreichen. Gute Schulen – das habe ich auch schon in der letzten Legislaturperiode gesagt – können nicht von Düsseldorf aus verordnet werden; sie werden vor Ort gemacht.

Natürlich – das betone ich ausdrücklich – verbinden wir mit diesem Antrag auch ein bekanntes Ziel unserer Partei, das – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in anderen Parteien – immer mehr an Zustimmung gewinnt: Unser zerklüftetes Schulsystem darf so nicht aufrechterhalten werden, und wir brauchen pragmatische Wege zu längerem gemeinsamen Lernen. Das wollen wir den Kommunen ermöglichen. Dabei setzen wir auf Horstmar und Schöppingen, auf die Gemeinden, die zum Flaggschiff für eine kommunale Bewegung geworden sind – der Konsens entsteht vor Ort offenbar leichter als im Landtag –, die eine Gemeinschaftsschule gründen wollten.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles schulgesetzkonform gelöst!)

– Die wollten aber mehr, und Sie von der FDP haben Kommunen dieses Mehr an Freiheit nicht eingeräumt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben schon gesagt: Das ist klar, dass die das jetzt machen, aber es ist doch absurd, dass die nicht so weit gehen können, wie sie wollen. Wäre unser Antrag Gesetzeslage, hätten die Kommunen gar keinen Antrag mehr stellen zu brauchen. Das ist nämlich auch Bürokratieabbau pur, den wir Ihnen damit vorschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also: Freiheit und Verantwortung für die Kommunen, für regionale Schullandschaften, für regionale Bildungslandschaften, Schulstruktur vor Ort entwickeln – das ist die Herausforderung, das ist die Revolution, die wir in dem Bereich brauchen. Dieser Revolution, diesem Ansatz zu Freiheit und Verantwortung, können Sie heute folgen. Dass Sie als Erster auffaulen, Herr Witzel, zeigt mal wieder, dass Sie der allergrößte Blockierer bei dieser Fragestellung sind.

Wir werden das durchsetzen, wenn nicht jetzt, dann in Zukunft. Es wird so kommen, da können Sie versuchen, zu blockieren, so viel Sie wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wilp.

Josef Wilp (CDU): Herr Präsident! Frau Präsidentin!

(**Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter**)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim ersten Lesen des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen habe ich mich gefragt: Ist das, was hier vorgelegt wird, ein Kompendium, eine Zusammenfassung von Bildungsaspekten? Beim genaueren Durchlesen stellt man dann fest, dass vieles miteinander vermischt wird, sodass das Ganze eher den Eindruck eines Sammelsurims vermittelt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aachener Erklärung!)

Lässt man die ersten Abschnitte des Antrags mit der Situationsbeschreibung einmal weg, drängt sich der Verdacht auf, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Antrag durch die Hintertür erneut die Schulstrukturdebatte führen will.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Hintertür! – Heiterkeit von den GRÜNEN)

Auf die Sache bezogen bestreitet doch niemand, dass Bildung zu den zentralen Aufgaben heutiger Politik gehört. Die soziale Frage der Gegenwart, so ist gesagt worden, heißt Bildung, und zwar in dem Dreiklang von Bildung, Ausbildung, Weiterbildung. Darauf hat die jetzige Landesregierung seit ihrer Amtsübernahme einen Schwerpunkt ihrer Arbeit gelegt und Enormes geleistet.

Während an vielen Stellen gespart werden musste, wurden im Ministerium für Schule und Weiterbildung die Mittel für die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer deutlich aufgestockt. Rund 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer haben in dieser Zeit ihren Dienst begonnen.

Gleichzeitig wurden im GFG die Mittel der Schulpauschale im Jahre 2008 um 80 Millionen € aufgestockt.

Auch der Arbeitsminister – das möchte ich in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnen – hat den Schwerpunkt seiner Arbeitsmarktpolitik darauf gelegt, junge Menschen arbeitsfähig zu machen. Es sind viele Maßnahmen ergriffen worden: Ich denke an BUS mit 3.600 Teilnehmern, Werkstattjahr mit 4.600 Teilnehmern; wir haben die Ver-

bundausbildung und die überbetriebliche Lehr-
lingsunterweisung angefangen. Das heißt, jährlich
sind hier insgesamt 70 Millionen € eingesetzt.

Ich möchte noch auf den Punkt der Weiterbildung
eingehen. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales hat bisher 130.000 Bildungsschecks
für die Weiterbildung von Arbeitnehmern mit ei-
nem jährlichen Volumen in Höhe von 14 Millio-
nen € eingelöst.

Das darf man in diesem Zusammenhang alles mit
bedenken. Von daher kann sicherlich eine gute
Bilanz vorgelegt werden.

Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren
ersten Abschnitt damit überschreibt „Kommunen
nehmen Herausforderungen in der Bildung an“,
dann gehe ich davon aus, dass die Kommunen
die Zeichen der Zeit erkannt haben und handeln.
Denn auch die Kommunen wissen doch, dass Bil-
dung ein Standortfaktor ist, und deshalb engagie-
ren sich viele Kommunen in besonderer Weise im
Bildungssektor. Das neue Schulgesetz bietet den
Kommunen vielfältige Möglichkeiten, gestaltend
mitzuwirken:

Die Kommunen organisieren das örtliche Schul-
angebot in eigener Zuständigkeit.

(Zustimmung von der CDU)

Das geht von der Einführung der offenen Ganz-
tagsschule, besonderen Förderangeboten, der
Ausstattung der Schulen bis hin zu Formen der
Zusammenarbeit von Schule und Kommunen, von
Schule und Wirtschaft. Die Ausweitung der
„Selbstständigen Schule“ auf alle Schulen erwei-
tert den Handlungsspielraum für Schulen und
Kommunen beträchtlich. Im Rahmen der Vorga-
ben des Schulgesetzes sind sie legitimiert, Schu-
len zu errichten, zu erweitern, zu vernetzen.

Ein Weiteres will ich auch klar sagen: Der demo-
grafische Wandel wird einen Rückgang der Schü-
lerzahlen zur Folge haben. Das Schulgesetz bie-
tet eine Reihe von Lösungen an, mit denen flexi-
bel reagiert werden kann.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege,
erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhr-
mann?

Josef Wilp (CDU): Nein, ich möchte mein Kon-
zept zu Ende vortragen. – Der Antrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen geht allerdings weit dar-
über hinaus.

(Zustimmung von Sylvia Löhrmann [GRÜ-
NE])

In dem Antrag heißt es: „Die Zuständigkeit für die
Schulen soll auch formal kommunal sein.“ Hier
liegt des Pudels Kern. Dazu sage ich ganz ein-
deutig: Dies ist mit der CDU-Fraktion nicht zu ma-
chen. Die Festlegung von Schulformen und
Schulstrukturen kann nicht in die Zuständigkeit
der Städte und Gemeinden gelegt werden.

(Beifall von der FDP)

Das würde das Ende eines landesweit geordneten
Schulsystems bedeuten. Wenn wir nicht der Be-
liebigkeit, dem Durcheinander und letztlich dem
Chaos Vorschub leisten wollen, dann muss die
Entscheidungskompetenz beim Gesetzgeber, das
heißt beim Land, bleiben. Eine andere Lösung
kann auch nicht im Interesse der Kommunen, der
Eltern und der Lehrerschaft sein, und erst recht
nicht im Interesse der Schülerinnen und Schüler.
Was würde im Falle des Umzugs eines Schülers
geschehen? Würde er dann in den unterschiedli-
chen Gemeinden auf unterschiedliche Schulen
treffen? – Das kann nicht funktionieren.

Über Spielräume innerhalb der festgelegten
Schulstrukturen kann man diskutieren. Da muss
man nicht einheitlicher Meinung sein. Die Grund-
lagen der Schulpolitik sind allerdings hier im Land-
tag vom Gesetzgeber zu legen. Das ist unsere
Position. Aus diesem Grunde werden wir – das
will ich klipp und klar sagen – dem Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in dieser Form
nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Sylvia Löhrmann
[GRÜNE]: Angst vor Freiheit!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön,
Herr Kollege Wilp. – Frau Schäfer hat für die
SPD-Fraktion das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kol-
leginnen, liebe Kollegen! Die Städte und Gemein-
den als wichtigen bildungspolitischen Akteur zu
stärken, ist eines der zentralen Anliegen der Bil-
dungspolitik der SPD-Fraktion. Da teilen wir die
Meinung von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen
mehr Freiraum und mehr Eigenverantwortung für
die Kommunen. Denn Schulen sind nach unserer
Meinung wichtige Einrichtungen der Bildungsinf-
rastruktur, über die die Räte mitentscheiden müs-
sen und sollen.

Die zurückgehenden Schülerzahlen zwingen die
Kommunen im Übrigen, genau zu überlegen, wie
möglichst viele Bildungsgänge wohnortnah ange-
boten werden können, um Kindern und Jugendli-
chen lange Wege und den Kommunen die Kosten
dafür zu ersparen. Freiraum und Eigenverantwor-

tung können, richtig eingesetzt, die dringend notwendige Qualitätsverbesserung im Bildungssystem sehr positiv beflügeln.

Zurzeit gilt, dass die sogenannten inneren und äußeren Schulangelegenheiten getrennt sind. Auf eine einfache Formel gebracht: Das Land ist für die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern, die Kommunen sind für die Ausstattung der Schulgebäude und die Schulgebäude selbst zuständig. Noch klarer formuliert: Die Räte dürfen über Gebäude, Tische, Stühle, Tafeln und die Wandfarbe beraten, von der inhaltlichen Arbeit in den Schulen sollen sie aber die Finger lassen. Ein Bild, das nach unserer Meinung schon lange nicht mehr in die Landschaft passt und nicht mehr den bildungspolitischen Realitäten vor Ort entspricht.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hätten es doch ändern können!)

Der Kongress – Herr Witzel, nun regen Sie sich nicht auf – des Deutschen Städtetages im November letzten Jahres hat dies eindrucksvoll belegt.

Herr Witzel, spätestens seit der erfolgreichen Einführung der offenen Ganztagsgrundschule gehört diese künstliche Trennung der Vergangenheit an. Jugendarbeit, eine bisher klassisch kommunale Aufgabe, und die bildungspolitische Arbeit in der Grundschule sind in diesem Erfolgsprojekt vernetzt worden. Kommunen und Land arbeiten dabei Hand in Hand. Ich habe das damals verantwortlich, positiv begleitet und hätte das gerne weiterentwickelt. Aber das ist jetzt Ihre Verantwortung.

In vielen Städten und Gemeinden ist der berechtigte Anspruch weiter beflügelt worden, stärker als bildungspolitischer Akteur aufzutreten.

Im Übrigen sind mittlerweile auch Grauzonen entstanden, die in ihren Verantwortlichkeiten geklärt werden müssen. Am Beispiel der Schulsozialarbeit kann man das verdeutlichen. Nach Gesetzeslage müssten die Kommunen diese Aufgabe alleine schultern. Allerdings sind bereits in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün weit über 300 Sozialpädagogen und -pädagoginnen vom Land eingestellt worden, um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation in vielen Städten und Gemeinden.

(Beifall von der SPD)

Deshalb ist es überfällig, mit den kommunalen Spitzenverbänden in den Dialog zu treten, die kommunalen und die Landeszuständigkeiten auf den Prüfstand zu stellen und zu überlegen, wel-

che Ebene welche Aufgaben am besten lösen und wahrnehmen kann.

Wer es ehrlich damit meint, Herr Wilp, die Steuerung im Bildungssystem zu verändern – davon reden Sie ja sonntags auch, aber montags tun Sie es nicht –, und zwar zugunsten von mehr Dezentralität bei klarer Vorgabe der bildungspolitischen Rahmenbedingungen durch das Land über Kerncurricular und über klar definierte Standards sowie durch den Aufbau der dazugehörigen Unterstützungs- und Beratungssysteme und der notwendigen Kontrollsysteme, der muss anders handeln als diese Landesregierung in NRW und die sie unterstützenden Fraktionen. Sie scheinen ja förmlich Angst davor zu haben, mehr Selbstverantwortung und Eigenständigkeit an die Kommunen zu geben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bei Ihnen behalten die Kommunen schlicht und einfach eine Zaungastrolche. Diese Rolle als Zaungast haben die Städte und Gemeinden unmittelbar nach Ihrer Regierungsübernahme zu spüren bekommen.

Die Bitte der Kommunen, ihnen die Eigenverantwortung für die Einrichtung und Einteilung von Schulbezirken im Grundschulbereich zu überlassen, haben Sie schlicht ignoriert. Sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken, zentral von Düsseldorf aus die Aufhebung beschlossen. Erste Folgen sind unmittelbar spürbar. Wir haben das erste Jahr danach, aber wir werden die weiteren Jahre begleiten und sehen, was passiert.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles bestens!)

– Sie sind völlig abgehoben, Herr Witzel. Gehen Sie doch einmal in die Städte und Gemeinden. Hören Sie sich einmal in Ostwestfalen um. Ich lade Sie gerne dazu ein. Dann können wir Ihnen das vor Ort zeigen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie sich doch lieber einen schönen Tag!)

Auch bei der Auswahl der Schulleitungen haben Sie die Kommunen ein zweites Mal dupiert. Sie standen bei der Auswahl der Schulleitungen quasi erstmals vor der Tür. Nebenbei bemerkt: Das gesamte Verfahren ist zu einer Farce geworden.

Sie haben auch die Möglichkeit von Verbundschulgründungen, die Rot-Grün nach Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden in das Schulgesetz aufgenommen hatte, gekappt und auf ein nicht praxistaugliches Maß reduziert. Die Folgen Ihres unreflektierten Handelns bringen die Kommunen in große Nöte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle bildungspolitischen Initiativen über Gesamtschulgründung, Gemeinschaftsschulwünsche bis hin zu Sekundarschulen müssen Sie mit viel Mühe klein halten. Stattdessen verbiegen Sie das von Ihnen selbst verfasste Schulgesetz bis zur Unkenntlichkeit und erklären die Ausnahmen zum Regelfall, siehe Horstmar/Schöppingen. Die Menschen sind oft fassungslos, wenn Sie ihnen mit Ihrer sturen Haltung gegenüber treten und der Staatssekretär als Handlungsreisender durch das Land zieht, um die vielen kommunalen bildungspolitischen Initiativen möglichst im Keim zu ersticken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Handlungsweise gegenüber den Kommunen bei der Vergabe der Investitionsmittel für den Ganztagsunterricht war an handwerklicher Schwäche und Unseriosität nicht mehr zu überbieten. Letztendlich lassen Sie die Kommunen auf den Kosten sitzen. Sie wecken Bedarfe, und dann sollen die Kommunen vor Ort sehen, wie man das decken kann.

Unverantwortlich finden wir es auch, dass Sie das bundesweit beachtete Projekt der Selbstständigkeit aller Schulen abwickeln, beenden und beerdigen. Selbstständigkeit reduziert sich bei Ihnen auf die schlichte Dienstvorgesehtenfunktion von Schulleitern und Schulleiterinnen.

(Bernhard Recker [CDU]: Das ist ein Witz! – Ralf Witzel [FDP]: Unsinn!)

Die viel gelobte Kapitalisierung, Herr Recker, von Lehrerstellen ist neben anderen guten Initiativen ad acta gelegt worden. Die Akte Selbstständigkeit der Schule ist zu. Nordrhein-Westfalen ist bildungspolitisch bundesweit blamiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Sie behandeln alle kommunalpolitischen Initiativen mehr als stiefmütterlich. Sie stärken nicht die Kommunen als bildungspolitische Akteure, sondern schwächen sie. Das wird sich in Zukunft bitter rächen. Sie reden von dezentralen Verantwortlichkeiten, aber so viel Gängelerei von Schulen und Kommunen hat es bisher noch nicht gegeben.

Wir stimmen der Überweisung des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen zu, zumal diese Landesregierung – Frau Löhrmann hat ja noch einmal zum Dialog eingeladen – jede Chance verspielt, bildungspolitische Akteure an ihre Seite zu bekommen, die der Weiterentwicklung des Bil-

dungssystems im Sinne unserer Kinder wirklich gut tun würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Wo leben Sie denn?)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Schäfer. – Für die FDP-Fraktion spricht nun die Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Beer, Frau Löhrmann, auf den ersten Blick hat es mich gefreut, Worte wie „Freiheit“ und „Verantwortung“ ausgerechnet von den Grünen in einer ungewohnt positiven Konnotation zu vernehmen, zumal sich ja die Grünen für gewöhnlich eher als Anhänger einer Überregulierung und des Staatsbürokratismus auszeichnen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das zeigt, wo Sie stehen!)

– Frau Löhrmann, hören Sie doch erst einmal zu. – Leider währt die Freude nur sehr kurz, wenn man sich den Inhalt des vorliegenden Antrages einmal etwas genauer ansieht.

Selbstverständlich handelt es sich bei der stetigen Verbesserung des nordrhein-westfälischen Bildungssystems um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der die Kommunen, die Bezirksregierungen und die Landesebene ebenso ihren Beitrag zu leisten haben, wie es die Lehrer, Eltern und auch die Schüler tun. Dieses allgemeine Engagement fordert und begrüßt die FDP ausdrücklich. Es gibt viele herausragende Beispiele, die gerade das reform- und zielorientierte Handeln auf regionaler und kommunaler Ebene eindrucksvoll belegen.

Meine Damen und Herren, mit der eigenverantwortlichen Schule trägt die schwarz-gelbe Koalition den organisatorischen Anforderungen und Bedürfnissen einer reform- und zukunftsorientierten Bildungspolitik Rechnung. Diese Entwicklung des Schulsystems verlagert – das ist von der gelb-schwarzen Koalition bewusst so gewollt und gefördert – diejenigen Gestaltungskompetenzen an die Schulen vor Ort und damit auch hin zu den kommunalen Entscheidungsträgern, die dort dezentral und unbürokratisch entschieden werden können. An dieser Stelle seien die eigenverantwortliche Stellenbewirtschaftung, die Personalverwaltung, der Einsatz von Sachmitteln und die eigenverantwortliche Organisation des Unterrichts genannt.

Als wichtige Errungenschaft ist auch die Wahl des Schulleiters zu erwähnen, der nicht mehr von der Politik, sondern an allererster Stelle an der Schule bestimmt wird.

Aber auch die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern vor Ort haben wir zum Beispiel durch die schriftliche Mitteilung an die Eltern vor der Schulkonferenz deutlich ausgebaut und qualitativ verbessert, indem sie sich nämlich vorher informieren können, indem sie gleichberechtigt und mit gleichen Voraussetzungen an Entscheidungen mitwirken können.

Alle diese Möglichkeiten geben den Schulen und den Kommunen den nötigen Handlungsspielraum, um in der Ausgestaltung und Organisation die bestmöglichen Ziele zu erreichen.

Mit der Einführung der eigenverantwortlichen Schule ist die Koalition einen wichtigen Schritt vorangekommen, das Schulsystem Nordrhein-Westfalens als eines der innovativsten und zukunfts-trächtigsten Deutschlands zu etablieren.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel ist es jedoch für eine erfolgreiche Schulpolitik auch von großer Bedeutung, dass sich die Schulen und die Lehrkräfte auf unbürokratische und klare Zielvorgaben der Landesebene verlassen können und dass diese ihre genuine Aufgabenstellung auch wahrnimmt. FDP und CDU tun dies, indem sie klar definieren, zu welchem Zeitpunkt welche Inhalte und Kompetenzen den Schülern vermittelt sein müssen, jedoch geben wir die Freiheit, auf welchem allgemeinpädagogischen und didaktisch-methodischen Pfad dies zu erfolgen hat.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Mein Gott!)

Zu eben dieser Freiheit und Verantwortung zählt auch, dass die Ergebnisse, die Zielvorgaben überprüft und verglichen werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dieses ist die Freiheit und die Verantwortung, die unbürokratisch und zielorientiert für die Schüler und die Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen die bestmögliche Bildung gewährleisten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion der Grünen – im Moment sind es nur Damen –, letztendlich zeigt Ihr Antrag: Es geht Ihnen gar nicht um ein Mehr an Freiheit, um ein Mehr an Verantwortung, sondern Sie wollen lediglich die

Schulstrukturdebatte, die Einheitsschule durch die Hintertür

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

unter Nutzung falsch gewählter Termini, deren Bedeutungen sich Ihnen offensichtlich nicht so ganz erschließen, wieder einführen.

Freiheit und Verantwortung sind zentrale Bestandteile eines leistungs-, förderungs- und zukunftsorientierten Schulsystems. Die Einheitsschule, dieses real-sozialistische intellektuelle Zwangsjackett,

(Zuruf von der SPD: Ah! – Zuruf von der SPD: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

kann mit Sicherheit als der geistige Gegenentwurf zu Freiheit und Verantwortung definiert werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Insofern muss ich leider meine anfängliche Freude dämpfen. Die Bündnisgrünen haben das Prinzip von Freiheit und Verantwortung leider immer noch nicht verstanden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Dann hätten wir etwas falsch gemacht!)

Gern unterhalte ich mich im Ausschuss weiter über dieses Thema, aber ich glaube nicht, dass wir damit in Ihre Nähe rücken. – Danke schön.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von Yehudi Menuhin stammt folgende Aussage:

„Freiheit ist nicht Freiheit zu tun, was man will, sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss.“

Dem kann man nur zustimmen. An erster Stelle stehen dabei für uns die Schülerinnen und Schüler. Jede einzelne Schülerin, jeder einzelne Schüler hat einen Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung entsprechend seinen Fähigkeiten, seinen Kompetenzen.

Dazu muss man der Schule aber auch alle Möglichkeiten zur Entfaltung geben. Dazu muss sie die nötige Freiheit erhalten. Meine Damen und Herren, wir geben diesen Schulen diese Freiheit,

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

dies aber innerhalb eines verlässlichen Rahmens und nicht beliebig. Dieser Rahmen wird durch ein gegliedertes Schulsystem und durch das Schulgesetz vorgegeben:

- ein Schulsystem bestehend aus dem gleichberechtigten Beieinander von Realschule, Hauptschule, Gymnasium, Förderschule, Gesamtschule und Berufskolleg,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zurufe von Sigrid Beer und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- ein System, das sich bewährt hat, ein System, das von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird; mehr als 60 % der Bevölkerung lehnt die Einführung einer Einheitsschule ab,

(Beifall von der CDU und von Ralf Witzel [FDP])

fast 70 % sind gegen die Abschaffung der Hauptschule;

(Wolfgang Große Brömer [SPD]: Ach!)

das wurde vor Kurzem noch einmal durch eine Umfrage bestätigt, ...

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Ministerin!

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein, ich möchte gern weiterreden.

- ... ein Schulsystem, das wir verbessern wollen, wo es erforderlich ist, gemäß unseren Maximen „Mehr individuelle Förderung, mehr Durchlässigkeit, mehr Freiheit und mehr Leistung;“ Verlässlichkeit ist dabei unser Prinzip.

Der von Ihnen immer wieder beschworene Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Lernerfolg ist wissenschaftlich nicht belegt. Das sollte gerade Ihnen zu denken geben, wo Sie immer wieder auf Expertenmeinungen verweisen. Prof. Helmut Fend kennen Sie sicher noch; er war zu SPD-Zeiten der Leiter des Landesinstituts in Soest. Anfang des Jahres stellt er erstmalig wesentliche Elemente einer Langzeitstudie öffentlich vor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die nicht repräsentativ ist!)

Ich zitiere aus „Die Zeit“ vom 3. Januar. Dort heißt es:

„Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich“

– Herr Fend –

„mich verbunden fühle.“

Ich nenne auch die im September 2007 veröffentlichte Studie von McKinsey. Danach sind es drei Faktoren, durch die die besten Schulsysteme charakterisiert werden:

(Sigrid Beer [GRÜNE]: An erfolgreichen Schulsystemen, die nicht sortieren!)

erstens durch die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, zweitens durch die Qualität des Unterrichts und drittens durch individuelle Förderung – eben nicht, meine Damen und Herren, durch die Schulstruktur.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben sie in Nordrhein-Westfalen, die Kompetenz unserer Lehrerinnen und Lehrer, und indem sie individuelle Förderung immer mehr in den Blick nehmen, wird das Konsequenzen für die Qualität ihres guten Unterrichts haben.

Dabei sind das Aufgaben für uns heute, Aufgaben für die Zukunft, und wir ergehen uns nicht in wilden Bauplänen für eine Umstrukturierung des Schulwesens.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wilde Baupläne?)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt auf eigenverantwortliche Schulen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

– Sehr geehrte Frau Schäfer, der Aktendeckel ist weit geöffnet. Wer anderes behauptet, ist nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von CDU und FDP – Ute Schäfer [SPD]: Lesen Sie keine Zeitung?)

Das Land gibt den Rahmen vor. Nur so können Chaos und Durcheinander verhindert werden.

(Beifall von der FDP)

Eigenverantwortliche Schulen entwickeln ihr eigenes pädagogisches Profil. Sie gestalten den Unterricht und das Schulleben unter Berücksichtigung des lokalen und regionalen Umfeldes weitgehend selbstständig. So können beispielsweise Schulen selbst über die Aufhebung des 45-Minuten-Rhythmus entscheiden. Sie können die

Ziele der innerschulischen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung festlegen. Sie können selbst entscheiden, wie die grundlegenden gesetzlichen Vorgaben erfüllt und umgesetzt werden.

Sie können vor Ort passende Regelungen der Lehrerarbeitszeit beschließen. Sie können über die Einführung des Lehrerraum-Prinzips oder des Klassenraum-Prinzips entscheiden. Und dies, meine Damen und Herren, sind nur wenige Beispiele, die jetzt eigenverantwortlich umgesetzt werden. Ich erhoffe mir dadurch wichtige Impulse, die von anderen Schulen ebenso aufgegriffen werden können.

Meine Damen und Herren, die zügige Weiterentwicklung der eigenverantwortlichen Schule bietet auch den Kommunen viele Möglichkeiten zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Land. Die Vernetzung der Schulen in den Bildungsregionen wird gestärkt. Es wird entsprechende Vereinbarungen mit den Kreisen und kreisfreien Städten zur Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von regionalen Bildungsnetzwerken geben. Ich freue mich, wenn die Kommunen, wie dies bereits vielerorts der Fall ist, hier ihre Verantwortung verstärkt wahrnehmen.

Reden Sie also bitte nicht die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen schlecht, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen! Diese Zusammenarbeit funktioniert. Ich erinnere nur daran, dass Lehrerstellen auch für die Besetzung mit Sozialarbeitern geöffnet werden, dass die schulpsychologische Versorgung neu gestaltet wird.

Vergegenwärtigen Sie sich die vielen Facetten der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Ganztagsbereich der Primarstufe sowie in der Qualitätsoffensive Hauptschule. Diese Beispiele belegen, dass es bereits eine enge und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Land und Kommunen vor Ort gibt.

Und auch die sich verändernden Schülerzahlen haben wir sehr wohl im Blick. Das geltende Schulgesetz bietet flexible und pragmatische Lösungen, um insbesondere auch auf sinkende Schülerzahlen zu reagieren. Das Engagement von Kommunen in diesem Rahmen begrüßen wir ausdrücklich.

Lassen Sie uns die Felder der Kooperation von Land und Kommunen bei der Unterstützung der Schulen jeweils im Einzelfall aushandeln und erweitern. Die Gemeinden als Schülerträger organisieren das örtliche Schulangebot in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Im Rahmen der

Vorgaben des Schulgesetzes sind sie berechtigt, Schulen zu errichten, fortzuführen, zu ändern und aufzulösen. Der Rahmen für das schulorganisatorische Handeln der Gemeinden war, ist und bleibt das vom Landtag verabschiedete Schulgesetz.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Freiheit ist nicht die Freiheit zu tun, was man will. Sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss. Und dafür steht die schwarz-gelbe Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich kann es mir am Ende nicht verkneifen, meinen Kolleginnen von Bündnis 90/Die Grünen wörtlich zu sagen: Ich liebe Ihre oft symbolische und facettenreiche Sprache. Das ist auch ein Anspruch an den Redner, der darauf reagieren kann. Aber man muss manchmal auch die ganze Breite dessen im Blick haben, was man sagt: Die Farbe Lila, Frau Löhrmann. Ich zitiere jetzt den Volksmund, das ist nicht meine eigene Meinung. Sie haben gesagt: Die Farbe Lila ist die Farbe der Frauen. Es ist die Farbe für den letzten Versuch. Man könnte ergänzen: Es ist die Farbe

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der katholischen Kirche!)

der Kirchen. Aber leider ist die Farbe Lila auch die Farbe der Gestörten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP – Michael Solf [CDU], der eine lila Krawatte trägt: Frau Ministerin! – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] zeigt auf ihr lila Kleid. – Heiterkeit – Zurufe)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Sommer.

(Zurufe – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wenn alle lila Farbleckse gefunden sind, kann ich dem nächsten Redner, Herrn Große Brömer von der SPD-Fraktion, das Wort geben.

(Weitere Zurufe – Heiterkeit – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wolfgang Große Brömer^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss die Unruhe jetzt unterbrechen, weil die Zeit schon läuft. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass die Farbe Rot die Farbe der Liebe ist. Nehmen Sie deswegen unseren Antrag, unsere Redebeiträge auch liebevoll auf, auch wenn sie gleich etwas ernster werden sollten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schwarz ist Umnachtung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Löhrmann hat eben von einem letzten Versuch bei ihrem Antrag gesprochen. Frau Löhrmann, ich hoffe, das war nicht so ernst gemeint. Denn das Allerletzte, was wir in der bildungspolitischen Diskussion gebrauchen können, wäre eine Kapitulation vor den Blockierern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen wünsche ich Ihnen weiterhin viel Kreativität bei den nächsten Anträgen. Wir wollen in unserem gemeinsamen Anliegen nicht locker lassen.

Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, so diskutierwürdig er auch in einzelnen Aspekten sicherlich ist, in der Resonanz einer der üblichen Reflexanträge ist, nämlich der Anträge, die die üblichen Reflexe bei Schwarz-Gelb auslösen. Man muss in einem Antrag nur die Ortsbezeichnung Horstmar/Schöppingen verwenden, und schon bekommt man mit Sicherheit längere Vorträge darüber, warum die Schulstruktur so bleiben muss, wie sie denn ist. Das ist einer dieser typischen Anträge. Vielleicht müssen wir daran noch etwas arbeiten, damit wir direkt in die Diskussion geraten.

Die Kollegin Schäfer hat eben ausführlich dazu Stellung genommen, dass wir eine Information dahin gehend vermissen, wie es mit dem ursprünglichen Projekt „Selbstständige Schule“ weitergeht. Sie hat von „Deckel zu“ gesprochen. Und Sie, Frau Ministerin, haben dementiert, das sei nicht so.

Fakt ist, dass Sie den Begriff als Erstes gekillt haben. Sie haben den Begriff eigenverantwortliche Schule direkt nach der Regierungsübernahme geprägt. Insofern muss man schon einmal nachfragen, was eigentlich mit der eigenverantwortlichen Schule ist. Wo gibt es denn die Konzepte?

Wenn man zum Beispiel den Begriff „eigenverantwortliche Schule“ in die Suchmaschine des Bildungsportals des Schulministeriums eingibt, bekommt man zwei Antworten, die sich direkt darauf beziehen. Zum einen kommt der Begriff „eigenverantwortliche Schule“ in einem Redetext vor, den Frau Ministerin Sommer zur Didacta-Eröffnung gehalten hat. Zum anderen findet man die Formulierung in der Einladung zum nächsten Bildungskongress. Ansonsten ist da nichts.

Deswegen ist meiner Meinung nach die Frage notwendig, wann die Landesregierung mit einem

Konzept zur eigenverantwortlichen Schule kommt, damit man sich damit auch inhaltlich vernünftig auseinandersetzen kann. Sie bleiben noch Antworten auf viele Fragen schuldig. Ich hoffe, dass wir das vielleicht in der Ausschussberatung zu diesem Antrag nachholen können.

Obwohl in Ihren Redebeiträgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, viel von Schulstruktur die Rede war, muss man den Kern dieses Antrags hervorheben, und der lautet sinngemäß: Wer wirklich Schulreformen in diesem Land will, der muss die jeweilige Rolle des Landes, der Schulträger und der einzelnen Schulen genau definieren und auch neu justieren.

Was nicht geht, will ich auch direkt hinzufügen. Was nicht geht, ist, die kommunale Beteiligung und die kommunale Mitverantwortung am Schulleben und an der Schulentwicklung auf den finanziellen Aspekt zu reduzieren.

Es ist wohl kein Geheimnis – Frau Ministerin Sommer, erlauben Sie mir, dass ich Ihnen an dieser Stelle widerspreche –, dass die Kooperation zwischen Kommunen und Land eben nicht reibungslos läuft. Im Gegenteil: Die Kommunen sind hochsensibilisiert, weil sie es nämlich zurzeit mit zwei ganz zentralen Problemen zu tun haben.

Erstens ist es die Diskussion darüber, welche investiven Mittel notwendig sind und zur Verfügung stehen, um den Gymnasien vor dem Hintergrund der ausgeweiteten Studententafel und des zugezogenen Nachmittagsunterrichts ein vernünftiges Mittagsangebot zu organisieren. Und zweitens sind es die zahlreichen Zusagen an die Hauptschulen – die sind aus Ihrem Ministerium gekommen und werden von Herrn Staatssekretär Winands landesweit verbreitet –, dass sie in volle Ganztagschulen umgewandelt werden. Auch dafür fehlen die investiven Mittel, und es wird einheitlich auf die Rolle der Schulträger verwiesen.

Nur, die Schulträger haben nicht das Geld dafür, und deswegen muss man nachfragen, was an Hilfsmitteln vom Land bereitgestellt wird. Dann bekommt man als Antwort die sogenannte Bildungspauschale, also die 80 Millionen €, die angeblich zusätzlich zur Verfügung stehen. Dass das eine Rosstäuscherei in gigantischem Ausmaß ist, ist mittlerweile bekannt. Es ist der Griff ins Portemonnaie der Gemeinden. Und dass es ein Danaergeschenk an die Gemeinden ist, ist in der Analyse wohl auch weit verbreitet.

Wer die Gemeinden wirklich als Partner für eine echte notwendige Schulreform, für eine weitere Schulentwicklung an seiner Seite haben möchte, der darf sie nicht als scheinbare Goldesel miss-

brauchen, meine Damen und Herren. Der muss sie stattdessen für die inhaltliche Entwicklung gewinnen, sie mitbeteiligen und insbesondere auch lokale Entwicklungschancen zulassen.

Ich glaube, über den letzten Punkt müssen wir noch sehr gründlich diskutieren. Das ist auch der Kern des Antrags der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen: Die Kommunen brauchen mehr Freiheitsmöglichkeiten in ihrer Gestaltung der lokalen Schullandschaft. Denn diese ist von Kommune zu Kommune mit anderen Bedarfen und anderen Bedürfnissen versehen und muss auch entsprechend unterschiedliche Antworten zulassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass dieser Anspruch von Ihnen noch ansatzweise akzeptiert wird. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und hoffe, dass sie sach- und zielgerichtet verlaufen wird. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Große Brömer. – Die CDU-Fraktion wird nun von Herrn Kaiser vertreten. Bitte.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge der Grünen machen immer zwei Dinge deutlich, nämlich erstens: Die Anzahl der Anträge ist immer noch kein Zeichen von Qualität. Und zweitens zeichnen sich die Anträge der Grünen immer dadurch aus, dass irgendwo in ihnen die Schulstrukturdebatte versteckt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Für mich ist das Puzzle immer das Schöne. Wo ist es? – Dieses Mal war es in Kapitel IV.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das steht doch schon in der Überschrift!)

Darauf kann ich zum 100. Mal wiederholen: Die Koalition setzt auf individuelle Förderung statt auf eine Schulstrukturdebatte, und sie setzt auf die einzelnen Lehrerinnen und Lehrer,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aufs Aussortieren!)

und auf die kommt es an.

(Beifall von der FDP)

Denn guter Unterricht ist das Qualitätskriterium, und das ist – nebenbei bemerkt – durch neueste Untersuchungen wissenschaftlich fundiert.

Wie unausgereift und auch wenig kommunalfreundlich dieser Antrag ist, wird daran deutlich, dass die Grünen überhaupt in Erwägung ziehen, das Gymnasium künftig in die Trägerschaft der Kreise zu überführen. Als ich das gelesen habe, habe ich gesagt: So einen Quatsch hast du selten gelesen, und das ist auch eigentlich nicht das, was die Grünen normalerweise an Niveau bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich wünsche Ihnen, Frau Löhrmann und Frau Beer, viel Spaß bei der Kommunikation dieser Fragestellungen mit dem Städte- und Gemeindebund, den Sie ansonsten sehr gerne hier zitieren.

Nun, es bedarf nicht der Grünen, um zu erkennen, dass die Kommunen als Schulträger gestärkt werden müssen. Die beste Stärkung ist übrigens die ausreichende Versorgung der Kommunen mit finanziellen Mitteln.

(Beifall von CDU und FDP)

Da nenne ich nur die Erhöhung der Bildungspauschale – Herr Wilp hat es angesprochen –, die es mancher Kommune leichter macht, auch im Ganztagsbereich, Herr Große Brömer, entsprechend zu investieren, von den Erhöhungen im Bereich des GFGs ganz zu schweigen. Und von Ihren Kürzungstiraden, die Sie in Ihrer Verantwortung losgelassen haben, möchte ich hier überhaupt nicht sprechen.

Wir brauchen also starke Schulträger; ich mache das an einem Beispiel deutlich. Frau Ministerin Sommer hat mit der Vorstellung ihrer Hauptschulinitiative doch eines ganz entscheidend nach vorne gebracht und verdeutlicht: Es geht um eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Stadt und Land. Das Land geht gerade im Hauptschulbereich völlig neue Wege und gibt aus dem Landeshaushalt spürbar mehr finanzielle Mittel; ich glaube, das ist sogar eine der wenigen unbestrittenen Prämissen.

Aber diese Offensive kann nicht erfolgreich sein, wenn nicht verschiedene Akteure in den Städten und Gemeinden unterstützend helfen. Denn die Stadt muss den Schulen bei den Kontakten zu den Betrieben Unterstützung gewähren. Die Stadt als Bürgerkommune muss dafür sorgen, dass bessere Berufsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler gefunden werden. Sie ist Mittlerin zwischen Schule und Betrieb.

Ein aktuelles Beispiel, weil ich mich da auskenne:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Bürgerstiftung in der Stadt Arnsberg hat in dieser Woche zusammen mit der Stadt ein 600.000-€-Projekt zur besseren Förderung des Übergangs von Haupt- und Förderschülern in den Beruf aufgelegt. Das ist zusätzliches Geld für Bildung, und das ist richtig so.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage.

Klaus Kaiser (CDU): Ich möchte gern weiter ausführen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das macht deutlich: Es geht Ihnen nicht so sehr um formale Zuständigkeiten, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen. Es wird künftig viel stärker auf örtliche bürgerschaftliche Netzwerke und auf die Bildung von Netzwerken insgesamt ankommen, um Schulen wieder den gesellschaftlichen Stellenwert zukommen zu lassen, den sie brauchen. Die Seniorexperten in Schulen, die Frau Ministerin Sommer so sehr unterstützt, sind ein weiteres Beispiel für die Aktivierung der Bürgerkommune.

In Ihrem Antrag sprechen Sie die Veränderungen durch die demografischen Herausforderungen an. Schlichtweg falsch und durch die Praxis widerlegt ist Ihre Behauptung – ich zitiere –:

„Mit den derzeitigen schulgesetzlichen Möglichkeiten können angesichts sinkender Schülerzahlen immer weniger Kommunen ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot mit allen weiterführenden Bildungsabschlüssen erhalten.“

So lautet ein Satz in Ihrem Antrag. Der Satz ist schlichtweg falsch. Gerade Horstmar und Schöppingen – Herr Große Brömer hat das in anderem Zusammenhang genannt – haben durch einstimmige Ratsbeschlüsse und durch eine enge Kooperation mit dem Ministerium gezeigt: Es gibt sinnvolle, zukunftsorientierte Lösungen innerhalb des gültigen Schulgesetzes.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Als Notnagel!)

Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Auch hierbei ist die kommunale Verantwortung wichtig. Denn jeder Fall ist anders, Frau Beer. Jede Lösung kann nur für eine Stadt und für eine bestimmte Region entwickelt werden. Diese kommunale Sicht ist Ihnen natürlich fremd, weil Sie die kommunale Sicht von der Landesebene aus regeln möchten.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Für Winterberg, Hallenberg und Medebach, um das aufzunehmen, sieht die Lösung anders aus als für Köln oder Paderborn.

(Zuruf von der SPD: Dann lassen Sie sie entscheiden!)

Schulverbünde, Verbundsschulen, Dependancen sind neue Möglichkeiten, die das Schulgesetz bietet. Sie fordern aber gerade auch die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Kommunen stärker ein. Das Konzept der Gemeinschafts- oder Einheitsschule von Rot-Grün bedeutet: Vorteile einer Kommune zulasten einer anderen. Das wiederum bedeutet Schulkannibalismus.

(Beifall von Bernhard Recker [CDU] – Zurufe von der SPD)

Das ist alles andere als eine Stärkung der Kommunen. Das ist die Stärkung von Kommunen, aber keine Stärkung der Kommunen insgesamt.

Bei der Überwindung der klassischen Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten scheint bei Ihnen ein Erkenntnisprozess in Gang zu kommen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Ihre Regierung hat bis 2005 überhaupt nichts, Frau Schäfer, getan, um bei dieser Frage überhaupt pragmatisch ein Stück weiter zu kommen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das wissen Sie doch überhaupt nicht!)

Die Stellen der Schulsozialarbeiter wurden doch durch die neue Koalition entfristet. Dadurch wurden Fakten geschaffen. Die Einstellung von 250 Schulassistenten ist ein neuer pragmatischer Weg, um innere und äußere Schulangelegenheiten auseinander zu legen. Wenn Sie die Grundsatzfrage stellen, werden Sie sich auch in den nächsten zehn Jahren nicht bewegen.

(Ute Schäfer [SPD]: Ach!)

Aber dieser Weg muss gegangen werden: Die Weiterentwicklung der selbstständigen Schule zur eigenverantwortlichen Schule ist keine Frage der Kommunen allein. Aber Sie werden in den nächsten Wochen sicherlich zur Kenntnis nehmen, dass es wichtig ist zu wissen: Eigenverantwortliche Schule ist mehr als selbstständige Schule. Die eigenverantwortliche Schule schafft ganz neue Freiräume für Kommunen und für die einzelne Schule.

Das Land muss nur eines sicherstellen – Frau Schäfer hat eben die Kapitalisierung angesprochen –: Gerade bei der Kapitalisierung ist Miss-

bräuchen doch ernsthaft zu begegnen! Wir können doch nicht landesweit unterschiedliche Besoldungsniveaus zulassen. Wir haben als Land eine Verantwortung, dass auch bei eigenverantwortlichen Schulen vernünftig und nicht mit Dumpingpreisen bezahlt wird.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ein Ablenkungsmanöver!)

Das müssten Sie sich merken und im Einzelfall anschauen. Das muss gewährleistet sein. Deshalb gibt es einen bestimmten Rahmen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Landesweit ist es erfreulich festzustellen, dass Bildung für viele Kommunen Standortfaktor ist, dass die Leuchttürme landesweit erkennbar sind, dass Wirtschaft, Gewerkschaften, Schule, Bürgerschaft und politische Kommune stärker zusammenarbeiten und das neu austarieren.

(Ute Schäfer [SPD]: Ach ja?)

Das bestärkt die Koalition und Frau Sommer darin, dass Bildung als Zukunftsthema Nummer eins immer stärker begriffen wird. Um dies umzusetzen und nach vorne zu bringen, bedarf es dieses Antrags der Grünen nicht. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die FDP hat nun Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Bedarf für die landesweite Änderung der Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist derzeit nicht erkennbar.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach!)

Jeder der drei Bildungsgänge hat seine eigene fachliche und pädagogische Spezifik sowie ein eigenes Anforderungsniveau in der theoretischen Komplexität der Wissensvermittlung und korrespondiert deshalb mit den jeweiligen Schülerprofilen unterschiedlicher Begabungen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da wird die regionale Mittelschule gecancelt! Was sagt denn Ihr Parteivorsitzender dazu?)

Wichtiger als eine Schulstrukturdebatte ist aber zweifellos eine Qualitätsdebatte, um den Defiziten, die wir bei PISA und vorher schon bei TIMSS und BIJU gesehen haben, konsequent entgegenzuwirken.

Gerade in der Gesamtschule – schauen Sie sich doch einmal BIJU an – sind die Fördereffekte im Kompetenzerwerb signifikant geringer als in einem nach Begabung differenzierten Schulsystem. Es ist deshalb nicht politisch zu verantworten, dass mehr Kinder Einheitssysteme im Bildungsbe-
reich besuchen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Der Abbau schulstruktureller Differenzierung führt zu mehr Nivellierung,

(Widerspruch von den GRÜNEN)

die kein bildungspolitisches Ziel sein kann.

(Beifall von der FDP)

Schulstrukturdebatten haben in der Vergangenheit noch nie zu einer Verbesserung der Bildungsqualität beigetragen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt!)

Im Gegenteil: Die PISA- und TIMSS-Studien zeigen auf, dass vor allem diejenigen Bundesländer in der internationalen Oberliga mitspielen, die ihr gegliedertes Schulsystem am nachhaltigsten pflegen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die FDP lehnt es daher ab, auf dem Rücken der Schüler eine ideologische Schulstrukturdebatte zu führen und mit dem Experiment der Einheitsschule dem Bildungsland Nordrhein-Westfalen über Jahre hinweg nachhaltig zu schaden.

(Ute Schäfer [SPD]: Ihr Beitrag ist völlig überflüssig!)

Bei allem Verständnis, das gerade Liberale für Bildungsökonomie haben, darf die vermeintliche Kosteneffizienz großer anonymer Schulsysteme nicht über qualitative Aspekte und Anforderungen einer bestmöglichen individuellen Förderung gestellt werden.

So ist beispielsweise für die Hauptschule der hohe Praxisbezug charakteristisch sowie die Konzentration auf die Vermittlung von Basiskompetenzen und Grundfertigkeiten, insbesondere für die Schülerschaft, die einen hohen Förderbedarf aufweist. Für ein überdurchschnittliches Maß an persönlicher Zuwendung oftmals bildungsbenachteiligter Jugendlicher sind Hauptschulen als kleine überschaubare Systeme mit einem engen Schüler-Lehrer-Verhältnis pädagogischer wertvoller als ein anonymer Massenbetrieb.

Einen Hinweis noch zu Ihren Ausführungen über die Demografie: Auch wenn der Satz nicht schön

ist, die Demografie gewinne weniger Schüler bei gleichbleibender Lehrerzahl, bedeutet das politisch, dass wir keine einzige Lehrerstelle abbauen – auch nicht bei zurückgehenden Schülerzahlen –, heißt das – es sei denn, Sie wollen im Land etwas anderes ankündigen; dann machen Sie das aber bitte hier auch ganz offen –, dass durch zurückgehende Schülerzahlen bei konstanten Lehrerzahlen keine einzige Klasse weniger vorhanden ist und dass dadurch bedingt keine einzige Schule schließen muss. Der Effekt – ein Rückgang der Schülerzahlen um 10 %, der vom Landesamt für Daten und Statistik für die nächste Legislaturperiode zwischen 2010 und 2015 prognostiziert ist – führt dazu, dass in vielen Schulen nicht mehr 30 Schüler in der Klasse sitzen, sondern 27, weil die Lehrer korrespondierend bleiben.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Gucken Sie sich doch das Wahlverhalten der Eltern an!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Ralf Witzel (FDP): Aber gerne doch.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Witzel, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie sicherstellen wollen, dass keine einzige Schule geschlossen wird?

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das hat er gerade gesagt.

Ralf Witzel (FDP): Frau Schäfer, Sie hätten meine Aussage falsch verstanden, wenn Sie sie dahin gehend interpretiert hätten.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Dass von rund 7.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen auch mal eine wird schließen müssen, ist doch ein ganz natürlicher Prozess.

(Ute Schäfer [SPD]: Aha!)

Wir haben in den letzten Jahren – das war auch zu Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung so – zum Beispiel in Essen ein Gymnasium geschlossen, weil es entsprechende Veränderungen in der Bevölkerung gab. Es kommen immer mal neue Schulen hinzu und andere verschwinden. Ich wollte nur sagen, Frau Schäfer – das ist auch deutlich

geworden –, dass, solange die Lehreranzahl im System konstant bleibt, ein demografischer Rückgang bei den Schülerzahlen nicht der Grund sein kann, warum Schulen schließen oder es weniger Klassen gibt. Bei gleichbleibender Lehrerzahl kann das Ergebnis nur sein, dass Klassen kleiner werden.

Ich beantworte Ihre Frage gerne anhand eines konkreten Beispiels; dazu habe ich mir die landesweiten Durchschnittszahlen für die jetzigen Klassengrößen besorgt. Die jetzige Jahrgangsgroße an Gymnasien beträgt im landesweiten Schnitt 104,

(Ute Schäfer [SPD]: Klassengröße?)

bei einem Rückgang der Schülerzahlen um 10 % in der nächsten Legislaturperiode sind es 94 pro Jahrgang. Wo ist da das Problem?

Die Realschulen haben heute pro Jahrgang 98 Schüler, das sind in der nächsten Legislaturperiode 88 pro Jahrgang. Die Hauptschulen – zugeben die kleinsten Systeme – haben heute im statistischen Durchschnitt 55 Schüler pro Jahrgang. Bei 10 % weniger wären es 50. Jetzt sagen Sie mir, woraus, wenn die Lehrerzahlen konstant bleiben, ein Handlungsdruck erwächst. Das ist für mich nicht erkennbar.

Ich möchte eine letzte Anmerkung machen, weil sehr viel über die Frage des richtigen Freiheitsverständnisses gesprochen worden ist. Frau Löhrmann, halten Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, noch für glaubwürdig? Sie haben vor wenigen Wochen gesagt: Es ist böse, wenn man Schulen vor Ort erlaubt, in Übereinstimmung mit ihren Gremien samstags Unterricht anzubieten.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Das soll man nicht dürfen. Das muss der Staat reglementieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Reden Sie mal lieber über die Kopfnoten!)

Als wir Ihnen gesagt haben, dass Schulen mit ihren Gremien vor Ort – mit allen Akteuren in der Schulkonferenz – entscheiden sollen, wer ihre personelle Leitung ist und die Schule vertritt, haben Sie erwidert: Nein, das sollen lieber die Parteien in Hinterzimmern entscheiden.

(Beifall von FDP und CDU)

Als wir Ihnen das Mindener Modell für eine neue Lehrerarbeitszeit vorgestellt haben,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Demagogie, Herr Witzel!)

haben Sie gesagt: Das ist hochproblematisch; es gibt ja große Unterschiede im Land. – Ich sage Ihnen, Frau Löhrmann: Wir brauchen Schulautonomie und mehr Freiheit da, wo es Sinn macht – in finanziellen Belangen, bei der organisatorischen Steuerung und selbstverständlich auch bei Personalfragen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das entscheiden Sie?)

Es gibt allerdings ein Spannungsverhältnis von Freiheit und Verantwortung. Wir handeln mit der vorschulischen Sprachförderung im Sinne der Kinder. Zehntausenden von Jugendlichen, die bei Ihnen ohne Perspektive waren, eröffnen wir neue Lebenschancen. Das ist keine Freiheitsveranstaltung, sondern da gibt es Zwang. Sie müssen nämlich zur Sprachförderung, und trotzdem ist die Maßnahme richtig.

Ich kenne schon den nächsten Antrag der Grünen, der heißt: Freiheit total, Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht und Freiheit für Analphabetismus für alle. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wird ja immer schlimmer mit dem Witzel!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht die Zeit, die Gestörten aus den Regierungsfractionen wieder aufzubauen,

(Beifall von den GRÜNEN)

die durch die Farbenlehre der Ministerin beschädigt worden sind – Frau Pieper-von Heiden und Herrn Solf. Aber, Herr Witzel, nach Ihrem Beitrag, den Sie gerade abgeliefert haben, hätten Sie heute ganz in Lila kommen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will der Ministerin – und bitte Sie an der Stelle, vielleicht noch einmal Blickkontakt aufzunehmen – drei Fragen stellen:

Erstens. Frau Sommer, es kann doch nicht sein, dass Sie uns sagen: Der Rahmen für die Schulentwicklung und die Qualität ist das gegliederte Schulsystem. Ich habe es so verstanden: Rahmen für die Qualitätsentwicklung sind die Standards.

Das ist doch auf der KMK-Ebene vereinbart worden. Was machen Sie hier eigentlich? Lösen Sie sich gerade von der Standardvorgabe und sagen uns: „Nur das gegliederte Schulsystem ist uns heilig, ansonsten geht es um gar nichts“? Das war für eine Schulministerin schon eine ganz heikle Aussage.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war eine Sechse!)

Das Zweite: Frau Löhrmann sitzt zufällig mit Herrn Fend in einer Kommission. Dort unterhalten Sie sich ganz intensiv. Wenn Sie noch einmal zusammenkommen sollten, sollten Sie sich die Studie ein bisschen näher erläutern lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sagt nämlich nicht das, was Sie hier ausgeführt haben, sondern es heißt: Den Gesamtschulen gelingt es, solange sie die Kinder zusammenhalten können, sehr gut; wenn es aber an die Übergangsentscheidungen geht, dann wird es kritisch. Genau das ist die Systemfrage, die sich an der Stelle stellt.

Bemühen Sie doch auch bitte nicht McKinsey. McKinsey hat erfolgreiche Schulsysteme untersucht, und wir gehörten nicht dazu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle erfolgreichen Schulsysteme haben die Schulstrukturfrage nämlich selbst geregelt.

Was die Grünen mit ihrem Antrag wollen, das wird in der Aachener Erklärung des Städtetages ganz deutlich formuliert. Ich will auch noch einmal dessen stellvertretenden Präsidenten zitieren, der gesagt hat:

„Die Städte kennen wegen ihrer Bürgernähe die örtlichen Verhältnisse am besten. Deshalb brauchen die kommunalen Schulträger größere Spielräume bei der Suche nach den jeweils passgenauen Lösungen. So sollte die Bildung von flexiblen Schulverbänden erleichtert werden, in denen Grundschulen, aber auch weiterführende Schulen zusammenarbeiten und ein möglichst präzise auf den örtlichen Bedarf zugeschnittenes Bildungsangebot entwickeln können.“

Das ist die Voraussetzung für Chancengleichheit und Leistungsentwicklung in diesem System.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Witzel sagt immer: Bei unserem Schulsystem ist alles bestens; durch das Schulgesetz hat sich nichts zum Schlechteren verändert, gerade auf

der kommunalen Ebene nicht. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, Herr Witzel – hören Sie ganz genau zu –, was sich durch die Aufhebung der Grundschulbezirke jetzt schon im Land abzeichnet. Die „Neue Westfälische“ hat am 08.01.2008 darüber berichtet und sagt:

(Ralf Witzel [FDP]: Mehr Wettbewerb!)

„Klar ist: Verlierende Schulen liegen häufig in einem von Zuwanderung oder anderen sozialen Problemen mitgeprägten Wohnumfeld. In den Städten Bielefeld und Paderborn verzeichnen einige Schulen annähernd 50 % weniger Anmeldungen als vor Aufhebung der Schulbezirke.“

Das liegt nicht an weniger Kindern; denn der Dezernent für die Grundschulen führt aus, da sei gegen Schulen entschieden worden, deren Lehrer hervorragende pädagogische Arbeit leisteten. Sie hätten besonders ausgefeilte Förderkonzepte erarbeitet und die Individualisierung des Lernens im Unterricht hervorragend umgesetzt. Das habe sich auch bei den Lernstandserhebungen ausgezahlt.

Trotzdem gibt es jetzt diese sozialen Fliehkräfte; denn die Freiheit, die Sie vertreten, ist nur die Freiheit der Privilegierten und nicht die Freiheit für alle.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Seien Sie deswegen ganz vorsichtig, wenn Sie über Liberalismus und über Freiheit reden! Sie schaffen wirklich nur die Freiheit für die Stärkeren, die sich das erlauben können. Ihnen liegt nichts an der Chancengleichheit in diesem Land.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist doch einfach dumm!)

Deshalb kommen Sie das nächste Mal bitte ganz in Lila. Das ist die Farbe der Gestörten, hat die Ministerin gesagt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weitere Wortmeldung vor. Daher können wir jetzt zum Schluss der Beratung kommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/5784** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung

erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer Enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

5 **Bewährte Strukturen der Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen müssen erhalten bleiben!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4864

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/5796

Ich weise darauf hin, dass dieser Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Rechtsausschuss überwiesen wurde mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Diese Beschlussempfehlung und der Bericht des Rechtsausschusses liegen nun vor.

Ich eröffne die Beratung und gebe als Erstem Herrn Kutschaty von der SPD-Fraktion das Wort.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vorletzten Jahr haben wir von den Plänen der Landesregierung erfahren, die Zahl der Amtsgerichte und weiterer Gerichte hier in Nordrhein-Westfalen zu reduzieren. Im Einzelnen sollen im Rahmen einer Organisationsreform die Amtsgerichte Mönchengladbach-Rheydt, Duisburg-Hamborn, Duisburg-Ruhrort, Essen-Borbeck, Essen-Steele, Gelsenkirchen-Buer und Herne-Wanne sowie ein Landesarbeitsgericht und ein Finanzgericht dran glauben.

Die Prüfung dauerte Monate. Ergebnisse sind teilweise vorgestellt worden. Ich frage Sie aber, Frau Ministerin: Warum? Warum dieses Verfahren? Warum eine Änderung in diesem Bereich? Soll es eine Reform um der Reform willen sein?

Bis heute haben wir von Ihnen in zahlreichen Ausschussberatungen zu diesem Thema noch kein einziges stichhaltiges Argument gehört, welche Vorteile eine Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte hier in Nordrhein-Westfalen denn haben soll – kein einziges Argument für Ihre Ideen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An einer einzigen Stelle wurden Sie in Ihren Zwischenberichten etwas konkreter. Dort hieß es

nämlich, dass es durch die Schließung eines Gerichts in Herne zu jährlichen Mietmehrkosten von 300.000 € kommen wird. – So weit das Ergebnis Ihrer Überprüfungen.

Frau Ministerin, groß ist nicht gleich besser, schneller und billiger. Ich glaube, da irren Sie sich.

Ich spare mir an dieser Stelle auch, zahlreiche Stellungnahmen zu Ihrem Vorhaben vom Deutschen Richterbund, vom Bund der Rechtspfleger, von zahlreichen Gerichten und von Oberlandesgerichtspräsidenten, Resolutionen von Stadträten sowie Schreiben und Eingaben von Oberbürgermeistern und Gemeinderäten zu zitieren.

Ich erspare Ihnen aber nicht die Anmerkung, dass Sie mit Ihrer Prüfung seit anderthalb Jahren unnötig Personal in Ihrem Hause gebunden haben und unnötig Hunderte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gerichten über die Zukunft ihrer einzelnen Standorte verunsichert haben.

(Beifall von der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass sich die bisherige Gliederung der Gerichtsstruktur – einige der betroffenen Gerichte haben ja vor einigen Jahren ihre 125-Jahr-Feier gehabt – bewährt hat. Kleinere und mittelgroße Gerichte bedeuten mehr Bürgernähe und effektives Arbeiten. Das sagt übrigens auch schon das Kienbaum-Gutachten aus den 90er-Jahren. Gerade darin sind zu große Behördenstrukturen eindeutig kritisiert worden.

(Beifall von der SPD)

Dazu muss man wissen, dass bei Präsidialgerichten in der Führung und Leitung Zwischenebenen eingezogen werden müssen, um solche Behörden organisatorisch vernünftig aufstellen zu können. Daher haben sich gerade mittlere und kleine Gerichte als sehr effektiv erwiesen.

Unsere Gerichte in Nordrhein-Westfalen sind in den letzten zehn, 15 Jahren gut ausgestattet worden. Sie sind mit neuer Technik versehen und arbeiten gut.

Was passiert, wenn Sie Standorte aufgeben? Wir haben an vielen Standorten ungeklärte Nachfolgenutzungen. Was soll mit den Gebäuden passieren? Stattdessen müssten wir in neue Erweiterungsbauten an anderen Stellen investieren. All dies kann wirtschaftlich doch nicht sinnvoll sein. Aber auch nach anderthalb Jahren Prüfung haben Sie uns dazu noch keine konkreten Zahlen genannt.

Lassen Sie mich ein weiteres Argument anführen. Die Amtsgerichte sind vor Ort in den Mittelzentren

und in den Stadtzentren wichtige Standortfaktoren. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Bauminister Wittke! Er reist durchs Land und macht Reklame für „Ab in die Mittel!“ und damit für die Stärkung der Mittelzentren und der Stadtzentren. Sie produzieren genau das Gegenteil, wenn Sie solche Behörden aus diesen Zentren herausnehmen. Diese Behörden sind dort wichtige Standortfaktoren. Einzelhändler fürchten Kaufkraftabflüsse und weitere Schäden für die Mittelzentren.

(Beifall von der SPD)

Jetzt wird der Kollege Dr. Orth mir gleich sagen: In Düsseldorf klappt es doch auch mit einem Gericht, obwohl diese Stadt genauso groß ist wie Essen und Duisburg.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Größer! Düsseldorf ist die größte Stadt Nordrhein-Westfalens!)

– Wir gucken noch einmal, ob Düsseldorf mehr Einwohner hat als Essen. Das weiß ich noch nicht so genau. – Sie sagen also, dass es da doch auch klappt. Aber heißt das denn, dass Düsseldorf dann auch besser ist, Herr Kollege Dr. Orth?

(Frank Sichau [SPD]: Vor allen Dingen langsamer!)

Schauen Sie doch einmal in andere Bundesländer! Hamburg macht genau das Gegenteil. Hamburg hat jetzt zwei weitere Amtsgerichte eingerichtet, um dezentraler tätig werden zu können. In diesem Zusammenhang darf ich an die heute Morgen geführte Diskussion zum Thema „Kriminalität – effektive Strafverfolgung – rasche Aburteilung“ erinnern. In Hamburg hat man sich gerade auch deshalb für das dezentrale System entschieden, weil die dort tätigen Richter mehr Milieunähe und eine größere Ortskenntnis haben, was auch in diesem Bereich durchaus positive Effekte haben dürfte.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Frau Ministerin, Ihr Plan, der seit anderthalb Jahren bei Ihnen auf dem Tisch liegt, ist unausgegoren. Sie konnten bis heute noch nicht vorweisen, welche Einsparungen oder Strukturverbesserungen denn tatsächlich eintreten sollen.

Ich empfehle Ihnen dringend: Legen Sie diesen Plan in die Schublade. Nehmen Sie ihn in Sicherungsverwahrung, und lassen Sie ihn da nicht mehr heraus. Ersparen Sie uns in Zukunft jedes Jahr ein neues Gesetzgebungsverfahren für andere örtliche Zuständigkeiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kutschaty. – Nun hat Herr Giebels für die CDU-Fraktion das Wort.

Harald Giebels (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen das Vorhaben der Landesregierung, die örtliche Struktur der Amtsgerichte zu überprüfen und gegebenenfalls zu straffen.

Zurzeit gibt es insgesamt 130 Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen, und diese haben unterschiedliche Amtsbezirke. Während es in Köln mit einer Fläche von 500 km² und mit rund 1 Million Einwohner nur ein einziges – ich wiederhole: nur ein einziges – Amtsgericht gibt, existieren beispielsweise, wie gerade angesprochen, in Essen – einer Stadt im Vergleich zu Köln mit einer nur 210 km² großen Fläche und mit rund 580.000 Einwohnern – gleich drei Amtsgerichte.

In Gelsenkirchen – auch das war in der Beratung ein Thema – mit einer Fläche von 105 km², also einem Fünftel von Köln, und etwa einem Viertel der Einwohner von Köln, nämlich rund 270.000, gibt es zwei Amtsgerichte. Und in Herne mit einer Fläche von einem Zehntel der Stadt Köln und 170.000 Einwohnern gibt es ebenfalls zwei Amtsgerichte. Da erkennen Sie ein Missverhältnis.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Der Sprengel der Amtsgerichte durchschneidet in Großstädten oftmals Straßen. Man kann manchmal nur umständlich an der Hausnummer feststellen, ob das eine oder das andere Amtsgericht örtlich zuständig ist.

Niemand wird allen Ernstes behaupten können, dass ein Amtsgericht mit einem Bezirk von rund einer Million Einwohnern für Rechtsuchende unzumutbar ist. Es funktioniert; das kann ich auch aus meiner anwaltlichen Tätigkeit bestätigen. Und wenn es in Köln funktioniert, dann wird es auch erst recht in deutlich kleineren kreisfreien Städten mit kleineren Einzugsbereichen und kürzeren Entfernungen funktionieren. Das gilt für Essen, aber auch für Gelsenkirchen und für Herne. Auch dort gibt es jeweils einen funktionierenden ÖPNV, so dass auch dort bei einer gestrafften Gerichtsstruktur das Amtsgericht für jeden gut erreichbar ist.

Die nordrhein-westfälische Justiz wird sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Jede kreisfreie Stadt wird auch weiterhin ein Amtsgericht haben. Es wird dann auch zukünftig für alle Rechtsuchenden und auch Prozessbeteiligten Amtsgerichte in zumutbarer Entfernung geben.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Herr Sichau, darauf komme ich gleich noch.

Eine effiziente Justizarbeit braucht entsprechende Rahmenbedingungen. Die ins Auge gefasste Struktur der Amtsgerichte schafft zentrale Anlaufstellen für Bürger, für Unternehmen, für Anwälte, in denen die personellen und sachlichen Ressourcen – das ist eben wichtig – des Justizbereiches optimiert eingesetzt werden können.

Vor der Durchführung etwaiger Maßnahmen werden diese sorgfältig auf ihre Effizienz hin überprüft. Neue Mietkosten sind mit Blick auf das erhebliche Einsparpotenzial – als Stichworte sind hier der Personalaufwand für Pforte und Sicherheitsüberprüfung sowie Bibliothek und Archiv zu nennen – zu bewerten.

Für die kommenden Jahre ist eine Reihe von Baumaßnahmen für die Justiz in Planung oder auch schon im Bau. Teilweise wurde begonnen, die Justizgebäude zu sanieren oder auch ganz neu zu bauen, wie beispielsweise kürzlich in Mettmann. Dort wird gerade ein Amtsgericht komplett neu gebaut. Daran ist zu erkennen, dass gerade die Gerichtsstandorte in der Fläche, in den mittleren und kleineren Städten von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen gestärkt werden.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Kollege Kutschaty hat gerade betont, dass Amtsgerichte wichtige Standortfaktoren für die jeweilige Innenstadt seien. Und wenn ich Ihren Zuruf, Herr Kollege Sichau, richtig verstanden habe, haben Sie den Vorwurf erhoben, dass Amtsgerichte ja dann auf der grünen Wiese wären.

(Frank Sichau [SPD]: Das war nicht der Zuruf!)

Wie war das denn in Mettmann? Wie hat denn die örtliche SPD in Mettmann votiert? Sie hat sich dagegen gewehrt, dass dieses Amtsgericht mitten in der Innenstadt neu gebaut wird, wo es eigentlich hingehört. Die SPD Mettmann wollte gerade das Amtsgericht draußen auf die grüne Wiese neben McDonald's setzen, dort, wo ein Bürger das Amtsgericht auch ganz schlecht hätte erreichen können.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Das, was Ihre SPD vor Ort gefordert hat, ist bürgerfeindlich. So war es, Herr Kollege Sichau.

(Widerspruch von Frank Sichau [SPD])

Gerichte als Garant für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit müssen im Zentrum unserer Städte sicht-

bar sein, und sie dürfen nicht an den Stadtrand abgeschoben werden, wie Ihre Genossen vor Ort es in Mettmann gefordert haben.

Wir machen damit auch deutlich, dass wir die Standorte unserer Gerichte in der Fläche erhalten wollen. Niemand redet davon, Gerichte im ländlichen Raum zu schließen oder zusammenlegen zu wollen. Vielmehr geht es darum, Justizbehörden bedarfsgerecht in modernen und leistungsfähigen Gebäuden unterzubringen und damit eine effiziente Justiz zu ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth¹⁾ (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte heute ist ja die fünfte, sechste oder siebte Debatte zu dem gleichen Thema. Und die Argumente werden auch beim fünften, sechsten, siebten Aufguss vonseiten der Opposition nicht besser.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Die von der Regierung auch nicht!)

Aus meiner Sicht muss man heute noch einmal ganz klar festhalten: Die SPD sträubt sich gegen jede Optimierung von Angeboten.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Die SPD ist die wahre konservative Partei in Nordrhein-Westfalen, weil sie alles so belassen will, wie es ist.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Die SPD hat Angst vor allem Neuen, und die SPD traut den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, eigenständig in den Großstädten in Busse und Bahnen zu steigen und dann auch das Ziel zu erreichen.

(Beifall von der CDU – Harald Giebels [CDU]: So ist es!)

Ich darf dort anschließen, wo Kollege Giebels aufgehört hat. Wenn ich mir hier anhören muss, dass die SPD verhindern will, dass die Zentren ohne Gerichte sind, dann kann ich Ihnen eine ganze Latte gegenteiliger Beispiele aufzählen. Ich könnte nicht nur Mettmann nennen, sondern auch auf Düsseldorf verweisen. Dort hatten Sie ein Gericht mitten in der Stadt. Vor der Landtagswahl haben Sozialdemokraten in der Landesregierung

das Grundstück verkauft und die neue Landesregierung so vor vollendete Tatsachen gestellt. Es gab für einen Bau im Zentrum kein Bebauungsrecht mehr. Wir mussten dann nach Oberbilk. Damit haben Sie Fakten geschaffen, dass ein Gericht aus dem Zentrum einer Großstadt heraus musste. Sich jetzt hier hinzustellen, meine Damen und Herren, und zu sagen, die SPD sei dafür, dass Gerichte in den Zentren seien, ist ein Widerspruch.

(Beifall von der CDU – Frank Sichau [SPD]: Bilk ist ein falsches Beispiel! Das wissen Sie auch!)

– Nein, das ist gar kein falsches Beispiel, Herr Sichau. Das ist die Realität.

(Frank Sichau [SPD]: Wo liegt denn Bilk? Schauen Sie einmal in den Stadtplan!)

Sie mögen vielleicht die Beispiele für gut oder schlecht halten, aber sie zeigen nun einmal die wahren Begebenheiten auf.

Wir werden auf der einen Seite das, was in der größten und zweitgrößten Stadt von Nordrhein-Westfalen, in Köln und in Düsseldorf, super funktioniert, auch in anderen Großstädten machen können. Wir werden auf der anderen Seite überall dort, wo eigenständige Gebietskörperschaften sind, eben nichts ändern. Da werden wir nämlich den Bürgerinnen und Bürgern diesen Service genauso bürgernah wie in der Vergangenheit zur Verfügung stellen.

Aber um das gewährleisten zu können, müssen wir dort, wo es zumutbar ist, nämlich in Großstädten mit vielen Straßenbahnen, U-Bahnen, Bussen, Radwegen, Fußgängerwegen und sonstigen Verkehrsmöglichkeiten auch ein bisschen Realismus einkehren lassen. Sie führen eine Debatte jenseits dessen, was in der Realität überhaupt sinnvoll ist, meine Damen und Herren. – Ich bedanke mich.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Orth, Strukturveränderungen sind kein Wert an sich. Strukturveränderungen sind aus meiner Sicht dann gerechtfertigt, wenn sie wirklich zu Verbesserungen führen. Genau diesen Nachweis bleibt die Landesregierung bei den Amtsgerichten schuldig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Bevölkerung wird verunsichert: In Mönchengladbach gibt es schon einen Ratsbeschluss, in Essen sind alle auf den Barrikaden, und das seit Monaten. Frau Müller-Piepenkötter, dann legen Sie uns doch ein Konzept vor und sagen Sie doch, wo ...

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter:
Das mache ich zu gegebener Zeit!)

– Zu gegebener Zeit. Die Leute warten darauf!

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter:
Weil Sie es herbeidiskutieren wollen!)

Vor Ort werden Investitionen nicht getätigt,

(Harald Giebels [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

weil man auf Entscheidungen wartet. Es gibt Sanierungsstaus, weil man die Gebäude nicht mehr saniert, da man nicht weiß, wie es weitergehen soll. Es geht nicht darum, Herr Orth, im Einzelfall Justizzentren als etwas ganz Böses hinzustellen. Aber Sie können auch nicht sagen, dass Düsseldorf und Köln nun der Nabel der Welt sind, und das, was dort in Düsseldorf-Oberbilk mit Justizzentren passiert – was ich im Grunde richtig und auch unterstützenswert finde –, als Folie nehmen und auf das ganze Land verteilen nach dem Motto: Was für Düsseldorf-Oberbilk gut ist, ist für das ganze Land das Richtige.

Darum geht es nicht. Es geht darum, im Einzelfall zu entscheiden und auch im Einzelfall zu begründen. Für uns Grüne ist das Ziel bei all diesen Entscheidungen und Prüfungen die Gewährleistung der Möglichkeit einer räumlich nahen und effektiven Inanspruchnahme des Rechtsschutzes für jeden Bürger und für jede Bürgerin. Das muss das Ziel dieser Maßnahme sein. Es kann nicht lauten: Das Justizzentrum an sich ist für jede Stadt ganz prima. – Deswegen muss man die Reform anhand dieser Kriterien überprüfen.

Wenn das alles vernünftig ist und so gut dafür zu argumentieren ist, warum gibt es dann in Essen so viel Kritik? Warum sagen denn die Rheydter Bürgerinnen und Bürger in der Bezirksvertretung: Lassen Sie das Gericht in Rheydt!? Das hat sich bewährt.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Vor dem Hintergrund unterstützen wir den SPD-Antrag, weil nämlich die Botschaft lautet: Wir müssen die Justizreform an der Messlatte orientieren, dass sie Verbesserungen bringen soll. Dafür müssen Sie uns die Einsparungen nennen,

denn Einsparungen können Verbesserungen sein, aber immer in Verbindung mit der Gewährleistung eines sehr bürgernahen Rechtsschutzes für alle Bürgerinnen und Bürger. Dann kann man im Einzelfall auch für eine Zusammenlegung entscheiden.

Aber genau das bleibt die Landesregierung schuldig. Deswegen sollten wir Strukturen, die sich bewährt haben, in Nordrhein-Westfalen auch erhalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre schön gewesen, wenn wir das Ganze dann hätten diskutieren können, wenn es ansteht, wenn nämlich der Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann ist es zu spät!)

Wenn man die Diskussion herbeizwingen will, muss man sich gefallen lassen, dass wir uns darauf nicht einlassen. Die Landesregierung hat mit ihren Modernisierungsschwerpunkten die Ziele ganz klar gesetzt: Es geht um einen leistungsstarken, bürgerorientierten und flexiblen öffentlichen Dienst, um Strukturreform und Bürokratieabbau.

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt. Unsere Gerichte arbeiten anerkanntermaßen effektiv und mit hoher Qualität. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Im Kern geht es um Folgendes: Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der Justiz sichern und ihre Leistungsfähigkeit weiter steigern. Ich freue mich, meine Damen und Herren von der Opposition, dass wir uns in dieser Zielsetzung einig sind. Über den Weg haben wir im Rechtsausschuss trefflich gestritten und werden es auch noch weiterhin tun.

Der Rechtsausschuss hat meinen Stufenplan zur Optimierung der Justizstruktur der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den ich auf Grundlage einer umfassenden Überprüfung des Ist-Zustands entwickelt habe, begrüßt. Die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses sieht daher zu Recht vor, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Eine Empfehlung an die Landesregierung, die Amtsgerichtsstruktur in Nordrhein-Westfalen gänzlich un-

verändert zu lassen, sie also gerade nicht in einem zeitlich gestuften, moderaten Verfahren anzupassen, wäre der völlig falsche Weg.

Wichtig ist mir, nochmals die Ausgangslage in den Blick zu nehmen. Nordrhein-Westfalen zeichnet sich insbesondere in der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch eine sehr dichte Gerichtsstruktur mit derzeit 130 Amtsgerichten aus. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben, denn die Landesregierung will die Justiz gerade nicht auf reine Kostengesichtspunkte reduziert sehen.

Die nordrhein-westfälische Justiz ist und bleibt in der Fläche präsent. Das ist die unabdingbare Voraussetzung für eine bürgernahe Justiz. Die Bevölkerungsdichte und die erhebliche flächenmäßige Ausdehnung des Landes erfordern eine differenzierte Gerichtslandschaft, die dem rechtssuchenden Publikum eine Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes in angemessener Entfernung gewährleistet.

Aber, meine Damen und Herren, eine besondere Auffälligkeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalens ist nicht nachvollziehbar: Nur in den fünf Städten Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herne und Mönchengladbach gibt es zwei, zum Teil sogar drei Amtsgerichte. An allen anderen Standorten in Nordrhein-Westfalen – auch in Köln, Düsseldorf und Dortmund – existiert seit Jahrzehnten nur ein Amtsgericht.

Hier drängt sich doch geradezu die Frage auf, was die Besonderheit dieser Städte gegenüber den Großstädten, die ich bereits nannte, und zum Beispiel der Stadt Aachen rechtfertigt.

(Frank Sichau [SPD]: Das haben wir gerade gesagt!)

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Können wir aus der Zusammenlegung dieser Gerichte Effizienzgewinne ziehen und so die Justiz insgesamt stärken?

Ich bin sicher – die Beratungen meines Stufenplans zur Optimierung der Gerichtsstruktur im Rechtsausschuss haben es verdeutlicht –: Durch die Zusammenführung von Justizbehörden an einem Standort in neu zu errichtenden Justizzentren werden die organisatorischen Rahmenbedingungen dieser Gerichtsstandorte durchgreifend verbessert. Gerade in Aachen können wir das im Moment sehr gut und anschaulich beobachten, wo nicht nur die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, sondern auch Verwaltungsgericht, Sozialgericht, Arbeitsgericht und Staatsanwaltschaft in einem Justizzentrum hervorragend und zukunftsträchtig untergebracht werden.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist nicht Ihr Verdienst!)

Meine Damen und Herren, gehen Sie bitte davon aus, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf für die Städte Gelsenkirchen und Herne alsbald vorlegen wird, der auch im Hinblick auf städtebauliche Gesichtspunkte die Grundlage bieten wird, moderne Unterbringungskonzepte zum Vorteil aller am Rechtsverkehr Beteiligten zu verwirklichen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn auch Sie mich zu gegebener Zeit – wenn der Gesetzentwurf vorliegt – in dem Bemühen, die Standorte durch Justizzentren aufzuwerten, unterstützten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir können zur Abstimmung kommen. Der Rechtsausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5796**, den Antrag Drucksache 14/4864 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit des Kollegen Sagel **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

6 Klimaschutz in NRW

Große Anfrage 15
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4604

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 14/5094

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. – Alle Kollegen, die den Raum verlassen wollen, bitte ich darum, dies leise zu tun, damit man dem Kollegen zuhören kann. – Bitte schön, Herr Kollege.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich mich bei der Landesregierung, bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Ministeriums, für die Antwort auf die Große Anfrage bedanken. Das ist viel Arbeit gewesen. Die Antwort enthält eine Reihe wertvoller Fakten. Einzelne kleine Nachfragen kann man im Prozess noch klären. Dafür herzlichen Dank!

Das Thema Klimaschutz, zu dem wir in der Anfrage Auskünfte begehrt haben, bewegt uns etwa seit November 2006 sehr intensiv. Zu dieser Zeit hat Sir Nicolas Stern seinen Bericht für die englische Regierung vorgelegt. Darin hat er deutlich gemacht – das ist für mich die wichtigste Erkenntnis –: Wenn wir nicht handeln, werden die Kosten wesentlich größer sein als diejenigen Kosten, die auf uns zukommen, wenn wir handeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit das klar ist: Der Klimaschutz wird nicht umsonst sein. Er wird uns Kosten verursachen. Aber er enthält auch viele Chancen, gerade für ein Land wie Nordrhein-Westfalen. Darauf will ich später noch zu sprechen kommen.

Der zweite Debattenbeitrag, der das gesamte vergangene Jahr dominiert hat, ist der Bericht des Weltklimarates IPCC. Er ist zu Beginn des vergangenen Jahres vorgelegt worden und um mehrere Teilberichte ergänzt worden. Die Erkenntnis daraus ist, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die Erwärmung im globalen Maßstab auf zwei Grad zu halten. Nur wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, können wir das schaffen. Niemand glaubt mehr, dass wir die Erwärmung rückgängig machen können. Schon die Erwärmung um zwei Grad wird katastrophale Auswirkungen haben.

Wir haben im vergangenen Jahr sehr weit reichende politische Debatten darüber geführt. Die Bundeskanzlerin hat im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft angekündigt, es sei Ziel der EU-Politik, bis 2050 eine CO₂-Reduktion um 60 bis 80 % zu erreichen. Dieses Ziel hat die Bundesregierung in Meseberg in Form eines Programms umgesetzt, das eine CO₂-Reduktion um 40 % bis 2020 vorsieht. Die EU-Kommission hat sich gestern auf Ziele verständigt, die für ganz Europa gelten sollten, mit entsprechenden Teillasten für die Bundesrepublik.

Das alles macht eines deutlich: Es ist ein Prozess im Gang, der bei dem Ringen um globale Verständigung Teilschritte in Europa, in der Bundesrepublik und in der Folge auch in Nordrhein-

Westfalen notwendig macht. Dieser Prozess ist unumkehrbar und unaufhaltsam.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der gesamte Prozess beruht nicht auf einer Verständigung von verrückten Ökologen, sondern er ist absolut notwendig, weil die globale Erwärmung eine Bedrohung darstellt, wie wir sie noch nie zuvor erlebt haben. Es gab Hungersnöte, es gab Kriege, es hat Streit um Wasser gegeben, aber das, was jetzt passiert, hat ein nie gekanntes Ausmaß erreicht.

Der Prozess stellt Nordrhein-Westfalen vor eine außerordentlich große Herausforderung. Als größtes Industrieland der Bundesrepublik ist es für einen überproportional hohen Anteil der Emissionen verantwortlich. 60 % unserer Emissionen in Nordrhein-Westfalen resultieren aus der Stromerzeugung. Der Prozess beinhaltet auf der anderen Seite außerordentlich große Chancen für das Industrieland Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für uns ist entscheidend, dass Nordrhein-Westfalen mit seinen starken Branchen, dem Maschinenbau und der Energietechnik, Chancen hat, Arbeitsplätze zu schaffen; denn weltweit werden effiziente Techniken zur Energieeinsparung nachgefragt. Das erkennen Sie zum Teil an den beiden Tagesordnungspunkten, über die wir im Anschluss an diese Beratung diskutieren werden.

Herr Professor Schellnhuber, Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Berater der Bundeskanzlerin in Energiefragen und Träger des Deutschen Umweltpreises, hat gesagt: Wir müssen bis Mitte des Jahrhunderts auf einen Zielwert von 2,2 t CO₂-Emissionen pro Person und Jahr kommen. Ich nenne zum Vergleich die Ist-Marke in Nordrhein-Westfalen: Pro Person und Jahr werden in Nordrhein-Westfalen 16 t CO₂ emittiert. Dieser Wert ist 16 Mal so hoch wie der entsprechende Wert in Indien. Amerika liegt bei 20 t, Australien, in dem etwa so viele Menschen wie bei uns leben, liegt bei 18 t. Das unterstreicht die Dimension der Anstrengung. Ich will nicht die Illusion erwecken, wir könnten in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren eine Tonne CO₂ pro Person erreichen. Das ist nicht zu schaffen; das ist mir klar. Aber um die Zielmarke in Etappen zu erreichen, ohne zu sagen: „Spart CO₂ in China, in Indien ein!“ – auch dort muss gehandelt werden; das ist nicht zu bestreiten –, muss in Europa nach vorne gegangen werden. Hier müssen die Maßstäbe gesetzt werden. Die Bundesrepublik muss vorangehen, und wir in Nordrhein-Westfalen sind das größte Industrieland. Die Ziele der Bundesre-

gierung sind nicht zu schaffen, wenn Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag nicht ambitioniert übernimmt. Sonst – das ist völlig klar – geht das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

60 % – ich habe es eben schon gesagt – unserer Emissionen kommen aus der Stromerzeugung. Bundesweit kommen im Schnitt etwa 40 % aus der Stromerzeugung, 30 % aus den Gebäuden und 30 % aus dem Verkehr; das ist die Faustformel. Wenn wir bei uns in diesen Bereichen nicht massiv in einer Mischung aus finanziellem Anreiz und Ordnungsrecht tätig werden – wir diskutieren das gleich noch bei den einzelnen Punkten –, werden wir unseren Beitrag nicht leisten. Genau so schlimm ist: Wir werden die Chancen verpassen, die für Nordrhein-Westfalen in dem Prozess liegen.

Dann kommt meine kritische Zusammenfassung dessen, was ich von der Landesregierung jetzt seit zweieinhalb Jahren höre. Diese Landesregierung ist bisher nicht in der Lage, die Herausforderungen, die aus dem Prozess auf uns zukommen, adäquat zu beantworten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden seit Langem vertröstet. Wir haben am 13. Februar vergangenen Jahres Konzepte vorgelegt bekommen, und jetzt wird uns erzählt, es wird im Frühjahr dieses Jahres ein Konzept geben. Wenn ich die Zeitungen richtig deute, soll das auf einem Kongress diskutiert werden, und in der Folge soll es ein Konzept geben. Das ist der Stand aus den Medien. Mehr wissen wir nicht. Wir haben mehrfach gehört – der Ministerpräsident hat es neulich noch angekündigt –, dass das kommen soll. Aber wir wissen zu wenig Konkretes dazu. Unsere Bitte ist, dass die Ministerin uns gleich ganz genau sagt, wann was kommt und wie das erarbeitet werden soll. Denn das ist eine so riesige Aufgabe, das in allen Facetten zu erarbeiten, dass man das nicht einfach aus dem Ärmel schüteln kann.

Bis jetzt ist das, was die Landesregierung dazu gesagt hat, jedenfalls nicht überzeugend. Obwohl die Große Koalition an vielen Stellen nicht besonders lobenswert ist, ist die Bundesregierung da deutlich weiter. Sie hat Ziele vorgegeben, die man durchaus als ambitioniert bezeichnen kann. Ich bin sehr skeptisch, ob sie es auch schafft, die Ziele umzusetzen. Da werden wir genau hinsehen müssen.

Die Landesregierung dagegen hat uns keine Zielmarken und keine Umsetzung genannt, und wir wissen nicht, wie sie in den relevanten Berei-

chen dahin kommen will. Dass das fehlt, ist im Prinzip das größte Versäumnis, gerade vor dem Hintergrund der darin liegenden Chancen für das Land. Ich bin skeptisch, dass das in absehbarer Zeit kommt. Aber man darf ja noch hoffen. Und ich bin gespannt auf den Beitrag der Landesregierung. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Kollege Weisbrich das Wort. Bitte schön.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist der lebende Beweis für das, was Priggen gesagt hat!)

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einmal mit einem Kompliment beginnen. Die Große Anfrage der Grünen steht fachlich-inhaltlich und systematisch auf einem hohen Niveau, und auch die Antwort der Landesregierung ist ein wahres Kompendium zur Information über viele treibhausgasrelevante Fragestellungen.

Dennoch bin ich etwas skeptisch, was die Intention der Anfrage und die weitere Bearbeitung des Themas angeht. Die Zukunft wird zeigen, was die Antragsteller aus dieser Antwort machen, und die Zukunft wird auch zeigen, ob die Einschätzung von Franz-Josef Strauß richtig ist: Die Grünen stellen die richtigen Fragen, aber sie geben die falschen Antworten.

Meine Damen und Herren, diese Anfrage ist nicht nur eine intelligente Fleißarbeit, sie ist auch ein Beschäftigungsprogramm für die Landesregierung, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Statistiker, und sie kann sich – da liegt meine Sorge – im Ergebnis sehr leicht zu einem bürokratischen Monster und zu einem Folterinstrument für Bürger und Wirtschaft entwickeln.

Das sage ich vor dem Hintergrund, dass die Landesvorsitzende der Grünen, Frau Schneckenburger, Ende letzten Jahres angekündigt hat, dass ihre Partei einen Energiegroßkonflikt plant. Kurzformel in NRW und in Deutschland: keine Kernenergie, keine Braunkohle, Steinkohle nur sehr eingeschränkt, dafür aber eine Vorreiterrolle bei der Minderung von Treibhausgasen.

Herr Priggen, Ihr ehemaliger Koalitionspartner Wolfgang Clement hat sich bisher nicht zu dieser Ankündigung geäußert. Seine Meinung zu Frau Schneckenburger kann aber nicht anders ausfal-

len als sein Urteil über Frau Ypsilanti in Hessen. Da kann ich nur sagen: Der Mann hat recht.

(Beifall von der FDP)

In Verbindung mit dem Auftritt von Frau Schneckenburger ist bei mir der Eindruck entstanden, die Grünen wollten mit ihrer Anfrage zum Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen einen Ökosozialismus pur vorbereiten. Ich hoffe, dass ich mich irre, aber der Verdacht liegt nahe. Am Anfang war die Zahl, der Rest ist dann Planifikation, Reglementierung und – am allerschönsten – Ordnungsrecht. Das wäre nicht unsere Politik.

Kollege Priggen, Sie haben in der Einleitung Ihrer Anfrage dargestellt, dass der Klimawandel bereits heute irreversibel ist und dass es darauf ankommt, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Wenn wir die Prämissen des Einflusses von Treibhausgasen auf die Erderwärmung mal als richtig unterstellen – darüber kann man immer noch streiten –, dann ist es notwendig – das haben wir bereits mehrfach ausdiskutiert –, den CO₂-Verbrauch jedes einzelnen Bewohners der Erde bis zum Jahr 2050 auf etwa 2,2 t zu drücken. Sie sagten selbst, das ist eine ziemlich utopische Zahl.

Wir sollten einmal genau darüber nachdenken, was wir in Deutschland, was wir in Nordrhein-Westfalen sinnvollerweise vor dem Hintergrund, dass Luft keine Grenzen kennt, tun können. Wir sind nicht das Zentrum der Emissionen, wir haben auf den Einwohner bezogen starke Emissionen. Wir teilen die Bewertung, dass wir die Emissionen deutlich senken müssen. Wir teilen auch die Bewertung, dass es uns gut ansteht – schließlich haben wir das technologische Potenzial und das Potenzial an Know-how bei den Menschen im Land –, hier eine gewisse Vorreiterrolle zu übernehmen. Umwelttechnologie aus Nordrhein-Westfalen könnte dann wiederum für den Export gut sein. Dennoch sollten wir uns über die Dimensionen, die wir tatsächlich erreichen können, und über die Kosten/Nutzen-Relation auch aus der Sicht der Menschen in unserem Land einmal tiefergehende Gedanken machen.

Wir hatten unlängst mal so im Vorbeigehen darüber gesprochen, was es für Auswirkungen hätte, wenn die Automobilisierung der Welt aufgrund des neuen Billigautos der Firma Tata in Indien so voranschreiten würde, wie man das unterstellen müsste. Dieses Billigprodukt würde dazu führen, dass der Kraftfahrzeugbestand weltweit in relativ kurzer Zeit, innerhalb von 20 Jahren, auf 2,3 Milliarden Fahrzeuge anstiege. Was aber das

Entscheidende ist: Wenn diese Fahrzeugtechnologie, über die Tata jetzt verfügt, angewandt würde, würde das den CO₂-Ausstoß für den Verkehrssektor von derzeit 3 Milliarden t CO₂ auf 10 Milliarden t weltweit jährlich steigern. Wir kloppen uns hier um einige Tausend, von mir aus auch zig Tausend Tonnen, aber da ginge es um 10 Milliarden t, die plötzlich zusätzlich in die Atmosphäre gepustet würden.

Ehe wir über ganz weitreichende und ganz kostenträchtige Maßnahmen reden, die den Strompreis in uferlose Höhen treiben und unsere Industrie – beispielsweise die Stahlindustrie, die Zementindustrie, die Aluminiumindustrie – scharenweise aus dem Land Nordrhein-Westfalen vertreiben würden, sollten wir uns einmal überlegen, was wir tatsächlich erreichen können.

(Beifall von der FDP)

Da, muss ich sagen, bin ich noch sehr skeptisch.

Bei der Diskussion über die Kosten des Klimaschutzes können wir nicht einfach davon ausgehen, die Leute hätten das Geld. Für mich ist hochinteressant, dass der verehrte Bundesumweltminister zuerst die Strompreise nach oben jagt, dann über die bösen Konzerne schimpft und am Ende einen Sozialtarif für einkommensschwächere Menschen im Land fordert. So kann man das sicherlich nicht machen.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen also schon prüfen, ob die Proportionen zusammenpassen und was wir als Land wirklich leisten können.

In Ihrer Fragestellung, welche Technologien wir hier denn einsetzen können, vermissem ich etwas; ich habe es Ihnen neulich schon einmal gesagt. Ich sehe diese wirklich furchterregende Entwicklung im Verkehrssektor, und ich sehe, dass wir die größten Schwierigkeiten haben werden, die Chinesen, die Inder, die Indonesier, die Brasilianer auf einen Kurs zu bekommen, wie die Bundeskanzlerin ihn gerne möchte – der muss aber noch verhandelt werden –, dass wir uns auf eine ganz deutliche CO₂-Minderung konzentrieren mit dem Ziel: kein Einwohner weltweit mehr als zwei Tonnen. Wenn wir das wirklich erreichen wollen, dann müssen wir technologische Innovationen zum Einsatz bringen. Das geht nicht mit mechanischen Sachen. Dann müssen wir einen Mobilitätssektor haben, der CO₂-frei ist. Wir bräuchten beispielsweise die Wasserstofftechnologie. Wir müssten uns Gedanken darüber machen, wie wir die Wasserstofftechnologie in Nordrhein-Westfalen entwickeln können.

Wir haben das Know-how, wir haben das Potenzial. Wir müssen es nur tun. Das ist alles ein bisschen in Verruf geraten vor dem Hintergrund: Über Kernkraft redet niemand. – Die einzige Technologie, die möglich ist, um kostengünstig Wasserstoff zu erzeugen und die dann in Brennstoffzellen in dezentralen Energieerzeugungsanlagen oder auch in Kraftfahrzeugen einzusetzen, ist ein Hochtemperaturreaktor. Der muss nicht so groß sein, der muss nicht als Kraftwerk ausgebildet sein, aber er muss einen Wärmetauscher haben, mit dem das möglich ist. Wenn wir uns solcher Technologien verweigern, wenn wir nicht alle Forschungskapazitäten nutzen, dann kann ich nur sagen:

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen;
Wo Eines Platz nimmt, muß das Andre rücken ...“

Das ist nicht von mir, sondern von Schillers Wallenstein zu Piccolomini. Aber das passt an dieser Stelle wunderbar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Von daher meine ich, diese Anfrage hat eine Menge Antworten gebracht, die man als Rohmaterial nutzen kann. Was werden wir aber am Ende tun, auch vor dem Hintergrund – darauf wird die Ministerin sicherlich noch eingehen –, was die EU uns jetzt vorschlägt? Was das für Kostenschübe auslöst, was das für den einzelnen Haushalt bedeutet! Die Leute stöhnen doch jetzt schon darüber. Was werden Sie denn sagen, wenn hinterher ein Vierpersonenhaushalt nicht mehr 100 € pro Monat für Strom bezahlt, sondern 600 €? Das kann doch kein Mensch aufbringen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Also müssen wir da ein bisschen vorsichtig sein. – Bitte sehr.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Der Kollege Priggen würde Ihnen gern seit geraumer Zeit eine Zwischenfrage stellen.

Christian Weisbrich (CDU): Dann soll er das tun.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Weisbrich. Sie haben die Entwicklung bei Tata-Motors richtig geschildert. Eine ähnliche Stückzahl an Autos wird es auch in China geben; das sagt ja auch die chinesische Regierung. Dann müssten wir aber doch zusammen zu folgendem Ergebnis kommen – und das ist meine Frage –: Wenn wir das halbwegs gerecht vertreten wollen, kann die gemeinsame Perspektive doch nur sein, dass wir das Einliterfahrzeug brauchen – egal, mit welchem Treibstoff. Wir müssen runter von den hohen Verbräuchen. Ich kann von den Indern doch nicht verlangen, auf Mobilität zu verzichten, wenn wir nicht gleichzeitig sagen, wir müssen ein gerechtes Level finden, und die technische Perspektive für uns alle muss in etwa das Einliterfahrzeug sein.

Christian Weisbrich (CDU): Kollege Priggen, ich hatte unsere technische Perspektive schon aufgezeigt. Mir ist der Verbrauch eines Einliterautos immer noch zu hoch. Ich möchte ein CO₂-freies Antriebssystem haben. Darüber müssen wir nachdenken. Denn wenn wir CO₂-Ausstoß nicht massiv vermeiden, indem wir eine Technologie, die CO₂-frei ist, einsetzen, dann werden wir diese Ziele nicht schaffen.

Ich sage Ihnen auch noch einmal ganz deutlich: Wir werden mit der Strategie des Ausstiegs aus der Kernenergie unsere klimapolitischen Ziele in Europa und in Deutschland nicht erreichen. Es ist in der Kürze der Zeit völlig ausgeschlossen, mit erneuerbaren Energien das zu ersetzen, was wir eigentlich haben wollen.

Sinnigerweise sieht die EU europaweit einen Kernkraftanteil von 30 % in der Stromerzeugung vor. Nur wir machen uns Gedanken darüber, dass wir aussteigen sollten, während die Finnen, die Schweden, die Niederländer und die Engländer jetzt plötzlich anfangen, über neue Kernkraftwerke nachzudenken. Ich sage ja nicht, dass das dieselben sein müssen, die wir jetzt haben. Wir brauchen neue Technologien, wir brauchen inhärent sichere Systeme. Wir müssen die Entsorgungsfrage endlich einmal klären. Aber wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen und wenn wir den Menschen im Lande sagen: „Das ist unser zentrales Problem“, dann, meine ich, müssen wir auch ergebnisoffen darüber nachdenken und einen Diskurs darüber führen, wie wir das gemeinsam schaffen können. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Als nächster Redner

hat für die Fraktion der SPD der Kollege Römer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Monaten – das ist ja schon zur Sprache gekommen – immer wieder über Klimaschutz debattiert. Die Anlässe dafür waren unterschiedlich. Ich hatte gehofft, dass auch bei den Regierungsfractionen angekommen wäre, wie wichtig dieses Thema ist, wie wichtig es vor allen Dingen ist, nach vorne zu diskutieren. Herr Weisbrich, es macht keinen Sinn, immer wieder die gleiche Platte aufzulegen und sich nur auf Kernenergie zu konzentrieren. Damit kommen wir überhaupt nicht weiter.

Die SPD-Fraktion hat zum Klimaschutz verschiedene Anträge eingebracht, die folgende zentrale Aussagen enthielten:

Klimaveränderungen wirken in den verschiedensten Lebensbereichen. Klimaschutzpolitik ist deshalb ein Querschnittsthema. Weil dies so ist, haben SPD-geführte Landesregierungen sehr früh damit begonnen, Klimaschutz als Querschnittsthema aufzunehmen und zu behandeln.

Ich erinnere daran: Nordrhein-Westfalen war das erste Land, das in Klimaschutzberichten die Beiträge der verschiedenen Politikbereiche dargestellt und die Handlungsoptionen bewertet hat. Die letzte Fortschreibung des Klimaberichts Nordrhein-Westfalen stammt vom März 2005.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bisher die bis 2005 erfolgreiche Klimaschutzpolitik nicht fortgesetzt. Klimaschutz findet im Regierungshandeln nicht statt. Gerade die Regierung des Energielandes Nordrhein-Westfalen ist aber in der Pflicht, das Thema Energie und Klimapolitik mit einem geschlossenen Konzept nach vorne zu bringen. Eine Große Anfrage bietet dabei eine Chance, eine Chance, die man sich als Regierung üblicherweise nicht nehmen lässt, denn jede gute Landesregierung kann mit ihrer Antwort zwei politische Ziele erreichen: Erstens. Sie kann dokumentieren, dass sie die Datenlage im Land kennt. Zweitens. Sie kann bei der Antwort die eigenen politischen Ziele in den Vordergrund stellen.

Ich muss hinzufügen: Auch wenn sich Kollege Priggen gerade aus Höflichkeit für die Antwort bedankt hat, muss ich sagen: Die Antwort der Landesregierung ist in diesen Punkten enttäuschend.

(Beifall von der SPD)

Erstens. Sozialdemokratische Landesregierungen hatten die tatsächlichen Treibhausgasemissionen

in Nordrhein-Westfalen im Fünfjahresrhythmus – 1990, 1995 und 2000 – erhoben. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat diese wichtige Datenerfassung seit 2005 nicht fortgesetzt. Auch 2008 liegen zur Entwicklung aller Treibhausgasemissionen die letzten Daten aus dem Jahre 2000 vor. Die schwarz-gelbe Landesregierung kennt die CO₂-Emissionen Nordrhein-Westfalens nicht. Die Landesregierung befindet sich damit im klimapolitischen Blindflug.

Zweitens. Die Antwort belegt auch die Orientierungslosigkeit der schwarz-gelben Landesregierung. Die Antwort auf die Anfrage nennt keine Ziele: keine Ziele für CO₂-Minderung, keine Ziele für die Kraft-Wärme-Kopplung und keine Ziele für die Biomassenutzung. Damit bleibt die schwarz-gelbe Landesregierung weit hinter den engagierten Zielen des Bundesumweltministers zurück. Und damit fällt die Regierung Rüttgers auch der Bundeskanzlerin in den Rücken.

Ergebnis: Die Landesregierung wird der klimapolitischen Verantwortung – der Kollege Priggen hat völlig recht – für das Energieland Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Das kann zwei Gründe haben: Die Differenzen zwischen Herrn Pinkwart, Frau Thoben und Herr Uhlenberg sind offensichtlich so unüberbrückbar, dass der Ministerpräsident die Landesregierung nicht auf einen gemeinsamen klimapolitischen Kurs bringen kann. Oder: Für die Landesregierung des Energielandes Nummer eins sind der Klimaschutz und die damit verbundenen Chancen für Nordrhein-Westfalen einfach kein Thema.

Die typische Rüttgers-Vorgehensweise konnten wir ja nach der Neujahrspressekonferenz sehen. Versäumnisse bei der Lösung der Zukunftsaufgaben sollen durch Symbolpolitik kaschiert werden. Mit der Einführung einer Ökoabgabe auf Dienstfahrten soll von der destruktiven Politik beim öffentlichen Personennahverkehr, bei den erneuerbaren Energien, bei der Kraftwerkserneuerung und im gesamten Klimaschutz abgelenkt werden. Das werden die Menschen Ihnen nicht durchgehen lassen, Frau Thoben, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Die Regierung ist in der Verantwortung, auf die Frage des Klimaschutzes konkrete Antworten zu liefern. Die Landesregierung muss sagen, wohin sie will.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Will sie die Menschen in die Zukunft mitnehmen, oder will sie den Menschen die Konzepte der Vergangenheit verkaufen, wie das gerade bei dem Kollegen Weisbrich durchgeklungen ist?

Der anstehende Regierungswechsel, Frau Thoben, meine Damen und Herren, in Hessen ist auch eine energiepolitische Richtungsentscheidung. Diese Richtungsentscheidung macht offensichtlich auch einige außerhalb Hessens nervös. Sie scheinen zu fürchten, dass sich die Menschen für die energiepolitische Zukunft und gegen die energiepolitische Vergangenheit entscheiden. Dabei – das will ich ausdrücklich herausstellen – hat sich die Position der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht verändert. Diese Position haben alle SPD-Ministerpräsidenten seit Johannes Rau aus guten Gründen vertreten. Sie baut auf zwei Pfeilern auf: Erstens. Wir sind aus guten Gründen aus der Atomenergie ausgestiegen. Und das gilt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Fehler!)

Zweitens. Wir wollen unsere heimischen Energien stärken und so effizient wie möglich nutzen. Deshalb setzen wir uns ehrgeizige Ziele bei den erneuerbaren Energien. Deshalb setzen wir weiter auf unsere Braunkohle und, Frau Thoben, auch auf unsere Steinkohle. Deshalb sind wir für neue Kraftwerke im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung und gegen den Betrieb alter Kraftwerke, die nur den Profit auf Kosten des Klimaschutzes maximieren. Deshalb haben wir das Kraftwerkserneuerungsprogramm als Bedingung für die Ausbeutung des Tagebaus Garzweiler II fixiert. Und deshalb – ich wiederhole das auch hier – müssen die alten Blöcke in Frimmersdorf jetzt endgültig abgeschaltet werden. Sie sollten sich dafür einsetzen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, an einer zentralen Stelle unterscheiden wir uns von der neoliberalen Koalition: Die SPD hat früh verstanden, dass es falsch und sinnlos ist, Umwelt und Arbeit gegeneinander ausspielen zu wollen. Umwelt und Arbeit gehören zusammen. Und: Wir schaffen unsere Klimaschutzziele – auch die ehrgeizigen – ohne Deindustrialisierung. Das ist im integrierten Klima- und Energieprogramm der Bundesregierung für Deutschland vorgerechnet. Das gilt für Hessen und für Nordrhein-Westfalen gleichermaßen. Wir schaffen den Atomausstieg, wir schaffen einen kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien, wir schaffen unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele auch mit einer effizienteren Kohleverstromung. Wir müssen allerdings weiter daran arbeiten, meine Damen und Herren, die richtigen Konzepte zu wählen. Das gilt übrigens auch für den Emissionshandel. Hierzu hat die EU-Kommission jetzt ihren Entwurf für die dritte Handelsperiode vorgelegt.

Es ist und bleibt richtig, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb keine Sonderlasten tragen kann. Das muss auch langfristig so bleiben. Hier braucht die energieintensive Industrie heute Planungssicherheit und nicht erst im Jahre 2010.

Es ist richtig, dass in der Energiewirtschaft voll versteigert werden soll. Dabei kommt es allerdings auf die konkrete Ausgestaltung an. Ich will nur zwei Punkte nennen, um die sich die Landesregierung kümmern muss:

Erstens. Wir müssen beachten, dass die Preise für neue Kraftwerke in den letzten Jahren dramatisch angestiegen sind. Wir müssen also sicherstellen, dass neue Kraftwerke trotzdem wirtschaftlicher sind als der klimaschädliche Weiterbetrieb von Uraltblöcken. Wir müssen erreichen, dass neue hocheffiziente Kraftwerke durch den Emissionshandel einen weiteren Schub bekommen. Dabei ist es egal, wie wir echte Wettbewerbsvorteile für moderne Kraftwerke erreichen: ob durch direkte Zuschüsse, durch kostenlose Zertifikate für einige Anfangsjahre oder durch eine umfangreiche KWK-Förderung.

Zweitens. Die Zertifikaterlöse müssen unmittelbar in Klimaschutzprojekte zurückfließen, zum Beispiel für mehr Energieeffizienz, für Kraft-Wärme-Kopplung oder für produktionsintegrierten Umweltschutz. Dabei müssen Zertifikate, die in Nordrhein-Westfalen bezahlt werden, auch Klimaschutzinvestitionen in Nordrhein-Westfalen auslösen und nicht in Rumänien oder anderswo.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Die Landesregierung wird ihrer Verantwortung beim wichtigen Klimaschutz nicht gerecht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Sie verspielt damit enorme Zukunftschancen. Wir dagegen wollen den Klimaschutz als Motor für Fortschritt bei Innovation und bei Effizienz in Forschung, in Entwicklung, in Produktion und in Dienstleistung haben. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen! Wenn wir eine derart isolierte Betrachtung, wie es die Grünen gerne hätten, vornehmen würden, drohte uns ein gewaltiger Realitätsverlust durch eine Verweigerungshaltung, die all das nicht wahrnehmen möchte, was um uns herum passiert.

Deshalb bin ich der EU-Kommission sehr dankbar, dass sie gestern in Brüssel sozusagen die „Hosen heruntergelassen“ und endlich die Kosten für den Klimaschutz offengelegt hat. Wir hatten schon lange darauf gewartet, dass die Bundesregierung uns das mitteilt.

Meine Damen und Herren, im Durchschnitt muss jeder EU-Bürger für den Klimaschutz pro Woche 3 € – das sind im Jahr mehr als 150 € – aufbringen. Dabei wird dann leider auch die deutsche Vorreiterrolle wieder zum Problemfall. Die deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz wird sich überproportional im Geldbeutel der Bundesbürger bemerkbar machen, da wir ja einen größeren Anteil erbringen wollen.

Interessant ist auch, dass die Franzosen durchgesetzt haben, dass die klimafreundliche Kernenergie stärker als zunächst geplant ökologisch angerechnet wird. Da zeigt sich mal wieder, wie weit wir es mit unserer Vorreiterrolle gebracht haben.

Von daher kann es niemanden wundern, dass die SPD mit immer neuen gesellschaftspolitischen Debatten von ihrem eigenen Versagen ablenken möchte. Die tektonischen Verschiebungen im sozialdemokratischen Rollenspiel von Staat und Privatwirtschaft sind bezeichnend für die Konfusion in Ihren Reihen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Während der Staat zukünftig die Löhne festlegen wird – so wie beim Postmindestlohn –, wird die Sozialpolitik privatisiert. Wie anders ist es zu verstehen, wenn Herr Gabriel von den Energieversorgern einen Sozialtarif einfordert und dies mit den seit dem Jahr 2000 gestiegenen jährlichen Energiekosten eines Dreipersonenhaushalts von 1.300 auf 2.200 € begründet? Ich frage mich wirklich: Wer hat die explodierenden Steuer- und Abgabebelastungen seit dem Jahr 2000 eigentlich zu verantworten? 40 % des Strompreises sind Steuern und Abgaben. Beim Benzin sind es 60 %. Ist es nicht widersprüchlich, wenn Gabriel darauf verweist, dass für Geringverdiener eine maßgeblich von seiner eigenen Partei zu verantwortende Steigerung der monatlichen Energiekosten um 75 € – Zitat – „weiß Gott nicht egal ist“, und er

später die Kosten für die Bürger beim Klimaschutz als verträgliche Zusatzbelastung bezeichnet?

Aber zurück zum Jahr 2000 und zu dem Beschluss zum Ausstieg aus der klimafreundlichen Kernenergie! Der politische Wille der damaligen rot-grünen Bundesregierung erlaubt unserer Volkswirtschaft nur noch eine zeitlich befristete Nutzung dieser Technologie zur CO₂-freien Stromerzeugung. Wie falsch diese Entscheidung war, zeigt sich daran, dass sich sowohl Werner Müller, der seinerzeit als Bundeswirtschaftsminister den Ausstieg managen musste, als auch sein Nachfolger Wolfgang Clement mittlerweile von diesem Beschluss distanzieren und die SPD zu einer Umkehr aus der ideologischen Sackgasse auffordern. Diese Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Sie so schnell nicht los, auch wenn Sie Wolfgang Clement jetzt als Energielobbyisten bezeichnen.

Um der Heuchelei den Boden zu entziehen, muss man gar nicht auf Gerhard Schröder und seine Beziehungen zu Gazprom verweisen. Nein, es reicht völlig aus, einen Blick auf die großen Versorger unseres Landes zu werfen.

Herr Römer, wenn Sie alle Energielobbyisten aus Ihren Kreisen bzw. den Gewerkschaften so verunglimpfen würden wie Wolfgang Clement, würden Sie auf diesem Politikfeld kaum noch stattfinden.

Aber auch die Grünen haben ihre Unschuld längst verloren. Ich will gar nicht auf Frau Röstel und Herrn Schlauch eingehen. Nein! Schauen wir nur einmal, wie leidenschaftlich der ehemalige Sprecher der grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen Herr Hogrefe in seiner Funktion als Generalbevollmächtigter des Energiekonzerns EnBW mittlerweile für die Zukunft der klimafreundlichen Kernenergie in Deutschland streitet.

All diesen Personen ist gemein, dass sie mit ein wenig Distanz zur Politik entweder das aussprechen, was sie immer schon für richtig hielten, oder die Realitäten mittlerweile anerkennen und sich umso mehr für notwendige Weichenstellungen einsetzen. Diese Meinungen schlicht zu ignorieren und ihre einstigen Mitstreiter zu verbannen, ist lediglich ein Ausdruck Ihrer verkümmerten innerparteilichen Debattenkultur.

Meine Damen und Herren, wenn Sie so weitermachen, werden Sie auch in Zukunft Ihrem ideologischen Mikrokosmos kaum noch entweichen können. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe viel Verständnis dafür, dass, wenn man nicht regiert, man durch die Fülle der Anfragen den Eindruck erweckt, als würde die Regierung pennen.

Herr Priggen, ich habe sehr gut zugehört, was Sie vorgetragen haben. Sie haben zum Beispiel gesagt – ich hoffe, ich habe es richtig mitgeschrieben –: Die riesige Aufgabe, die im Klimaschutz besteht ... Und: Da lassen sich die Antworten offensichtlich nicht aus dem Ärmel schütteln.

Ist Ihnen bewusst, dass es allein bis zum Ende des letzten Jahres 14 neue Gesetzgebungsvorhaben auf Bundesebene gab? Ist Ihnen bewusst, dass wir in einem Umfang Detailberatungen mit allen Beteiligten führen – Herr Römer weiß das bestimmt auch –, wobei wir versuchen, obwohl wir eine spezifische Energieversorgungsstruktur haben, mit ganz ehrgeizigen Klimaschutzzielen zurechtzukommen?

Wenn ich Ihre Landesvorsitzende richtig verstanden habe, Herr Priggen, dann hat sie gesagt: Sie als Grüne würden etwas ganz Ehrgeiziges vorlegen, und zwar ein Konzept, bei dem man auf Kernenergie und fossile Brennstoffe einschließlich Gas verzichten möchte. Mir ist das Szenario, vor allen Dingen der Zeitraum, in dem Sie das erreichen wollen, schleierhaft. Vielleicht können Sie das aufklären.

Wir bleiben bei ehrgeizigen, aber realistischen Zielen. Und das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

In der Einleitung Ihrer Großen Anfrage fordern Sie zum wiederholten Male, dass wir endlich überkommen müssen. – Wir stellen uns dieser Verantwortung. In der Antwort auf die zahlreichen Fragen zu insgesamt 18 Themenfeldern zum Beispiel aus dem Bereich Energieerzeugung, Bergbau, Industrie, Verkehr, private Haushalte, Emissionshandel haben wir deutlich gemacht, dass die Landesregierung zukunftsfähigen Klimaschutz unterstützt.

Wir sind aber überzeugt – wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihnen –, dass es auch hier um Augenmaß bei den zu ergreifenden Maßnahmen geht. Sie müssen nachhaltig wirken, und sie müssen in einem Zeitraum verabredet werden, den

man für realistisch hält, weil gerade fundamentale Anpassungen Zeit brauchen.

Übrigens verlangt eine solche Verabredung nach unserer Einschätzung – ich hoffe, da sind wir wieder einig –, dass sich das Ganze in einem internationalen, europäischen und nationalen Rahmen wiederfindet.

Und wir müssen schließlich in unsere Antworten einbeziehen – und das ist der schwierigste Teil, das gebe ich zu –, dass es auch strukturelle Besonderheiten des Landes gibt.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat im März 2007 anspruchsvolle Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz gesetzt. Eine Reduktion um mindestens 20 % bis 2020 wurde beschlossen. Unter der Voraussetzung, dass andere Industrieländer vergleichbare Anstrengungen unternehmen und auch Schwellenländer einen angemessenen Beitrag leisten, will die Europäische Union die Emission der Treibhausgase um 30 % senken.

Weiterhin soll die Energieeffizienz um 20 % steigen, der Anteil der erneuerbaren Energien ebenfalls auf 20 % angehoben werden und für Biokraftstoffe soll bis 2020 ein verbindliches Ziel von 10 % gelten.

Mit dem gestern vorgelegten zweiten Energiepaket will die Kommission die Umsetzung dieser anspruchsvollen Ziele sicherstellen. Ab 2013 soll die Energiewirtschaft die benötigten CO₂-Zertifikate zu 100 % ersteigern. Die bis 2012 kostenlose Zuteilung für die Industrie soll jährlich in Stufen reduziert und zuletzt ganz abgeschafft werden. Damit zeichnen sich weitere erhebliche Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher ab.

Diese Regelung werden wir daher im Einzelnen kritisch prüfen und uns gegenüber der Europäischen Kommission und der Bundesregierung positionieren.

Wenn selbst Herr Barroso – ich zitiere wörtlich – sagt:

„Es hat keinen Sinn, dass Europa streng ist, wenn das bloß die Verlagerung der Produktion in Länder bedeutet, in denen Emissionen unbegrenzt erlaubt sind.“

Ja, das heißt etwas Konkretes. Wir debattieren da nicht nur über mögliche Lohnkostenunterschiede wie im Fall Nokia, wenn sich einer davon stiehlt, sondern wir debattieren auch darüber, ob wir mit unseren Rahmenbedingungen zusätzliche Industriearbeitsplätze aus unserem Land vertreiben.

Dann nehmen wir das Beispiel der Weltklimakonferenz. Der Versuch der Europäischen Union, in den Bali-Action-Plan für die Industrieländer explizit einen Minderungskorridor von 25 % bis 40 % gegenüber 1990 aufzunehmen, scheiterte zwar am Widerstand der USA; allerdings haben sich einige Länder, die noch nicht mitmachen, verpflichtet, Verhandlungen über messbare Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung aufzunehmen.

Auf nationaler Ebene legte die Bundesregierung am 5. Dezember zum Auftakt der Vertragsstaatenkonferenz den ersten Teil eines umfassenden Energie- und Klimaprogramms vor. Nochmals, Herr Priggen: Mit 14 Gesetzen und Verordnungen wurden weltweit Maßstäbe gesetzt. Ein zweites kleineres Paket mit weiteren Rechtssetzungsvorhaben soll am 21. Mai 2008 folgen.

Die Landesregierung unterstützt die Bundesregierung auf ihrem Wege, ihre sehr ambitionierten europäischen und internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir haben bereits vier Bausteine vorgelegt. Und wir werden in diesem Frühjahr ein umfassendes Klima- und Energieprogramm für das Land erarbeiten – das möchten Sie nicht gerne hören, denn Sie fordern immer ein umfassendes Konzept, und dann picken Sie sich einen Aspekt heraus und sagen: In dem einen Aspekt steht aber leider nicht alles drin –, mit dem wir die nationalen Maßnahmen, zu denen wir uns einlassen, durch etwas ergänzen werden, was wir auf Landesseite tun können.

Aber wir müssen und werden – auch wenn es Sie stört – die Gegebenheiten des Landes berücksichtigen. Ich will die Gegebenheiten gerne noch einmal umreißen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das stört uns überhaupt nicht!)

– Ja, aber warum redet denn Herr Römer so einen Unsinn? Er sagt, die alte Landesregierung hat ein Kraftwerkserneuerungsprogramm auf den Weg gebracht, das ein Abschalten alter Anlagen nicht enthielt,

(Svenja Schulze [SPD]: Er sagt keinen Unsinn!)

und jetzt stellt er sich hier hin und fordert: Nun machen Sie mal endlich. – Das ist doch unehrlich.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt.

Es gibt keine Verabredung.

(Svenja Schulze [SPD]: 94er-Vereinbarung!)

– Bitte?

(Svenja Schulze [SPD]: Was ist denn mit der 94er-Vereinbarung? Gilt die nicht mehr?)

– Fragen Sie doch mal die Energieversorgungsunternehmen, welche Rahmenbedingungen sich seit damals verändert haben und wie man mit diesen veränderten Rahmenbedingungen umgehen muss.

(Norbert Römer [SPD]: Sie wollen also, dass die Uraltblöcke weiterhin laufen?)

– Ich will sie abgeschaltet wissen. Wir haben darauf gedrängt, dass der Plan, der überhaupt nicht rechtsverbindlich war, jetzt von uns verstärkt eingefordert wird. Denn ich sehe das Problem ebenso wie Sie. Aber tun Sie nicht so, als ob wir pennern würden! Das ist doch nicht wahr!

(Norbert Römer [SPD]: Sie sind aber dünnhäutig!)

Nordrhein-Westfalen ist aus unserer Wahrnehmung die bedeutendste Energieregion, sowohl was die Erzeugung als auch den Verbrauch angeht. Wir haben Anbieter aller Technologien hier im Land, und wir nutzen diese auch. Das ist ein Stück Stärke, und diese wollen wir nutzen.

Es ist aber nicht so, als ob unser Land nicht von den aufstrebenden Ländern, die einen größeren Energiehunger haben als wir, bereits jetzt erheblich profitieren würde. Ich habe vorgetragen, in welchem Umfang wir gerade in diesem Feld Auftragsgänge aus dem Ausland bekommen. Das sichert Arbeitsplätze hier. Wir wollen mehr und nicht weniger Aktivitäten auf diesem Feld. Deshalb unternehmen wir zusätzliche Anstrengungen zum Beispiel in Australien, um dort die Märkte, die sich jetzt ergeben, für unsere Unternehmen zu öffnen. Ich glaube, dass das richtig ist.

Wir wollen unser Know-how gezielt nutzen, um den Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen voranzubringen und unsere weltweite Führungsposition bei der Entwicklung und Vermarktung von Energie- und Klimaschutztechnologie auszubauen; das werden Sie im Klimaschutzprogramm wiederfinden.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur Vorlage der Kommission machen. – Sie müssen wissen, dass diese Vorlage zwei Elemente enthält, die uns nach bisheriger Bewertung sehr wehtun werden. Und ich bin sehr gespannt, ob Sie uns helfen werden, diese beiden Elemente anders zu gestalten, damit sie uns nicht so wehtun.

Das ist zum einen die Berücksichtigung von Prozesswärme. Wir eröffnen am Montag das modernste Stahlwerk mit dem modernsten Hochofen der Welt. Es erfüllt die strengsten Klimaschutzanforderungen und setzt damit weltweit eine Benchmark. Wenn die Kommission bei ihrer jetzigen Vorgabe bleibt, dass sie die endgültigen Regelungen darüber, was sie im Bereich der Prozessenergie anerkennt, erst 2010 festlegt, dann werden die nächsten Hochöfen nicht mehr hier, sondern woanders gebaut. Wollen Sie das? – Dann helfen Sie uns, wenn Sie es nicht wollen.

(Norbert Römer [SPD]: Das habe ich gerade gesagt, Frau Thoben! Sie müssen mir zuhören!)

Zum anderen will die Kommission begrenzen – das halte ich fast für noch schlimmer –, dass man durch CO₂-Reduzierung und Finanzierung von Projekten im Ausland einen Teil dessen erfüllen kann, was man hier macht. Da geht um die sehr zentrale ökonomische Frage: Reduzieren wir den CO₂-Ausstoß da, wo es mit dem geringsten Aufwand möglich ist, oder verhalten wir uns so, dass wir hier am Standort Industriearbeitsplätze kaputtmachen? – Ich bin dafür, dass wir dieses neue Instrument in Zukunft eher mehr nutzen. Das eröffnet zugleich Exportchancen. Denn die Lösung in den Ländern wird wahrscheinlich mit unseren Technologien gut gelingen; ich setze darauf. Also, seien Sie nicht beruhigt, aber vielleicht gespannt auf die Vorlage.

Je kleinräumiger Sie gerade den Klimaschutz betrachten – das muss ich hier wiederholen –, desto früher haben Sie irgendwann ein CO₂-freies Dorf. Dann sichern Sie aber nicht unseren Standort, von dem aus wir zum Beispiel ziemlich viel Strom exportieren; andere Elemente wie beispielsweise die Kraft-Wärme-Kopplung behandeln wir gleich bei einem anderen Tagesordnungspunkt. Dann müssen Sie sagen, ob Sie all das nicht mehr wollen. Sagen Sie, dass Nordrhein-Westfalen für sich ganz alleine dastehen und weder Export noch Import betreiben soll? Wollen Sie das alles mit Windmühlen schaffen? – Das reicht nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Als nächste Rednerin hat nun die Kollegin Wiegand für die Fraktion der SPD das Wort.

Stefanie Wiegand (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brockes, ich frage mich: Sieht die FDP die Chan-

cen nicht, oder hatten Sie das Skript vom falschen Tagesordnungspunkt vorliegen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Keine Sorge!)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, aus umweltpolitischer Sicht kann ich hier nur wiederholen, was der Vorredner meiner Fraktion, Norbert Römer, bereits gesagt hat: Die Beantwortung der Großen Anfrage macht deutlich, dass die aktuelle Landesregierung die Datenlage nicht kennt und keine Konzepte hat.

Nur ein Beispiel: In meinem Nachbarwahlkreis betreibt die Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH, EGW, seit November 2004 eine Vergärungsanlage in Gescher/Nordvelen. Die Anlage setzt jährlich 15.000 t Biomasse um. In der Antwort auf Frage 11 unter Punkt X, Biomasse, fehlt diese Anlage komplett. Also: Die Landesregierung kennt das Land nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zur Bedeutung der Biomassenutzung sind die Fakten aber bekannt: Mit Biogas kann man Strom produzieren – das ist gut. Mit Biogas kann man Strom und Wärme produzieren – das ist besser. Diese Form der Kaskadennutzung nutzt den Energiegehalt der Biomasse optimal aus. Hierzu antwortet die Landesregierung allgemein, dass sie sehr wichtig ist. Sie verliert allerdings kein Wort dazu, wie diese auch praktisch erreicht werden kann.

Die Praxis kann ich bei mir im Wahlkreis beobachten. – Im ländlichen Raum Borken gibt es viele Biomasseanlagen; ständig kommen neue dazu.

(Christian Weisbrich [CDU]: Und wie viel Strom machen die?)

Wo stehen diese Anlagen schon? Wo werden gerade neue gebaut? – Die Anlagen stehen mitten auf dem freien Feld, also weit weg von jeder Chance, die Wärme zu nutzen. Also nichts mit Kaskadennutzung von Biomasse! Nichts mit hoher Wertschöpfung und hoher energetischer Effizienz!

Dies kann man entweder bedauernd zur Kenntnis nehmen, oder man kann aktiv handeln. Das muss eine Landesregierung entscheiden.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Gelingt es, Anreize für mehr Kaskadennutzung zu setzen? Brauchen die Landwirte die Unterstützung, um die energetische Nutzung und die stoffliche Nutzung der Biomasse weiter zu optimieren?

Was macht eine Biomassestrategie aus, die ihrem Namen auch gerecht wird?

Hierbei versagt die schwarz-gelbe Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Mit ihrem Dogma „Privat vor Staat“ sind staatliche Leitplanken nicht vereinbar, auch wenn sie den Landwirten und der Region helfen würden. Die Tatenlosigkeit schadet vor Ort. Auch hierfür gilt, was Herr Römer bereits ausgeführt hat: kein Konzept, keine Anreizprogramme, keine Unterstützung der Energiewirtschaft in puncto Klimaschutz durch Biomasse!

Als Vertreterin des ländlichen Raumes möchte ich Sie daran erinnern, dass gerade im ländlichen Raum ein riesiges Potenzial für Klimaschutzmaßnahmen vorhanden ist. Dabei sind die Startchancen gut. Innovative Ansätze in Sachen Biomasseanlagen gibt es von kleinen, aber feinen mittelständischen Unternehmen auch in meinem Wahlkreis. Aber auch hierbei gilt: Fehlanzeige in Sachen Unterstützung bzw. Anschubfinanzierung für den Zusammenschluss von mehreren Anlagen oder für Kaskadennutzung. Das ist nicht vorhanden und auch nicht in der Planung. Hierfür fehlen durchdachte und vor allem überregionale Konzepte.

Sehr geehrte Frau Thoben – Herr Uhlenberg ist jetzt leider weg –, setzen Sie sich bitte mit ihm zusammen, beenden Sie das Ressortgezänk um die Zuständigkeit für die erneuerbaren Energien und raufen Sie sich zu einer gemeinsamen Strategie zusammen!

(Beifall von der SPD)

Erkennen und fördern Sie endlich das Potenzial der Biomassenutzung! Der ländliche Raum wird es Ihnen danken. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Wiegand. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht die alten Schlachten schlagen, bei denen man unterschiedliche Sichtweisen zum Problemkreis CO₂ hat. Gemeinsam ist uns allen in diesem Raum, dass wir die Technologieführerschaft Nordrhein-Westfalens ausbauen wollen. Dazu müssen wir auch unsere Forschung ausbauen.

Das Großforschungszentrum Jülich in der Helmholtz-Gemeinschaft ist eine Institution in NRW, die wir meiner Ansicht nach noch viel mehr nutzen müssen. Die Damen und Herren erforschen die Tropopause, die Grenzschicht von Stratosphäre und Troposphäre, weil man dort wohl berechtigt vermutet, dass ganz erhebliche Steuerungsprozesse für den Strahlungshaushalt stattfinden. Deswegen: Ja zur Forschung hier!

Meine Damen und Herren, wir können uns über fossile Energieträger usw. unterhalten. Tatsache ist: Sie sind endlich; Steigerung der Energieeffizienz tut Not!

Wenn wir über das Auto reden, können wir über verbrennungsbedingte Einsparungen unheimlich lange reden, aber seien Sie sich doch bitte eines Aspektes bewusst – so hat es mir die Forschungsanlage in Jülich mehrfach dargestellt –: Mehr als ein Drittel – andere sagen: bis zur Hälfte – der Energieproduktion unserer Autos ist letztlich für die Stromversorgung der Autos da, also für unseren Komfort: für Heckscheibenheizung, Klimaanlage, alle möglichen Elektromotoren, Sitzheizung usw. Wenn wir bereit sind, hierbei Abstriche zu machen, haben wir wesentlich mehr geschafft als es durch Fahr- und Geschwindigkeitsbegrenzungen möglich wäre.

Meine Damen und Herren, zur Kernkraft ist vieles gesagt worden. Mich hat Folgendes beeindruckt: Bei einer Ausschussreise nach Zentralchina erzählte uns die dortige Volkskammer mit einer großen Souveränität, dass 17 – 17! – Kernkraftwerke im Bau seien. Die Konsulin sagt ganz locker dazu: Und die verwirklichen das Schritt für Schritt.

Das heißt: Wenn wir uns aus dieser Technik verabschieden und wenn es bei uns insoweit zu einem Fadenriss kommt, ist das ausgesprochen problematisch und die Welt geht an uns vorbei. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass wir in Aachen und Jülich wieder drei Lehrstühle für Kernkrafttechnik haben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir müssen zumindest Leute haben, die weiter denken und die im schlechtesten Fall den Schalter verantwortlich auf „Aus“ stellen können. Aber ich hoffe, dass wir keinen Fadenriss haben, sondern dass auch die Kerntechnik Zukunft ist. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Ich schließe die Beratungen und stelle fest, dass damit die **Große Anfrage 15** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **erledigt** ist.

Wir kommen nun zu:

7 Klimaschutz konkret: Potenziale von Energieeinsparung und - effizienz erschließen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4234

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/5995

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass der Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt. Diese Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie liegen Ihnen nunmehr vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dieser und der nächste Tagesordnungspunkt bilden noch zwei Facetten der Debatte ab, bei denen es um konkrete Bereiche geht.

Deswegen einleitend eine Erwiderung auf Ihre Ausführungen, Frau Thoben: Ich habe gesagt, das sei eine riesige Aufgabe. Damit wollte ich Folgendes ansprechen: Das ist tatsächlich eine Titanenaufgabe, weil so viele Bereiche abzudecken sind. Eine 80%ige, globale CO₂-Reduzierung bis zur Mitte des Jahrhunderts ist eine Aufgabe, die sich so noch nie gestellt hat. Das und auch die 40 % der Bundesregierung bis 2020 umzusetzen, ist eine Aufgabe, die uns in vielen Bereichen, wie beispielsweise in der Gebäudewirtschaft, beim Verkehr oder bei der Kraftwerkstechnik fordern wird. Das ist unstrittig.

Sie sagten, die Antwort lasse sich nicht aus dem Ärmel schütteln. Das ist natürlich völlig unstrittig.

(Ministerin Christa Thoben: Das habe ich nicht gesagt; das haben Sie selbst gesagt!)

– Die Antwort lässt sich nicht aus dem Ärmel schütteln, um das ganz klar zu sagen. Dann wäre ich falsch verstanden worden. Es muss einen mühsamen, harten Arbeitsprozess an vielen Stellen und in vielen Bereichen geben – auch im Diskurs mit dem Parlament.

(Zustimmung von Ministerin Christa Thoben)

Meine Klage ist, dass wir da warten, warten, warten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Diskussion läuft; sie läuft sehr engagiert. Wir hören immer wieder, demnächst komme etwas. Ich habe eben eine neue Vokabel gehört. Sie haben gesagt, Sie würden „im Frühjahr erarbeiten“. In den letzte Woche hörte sich das so an: Es werde vorgelegt.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

– Ja, passen Sie auf. Ich will nur sagen: Wir als Opposition sind misstrauisch. Ich weiß, dass das völlig zu Unrecht geschieht, denn wir sollten wie Herr Weisbrich auf Ihre Arbeit vertrauen.

(Heiterkeit von GRÜNEN, SPD und Ministerin Christa Thoben)

Wir haben gehört, uns würde ein Konzept vorgelegt. Dann haben wir gehört, es gäbe einen Kongress. Es solle erarbeitet werden, nachdem der Kongress getagt habe. Das heißt für mich: Vor Sommer kommt da nichts. Ich habe das für mich so übersetzt, und davon gehe ich aus.

Wir brauchen es; wir brauchen es dringend, denn wir brauchen es für bestimmte Teilfacetten. Ich hätte, ehrlich gesagt, erwartet, dass sich die Regierung des Energielandes Nummer eins und die sie tragenden Fraktionen im Prozess der 14 Gesetzesvorhaben im Bund und anderer Sachen offensiv einschalten und gerade die spezifischen Interessen des Landes so offensiv einbringen, dass wir einen größtmöglichen Benefit erzielen, so wie Sie es an anderen Stellen machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe aber beobachtet, Frau Thoben, dass Sie sich ganz eindeutig für die Automobilindustrie in Süddeutschland eingesetzt haben, für die großvolumigen Autos, die in Bayern – woanders – hergestellt werden. Bei uns in Bochum und Köln wer-

den eher kleinvolumige, spritsparendere Autos hergestellt. In der Richtung lag nicht Ihre Priorität.

Beim Emissionshandel haben Sie sich auch massiv eingesetzt, aber eher zugunsten der Energieversorger, der großen Kraftwerksbetreiber. Wenn ich jetzt höre, dass 2013 im Emissionshandel 100 % versteigert werden sollen, dann habe ich Ihre Ansage so verstanden, dass auch die 100%-Versteigerung von Ihnen unter Umständen kritisch gesehen wird.

(Zuruf)

– Bei den Kraftwerken nicht? – Gut, dann ist das zumindest klar.

Ich will aber noch auf das eingehen, was mit dem vorliegenden Antrag angesprochen werden soll: Wir haben einen Antrag zur Frage der Potenziale von Energieeinsparungen und Energieeffizienz gestellt. Dieser Bereich müsste eigentlich unumstritten sein.

(Ministerin Christa Thoben: Ja!)

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich Licht: Wenn ich Licht haben will, will ich nicht wie bei einer normalen Glühbirne 80, 90 % Wärme haben, sondern nur Licht. Also müsste man sich doch darüber verständigen können, dass wir Schritt für Schritt dahin kommen, den Leuten das zu geben, was sie haben wollen, und ihnen nicht mit hoher Energieverschwendung ein anderes Produkt zur Verfügung zu stellen.

Das heißt aber, um es klar zu sagen: Wir müssen an den Stellen auch über ein ordnungsrechtliches Instrumentarium diskutieren. Energiesparen erreichen Sie nicht mit Ihrer guten Energieagentur, auch wenn Sie sie stützen und halten; Sie tragen Sie ja immer – zu Recht – als Beispiel vor sich her. Allein damit funktioniert es aber nicht. Wir können die Leute ohne Ende missionieren, aber an bestimmten Stellen muss das Parlament über ordnungsrechtliche Instrumentarien nachdenken.

Ich habe die Glühbirne deswegen als Beispiel genommen, weil die Australier es vorgemacht haben. Wir in NRW können das natürlich nicht allein bewerkstelligen. Aber die Leute sollen das Produkt bekommen, das sie haben wollen – Licht –, und immer dann, wenn sie es wollen. Wir entwickeln einen Technologieabfolgeschub – zeitlich gesehen – mit entsprechenden Vorgaben: Ab einer bestimmten Zeit gibt es klare Anforderungen und Regelungen, sodass ineffiziente Anlagen herausgenommen werden müssen.

Das betrifft viele Bereiche, zum Beispiel auch die Gebäudesanierung. Dort müssten wir am meisten

Energie einsparen können. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, wie es im Moment in Nordrhein-Westfalen läuft, brauchen wir fast 100 Jahre, um den Gebäudebestand zu sanieren. Wir wissen alle, dass wir die Zeit nicht haben, dass wir ambitionierter herangehen müssen.

(Christian Weisbrich [CDU]: In 100 Jahren sind die Gebäude weg!)

Wir liegen pro Kopf bezogen auf Gebäude und Bevölkerung hinter Bayern und Baden-Württemberg zurück. Das ist so. Wir sind immer die Größten, weil wir 18 Millionen sind, aber in diesem Bereich hängen wir hinter diesen beiden Ländern. Das sollten wir nicht.

Als letzten Punkt möchte ich die außerordentliche Energieverschwendung ansprechen, was Nachtspeicherheizungen angeht. Wir haben über 500.000 – das hat sich im Nachdiskurs zu der Anfrage ergeben – elektrisch beheizte Wohnungen in Nordrhein-Westfalen, allein 60.000 in Essen. Das ist die größte Form der Energieverschwendung, die es gibt, die gleichzeitig noch offensiv beworben wird.

Das sind lauter solche Punkte. Wir könnten konkret noch viele durchgehen, bei denen wir handeln könnten und müssten, die erheblich betroffen sind.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Jawohl, Frau Präsidentin. – Das werden wir in der Folgezeit tun. Wir wollten mit dem Antrag einen Aufschlag machen. Daran werden wir konsequent weiterarbeiten und uns dann wiedertreffen, wenn Sie spätestens im Sommer Ihr Konzept vorlegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Fehring das Wort.

Hubertus Fehring^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Priggen, der vorliegende Antrag, über den wir heute abschließend beraten und abstimmen werden, zeigt einmal mehr die unterschiedlichen Auffassungen über das Wie.

Energieeinsparung und Energieeffizienz sind unser gemeinsames Ziel. Wir verbinden mit diesem Ziel auch den Anspruch, dass bezahlbare Energie, die unsere Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt, für unsere Volkswirtschaft in ausreichendem

Maße zur Verfügung steht. Das gelingt unserer Auffassung nach am effektivsten durch einen breiten Energiemix, der natürlich Kohle und Kernkraft einbezieht.

Sie schreiben in Ihrem Antrag – ich zitiere –: „Die Potenziale für Energieeinsparung und -effizienz sind, genauso wie die Erkenntnis, sie erschließen zu müssen, vorhanden.“ Diesen Tatbestand erlebe ich genauso und erlebe weiter, dass sich unsere Mitbürger im Privaten, in der Wirtschaft und auch im öffentlichen Dienst längst erfolgreich als Energiesparer betätigen. Entsprechende Beratungsorganisationen wie zum Beispiel die Energieagentur, aber auch die Fachleute aus dem Handwerk stehen zur Verfügung.

Wenn Sie in Ihrem Antrag von fehlenden Anreizen zum Energiesparen sprechen, ist das ein bisschen weltfremd. Der Hauptansatz ist dauerhaft vorhanden, nämlich in den inzwischen stolzen Preisen für jedwede Art von Energie.

Ihre Kritik an der Energieproduktivität ist nicht sachgerecht. Unsere Industrie verbesserte ihre Energieausbeute zum Beispiel binnen zehn Jahren – von 1995 bis 2005 – um 12,5 %. Der jährliche Verbrauch primärer Energie ist zwar in der Zeit von 1991 bis 2006 nur um 1 % gesunken, gleichzeitig ist aber das Bruttoinlandsprodukt um 24 % gewachsen. Damit hat sich die Energieintensität – so bezeichnet man den nötigen Energieeinsatz, um eine bestimmte Produktionsleistung zu erzielen – hierzulande binnen 15 Jahren um ein Fünftel verringert. Es wird weniger klimaschädliches CO₂ freigesetzt, und wir kommen unserer Verpflichtung zur Treibhausgasreduktion näher.

Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine Spitzenstellung bei der Energieeffektivität von Industrie und Bergbau ein. Je 1.000 \$ Wertschöpfung wurden demnach bei uns im Jahr 2005 rund 98 kg Öleinheiten benötigt, ähnlich gut lagen Japan und Großbritannien mit jeweils 99 kg Öleinheiten. Industrie und Bergbau in den USA dagegen benötigen für die gleiche Wertschöpfung 152 Öleinheiten. In Polen sind es 278 und in Kanada sogar 301 Öleinheiten. Sie sehen: Wir sind gar nicht so wenig erfolgreich.

Im Antrag fordern Sie verstärkte Anstrengungen der Länder zum Einsatz von KWK-Anlagen. Hierzu werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt sicherlich noch einiges hören.

Im Rahmen der Initiative „NRW – Mein Haus spart“ zieht die Landesregierung über die Energieagentur NRW mit, damit die Gebäudesanierung erfolgreich umgesetzt wird. Allein im Jahre

2006 sind 1 Milliarde € für 62.000 Wohneinheiten bewilligt worden, wie Sie gerade auch schon vorgetragen haben.

Eine Novellierung der Energieverordnung wird im Bund derzeit erarbeitet. NRW ist an diesem Prozess beteiligt. Deshalb sollte zunächst die Novelle abgewartet werden.

Dass in Altbaubeständen eine gewisse Zurückhaltung geübt wird, trifft zu. Herr Priggen hat das ja eben sehr treffend dargestellt. Angesichts des Überangebots an Wohnraum in weiten Teilen unseres Landes können Vermieter seit Jahren allerdings kaum ausreichende Renditen erwirtschaften, sodass kapitalintensive Sanierungen lange Amortisationszeiten beanspruchen. Hier wären steuerliche Anreize der Bundesregierung hilfreich.

Der gerade angesprochene Stand-by-Betrieb geht uns alle an. Jeder kann an seiner Stelle dafür werben und auch darum kämpfen, dass die Menschen überzeugt werden. Ich bezweifle, dass man hier ordnungspolitisch aktiv werden muss.

Im Übrigen ist für diesen Bereich – genauso wie für die Verbrauchskennzeichnung der Elektrogeräte – der Bund zuständig.

Das gilt auch für den von Ihnen angeführten Verkehrssektor – einschließlich der Begrenzung des CO₂-Ausstoßes bei Kraftfahrzeugen. Energie- und CO₂-Einsparungen im Güter- und Personenverkehr, die Sie ebenfalls angesprochen haben, sind in Ballungsgebieten verhältnismäßig leicht auf der Schiene zu erreichen.

Es ist aber – da werden Sie mir zustimmen, Herr Priggen – wirtschaftlicher Unsinn und bewirkt keine CO₂-Minderung, wenn in unseren ländlichen Räumen leere Züge fahren. Dort geht es nun einmal nicht anders; dort sind wir auf den Individualverkehr angewiesen. Das gilt dann auch für den Gütertransport.

Sie haben gesagt, dass wir die Megaliner auf keinen Fall zulassen sollten. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll ist, den Transport von leichten, sperrigen Gütern mit solchen Lkws zu gestatten – natürlich unter der Voraussetzung, dass die 40-t-Grenze nicht überschritten wird.

Die Befreiung des Luftverkehrs von den sonst üblichen Steuern ist natürlich kein Ruhmesblatt; da stimme ich mit Ihnen überein. Dies ist wenig geeignet, um die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Verkehrsträger Bahn herzustellen. Hier ist aber auch wieder die Bundesregierung gefordert.

Meine Damen und Herren, der umfangreiche, detaillierte Antrag enthält durchaus begrüßenswerte Forderungen und Anregungen. Teilweise sind sie ohnehin schon von der Landesregierung aufgegriffen worden. Einige Punkte fallen auch nicht in die Zuständigkeit des Landes. Wirksamer Klimaschutz kann nicht durch ein Bundesland und auch nicht durch Deutschland allein, sondern nur durch eine weltweite völkerrechtliche Abmachung festgeschrieben werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Leuchtenberg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es von den Vorrednern gehört: Die Ziele „Energieeinsparung“ und „Steigerung der Energieeffizienz“ sind unumstritten – genauso wie die Erkenntnis, dass ohne Erfolge in diesen Bereichen wirkungsvoller Klimaschutz nicht zu erreichen ist. Aus unserer Sicht besteht hier allgemeiner Konsens.

Wir sind uns aber auch mit dem Wuppertal Institut in der Beurteilung einig, dass Energieeinsparung und Energieeffizienz die vergessenen Säulen der Energiepolitik sind. Bis zu 70 % des heutigen Energieverbrauchs könnten in den Industrienationen langfristig eingespart werden, ohne dass wir Wohlstandsverluste erleben.

Die Bundeskanzlerin hat im vergangenen Jahr das Ziel ausgegeben, Deutschland zur führenden Energieeffizienznation der Welt zu machen. Dazu muss bis zum Jahr 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppelt werden. Wir haben hier einen Handlungsdruck und müssen jetzt tätig werden.

Ohne Ergebnisse aus der Enquetekommission, in der auch Vorredner von mir tätig sind, vorwegnehmen zu wollen, stelle ich fest: Hier geht es aber nicht nur um Umweltschutz. Es geht nicht nur um den Schutz des Weltklimas, sondern auch um den Schutz unseres sozialen Klimas. Energieeinsparung und Energieeffizienz bedeuten Entlastung für Haushalte, Entlastung für Familien. Energiepolitik ist an dieser Stelle auch Sozialpolitik. Energieeinsparung bedeutet Reduzierung von Kosten in einem Bereich, der gerade bei Haushalten mit Kindern bis zu 40 % des Haushaltseinkommens verschlingt.

Möglichkeiten zur Einsparung ergeben sich an vielen Stellen. Ich möchte nicht auf alle im Antrag

genannten eingehen. Lassen Sie mich nur einige erwähnen.

Neben der unverzichtbaren Kraft-Wärme-Kopplung muss die energetische Gebäudesanierung gerade auch im Mietwohnungsbau höchste Priorität haben. Im Neubaubereich ist der Passivhaus- bzw. der Nullenergiehausstandard das Ziel. Der Energieverbrauch muss schnell reduziert werden. Dies ist, wie ich eben schon gesagt habe, auch ohne Komforteinbußen möglich.

Wenn es richtig gemacht wird, gibt es Vorteile für alle Beteiligten. Energiesparen und Effizienzsteigerung kennen eigentlich nur Gewinner. Verbraucher sparen bei ihrer Energierechnung. Hersteller und Handel sichern mit innovativen Produkten nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch ihre Marge. Außerdem wird das Klima weniger belastet.

Leider geschieht dies nicht von alleine. Die Politik muss hier Rahmenbedingungen schaffen. „Privat vor Staat“ schafft das nicht.

Innerhalb weniger Jahre lassen sich der Stromverbrauch und die Kosten in den privaten Haushalten um bis zu 50 % reduzieren. Stand-by-Schaltungen würden auch ohne Verbot vom Markt verschwinden, wenn ein Top-Runner-Programm mit dynamischen Mindeststandards endlich umgesetzt würde.

Energieeffizienz ist der Schlüssel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Aktivierung von Innovationspotenzialen. Rationelle Energienutzung und Energieeinsparung sind entscheidende Kriterien für die Angebots- und Nachfrageseite über die gesamte Prozesskette. Für Innovationen sollten wir unser Geld ausgeben – und nicht für Transfers an Ölscheichs.

Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um Energiesparen für Anbieter und Kunden attraktiv zu machen – attraktiver als zusätzliche Erzeugung oder zusätzlichen Verbrauch.

Wir werden dem vorliegenden Antrag der Grünen selbstverständlich zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Leuchtenberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Danke schön, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Potenziale von Energieeinsparung und -effizienz erschließen – allgemeiner und zugleich verwirrender

kann ein Antrag kaum mehr formuliert werden, Herr Kollege Priggen. Welche Potenziale meinen Sie denn konkret? Theoretisch denkbares, technisch machbares oder vielleicht sogar wirtschaftliches Potenzial?

Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass dies alles nicht so wichtig ist, solange Sie in der Opposition sind. Ich denke allerdings, dass die Öffentlichkeit schon erfahren sollte, ob Sie einfach nur über theoretisch mögliche Maßnahmen sinnieren oder ob Sie tatsächlich wirtschaftlich umsetzbare Maßnahmen vorschlagen.

Etwas verräterisch ist es schon, wenn der Hinweis unterbleibt, dass zunächst einmal die Maßnahmen ergriffen werden sollten, die bereits heute wirtschaftlich sind. Häufig gibt es Hemmnisse, die einer vollständigen Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials entgegenstehen.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, sollte die Politik eingreifen, um die identifizierten Hemmnisse zu beseitigen. Wenn die Politik zudem der Auffassung ist, dass bestimmte Ziele allein mit der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials nicht zu erreichen sind, dann ist sie aufgefordert, einen Teil des technisch Machbaren, aber noch nicht wirtschaftlich nutzbaren Potenzials zu fördern. Wenn finanziell gefördert wird, ist allerdings darauf zu achten, dass dies zeitlich befristet und degressiv angelegt ist.

Über die Grundlagenforschung hinaus sollten dem Gebot der Effizienz folgend nur die Technologien gefördert werden, die auf absehbare Zeit die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreichen können.

Meine Damen und Herren, keinesfalls kann es darum gehen, eine völlig unwirtschaftliche Technologie massiv und flächendeckend zu fördern. Ein abschreckendes Beispiel hierfür ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Hier hat es insbesondere die Solarlobby um den hessischen Schattenwirtschaftsminister, Herrn Scheer, verstanden, für die unwirtschaftlichste aller gängigen Stromerzeugungstechnologien die höchsten Subventionen in Deutschland herauszuholen. Auf der Homepage von Herrn Scheer lässt sich nachlesen, dass er einer von 50 Persönlichkeiten ist, die den Planeten retten können.

Die erste Folge seiner Öko-Soap soll in Hessen spielen. Unser „Öko-Arafat“ will dort in die Rolle des „Klima-007“ schlüpfen. Meine Damen und Herren, das wäre für den Steuerzahler, ehrlich gesagt, der Supergau.

Das Rheinisch-Westfälische Institut hat kürzlich errechnet, dass mittlerweile jeder der 35.000 Ar-

beitsplätze in der Solarbranche jährlich mit 153.000 € subventioniert wird. Das ist doppelt so viel, wie jeder Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau in Deutschland erhält. So sieht also der rot-grüne Strukturwandel aus.

Gerade deshalb ist es gut, dass Herr Clement den EUROSOLAR-Vorsitzenden mitsamt seinem auf windigen Subventionen aufgebauten Energieprogramm, mit dem er ganz Hessen ausstatten will, für wenige Tage ins Scheinwerferlicht gerückt hat. Die NRW-SPD und insbesondere Frau Kraft, die Frau Ypsilanti und ihrer linken Programmatik ja so nahe steht, können sich zukünftig nicht darauf verlassen, dass nicht auch in Nordrhein-Westfalen einer der letzten Aufrechten wie Herr Clement seine mahnende Stimme erhebt.

Meine Damen und Herren, die Grünen fordern in ihrem Antrag, dass die Subventionierung verbrauchsintensiver Verkehrsträger beendet wird. Ich würde mir wünschen, dass Sie solche Forderungen auch einmal an Ihre Freunde vom Bundesverband Erneuerbare Energie richten würden. Oberster Grundsatz in der Klimapolitik ist für uns, dass sich zunächst einmal sämtliche Maßnahmen, die diesem Ziel dienen, einer Vergleichbarkeit hinsichtlich ihrer CO₂-Vermeidungskosten unterziehen müssten. Effizienzsteigerung kann sich nicht abseits jeglicher Kosten- und Nutzungsbetrachtungen abspielen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Intentionen des Antrages: Wir teilen die Ansicht, dass die Reduzierung des Energieverbrauchs das beste und effizienteste Mittel ist, Emissionen zu mindern, Ressourcen zu schonen, Importe zu reduzieren, Kosten zu senken und gleichzeitig zu modernisieren. Unsere Initiative „NRW spart Energie“ verfolgt diese Zielsetzung. Sie zielt auf die Erschließung von Energieeinsparungsmöglichkeiten in der Wirtschaft, beim privaten Verbrauch und in den Kommunen.

Wir gehen gemeinsam mit der Wirtschaft Effizienzverbesserungen in folgenden Bereichen an: Reduzierung des Energiebedarfs bei der Erzeugung von Prozesswärme, Reduzierung des Energiebedarfs bei Heizung, Kühlung und Lüftung in Produktion und Verwaltung. Wir forcieren die Er-

arbeitung und die Umsetzung von Branchenenergiekonzepten. Wir bauen die Energieberatung aus für Unternehmen, Gewerbe und Kommunen. Wir bereiten nach dem erfolgreichen Vorbild des Wärmepumpen-Marktplatzes NRW Marketingkampagnen vor mit Herstellern von Energieeffizienztechnologien, zum Beispiel Hocheffizienzpumpen.

Wir übersehen nicht, dass die Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen oft an Grenzen stößt. Hier kann Contracting eine hilfreiche Alternative sein. Wir intensivieren deshalb die Werbung und parallel auch die Beratung für dieses Instrument, das nicht nur für die Wirtschaft interessant ist, sondern auch für Kommunen und für Privathaushalte.

Ein Bereich, in dem die stärksten Energieeinsparpotenziale mobilisiert werden können, ist die energetische Gebäudesanierung. Bei den Gebäuden, die vor 1978 errichtet worden sind und die damit nicht von der ersten Wärmeschutzverordnung erfasst werden, können durch umfassende Sanierung bis zu 70 % des Energieverbrauchs eingespart werden. Um diese Einsparpotenziale zu aktivieren, haben wir im Mai 2006 die Gemeinschaftsaktion „Gebäudesanierung NRW – Mein Haus spart“ ins Leben gerufen. Die Initiative bündelt alle wichtigen Beratungs- und Informationsangebote im Land, die Hausbesitzer bei der Planung und Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen unterstützen.

Die bundesweit einzigartige Kampagne „Mein Haus spart“ ist sehr erfolgreich. Mit der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen konnten wir erhebliche CO₂-Einsparungen bewirken. Die Bürgerinnen und Bürger – das ist natürlich mit den steigenden Energiepreisen im Zusammenhang zu sehen – zeigen ein wachsendes Interesse für das Thema „Gebäudesanierung“. Das zeigt die rege Nachfrage nach den Informations- und Beratungsangeboten.

Die Energieagentur Nordrhein-Westfalen koordiniert diese Gemeinschaftsaktion mit den inzwischen 15 Partnern. Es freut mich, dass wir mit der Energieagentur NRW, der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und der Effizienzagentur wichtige Beratungseinrichtungen im Land haben, die Unternehmen, Verbraucher und Kommunen kompetent beraten, wenn es um Fragen der Energie- und Ressourceneffizienz geht.

Eine wichtige Ergänzung stellt das neue KfW-Energieberatungsprogramm dar, mit dem Energieberatungen für kleine und mittlere Unterneh-

men durch Ingenieurbüros gefördert werden. Die Energieagentur Nordrhein-Westfalen ist der Regionalpartner ähnlich wie beim Gebäudesanierungsprogramm. Sie wird dafür sorgen, dass dieses Angebot für kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich gut angenommen wird.

Ich habe eine ganze Reihe von Informationen darüber, was im letzten Jahr alles erreicht wurde, weil es häufig auch eine Frage von Informationsdefiziten ist, dass der eine oder andere sich noch längst nicht auf den Weg begibt, wirklich Energie zu sparen. Ich will nur 50 Solarsiedlungen, Finanzierungsberatung, Contracting, Weiterbildung für Tausende von Menschen und den Energiecheck erwähnen.

Aber eines möchte ich betonen: Herr Priggen meint, wir würden uns nicht ausreichend in die Beratungen auf Bundesebene einschalten. Wir sind sogar in den Fachgremien mit unseren Anliegen unterwegs, bevor die Referentenentwürfe da sind. Unterstellen Sie uns bitte nicht, dass wir dabei nur einen Teil der Wirtschaft im Auge haben.

Das gilt auch für die Automobilindustrie. Sie wissen, dass unsere Automobilhersteller ein großes Interesse daran hatten, im deutschlandweiten Konzert zu bleiben, auch wenn die EU Vorgaben macht. Sie sind ehrgeizig. Ich bin sicher, dass es die Besonderheit unseres Landes ist, die Einsparziele schneller zu erreichen als andere, weil die Flotten andere sind; da haben Sie recht. Aber ich glaube nicht, dass wir Unsinn machen.

Beim Ordnungsrecht möchte ich wissen, ob Sie wirklich glauben, dass wir auf regionaler Ebene etwas tun sollten. Davor kann ich nur warnen. Wenn Sie das beim Bauen anfangen, behindern Sie jede Fertigbauweise.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir haben auch auf Bundesebene versucht, darauf zu achten, dass keine Anteile – etwa einseitig für erneuerbare Energien – vorgegeben werden. Wenn auf anderem Wege vergleichbare Einsparungen erzielt werden, wollen wir die Frage, wo man ansetzt, offen lassen, weil für uns das Ziel wichtiger ist. Ich finde, zum Ordnungsrecht können wir viele Debatten führen, aber ich sage trotzdem: Bitte nicht im Ordnungsrecht – vielleicht außer bei der Gemeindeordnung, wo man bei neu ausgewiesenen Baugebieten etwas machen kann.

Bei der Kennzeichnungspflicht auf Bundesebene werden wir dafür sorgen, dass der Verbraucher begreift, weil etwas anderes draufsteht als bisher, ob er jetzt wirklich etwas kauft, womit er Strom

spart, oder ob nur irgendeine Zuweisung zu einer Qualitätsstufe passiert, die aber nicht erkennen lässt, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: ... was es bedeutet, wenn ich soundso lange damit umgehe.

Ich komme zum Schluss: Ich freue mich auf weitere Debatten, aber dieser Antrag war überflüssig.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank Frau Ministerin. – Wir sind am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5995**, den Antrag mit der Drucksache 14/4234 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen** und der Antrag damit abgelehnt.

Ich rufe auf:

**8 Klimaschutz konkret:
Im Jahr 2020 müssen in NRW mindestens
25 % des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung
produziert werden!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4855

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/5996

Ich weise darauf hin, dass der Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen wurde mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung hier im Plenum erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Wirt-

schaft, Mittelstand und Energie liegen Ihnen nunmehr vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dem Antrag geht es darum, in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 mindestens 25 % des Stroms durch Kraft-Wärme-Kopplung zu produzieren. Es wird unstrittig sein, dass die Kraft-Wärme-Kopplung die sinnvollste Art ist, Strom und Wärme gleichzeitig zu erzeugen. Es sind Gesamtwirkungsgrade von bis zu 90 % möglich. Es wird uns allen einleuchten, dass wir das ausnutzen sollten, wo immer es möglich ist.

Tatsache ist aber, dass wir in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik insgesamt hinter Nachbarländern zurückhängen, von denen man normalerweise nicht erwarten sollte, dass sie vor uns liegen. Die Niederlande sind deutlich weiter als wir. Auch das agrarisch strukturierte Dänemark ist deutlich weiter bei der Versorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung als wir. Die Niederlande erzeugen etwa 38 %, die Dänen 55 % des Stroms über Kraft-Wärme-Kopplung.

Richtig ist, dass man bei der Kraft-Wärme-Kopplung immer einen Anteil braucht, für den die Wärme vernünftigerweise eingesetzt werden kann. Dass wir so weit zurückliegen, liegt – das kann man ganz ehrlich sagen – vor allen Dingen im Ruhrgebiet daran, dass damals zeitgleich das Gas sehr stark nach vorne gebracht worden ist und ein Stück weit den Fernwärmeausbau verhindert hat, wenn man von den ganz großen Fernwärmeprogrammen absieht, die noch vor unserer Regierungsbeteiligung um das Jahr 1981 gemacht worden sind – Fernwärmeschiene Ruhr und Fernwärmeschiene Niederrhein.

Wir müssen aufholen. Es gibt immer wieder die Diskussion, dass wir im Rahmen der ganz konkreten Klimaschutzaktivitäten das eine oder andere in NRW nicht machen könnten. Aber wenn die Kraft-Wärme-Kopplung nicht die ideale Anwendung für Nordrhein-Westfalen mit den dichten Ballungs- und Siedlungsgebieten an der Ruhr, am Rhein – Köln, Düsseldorf und der ganze Raum – ist, weiß ich nicht, welches Programmprojekt wir bei uns am erfolgreichsten umsetzen sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern muss es bei der Perspektive von weiter steigenden Preisen für Importe von Öl, aber auch von Gas – es gibt wahrscheinlich niemanden hier,

der glaubt, dass Gas perspektivisch billiger wird – natürlich sinnvoll sein, im Ruhrgebiet keinen Kranz von Kraftwerken zu haben, die immer zwei Drittel der Energie als Abwärme an die Umgebung abgeben, sondern, wo immer es geht, dezentral oder in Ergänzung der zentralen Strukturen die Wärme auszukoppeln und die Siedlungsgebiete damit zu versorgen.

Das Gleiche müsste eigentlich für alle Innenstädte gelten, ob es nun Münster, Paderborn, Krefeld oder andere sind. Auch in unseren Städten, in den Ballungskernen, in denen wir keine modernen Neubaugebiete, sondern einen alten Gebäudebestand haben, müsste das auch sinnvoll sein.

Da müssen wir aufholen. Jedes seriöse Klimaschutzenszenario enthält diesen Anreiz. Die bisherige gesetzliche Regelung, das bundesweit geltende KWK-Gesetz, verfehlt sein Ziel.

Der Ausbau der KWK ist ein Beispiel dafür, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie versagt hat. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Ebenso wie bei den Emissionen von Autos hat die Industrie ihre Zusagen nicht eingehalten. Bei der KWK hat es nicht geholfen. Also muss man ein Gesetz machen, das vernünftigerweise den Ausbau, den im Prinzip alle für richtig halten, zulässt.

Ich muss zugeben: Das jetzt vorliegende Gesetz ist etwas anders, als noch in Punkt 6 unseres Antrages geschildert. Der Antrag datiert vom August vergangenen Jahres. Damals habe ich geschrieben: katastrophaler Entwurf der Bundesregierung für ein neues KWK-Gesetz. – Nach einer erbitterten Debatte ist das Gesetz nachgebessert worden. Es ist nicht mehr so schlecht wie vorher. Trotzdem sind wir sehr skeptisch, ob man die Ausbauziele der Bundesregierung – nicht die Ausbauziele der Grünen – damit tatsächlich erreichen kann. Aber es ist ein Stück weit besser.

Damit komme ich wieder auf das Land Nordrhein-Westfalen zu sprechen, Frau Ministerin. Was dort in Verfolgung eines ambitionierten Ziels beim Ausbau der KWK passieren soll, ist für mich auch in Ansätzen noch nicht nachvollziehbar. Ich höre immer die Ansage: Bei uns in Nordrhein-Westfalen kommen wir mit den regenerativen Energien nicht voran; denn der Wind bläst nur am Meer, und die Sonne scheint hier nicht sehr oft. Die KWK ist der Bereich par excellence, in dem Sie Schritte aufzeigen müssten, wie wir uns unseren Anteil holen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Bundesregierung spricht sich für den Ausbau der KWK auf 25 % – das wird über ein KWK-Gesetz finanziert – und den Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien auf mehr als 27 % aus, und Nordrhein-Westfalen finanziert überall die bundesweite Umlage. Wir holen aber nicht 20 %, was dem Anteil unserer Bevölkerung entspricht, sondern wir liegen dann bei 10 oder 12 % und finanzieren aus Mitteln, die aus der Umlage auf die Kilowattstunde bei uns generiert werden, den Ausbau dieser Bereiche in allen übrigen Bundesländern. Das kann keine Perspektive für Nordrhein-Westfalen sein. Eine solche Strategie darf keine Landesregierung verfolgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir in einzelnen Punkten Schwächen hätten, müssten wir in anderen Bereichen, in denen wir Stärken aufzuweisen haben, umso ambitionierter sein. Unsere dichte Besiedlungsstruktur ist eine Stärke. Das, was bisher an Aktivitäten bekannt geworden ist, passt nicht dazu. Wir müssen weitergehen und versuchen, das engagierter umzusetzen, als die Bundesregierung es tut. Auch hier vermissen wir Aktivitäten der Regierung. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat der Kollege Grunendahl für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wilfried Grunendahl (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uns liegt heute erneut ein Antrag der Fraktion der Grünen vor, in dem der Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung gefordert wird. Herr Priggen, Sie wissen sehr genau, dass wir in der CDU KWK grundsätzlich für sinnvoll halten. Wir begrüßen den weiteren Ausbau. Darüber besteht zweifelsfrei großer Konsens zwischen allen Fraktionen im Hause. Das haben wir im Ausschuss besprochen.

Im Prinzip spricht viel für Kraft-Wärme-Koppelung. Der Wirkungsgrad kann im Vergleich zu anderen Anlagen, die Energie produzieren, sehr hoch sein. Sie ist deshalb in der Tat sehr gut geeignet, Klima und Ressourcen zu schonen. Im Kreis Steinfurt zum Beispiel, aus dem ich komme, heizen wir unser Kreishaus auf diese Weise. Die KWK-Anlage steht in unmittelbarer Nähe des Kreishauses. Das muss auch so sein; alles andere wäre wenig sinnvoll.

KWK ermöglicht einen hohen Ausnutzungsgrad, den wir in Nordrhein-Westfalen nicht flächendeckend

ckend nutzen können. Der Bedarf an Wärme ist im ganzen Land das gesamte Jahr über nicht gleich verteilt und gleich groß. Wir können solche Anlagen nicht in allen Wohngebieten wirtschaftlich betreiben. Denn im Umkreis eines Kraftwerks muss es genügend Abnehmer von Wärme geben.

Es ist schlimm, dass Sie in Ihrem Antrag schon den Bau von Fernwärmeleitungen fordern und, um ihn zu finanzieren, den Verbrauchern einen höheren Preis für den Kauf ihrer Energie diktieren wollen. Das wollen wir für Nordrhein-Westfalen nicht. Die Entscheidung über den Aufbau von KWK-Anlagen ist eine unternehmerische Entscheidung, die von privaten Investoren getroffen werden muss. Die Anlagen sollen nur dort gebaut werden, wo Bedarf besteht. Deshalb wollen wir nicht festlegen, wo, wann und in welcher Anzahl Anlagen gebaut werden müssen. Diese Entscheidung wollen wir Privaten überlassen.

Sie glauben, alles regeln und den Leuten alles vorschreiben zu müssen. Wir wollen nicht, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land noch höhere Strompreise bezahlen müssen, nur um diese Forderung zu finanzieren. Für uns bedeutet sinnvolle Energiepolitik mehr als nur Klimaschutz. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit gehören aus unserer Sicht ebenso dazu. Auf eine preiswerte Erzeugung von Strom kann deshalb nicht verzichtet werden. Wir wollen nicht, dass Strom immer teurer wird.

Um das Klima zu schützen, wollen wir vor allem erreichen, dass Energie in NRW eingespart und effizienter eingesetzt wird. Das hat Herr Kollege Fehring hier soeben deutlich gemacht.

Des Weiteren wollen wir, dass bei uns erneuerbare Energien entwickelt werden und dass die Anlagen zu deren Nutzung auch hier in Nordrhein-Westfalen gebaut werden.

Meine Damen und Herren, warum haben die Grünen während ihrer Regierungszeit auf dem Gebiet der KWK eigentlich so wenig getan? Herr Priggen hat das soeben zu begründen versucht. Aber dennoch, Herr Priggen, steht die Frage im Raum: Warum haben Sie so wenig getan? Warum haben die Grünen während ihrer Regierungszeit nicht mehr für Erdwärme geworben? Warum ist auf dem Gebiet der Biomasse in Nordrhein-Westfalen so wenig passiert? Stattdessen ist ein Großteil Ihrer Energie ausschließlich in die Förderung der Windkraft geflossen. Ich kann nur sagen: Frau Höhn lässt grüßen.

Die Weiterführung der klimapolitischen Diskussion wird hier in Nordrhein-Westfalen und in Deutsch-

land sicherlich eine Daueraufgabe bleiben. Ich fordere Sie auf, den Antrag, den die Bündnisgrünen vorgelegt haben, gemeinsam mit uns abzulehnen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Grunendahl. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Leuchtenberg das Wort.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Priggen, Kraft-Wärme-Kopplung ist kein Selbstläufer, und Hemmnisse müssen abgebaut werden. Die Netze müssen erneuert und ausgebaut werden, und die vorhandenen Potenziale müssen deutlich mehr und besser genutzt werden als heute.

Ihr Antrag ist gut, Ihr Antrag war gut. Aber aus unserer Sicht ist der Antrag überholt. Deshalb werden wir diesem Antrag heute in dieser Form nicht zustimmen können. Der gerade von Ihnen kritisierte Entwurf von Herrn Glos ist mittlerweile in entscheidenden Punkten verbessert worden. Die wegweisenden Beschlüsse auf dem SPD-Bundesparteitag zu mehr Wettbewerb und Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung können jetzt umgesetzt werden. Das Ziel, 25 % KWK-Strom zu erreichen, ist das erste Ziel der 29 in Meseberg vereinbarten Maßnahmen.

Kraft-Wärme-Kopplung besitzt gerade in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz, da es sich um fertige Wärme handelt. Der Nutzer selbst muss keine Technik betreiben und vorhalten und hat somit auch keine weiteren Kosten für Heizungs- und Schornsteinwartung.

Der am 4. Januar 2008 vorgelegte Entwurf des KWK-Ausbaugesetzes der Bundesregierung trifft überall auf große Zustimmung. Die Eckpunkte dieses Entwurfs sind ein Jahresbudget von 750 Millionen €, von denen 600 Millionen € KWK-Umlage für die Anlagenbetreiber vorgesehen sind, 150 Millionen € zum Netzausbau. Erstmals seit 1982 sind wieder Investitionszuschüsse von bis zu 20 % in einem Bundesprogramm zu finden. Die Mittel, die für den Netzausbau bereitgestellt werden, reichen aus, um ca. 30 größere Netzinvestitionen zu finanzieren.

An einigen Punkten könnte man darüber nachdenken, ob Optimierungen noch sinnvoll sind. Ich nenne die Übertragbarkeit der Mittel von einem aufs jeweils kommende Jahr, längere Fristen zur Umsetzung des Programms, um Preisaufschläge,

die wir heute schon feststellen können, bei Lieferanten zu begrenzen, Einbindung von Industriebetrieben, aber auch die Vorrangregelung für KWK-Strom, wie wir sie beim EEG-Strom finden.

Entscheidend werden aber kommunale Energiekonzepte zum Erreichen des Ziels sein. Die Erfolgsfaktoren für Kraft-Wärme-Kopplung liegen vor Ort. Hier sind der Wille zur Umsetzung, das langfristige Auslegen, eine vereinfachte Rechtslage, Berücksichtigung bei Konzessionsverträgen und vorzeigbare Leuchtturmprojekte zu nennen. Entscheidend für den Erfolg von Nahwärme, Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung sind nicht komplizierte Planverfahren, sondern der politische Entscheidungswille vor Ort.

Wie eingangs bereits erwähnt, werden wir dem Antrag nicht zustimmen können, sondern uns enthalten. Die Forderungen sind in Ordnung, der Antrag ist aus unserer Sicht jedoch überholt, weil der Gesetzentwurf der Bundesregierung seit einigen Tagen vorliegt. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Leuchtenberg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben vorhin über Energieeffizienz gesprochen. Dazu gehört im Kraftwerksbereich allerdings nicht nur der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Eine Steigerung des Wirkungsgrads und somit der Energieeffizienz lässt sich auch dadurch erzielen, dass alte durch hochmoderne Kohlekraftwerke ersetzt werden. Ob man sich letztlich für KWK-Anlagen oder reine Kondensationskraftwerke entscheidet bzw. wie viel Wärme tatsächlich ausgekoppelt werden soll, sollte nicht die Politik entscheiden, sondern in erster Linie die Investoren vor Ort. Immerhin tragen sie in einem liberalisierten Markt, in dem es keine Abnahmegarantie gibt, auch das unternehmerische Risiko.

Die Vorteilhaftigkeit einer Auskopplung von Wärme hängt von verschiedenen Faktoren ab, die ich hier schon mehrfach angeführt habe. Wir haben in den allermeisten Fällen eine flächendeckende Wärmeversorgung, gegen die sich die ausgekoppelte Wärme durchsetzen muss. Hier ist beispielsweise von der Gaswirtschaft sehr viel privates Kapital in den Netzausbau investiert worden, das Sie mit Ihren Forderungen entwerten würden.

Herr Kollege Priggen, Sie sind immer sehr schnell beim Ordnungsrecht, ohne dass Sie auch nur ansatzweise die Konsequenzen für die Wirtschaft und die Bürger dieses Landes berücksichtigen. Verantwortungsvolle Politik für Nordrhein-Westfalen sieht anders aus. Wir tragen in unserem Land auch Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern und ihren Jobs.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ihre Energiepolitik dagegen ist einseitig auf den Aspekt der Umweltverträglichkeit ausgerichtet. Dass Energie bezahlbar und jederzeit vorhanden sein sollte, findet in Ihrer Argumentation nicht statt. Wir sollten uns auch einmal darüber unterhalten, welche staatlich verordneten Belastungen wir unseren Bürgern überhaupt noch zumuten können.

Ich glaube Ihnen sogar, dass Ihre Klientel die finanziellen Auswirkungen Ihrer Politik durchaus verkraften könnte. Aber, hören Sie sich zum Beispiel auch einmal bei den Sozialdemokraten um! Fragen Sie mal bei Opel oder Ford nach, wie deren Kunden reagieren, wenn sie zukünftig für einen Neuwagen aufgrund der von der EU festgesetzten Untergrenze von 130 g/km rund 1.500 € mehr bezahlen müssen! Um Effizienzsteigerungen zu erreichen, muss man erst einmal richtig viel Geld in die Hand nehmen, das aber nicht jeder hat. Genau diesen Aspekt und die Konsequenzen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Deshalb müssen wir stets mit Augenmaß agieren.

Zum Schluss meiner Ausführungen kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen, Herr Kollege Priggen. Sie verweisen bei Ihrer Forderung nach dem Ausbau von KWK in den beiden Anträgen „Klimaschutz konkret“ auf den hohen Anteil ausgekoppelter Wärme in Schweden, Finnland und den Niederlanden. Ich stimme Ihnen zu, dass diese Länder allesamt eine verantwortungsvolle und weitsichtige Energie- und Klimapolitik betreiben. Sie haben Vorbildcharakter für uns.

Nehmen wir Schweden: Schweden hat sich innerlich schon vom Kernenergieausstieg verabschiedet und lässt seine Reaktoren auf unbestimmte Zeit weiterlaufen. Finnland und die Niederlande bauen und planen neue Kernkraftwerke.

(Uwe Leuchtenberg [SPD]: Das wird auch durch Wiederholen nicht besser!)

Insofern sollten wir dem Vorbild der drei genannten Länder folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich die Gründe zusammenfassen, warum wir uns intensiv mit der Kraft-Wärme-Kopplung befassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Mit der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme lassen sich hohe Nutzungsgrade erzielen. Kraft-Wärme-Kopplung ist eine besonders effiziente Form im Bereich der Energieumwandlung. In der Kraft-Wärme-Kopplung werden zukünftig vermehrt innovative Technologien wie zum Beispiel die Brennstoffzelle zum Einsatz kommen. KWK-Technologien werden sowohl in Großkraftwerken als auch in kleinen Anlagen zur Versorgung von Gebäuden und Liegenschaften eingesetzt. Daher sind die Weiterentwicklung von KWK-Technologien, die Ausgestaltung von Finanzierungs- bzw. Investitionsmodellen wie das Contracting und eine entsprechende Beratung von Nutzern und Betreibern ein Schwerpunkt der Energiepolitik der Landesregierung.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit 4.300 km und mehr als 90.000 Hausstationen das dichteste und leistungsfähigste Nah- und Fernwärmenetz in Europa. Die Wärme wird hier zu 82 % in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt. An der Stromerzeugung insgesamt in Nordrhein-Westfalen liegt die Kraft-Wärme-Kopplung – man weiß es nicht so genau, weil die Kleinstanlagen nicht unter meldepflichtigen Genehmigungsvorhaben laufen – bei ungefähr 10 %.

Dennoch ist ein weiteres energiepolitisches Ziel dieser Landesregierung, Kraft-Wärme-Kopplung weiterhin auszubauen. Dieses Ziel hat auch die Bundesregierung im Rahmen des Maßnahmenpaktes des Integrierten Energie- und Klimaprogramms aufgegriffen. Sie will den KWK-Anteil auf 25 % verdoppeln.

Der vorliegende Gesetzentwurf will KWK-Anlagen, die bis zum Jahr 2014 erzeugt werden, praktisch bevorzugt einspeisen lassen, um das ein bisschen untechnisch zu formulieren. Mit der Novelle des Gesetzes werden neue Fördertatbestände wie die Aufhebung der Größenbeschränkung von KWK-Anlagen sowie der Aus- und Neubau von Wärmenetzen eingeführt, und die Förderung wird zeitlich erweitert.

Zweck und Zielsetzung des Gesetzentwurfs sind positiv zu werten. Sie unterstützen die Aktivitäten und Instrumente der Landesregierung. Der Gesetzentwurf wird zurzeit im Bundesrat beraten.

Auch wenn die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme grundsätzlich effizient ist, können allerdings hohe Nutzungsgrade nur dann erreicht werden, wenn entsprechende Wärmesenken vorhanden sind. Sie wissen, dass nicht jeder Standort für Kraft-Wärme-Kopplung geeignet ist. Wir haben versucht und werden das auch weiterhin zusammen mit dem Wuppertal Institut tun, das tatsächliche Potenzial von Wärmesenken zu ermitteln. Auch die sind sehr vorsichtig, weil man die Sachverhalte sehr schlecht ermitteln kann. Allerdings, wie wir intern sagen, robben wir uns da heran.

Es stimmt auch, was Sie vorgetragen haben, dass man besonders gut im Zusammenwirken mit Stadtwerken und der Kenntnis vor Ort möglicherweise Stellen entdecken kann, bei denen sich solche Anlagen rechnen.

Wir wissen auf der anderen Seite, dass das Contracting bei Industriefirmen, bei Gewerbebetrieben schwierig ist. Auch da muss man vielleicht etwas zur Vertrauensbildung beitragen, aber es klappt noch nicht so schön, wie man sich das vorstellen kann.

Ganz konkret haben wir uns vorgestellt, dass wir, wenn die Förderung auch bundesseitig so aussieht, wie nach dem neuen Gesetz vorgesehen, im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wärmenetze die Förderbedingungen ändern müssen. Was auf Bundesebene nicht geplant ist, ist die Förderung bis zum Hausanschluss hin. Wir würden in diesem Teil, den die Bundesförderung nicht abdeckt, den Schwerpunkt sehen, wenn wir überhaupt noch Geld dafür in die Hand nehmen.

Es gibt eine zweite, wie ich finde, vorzeigbare Verabredung, nämlich die Vereinbarung zwischen dem Landesumweltminister und RWE vom 6. Dezember 2007, in der eine KWK-Anlage in Siegen-Wittgenstein auf der Basis von Biomasse entsteht. Wir sind also an dieser Stelle für Veränderungen offen. Doch auch hier wiederum der Hinweis: Lassen Sie uns die Chancen anhand von Sachverhalten debattieren und dann auch fördern!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5996**, den Antrag Drucksache 14/4855 abzulehnen. Wer will dieser Empfehlung folgen? – CDU und FDP. Wer ist gegen diese Empfehlung? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Oh, das Bild ist so selten – darf ich das noch einmal sehen?

(Heiterkeit – Zurufe)

Fünf Enthaltungen. Dennoch: Die Beschlussempfehlung ist **angenommen** und der Antrag entsprechend der Empfehlung des Ausschusses abgelehnt.

Wir kommen zu:

9 Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitstudie evaluieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5571

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/5979

Der Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses liegen vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Abgeordneter Asch das Wort. Bitte schön, Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis, dass es in Bezug auf das KiBiz sehr unterschiedliche, ja sozusagen diametral auseinandergehende Bewertungen gibt. Alle Fachverbände, die Träger, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und auch die Kommunen sind sehr skeptisch, ob das Gesetz den Zielen, die es vorgibt, erfüllen zu wollen, genügt und ob diese Ziele mit diesem Gesetz tatsächlich zu erreichen sind.

Wir als Opposition – das ist nichts Neues – teilen diese sehr starke Skepsis. Unterstützt werden wir in unserer Einschätzung durch die aktuellen Krisenmeldungen, die wir aus der kommunalen Ebene bekommen, Krisenmeldungen, die von chaoti-

schen Zuständen berichten, die auf der kommunalen Ebene bei der Umsetzung auftreten. Das Gesetz ist zudem mit einer Verfahrensordnung versehen, die für die Kommunen sehr wenig regelt, die die Kommunen weitestgehend alleine lässt.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, ich möchte Ihnen, falls es Sie interessiert, einmal etwas vorlesen. Es ist eine Meldung aus Bad Driburg im Kreis Höxter. Hier wird uns berichtet, dass dann, wenn jemand für sein Kind 25 Stunden bucht, darauf hingewiesen wird, dass das Kind an Nachmittagsveranstaltungen, zum Beispiel am Martinsumzug oder an Karnevalsveranstaltungen, nicht teilnehmen darf.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist Sache des Trägers, nicht des Landes!)

25 Stunden sind zudem nur buchbar von 7 Uhr bis 12 Uhr oder von 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr. Eine Verkäuferin mit einem 400-€-Job, die weiter entfernt arbeitet, ist dann gezwungen, 45 Stunden mit dem entsprechend höheren Elternbeitrag zu buchen. Alles das ist nur ein kleines Schlaglicht darauf, dass das KiBiz keineswegs mehr Flexibilität für die Eltern bringt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wird dadurch erschwert, dass viele Kommunen in der Kürze der Zeit nicht in der Lage waren, den notwendigen Bedarf bei den Eltern abzufragen. Das bedeutet: Zurzeit wird vollkommen an den Bedarfslagen der Eltern vorbeigeplant, damit man möglichst die Versorgungsstruktur aufrechterhalten kann und optimale Gruppenzusammensetzungen hinbekommt.

Wir sind also weiterhin sehr skeptisch. Von daher sind wir der Meinung, wenn es so unterschiedliche Einschätzungen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann lassen Sie uns doch zuerst eine wissenschaftliche Evaluation objektiv feststellen, wer nun recht hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie verweisen auf § 28, in dem steht – das haben Sie bereits im Ausschuss vorgetragen –, das Gesetz solle die Wirkung auf die Finanzen, auf die Träger sowie auf die Verwaltung in den örtlichen Jugendämtern und Landesjugendämtern feststellen. Das heißt aber nicht, dass die wesentlichen Auswirkungen auf den Bildungsstand und die Entwicklung der Kinder, auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und auf die Situation der Beschäftigten mit erfasst werden. Diese

Dimensionen sind aber wichtig, um die Qualität dieses Gesetzes festzustellen.

Deswegen möchten wir – das beantragen wir hiermit –, dass eine breit angelegte Wirksamkeitsstudie aufgelegt wird, die objektiv feststellt, ob das Gesetz in der Lage ist, die Ziele, die Sie damit erreichen wollen, wirklich zu erfüllen. Wenn Sie davon überzeugt sind, dass das Gesetz gut ist, dann haben Sie doch den Mut, sich dem wissenschaftlichen Prozess zu stellen! Ich kann Ihnen versichern, wenn Sie diese Untersuchung nicht in Auftrag geben, dann werden es andere tun. Am Ende werden wir anhand von objektiven Daten sehen, ob Sie recht haben, dass es ein gutes Gesetz ist, oder ob wir als Skeptiker recht behalten, dass dieses Gesetz seinen Zielen nicht gerecht wird und die Qualität in unseren Kindertagesstätten nicht anhebt, sondern dass es auf Kosten der Qualität lediglich die Quantität anhebt und die Flexibilität für die Eltern eher verringert, anstatt sie zu verbessern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU spricht Frau Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner³⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine kleine Vorbemerkung: Ich habe mich gefragt, warum wir zwischen fünf Tagesordnungspunkten zum Thema Klima über das KiBiz diskutieren. Das habe ich nicht verstanden, warum dieses Thema dazwischen gepresst wird.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das werden wir noch öfters tun! – Minister Armin Laschet: Das ist heiße Luft von Frau Asch!)

– Ach, die heiße Luft. Das ist natürlich richtig. Auf diese Idee bin ich nicht so schnell gekommen.

Frau Asch, in der Begründung, warum Sie eine Evaluation wollen, haben Sie etwas zutage gebracht, was für mich neu war. Sie möchten eine wissenschaftliche Evaluation, und zwar groß, breit, weit gefächert und teuer, weil Sie sich davon erhoffen, dass Sie recht bekommen. Wissenschaftliche Evaluationen machen nur dann Sinn, wenn man sich um das Thema sachgerecht kümmert und wenn es um Wirkungen und die Qualität geht. Sie haben das hier ausdrücklich anders dargestellt. Ich frage mich ernsthaft, ob wir mit den Beispielen, die Sie hier vortragen, immer richtig liegen. Ich kenne andere Beispiele und vor allem eine ganze Reihe von Jugendamtsleitern,

die mit sehr viel Ruhe, aber auch mit sehr viel Spannung das Gesetz umsetzen.

Im Gesetz gibt es eine Klausel, nach der das Ganze im Jahre 2011 auf den Prüfstand gestellt wird. Das ist mit den Trägern, den Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kirchen vereinbart worden. Es wird eine Revision stattfinden, die die Entwicklung der bedarfsgerechten Angebotsstruktur, die Gesamtfinanzierung möglicher Folgen auf die Trägerstruktur, die Auskömmlichkeit der Pauschalen und den Verwaltungsaufwand berücksichtigt. In drei Jahren wird also das Gesetz reflektiert. Dies halte ich für vollkommen ausreichend.

Ich finde es sinnvoll, wenn die Einrichtungen und alle, die an dem Gesetz beteiligt sind, erst einmal versuchen, das Gesetz umzusetzen. Sicherlich wird es noch die eine oder andere Frage geben. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass es die von Ihnen beschriebene Skepsis gibt. Heute Morgen hat Frau Beer angeführt, dass es in Bielefeld bezüglich der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen zu großen Verschiebungen gekommen ist.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: 30 %!)

Ich kann Ihnen nur sagen: In Münster sieht das völlig anders aus. Es gibt nicht einen Piep und einen Ton dazu. Das Gleiche gilt für das Kinderbildungsgesetz, und zwar für viele, viele Kommunen in unserem Land. Ich darf als Beweis dafür die „Westfalenpost“ vom 11. Januar zitieren. Unter dem Titel „Zwischen Frust und Vorfreude“ konnte man nachlesen:

„Wir geben dem Ganzen definitiv eine Chance. Die Akzeptanz bei den Eltern ist gut.“

So eine Kindergartenleiterin in Hagen. – Das stelle ich auch fest. Wir haben eine unterschiedliche Ausführung im ganzen Land. Aber das wird sich geben. Ich denke, das muss sich erst einmal setzen. Wir sollten da wirklich die Zeit geben, die die Erzieherinnen, aber auch die Leitungen und Einrichtungen selbst brauchen.

Es ist an der Zeit, endlich die parlamentarischen Scheingefechte über das KiBiz beiseitezulegen und dem Ganzen wirklich eine Chance zu geben. Es wird nicht dadurch besser, dass wir im Rahmen jeder Plenarsitzungswoche über das KiBiz diskutieren. Es ist beschlossen, und wir werden es weiter umsetzen und im Jahr 2011 gucken, was daraus geworden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Schneppe.

Petra Schneppe (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer in die Zukunft investieren will, muss bei den Kindern beginnen. Das ist unstrittig. Ein neues Gesetz, nach dem Motto „Neue Besen kehren gut“, musste her, das die Eltern entlastet, die Qualität der Betreuung und Bildung erhöht und neue Plätze für Kleinkinder schafft.

(Beifall von der CDU)

– Ja, Moment! KiBiz, meine Damen und Herren, hält bekanntlich keines dieser Versprechen.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Und noch schlimmer: Den meisten Betreuungseinrichtungen bleibt durch KiBiz weniger Geld und weniger Personal. Bewältigen müssen sie damit aber immer mehr Aufgaben. In diesem Jahr kommen noch rund 34.000 Kinder unter drei Jahren hinzu. Mehr als „sauber, satt und trocken“ wird es für sie nicht geben. Wo, bitte schön, bleiben dann noch frühkindliche Bildung und gute Betreuung?

Ich fasse einmal zusammen: KiBiz ist auch nach fast zweijähriger Beratung kein Bildungsgesetz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

KiBiz ist ein Spargesetz. KiBiz baut Personal ab und macht Planung unmöglich. KiBiz schafft große Gruppen und bedroht kleine Einrichtungen. KiBiz führt zu höheren Elternbeiträgen und ist nichts für Vollzeitbeschäftigte. Kurzum: KiBiz nutzt nicht – es schadet.

Darüber, dass Herr Minister Laschet das KiBiz als das – ich darf zitieren – „modernste Kindergarten-gesetz in Deutschland“ bezeichnet,

(Minister Armin Laschet: So ist es!)

könnte man fast lachen.

(Minister Armin Laschet: Warum das denn?)

Da sind uns einige Länder doch weit voraus, die das dritte Kindergartenjahr bereits beitragsfrei halten oder es zumindest planen.

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

– Sie sind ja gleich dran, Herr Minister. – Darüber hinaus wird der Eindruck erweckt, dass die Sprachförderung in NRW neu sei. Neu ist lediglich der landesweite Test für alle vierjährigen Kinder. Von „modern“ kann also wirklich nicht die Rede sein.

(Bernhard Recker [CDU]: Mein Gott!)

In Anbetracht all dieser berechtigten Kritikpunkte bleibt einem das Lachen schnell im Hals stecken, meine Damen und Herren. Denn KiBiz wird seinem Namen in keinster Weise gerecht. Im Kinderbildungsgesetz finden sich überhaupt keine Vorschläge zur Förderung der musischen, sozialen, emotionalen oder motorischen Entwicklung.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt auch nicht!)

Allein die Sprachförderung wird erwähnt.

Ein gutes Betreuungsgesetz muss den Anspruch auf bestmögliche Förderung aller Kinder verwirklichen. Das bedeutet nicht nur mehr Quantität, sondern viel mehr Qualität. Das bedeutet auch, dass wissenschaftlich valide Daten erforderlich sind. Die Berichtspflicht allein sagt noch nichts über das Erreichen zentraler Ziele des Kinderbildungsgesetzes aus.

Wie verändert sich die Lebenslage der Kinder durch die Neuregelung? Wie entwickeln sich der Sprachstand der Kinder und die Qualität der Einrichtungen? Zeigen die eingerichteten Familienzentren Wirkung? Alle diese Fragen lassen nur einen Schluss zu: Dass eine Übergangszeit bei der Umsetzung des KiBiz fehlt, ist kontraproduktiv.

Apropos kontraproduktiv: Bereits bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs wurden die Beschäftigten und Elternvertretungen außen vor gelassen, Herr Minister. Auch jetzt sollen deren Erfahrungen und Erkenntnisse nicht einbezogen werden.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht! Was ist denn mit dem VBE?)

Was wir brauchen, ist eine wissenschaftlich unabhängige Wirksamkeitsstudie, und zwar in kurzen Abständen, um möglichst zeitnah die Auswirkungen der Neuregelungen feststellen zu können. Nur dann können etwaige Korrekturen vorgenommen werden. Diese Korrekturen sind doch wohl das Mindeste, was wir für unsere Kinder nach diesem kinder- und familienpolitischen Totalschaden KiBiz noch tun können, meine Damen und Herren.

Dem grundsätzlichen Anliegen des Antrags auf eine gründliche wissenschaftliche Evaluation des Kinderbildungsgesetzes folgen wir also. Deshalb lehnen wir die Beschlussempfehlung ab. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneppe. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist keine Frage, dass Gesetze auf ihre Wirkung untersucht werden müssen.

Wir haben bei diesem Kinderbildungsgesetz in den Gesetzestext deshalb ausdrücklich mit aufgenommen, dass sich das Kinderbildungsgesetz spätestens im Jahr 2011 einer grundlegenden Überprüfung unterziehen müssen. Wir haben sogar die Kriterien benannt, die in die Berichtspflicht über die realisierten Ziele mit einfließen sollen. Da geht es um die bedarfsgerechte Angebotsstruktur,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

die Gesamtfinanzierung, die Auskömmlichkeit der Pauschalen, die Auswirkungen auf die Trägerlandschaft sowie um den Verwaltungsaufwand.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das haben Sie alles schon einmal aufgezählt!)

Ich füge hinzu: Auch die Kirchen werden mit ihrem Engagement ein Aspekt einer Überprüfung des Kinderbildungsgesetzes im Jahr 2011 sein.

Insofern ist der Antrag der Grünen überflüssig. Er geht ferner von falschen Tatsachen aus. Er ist aber vor allen Dingen, liebe Frau Asch, völlig unglaubwürdig.

(Beifall von der FDP)

Er ist völlig unglaubwürdig, wenn man ihn an Ihrem eigenen Handeln zu Regierungszeiten misst. Ich werde das gleich noch ausführen.

Zum einen geht er von falschen Tatsachen aus, wie ich gesagt habe. Ihre Behauptung, bei den Vorarbeiten zum Kinderbildungsgesetz seien die Beteiligten nicht einbezogen worden, ist falsch. Das genaue Gegenteil ist richtig.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir hatten nie ein so transparentes und breites Verfahren. Jetzt kann man kritisieren, dass noch nicht alle, die sich in der Fachöffentlichkeit dazu geäußert haben, einbezogen worden sind,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

aber so viele wie hier sind niemals einbezogen worden.

(Gerda Kieninger [SPD]: Die Begeisterungsdemonstration!)

Das will ich gerne mit einem Zitat einer grünen Kollegin von Ihnen belegen. Ute Koczy – das war die damalige jugendpolitische Sprecherin der Grünen – hat im Rahmen eines Debattenbeitrags zur GTK-Reform 1998 gesagt: Selbst wir Grüne waren in den Beratungsprozess nicht einbezogen. – Und das ist die andere Qualität. Es waren die Fraktionen einbezogen, es waren die Träger einbezogen, es waren die Kommunen einbezogen. Deshalb hat dieses Gesetz eine solide Grundlage, die auch legitimiert ist.

Es ist zum anderen bemerkenswert – das macht die Unglaubwürdigkeit Ihrer Initiative aus –, dass Sie eine umfassende Begleitstudie fordern, obwohl Sie selbst bei vergleichbaren Vorhaben in der Vergangenheit solche Evaluationen eben nicht vorgenommen haben, nicht dafür plädiert haben.

Liebe Frau Beer, wie war das denn bei der Offenen Ganztagschule? Bei der Offenen Ganztagschule haben Sie eine Begleitstudie in Auftrag gegeben, in der lediglich 24 OGATA, die von Ihnen handverlesen worden sind, evaluiert wurden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Was war das denn für ein objektives Verfahren? Wie war das denn bei den Erprobungsmaßnahmen nach § 18 GTK? Die sind bis heute nicht ausgewertet worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Bis heute liegen die Erhebungsbögen bei den Landesjugendämtern. Frau Asch, Sie sind doch die „Ober-Landschaftspolitikerin“. Kümmern Sie sich doch in Ihrem Landschaftsverband einmal darum, dass diese Bögen ausgewertet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden! Da führen Sie nicht das große Wort. Hier führen Sie das große Wort. Sie sollten sich da, so meine ich, etwas stärker an Ihre Vergangenheit erinnern.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Nicht zuletzt haben wir durch den Prozess Familienzentren gezeigt, dass wir externe Evaluation und externen Ratschlag hoch schätzen. Da gibt es eine externe Begutachtung der Einrichtungen. Wir haben als Freie Demokraten in der Vergangenheit immer angeregt, dass über die Familienzentren hinaus auszudehnen. Ich bin sehr dafür, dass wir nicht nur ein Qualitätssiegel „Familienzentren NRW“ bekommen, sondern dass wir auch für alle anderen Kindertageseinrichtungen ein Qualitätssiegel „Kindertageseinrichtung NRW“ etablieren, das ebenfalls interne mit externer Evaluation verbindet. Ich bin mir sicher, dass wir das

in den nächsten Jahren werden realisieren können.

(Unruhe – Glocke)

– Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich komme zum Schluss: Dieser Antrag dient ausschließlich und wieder dem Zweck, dass KiBiz hier zu thematisieren. Anstatt die parlamentarischen Entscheidungen zu akzeptieren, wollen Sie eine weitere Gelegenheit nutzen, Ängste in der Bevölkerung zu schüren und Unwahres zu verbreiten. Das untermauert im Übrigen auch die von Ihnen beantragte Anhörung zu dieser technischen Anpassung im GTK. Auch da geht es ausschließlich darum, Ihr kleines parteipolitisches Süppchen zu kochen. Dieses Süppchen schmeckt den Menschen in diesem Land aber schon lange nicht mehr. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Kinderbildungsgesetz, das am 1. August 2008 in Kraft treten wird, erhalten die Kinder in Nordrhein-Westfalen bessere Bildungschancen. Zugleich schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren sind und mehr Eltern ihren Kinderwunsch realisieren können.

(Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

Nicht zuletzt werden zukünftig alle wichtigen Entscheidungen über das Betreuungsangebot, Herr Kollege Killewald, dort getroffen, wo die Kinder, Familien und Eltern leben, nämlich in den Kommunen. Und das betrifft allein in Nordrhein-Westfalen rund 300.000 Mütter, die gerne wieder ins Berufsleben einsteigen würden, wenn die Rahmenbedingen es denn ermöglichen würden.

Mit dem Kinderbildungsgesetz schaffen wir die Voraussetzungen für einen massiven Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen. Wir verbessern die Chance, dass auch Frauen in Nordrhein-Westfalen stärker vom Aufschwung auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt profitieren können.

Aber der eigentliche Maßstab des Kinderbildungsgesetzes sind die Kinder und das, was der Landtag in seiner Sitzung vom 25. Oktober 2007

beschlossen hat, nämlich eine erweiterte Berichtspflicht. Das steht bereits in § 28 des KiBiz: erweiterte Berichtspflicht. Was heißt das? Das heißt, dass die Landesregierung verpflichtet ist, bis zum 31. Dezember 2011 über die Wirkungen des Gesetzes zu berichten. Und das ist zusammen mit den Partnern, mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Kirchen, so überlegt worden.

Es geht um folgende Fragen: Haben wir ein Angebot, das dem Bedarf der Eltern und ihrer Kinder in Nordrhein-Westfalen gerecht wird? Liebe Frau Asch, wenn diese Frage, ob wir ein Angebot haben, das den Interessen der Kinder und Eltern gerecht wird, je in Ihrer Regierungszeit unter dem GTK gestellt worden wäre, dann hätte man sie damals mit einem klaren Nein beantworten müssen. Wir konnten nämlich nur 2,8 % der Eltern Plätze für unter Dreijährige anbieten. Nur Sie haben sich nie dieser Frage gestellt, auf die Sie jetzt von uns eine Antwort erwarten. Wir stellen uns dem und lassen uns Jahr für Jahr an den Zahlen, an der Qualität und daran messen, was sich in diesem Land verbessert hat.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

Ich freue mich über jede dieser Debatten, weil wir schon am Ende des Jahres 34.000 U-3-Plätze haben. Ich denke, ab Mitte des Jahres ändern sich die Fronten hier. Dann wird nämlich ein Teil des Hauses Sitzung für Sitzung das Thema KiBiz beantragen, weil wir dann Bilanz ziehen und unsere Erfolge abfeiern werden.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Im Moment gibt es nichts zu feiern!)

Weitere Fragen, die wir im Jahre 2011 beantwortet werden, betreffen die Pauschalen, die Gesamtkostenentwicklung, die Struktur der Träger und den Verwaltungsaufwand. Das sind aus meiner Sicht auch die entscheidenden Fragen, die hier untersucht werden sollen. Wir brauchen deshalb keine zweite Evaluierung.

Ich möchte noch auf eine Bemerkung von Frau Kollegin Schneppe eingehen. Frau Kollegin, wir haben uns bisher wenig über diese Fragen ausgetauscht. Ich will Ihnen nun an mindestens drei Stellen nachweisen, dass Ihre Rede leider nicht von dem hohen Maße an Sachkunde geprägt war, das ansonsten die Beiträge von Frau Asch auszeichnet.

(Zurufe von CDU und GRÜNEN)

Frau Schneppe, Sie haben erstens gesagt, Sprachförderung habe es auch schon beim alten Gesetz gegeben. Das ist in der Tat richtig. Nur, das alte Gesetz umfasste 7 Millionen €, jetzt sind es 28 Millionen €. Das ist der erste Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Der zweite Unterschied: Sie haben Sprachförderung in Crash-Kursen gemacht. Wir fangen im 4. Lebensjahr für zwei Jahre systematisch an, um Kinder früher zu erreichen.

(Beifall von der CDU)

Dritter Unterschied: Sie haben Sprachförderung nur bei den Kindern gemacht, die im Kindergarten sind. Das Schulgesetz verpflichtet aber jedes Kind, einen Sprachtest zu machen. Das müssen wir erreichen. Das ist der große Unterschied.

Zweitens haben Sie gesagt, die musischen, kognitiven und anderen Fähigkeiten seien in diesem Gesetz nicht aufgegriffen, und deshalb stelle es hinsichtlich der Qualität kein anspruchsvolles Kindergartenengesetz in Deutschland dar.

Ich lese Ihnen einmal aus der Begründung vor, was wir unter dem Bildungsauftrag, der im Gesetz normiert ist, verstehen. Dort heißt es:

„Zum pädagogischen Konzept gehört auch, dass das Kind neben der Aneignung von Wissen und Fertigkeiten in allen seinen möglichen vor allem in den sensorischen, motorischen, emotionalen, ästhetischen, kognitiven, sprachlichen sowie mathematischen und naturwissenschaftlichen und künstlerischen Entwicklungsbereichen individuell begleitet ... wird.“

(Beifall von der CDU)

Das ist der Qualitätssprung. Das gab es bisher nicht. Weil das Gesetz das Kindprinzip verfolgt, guckt es eben auf das einzelne Kind und nicht auf eine bürokratische Struktur, wie das im GTK der Fall war.

Zum Dritten haben Sie gesagt, es sei deshalb nicht modern, weil wir keine Beitragsfreiheit vorsähen. Gut, dann messen wir Modernität an der Beitragsfreiheit; das kann man durchaus machen. Da kann ich Ihnen sagen: KiBiz ermöglicht, dass Kommunen individuelle Lösungen finden. Und meine Kommune – nebenbei: Rot-Grün regiert die Stadt Aachen – legt 2,5 Millionen € drauf, um das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu lassen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Dafür haben Sie jetzt großen Beifall von der CDU bekommen!)

Das ist eine kluge Entscheidung der Kollegen in Aachen. Ich würde mir wünschen, dass Frau Kollegin Asch, die ja aus Köln kommt, dem Antrag der CDU in Köln zustimmen und dass die rot-grüne Regierung in Köln diese Leistung nicht blockieren würde.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Haben Sie das mal mit dem Regierungspräsidenten besprochen, Herr Laschet? – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Möglichkeit haben Sie, aber leider tun Sie es in Köln nicht.

(Norbert Killewald [SPD]: Fragen Sie mal Herrn Wolf! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, Ihre Redezeit ist eigentlich um. Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Hendricks.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Die Lage in Köln ist die gleiche wie in Aachen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, würden Sie die Zwischenfrage gerne noch zulassen?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. – Frau Hendricks, bitte schön.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Minister Laschet, Sie haben gerade sehr deutlich ausgeführt, dass es eben sehr unterschiedliche Ausgangslagen in den Kommunen gibt. Wie bewerten Sie denn die unterschiedlichen Ausgangslagen im Hinblick auf die Möglichkeit der Förderung von Kindern und Jugendlichen, wenn die Kommunen unterschiedlich viel Geld in die Hand nehmen? Denn dann bestehen in der Stadt Gelsenkirchen, in der Stadt Köln, in der Stadt Bonn und in der Stadt Aachen ja völlig unterschiedliche Fördermöglichkeiten.

(Ralf Witzel [FDP]: Günstiger als in Niedersachsen!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Also, als Erstes würde ich jeder Kommune ...

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

– Liebe Frau Hendricks, Sie bleiben uns ja noch lange hier erhalten. Deshalb freue ich mich, dass wir die Debatte jetzt auch führen können.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber ob Sie uns noch lange erhalten bleiben, steht in den Sternen! Da arbeiten Sie gerade dran!)

– Dass Ihnen das nicht gefällt, weiß ich. Am Erfolg am Ende ist immer etwas, was eine Opposition ärgert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn es denn ein Erfolg ist! – Zuruf von Helga Gießelmann [SPD])

Ich würde mich freuen, wenn Sie im Interesse der Kinder zum Erfolg Ja sagen und ihn nicht schlechtreden würden.

(Beifall von der CDU)

Jetzt möchte ich aber die Frage der Frau Kollegin Hendricks beantworten.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Frau Kollegin Hendricks, es gibt im Lande sehr unterschiedliche Situationen. Ich habe es einmal für Aachen beschrieben, weil Aachen keine reiche Kommune ist, aber trotzdem den Schwerpunkt setzt. Ich kann Ihnen beispielsweise auch den Kreis Recklinghausen nennen, der für alle Gemeinden sehr innovativ ein gemeinsames Konzept erarbeitet hat. Auf unterschiedliche Lagen einzugehen ermöglicht KiBiz.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber da haben Sie noch nicht hingeguckt!)

Sie müssen im Moment auch einmal die Lokalzeitungen lesen. Dann werden Sie sehen, wie innovativ die Räte vor Ort die Möglichkeiten dieses neuen Gesetzes nutzen und wie viele Eltern sagen: Jetzt merken wir erst, welche Chancen wir haben. – Sie sind nämlich durch Sie verunsichert worden.

(Beifall von der CDU)

Insofern werden Sie im Moment durch die Praxis vor Ort eingeholt. Das Gesetz wird ein Erfolg. Die Menschen merken, dass sie mehr Möglichkeiten haben, dass mehr individuelle Förderung möglich ist. Deshalb freue ich mich auf jede weitere KiBiz-Debatte in diesem Hause.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Hört sich an wie ein Stoßgebet! – Helga Gießelmann [SPD]: Träumen Sie weiter! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5979**, den Antrag Drucksache 14/5571 abzulehnen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – CDU und FDP. Wer ist gegen diese Empfehlung? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir kommen zu:

10 Innovationen für Klimaschutz und Arbeitsplätze fördern – Architekturausbildung reformieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6001

Ich eröffne die Beratung und erteile der antragstellenden Fraktion das Wort. Es spricht Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der vollmundigen Erklärungen der Landesregierung zum Klimaschutz muss man sich manchmal fragen, nein: man muss sich eigentlich immer wieder fragen, wie diese mit der Realpolitik zusammenpassen,

(Unruhe)

wenn zum Beispiel Minister Pinkwart für sich beansprucht, Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland Nummer eins zu machen und eine verantwortliche Energiepolitik ganz oben ansiedelt, gleichzeitig aber vergisst, dabei eine wichtige Zielgruppe an unseren Hochschulen zu berücksichtigen:

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

die Architektinnen und Architekten. Dabei wissen wir alle, dass Architektinnen und Architekten Häuser bauen, deren Energieverbrauch für die nächsten Jahrzehnte festgeschrieben ist. Die Inhalte, die heute an den Hochschulen gelehrt werden, sind daher Grundlage für den langfristigen Energieverbrauch des Wohnbestandes.

Um nicht noch zusätzliche Klimaaftlasten zu verursachen, müssen Architektinnen und Architekten in Bezug auf energieeffizientes Bauen umfassend ausgebildet werden. Wenn wir nun aber einen Blick auf die Ausbildungsgänge an den Universitä-

ten und Fachhochschulen werfen, so zeigt sich hier ein recht unterschiedliches Bild. Insgesamt muss man sogar feststellen, dass die energetische Optimierung von Gebäuden bei Weitem nicht hinreichend in allen Architekturstudiengängen verankert ist.

Während die Studierenden an einigen Hochschulen in Pflichtveranstaltungen mit Konzepten von Niedrigenergie- oder Passivhäusern, mit klimagerechter Architektur oder erneuerbaren Energien vertraut gemacht werden, fehlen solche Inhalte an anderen Hochschulen ganz oder werden nur in freiwilligen Veranstaltungen vermittelt.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die für den Klimaschutz notwendige Vernetzung der Architektur mit verwandten Disziplinen wie dem Bauingenieurwesen oder dem Städtebau an den einzelnen Hochschulen sehr unterschiedlich ist. Es liegt auf der Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dies nicht ausreicht, um unsere Architekturstudierenden angemessen auf die Herausforderungen des zukünftigen Arbeitsmarktes vorzubereiten. Und ich möchte anmerken, dass, wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Reform des Architekturstudiums nicht aktiv befördern, wir bei den Zielen des Klimaschutzes bald weit zurückliegen werden gegenüber Hochschulen in anderen Bundesländern wie der TU Darmstadt.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, die energetische Optimierung von Gebäuden, die klimagerechte Architektur sowie die erneuerbaren Energien stärker in der Architekturausbildung zu etablieren. Trotz Hochschulfreiheitsgesetz hat der Wissenschaftsminister in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, mit den Hochschulen Zielvereinbarungen abzuschließen, zum Beispiel auf die Schaffung von entsprechenden Schwerpunktprofessoren hinzuwirken und nicht zuletzt die Hochschulen bei der inhaltlichen und strukturellen Reform ihres Studienangebotes zu unterstützen.

Nicht zuletzt ist auch der Aspekt der Fort- und Weiterbildung ein wichtiger Faktor für bereits ausgebildete Architekt/-innen und ausgebildete Bauingenieure. Energieeffizientes Bauen und klimagerechte Architektur müssen deshalb Pflichtbestandteil in allen Aus- und Fortbildungsangeboten für die baurelevanten Berufe werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die anstehende Novellierung des Baukammergesetzes, das diesem Landtag bald vorgelegt wird, bietet hierfür eine gute Grundlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns als Land – damit komme ich auf den Anfang zurück –

das strategische Ziel des Klimaschutzes auf die Fahne schreiben, dann muss dies auch praktische Konsequenzen haben. Mit unserem Antrag wollen wir deshalb den Wissenschafts- und Innovationsminister auffordern, sich einen wichtigen klimaschutzrelevanten Baustein vorzunehmen und das Architekturstudium dahingehend zu reformieren. Denn es sind insbesondere die Hochschulen und die Wissenschaftseinrichtungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in denen die Klimaprofis von morgen ausgebildet werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Hachen.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der auch aus unserer Sicht immens wichtigen Zukunftsfrage einer Klima- und Effizienzstrategie haben wir uns im Verlauf dieses Nachmittags in diesem Haus bereits mehrfach befasst. Es ist sicherlich nicht grundsätzlich verboten, dass Sie von Bündnis 90/Die Grünen aus dieser Großen Anfrage, die Sie gestellt haben, einen Antrag machen. Ich will mich hier aber kurz fassen.

Innovationen für Klimaschutz sind im Rahmen der Architekturausbildung lediglich ein Thema unter vielen anderen, die über die Arbeitsmarktchancen junger Architekten entscheiden. Die Ausbildung muss zentral die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes als Ganzes im Blick haben, um den jährlich ca. 6.000 Absolventen bessere Berufsperspektiven zu geben, als sie sie zurzeit haben.

Längst suchen die Architektenkammern in eigenen Gutachten nach neuen Aufgabenfeldern, um die Chancen für den Nachwuchs zu verbessern. Neben der Energieberatung und dem energieeffizienten Bauen, das Sie durch Ihren Antrag mittels Zielvereinbarungen verpflichtend – betone ich: verpflichtend – in die Studiengänge implementieren wollen, werden zum Beispiel auch Sachverständigentätigkeiten, Spezialisierungen auf bestimmte Felder oder die Betreuung von Gebäuden als Berufsfelder benannt, in denen Architekten zukünftig ausgebildet werden sollten.

Zwangsmaßnahmen in die eine oder andere Richtung halten wir nicht für angebracht und auch nicht für hilfreich. Bevor man Einzelaspekte als verpflichtend festschreibt, sollte man die Gesamtsituation des Berufsfeldes, für das dann ausgebildet wird, angemessen reflektiert haben. Dies jedoch ist ureigene Aufgabe der Hochschulen selbst. Sie sollten nach unserer Auffassung die

Möglichkeit haben, auch zu im Detail unterschiedlich profilierten Studiengängen mit verschiedenen Schwerpunkten zu kommen. Im Unterschied zu Ihnen wollen wir Detailregelungen deshalb vermeiden.

Über die Möglichkeiten der Beratung oder der Unterstützung für die Gestaltung von Studiengängen sollte man aber durchaus miteinander reden. Das werden wir dann in der Beratung im Ausschuss noch ausreichend tun können. Darauf freue ich mich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hachen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Stinka das Wort.

André Stinka¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 5. Dezember 2007 hat in einem angenehm temperierten Kabinettsaal des Bundeskanzleramtes die Bundesregierung Maßnahmen zum integrierten Energie- und Klimaprogramm beschlossen.

Die nackten Zahlen, zum Beispiel die gerade wieder diskutierten Treibhausgasreduzierungen um 31 Millionen t bis 2020 bei der Gebäudesanierung, stellen für uns in Nordrhein-Westfalen, dem Energieland Nummer eins, eine große Herausforderung und eine Riesenchance dar. Hier in NRW können wir beweisen, dass Klimaschutz nicht wachstumsfeindlich sein muss, sondern neue Perspektiven für eine moderne Industrie- und Standortpolitik eröffnet. Wer, wenn nicht wir, Kolleginnen und Kollegen, kann diese Aufgabe besser schultern?

Neben den klimapolitischen und industriepolitischen Bedeutungen dieser Sanierung gerade bei den alten Gebäuden in unserem Bundesland ist für uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen natürlich insbesondere die soziale Frage einer modernen Energiepolitik von entscheidender Bedeutung.

(Beifall von der SPD)

Unser Ziel ist, dass sich jeder eine bezahlbare, warme und den neuen Energiestandards entsprechende Wohnung leisten kann. Das ist für uns ein wichtiger Aspekt für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Kolleginnen und Kollegen, diese Anforderung muss jedoch mit Leben gefüllt werden. Gut gemeinte Gesetze und Verordnungen müssen auch gut gemacht werden, sonst bewirken sie nichts.

Die Praxis entscheidet hierüber. Deshalb müssen die im Antrag angesprochenen Architekten mit ihrem Wissen dafür sorgen, dass es so kommt, wie die Politik es gemeinsam beschlossen hat.

Ich will nur die Beispiele optimale Dämmung und Nutzung von regenerativen Heizsystemen nennen. Das sind Technologien, die für ein modernes und zukunftsfähiges Wohnen stehen.

Darüber hinaus verfügen die Architekten, die auch Baumeister genannt werden, über Erkenntnisse zur Sanierung alter Bausubstanz. Denn hierin liegt, wie ich gerade schon ausgeführt habe, ein großer Beitrag zur Energieeinsparung.

Wie Sie bis jetzt erkennen konnten, teilen wir die theoretischen Ansätze im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind ohne Zweifel zutreffend. Zweifel haben wir Sozialdemokraten allerdings, ob es klug ist, hier alleine den Weg über Zielvereinbarungen zu gehen. Studieninhalte und Professorenstellen darüber zu bestimmen – das allein wird nicht ausreichen, Kolleginnen und Kollegen.

Von der Landesseite brauchen wir zuerst ein Gesamtkonzept für den wichtigen Bereich Forschung und Lehre und nicht nur für den separaten Bereich der Architektur. Hier müssen wir allerdings eines leisten: Es müssen Anreize gesetzt werden. Das bedeutet, dass wir Geld in die Hand nehmen müssen, und zwar eine beträchtliche Summe, die mit Bedacht ausgegeben werden muss.

In Bezug auf die Hochschulpolitik müssen wir momentan feststellen, dass die Landesregierung mit dem Modell der Zielvereinbarungen gerade beim Hochschulpakt 2020 scheitert.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Was?)

Trauben muss man eben doch hoch hängen und nicht auf den Boden werfen.

(Christian Lindner [FDP]: Quatsch!)

Deswegen sage ich: Weniger Verordnungen und mehr Anreize sind notwendig. Der von Ihnen in dieser Form vorgeschlagene Weg wird ansonsten innerhalb der Hochschulen auf wenig Gegenliebe stoßen. Der Ansatz ist ja – wie deutlich ausgeführt – richtig.

Im Übrigen werden Energiefragen bereits jetzt standardisiert an Hochschulen behandelt. Insofern muss man überlegen, ob wir im Ausschuss und bei der Beratung nicht gezielt Kontakte zu den entsprechenden Akteuren an Hochschulen suchen, um die Akzeptanz breit zu streuen.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns schon jetzt auf die spannenden, notwendigen und hoffentlich mit Erfolg gesegneten Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat schon gezeigt, Frau Seidl, dass sich der Ansatz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in diesem Haus zunächst einmal nicht einer breiten Unterstützung sicher sein kann. Das ist in der Debatte zu Recht zutage getreten; denn wir sind in der Vergangenheit gut damit gefahren, auch die universitäre Ausbildung im engen Dialog mit Wirtschaft und Hochschulen zu gestalten und eben nicht politisch Einfluss auf Ausbildungsinhalte zu nehmen.

Es ist deshalb richtig gewesen, weil Ausbildung immer auch für den Markt erfolgt und wir nicht am Markt vorbei durch politische Einflussnahme Ausbildungsinhalte vorgeben, die am Ende keine Nachfrage erfahren. Der Staat ist eben nicht allwissend. Der Staat kann Entwicklungen nicht vorwegnehmen. Der Staat kann moderieren und Rahmenbedingungen geben, aber er sollte nicht in Entscheidungen eingreifen, die von Praktikern besser getroffen werden können als von Beamten.

Wir sollten also Studierenden, Studienbewerbern die Freiheit lassen, sich für einen Ausbildungsgang zu entscheiden, und wir sollten den Hochschulen weiter die Freiheit einräumen, Ausbildungen im Dialog mit Fachöffentlichkeit und Wissenschaft einerseits sowie Unternehmen und Wirtschaft andererseits auszugestalten.

Zweifelsohne ist die Klimapolitik eine zentrale Herausforderung für alle Gesellschaften. Wenn ich sage, dass wir seitens des Landes diesen Aspekt nicht speziell in der Ausbildung für Architekten berücksichtigen sollten, so glaube ich doch, dass er sich als ein Schwerpunkt kraft Natur der Sache in geeigneter Weise herausbilden wird. Das hängt auch damit zusammen, dass die Kosten für Energie und Wärme in den nächsten Jahren steigen werden. Das wird über den Markt Anreize setzen für alle Eigentümer und auch für all diejenigen, die Eigentum erwerben wollen, sich um Klimafreundlichkeit zu bemühen.

Hinter Ihrem Ansatz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, steht ja eigentlich noch etwas anderes: Sie wollen in Wahrheit ein flächendeckendes Pro-

gramm haben, dass das gesamte Wohneigentum, dass alle Gebäude umgerüstet werden, dass überall die Isolation, die Klimateffizienz verbessert wird – mit teuren Programmen. Bei aller Sympathie für das Ziel dürfen wir aber eines nicht vergessen: Sie würden mit der damit verbundenen Verteuerung von Wohneigentum für viele Menschen den Weg zum Eigentum verbauen. Dann hätten wir wirklich irgendwann Volkseigentum und nicht mehr das Volk von Eigentümern, für das wir streiten wollen.

(Beifall von der FDP)

Auf diesem Weg werden wir Ihnen deshalb nicht folgen. Auch wenn heute nur eine zaghafte Andeutung von Ihnen in dieser Hinsicht unternommen worden ist: Wir werden diesen politischen Ansatz insgesamt nicht unterstützen – bei aller Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass wir auch im Klimawandel wirtschaftlich effizient Ökologie schonen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Wolf in Vertretung von Herrn Minister Pinkwart. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst eine grundsätzliche Anmerkung: Ich stimme mit Ihnen überein: Der Klimawandel und die steigenden Energiekosten gehören zu den größten Herausforderungen der heutigen Gesellschaft. Diese Herausforderungen können wir nur erfolgreich angehen, wenn wir das Innovationspotenzial dieses Forschungs- und Technologiefeldes ausschöpfen. Dabei spielt auch die Hochschulausbildung eine wichtige Rolle – hier die Ausbildung der nächsten Generation von Architektinnen und Architekten, aber auch die verwandter Berufsgruppen.

Wir allerdings – das ist in den letzten zweieinhalb Jahren sehr deutlich geworden – trauen anders als Sie den Hochschulen zu, dass sie in der Lage sind, selber zu entscheiden, was für sie der optimale Weg zur Profilbildung, zur Forschungsexzellenz und zu einer qualitativ hochwertigen Lehre und Ausbildung ist. Das gilt auch und gerade für die Architekturausbildung an unseren Hochschulen.

Zum Zweiten: Die Landesregierung ist nicht der Meinung, dass ein heterogenes Bild der Architekturstudiengänge an den Universitäten und Fach-

hochschulen in Nordrhein-Westfalen ein Grund zur Klage ist. Im Gegenteil: Deutschland hat sich bewusst von den früheren Rahmenprüfungsordnungen verabschiedet, weil sie starr und unflexibel waren und gerade verhinderten, dass Hochschulen schnell und flexibel innovative Studiengänge entwickeln und die Curricula an neue wissenschaftliche Erkenntnisse, gesellschaftliche Bedarfe und die Berufspraxis anpassen können.

Positiv wirkt sich nun die Umstellung der Studiengänge auf die Bachelor- und Masterstruktur aus; denn ihr Ziel ist ja gerade der Wandel hin zu einer stärker an den gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichteten akademischen Ausbildung, die verstärkt die Interessen der Studierenden und der Berufspraxis berücksichtigt.

Gerade wenn wir uns ein so wichtiges Thema wie den Klimaschutz anschauen und uns mit der Frage auseinandersetzen, wie neue Erkenntnisse in die Praxis auch des Bauens und Wohnens gelangen, dann muss die Antwort doch lauten: Wir brauchen akademische Fachkräfte auf unterschiedlichem Niveau. Wir brauchen akademische Generalisten und Spezialisten. Wir müssen uns zum lebenslangen Lernen bekennen und hier für geeignete Strukturen sorgen. Genau das ist das Ziel der Umstellung auf die Bachelor-Master-Struktur.

Im Übrigen gehören die Themen Energieeinsparung und Klimaschutz bei der Planung von Gebäuden längst zum anerkannten Kernbestand des Wissens, das Architekten und verwandte Berufsgruppen heutzutage beherrschen müssen. Herr Lindner hat ja gerade darauf hingewiesen, dass es sich dabei auch um eine ökonomische Vernunftsentscheidung handelt, die heute jeder Bauherr mit ins Kalkül ziehen muss. Deswegen fordert er das Wissen darüber auch von seinem Architekten bzw. seiner Architektin ein – zumal es hier um Anforderungen geht, deren Beachtung in Gesetzen des Bundes zwingend vorgeschrieben ist.

Selbstverständlich werden in der Ausbildung die einschlägigen baurechtlichen und technischen Bestimmungen des Bundes und des Landes beachtet und wird das Studiengangskonzept auf die Übereinstimmung mit diesen Bestimmungen überprüft.

Ein letzter Punkt: Die von Ihnen angesprochene Fortbildung ist auch für uns ein wichtiger Gesichtspunkt; da stimme ich zu. Hierzu ist Folgendes zu sagen: Das Baukammergesetz NRW verlangt von den Kammermitgliedern, sich in allen für die Berufsausübung relevanten Fachgebieten regelmäßig fortzubilden. Diese Berufspflicht wird

von der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen aufgrund der von den Kammern erlassenen Fort- und Weiterbildungsordnungen überwacht. Selbstverständlich sind in diesem Zusammenhang auch Fortbildungen relevant, die die Themen Energieeinsparen und Klimaschutz behandeln. Diese liegen doch sozusagen auf der Hand.

Meine Damen und Herren, es besteht keinerlei Veranlassung zu der Annahme, dass die Baukammern dieses Thema im Rahmen ihres Fortbildungsangebotes vernachlässigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Für die Grünen hat sich noch einmal Frau Dr. Seidl zu Wort gemeldet.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen Rednern, die heute gesagt haben, wir würden hier von oben herunter etwas verordnen wollen, möchte ich noch einmal Folgendes vorhalten: Das Hochschulfreiheitsgesetz sieht vor, dass das Land als Gegengewicht zu der Freiheit, über die die Hochschulen jetzt verfügen, die Möglichkeit hat, strategisch zu steuern.

Diese strategische Steuerung erfolgt über die Zielvereinbarung. Deswegen ist es legitim, in unserem Antrag zu fordern, über die Zielvereinbarung des Ministeriums zu steuern, dass die Ziele des Klimaschutzes – die wir uns ja alle, auch als Land, auf die Fahnen geschrieben haben – an die Hochschulen herangetragen werden.

Das ist keine Verordnung von oben herunter, sondern genau das Pendant zum Hochschulfreiheitsgesetz. Dabei handelt es sich um die Mittel, die wir als Land haben, um auch als Landesgesetzgeber über das Ministerium etwas erreichen zu können.

Heute haben wir ja von allen Rednern gehört – selbst der Minister hat es gesagt –, dass die Ziele des Klimaschutzes für uns ganz oben stehen. Deswegen müssen sie auch in den Hochschulen verankert werden.

Daher zielt unser Antrag darauf ab, den Klimaschutz über diesen Weg, der legitim und auch richtig ist, tatsächlich nach vorne zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Damit sind wir am Ende der Beratungen zu diesem Punkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6001** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend –, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum letzten Punkt für heute, nämlich Tagesordnungspunkt

11 Treibhausgasemissionen bei Dienstreisen ausgleichen – Vorbildfunktion der öffentlichen Hand erfüllen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6000

Für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer wirksam Klimaschutz betreiben möchte, kommt nach unserer Auffassung – und ich denke, so weit müsste der Konsens hier noch gehen – am Thema Verkehr nicht vorbei. Die CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr und auch aus dem Straßenverkehr sind zu rund einem Viertel für den in NRW verursachten Treibhauseffekt verantwortlich.

Vor allen Dingen ist der Verkehrssektor eine der Quellen, die am schnellsten wachsen. Im Gegensatz zu anderen Quellen sind bis jetzt auch keine wirklichen Planungen da, um den Verkehr in der nächsten Zeit drastisch zu reduzieren. Deswegen haben wir ja auch im letzten Jahr allein mit zwei Anträgen speziell in Bezug auf den Verkehr Initiativen ergriffen, mit denen in diesem Prozess umgesteuert werden sollte.

Heute nun geht es um den Ausgleich von Dienstreisen mit PKW und Flugzeug. Zum einen sind wir sehr froh, dass Ministerpräsident Rüttgers eine unserer Forderungen aufgegriffen hat und in der Zukunft einen Ausgleich vornehmen will. Zum an-

deren muss man aber ganz deutlich sagen: Nach all dem, was wir bis jetzt wissen, geht das nicht besonders weit und ist so, wie es konzipiert ist, auch nicht unbedingt optimal und zielführend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Namen unserer Fraktion möchte ich den Ministerpräsidenten, die Regierung und die Landtagsfraktionen, die die Regierung tragen, darum bitten und bei ihnen dafür werben, dass wir hier bestimmte Mindestanforderungen bei der Umsetzung eines derartigen CO₂-Kompensationsmodells vereinbaren. Dazu würde aus unserer Sicht insbesondere auch gehören, die besondere Klimaschädlichkeit des Flugverkehrs durch einen Multiplikator bei den CO₂-Emissionen zu berücksichtigen; denn die Flugzeugemissionen haben in höheren Lagen der Atmosphäre eben einen zwei- bis vierfachen Effekt auf das Klima wie die Emissionen in Bodennähe.

Die gemeinnützige Gesellschaft Atmosfair, die im Jahr 2004 übrigens unter der Schirmherrschaft nicht nur des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin, sondern auch des ehemaligen Bundesumweltministers Klaus Töpfer gegründet worden ist, berücksichtigt das bei ihren Berechnungen mit dem Faktor 3 für die Klimaschädlichkeit des Luftverkehrs.

Meine Damen und Herren, laut Presseberichten wollen Sie also eine Klimaabgabe einführen und diese allein auf Umweltschutzprojekte in Nordrhein-Westfalen beziehen. Das hört sich zunächst einmal gut an, geht aber in der Sache aus unserer Sicht fehl. Sie müssen nämlich wissen, dass Sie mit jedem Euro und jedem Cent, den Sie einsetzen können, insbesondere in Dritte-Welt-Ländern einen ganz anderen Multiplikatoreffekt erreichen. Damit schaffen Sie auch einen Ausgleich in wirtschaftlicher Hinsicht, weil dort investiertes Geld wieder der Bevölkerung zugute kommt.

Wir gehen in unserem Antrag deutlich weiter als die Landesregierung. Meine Damen und Herren, wir möchten, dass Sie sich in unsere Richtung bewegen. Deswegen appellieren wir heute an Sie, dass Sie eine CO₂-Kompensation in der Art und Weise durchführen, wie das anerkannte Institute machen, anstatt das Ganze ein Stück weit lässig und als Ablasshandel zu behandeln. Wir sind ganz deutlich dafür, dass Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle das macht, was andere Institutionen tun.

Lassen Sie mich noch einen abschließenden Satz zu denen sagen, die diese Dinge für Ablasshandel halten. Sicherlich sind wir der Auffassung – das haben wir hier im Hause auch mehrfach vertreten –,

dass insbesondere der Luftverkehr steuerlich endlich so belastet werden muss wie andere Bewegungsformen, zum Beispiel der Bahn- und der Straßenverkehr, der ja in ganz besonderem Ausmaß belastend ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber solange das nicht geschieht und solange Fliegen derartig vom Staat begünstigt wird, wie das immer noch erfolgt, muss man wenigstens ein Stück weit das tun, was andere uns vormachen, nämlich einen Ausgleich über diesen Handel und diese Abgaben schaffen.

Die Grünen-Fraktion hat das bereits beschlossen und handelt entsprechend seit Anfang des Jahres, wenn sich die Fraktionsmitglieder entsprechend fortbewegen und es nicht zu vermeiden ist. Wir bitten Sie, das nicht nur für die Ministerien ebenso zu regeln, sondern für alle Landesbehörden und auch für den Landtag. Deswegen: Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU spricht Frau Kollegin Brüning.

Hannelore Brüning^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Becker, Sie kennen sicherlich das alte Sprichwort: Ein bisschen zu spät ist viel zu spät. – Ganz ehrlich: Mir fällt in letzter Zeit immer mehr auf, dass Sie bei all Ihren Anträgen als Trittbrettfahrer auf schon längst in Fahrt gesetzte Züge aufspringen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Schauen Sie einmal auf das Datum!)

Wenn es dafür heute Abend noch eines Beweises bedurft hätte: Ihr Antrag, den wir heute auch an den Ausschuss für Bauen und Verkehr überweisen, liefert uns diesen.

In der Ankündigung der Einführung einer freiwilligen Klimaschutzabgabe auf Dienstreisen der Landesregierung durch den Ministerpräsidenten am 8. Januar sahen Sie natürlich eine Steilvorlage, die Sie nicht ungenutzt verstreichen lassen wollten und wohl auch nicht konnten. So entstand Ihr Antrag von drei Seiten Länge, um nach draußen hin das Signal zu geben: Hallo, wir sind auch noch da bei dem Thema!

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hannelore Brüning^{*)} (CDU): Nein, ich möchte diese fünf Minuten nutzen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. Bitte schön.

Hannelore Brüning^{*)} (CDU): Schauen wir uns einmal Ihren Antrag an, Herr Becker! Da rechnen Sie erst einmal – natürlich sehr aufwendig – vor, wie viel Kohlendioxidausstoß dem einzelnen Menschen pro Jahr auf dieser Erde zusteht und wie viel CO₂ ein Flug von Düsseldorf nach Washington pro Passagier freisetzt. Dann erklären Sie, dass bis zu einer einheitlichen EU-weiten Regelung der freiwillige Emissionsausgleich einen wirksamen Klimaschutzbeitrag liefern kann.

Herr Becker, das stimmt sogar, und gerade deswegen hat der Ministerpräsident dieses Projekt auch angestoßen. Nur: Er hat es getan, bevor Sie ihn dazu überhaupt aufgefordert haben.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das stimmt doch nicht!)

Übrigens hat er die freiwillige Klimaschutzabgabe nicht nur für die Flugreisen der Landesregierung ins Spiel gebracht, sondern ab 2009 auch für Dienstreisen mit dem Pkw – gerade so, wie Sie es in Ihrem Antrag einfordern.

Sie sprechen davon, dass effiziente Kommunikation auch ohne Reisen möglich ist. Zweifellos ist dieses vielfach der Fall, aber eben nicht immer; denn politische Kommunikation lebt stets auch vom persönlichen Gespräch und von persönlichen Begegnungen und vom offen ausgetragenen Diskurs in hierzu vorgesehenen Foren, die wir alle kennen und schätzen. Dass wir heute leider nicht mehr unter den Augen der großen Öffentlichkeit, aber einer breiten Öffentlichkeit Ihren Antrag und anderes mehr hier im Landtag diskutieren, beweist auch dieses.

Nichtsdestotrotz wird jede Dienstreise, ob mit dem Flugzeug, mit der Bahn oder mit dem Auto, geprüft, bevor sie bewilligt wird. Ihre diesbezügliche Forderung wirkt vor dem Hintergrund der gängigen Praxis geradezu weltfremd. Und schon im Nachsatz geben Sie dieses auch selber zu, dass nämlich nach der geltenden Rechtslage in Nordrhein-Westfalen nur Reisekosten beglichen werden, die auch unbedingt notwendig sind.

Sie fordern die Landesregierung dazu auf sicherzustellen, dass die Erlöse der freiwilligen Klimaschutzabgabe sozialen Projekten in der Dritten Welt zugute kommen. – Die Landesregierung unterstützt bereits in den Entwicklungsländern eine ganze Reihe von Maßnahmen zum Schutz der

Natur und der Umwelt und zur Förderung umweltverträglicher Lebens- und Verhaltensweisen. Darunter fallen in besonderer Weise auch Projekte des Energiesektors. Daher ist der Vorschlag des Ministerpräsidenten, heimische Energieeffizienzprojekte zu unterstützen, genau der richtige.

Die Federführung zur Umsetzung der Initiative zur Klimaschutzabgabe liegt beim Wirtschaftsministerium. Ich bin davon überzeugt, dass die Fachleute dort einen praktikablen Weg erarbeiten und unnötige Bürokratie vermeiden werden. Die Ausführungen in Ihrem Antrag zu diesem Punkt wirken da nicht sehr kreativ. Außer der Beschreibung notwendiger Änderungen im Haushalt und beim Landesreisekostengesetz fällt Ihnen dazu weiter eigentlich gar nichts ein. Mit Ihrer Forderung, unnötige Bürokratie zu vermeiden, deckt sich das natürlich nicht.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sehe ich unseren weiteren Diskussionen im Ausschuss entspannt entgegen, weil ich weiß, dass die Landesregierung den Zug steuert, dem Sie heute – das muss ich Ihnen sagen, Herr Becker – eigentlich ein bisschen vergebens hinterherrennen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brüning. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern uns an den 8. Januar 2008. Da hat Ankündigungs-Ministerpräsident Rüttgers das Imagepotenzial des Klimaschutzes entdeckt. Und da ein Eisbärenbaby gerade nicht zur Hand war, hat Ministerpräsident Rüttgers die freiwillige Klimaschutzabgabe auf dienstliche Flugreisen ins Gespräch gebracht; ab 2009 soll die ja auf Pkw ausgeweitet werden.

Nur das Imageproblem durch eine verfehlte Verkehrs- und Klimapolitik und möglicherweise das zeitgleiche Desaster um Herrn Laschet kann diesen Sinneswandel erklären; denn kurz vorher meldete der Fernsehsender n-tv: Die CDU/FDP-Regierung verfolgt ehrgeizige, aber realistische Klimaschutzziele. Aktuelle Pläne für eine Klimaschutzabgabe gebe es aber nicht. – Das ist ein deutlicher Sinneswandel, der sicherlich bei dem Stress, den der Ministerpräsident hatte, zu erklären ist.

Was heißt aber „ehrgeizige, aber realistische Klimaschutzziele“? Worauf bezieht sich die Freiwilligkeit bei der Abgabe? – Auf den Steuerzahler, der die klimapolitische Imagekampagne des Ministerpräsidenten zahlen muss, auf die Beschäftigten und die Mitglieder der Landesregierung oder auf den Fonds, in den man einzahlt?

Rüttgers befindet sich mal wieder im klimapolitischen Ungefähr. Aufwachen, Herr Rüttgers! Konkrete Programme zur Klimaschutzabgabe gibt es nämlich schon lange, zum Beispiel: Anfang 2007 hat die norwegische Regierung erlassen, dass die Belastungen durch dienstliche Flugreisen durch den Kauf von CO₂-Emissionszertifikaten abgegolten werden müssen. Auch die Bundesregierung in Berlin hat am 8. Februar 2007 entschieden, dass sie die Klimaneutralität von Beschäftigten und von Regierungsmitgliedern vorantreiben will und dazu Investitionen in Klimaschutzprojekte voranbringt.

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch, dass das ganze Geld kostet. Nach den Berechnungen der Bundesregierung werden es drei bis 4 Millionen € sein. Aber wenn der heute schon mehrfach zitierte Nicholas Stern recht hat, ist das sicherlich gut angelegtes Geld.

Auch bei den sonstigen Klimaschutzzielen der Bundesregierung – immerhin einer Koalition aus CDU und SPD – gibt es Lichtblicke: die Kerosinsteuer für Flugzeuge oder die Einbeziehung des Luftverkehrs in die Klimaabgabe, an der sich die Amerikaner zumindest momentan leider nicht beteiligen. Auch die Ablehnung der Gigaliner, die wir hier diskutiert haben, gehört sicherlich zu einer dieser klaren Aussagen aus Berlin.

Die Landesregierung redet von einer Klimaabgabe, die Bundesregierung von Klimaneutralität. Das ist natürlich viel weitergehend und sicherlich eher im Sinne der Grünen als eine Klimaabgabe. Ich fordere die Landesregierung auf: Übernehmen Sie einfach das Modell aus Berlin, übernehmen Sie das Modell der Bundesregierung, an der die CDU ja immerhin beteiligt ist. Man muss auch im Klimaschutz das Rad nicht immer neu erfinden.

Wittke ist der personifizierte Klimakiller Nummer eins.

(Widerspruch von der CDU)

Die Preissteigerungen im ÖPNV werden achselzuckend hingenommen. Der ländliche Raum wird abgehängt. Die Gigaliner sollen weiter rollen. Und die Fahrzeugförderungen, Frau Brüning, ein ganz wichtiges Mittel des Landes zum Voranbringen von ökologischen Aspekten bei der Anschaffung

von Fahrzeugen für den ÖPNV, soll es auch nicht mehr geben.

Wir warten auf den Ausgleich der Regiomittelkürzungen. Wir warten auf die Zurücknahme der 45a-Mittelkürzungen, die den ÖPNV im ländlichen Raum unterstützen, und müssen leider feststellen, dass sowohl DB Fernverkehr als auch DB Regio NRW ihre Strecken streichen. Dazu hört man vom Minister nichts.

Insgesamt müssen wir erleben, dass es eine klare Vorrangpolitik „Straße vor Schiene“ gibt. Das ist aus unserer Wahrnehmung falsch. Wir müssen feststellen, dass sich diese Landesregierung aus der Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs verabschiedet hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Staus, meine Damen und Herren, von denen Minister Wittke gesagt hat, das seien alles seine, sind auch nicht wirklich kürzer geworden.

Dazu kommen verheerende Aussagen von Mitgliedern der Koalition. Im Plenum hat jemand gesagt, kein Mensch habe ein Grundrecht auf ein gutes Klima. Das finde ich nicht nur menschenverachtend, sondern auch völlig falsch. Die Rechtsprechung hat auch festgestellt: Menschen haben ein Recht auf ein gutes Klima. Wir als Politik haben eine Vorbildfunktion und müssen das umsetzen.

(Beifall von der SPD)

Da muss Rüttgers in seiner eigenen Fraktion noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Bester Klimaschutz ist eindeutig der effiziente öffentliche Personennahverkehr. Hier darf nicht gekürzt werden. Wir haben zu unserer Zeit erreicht, dass ein Drittel mehr Menschen von den Autos auf Busse und Bahnen umgestiegen sind. Das ist der richtige Weg, auf dem Sie jetzt weitermachen müssen.

Ich habe erst kürzlich auf dem Neujahrsempfang des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr einen interessanten Vortrag über die ökologische Wirkung des öffentlichen Personennahverkehrs gehört. Wären Mitglieder der Landesregierung da gewesen, hätten sie es auch gehört.

(Horst Becker [GRÜNE]: Aber nicht verstanden!)

Wenn es sich bei den Ankündigungen des Ministerpräsidenten nicht um ein Täuschungsmanöver seiner Reklameabteilung handelt – das will ich sehr hoffen –, sollte er jetzt beim ÖPNV umsteuern und das Modell zur Klimaneutralisierung der Dienstreisen der Bundesregierung übernehmen.

Die Landesregierung muss ihre Vorbildfunktion wahrnehmen. Wir brauchen keine Symbolpolitik, sondern Taten. Die Zeit drängt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Meine Güte, welch hohes Ross.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird noch im Frühjahr dieses Jahres ein integriertes Klima- und Energiekonzept vorlegen.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Dabei wird es darum gehen, die Ziele der Klimapolitik mit den energie- und industriepolitischen Zielen in Einklang zu bringen. Die Zeiten, in denen die Grünen mit ihrer ideologischen Klimapolitik dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zufügen konnten, sind seit Mai 2005 Gott sei Dank vorbei.

Jetzt wird in Nordrhein-Westfalen eine Klimapolitik gemacht, die anspruchsvolle, aber auch realistische Ziele verfolgt. Wir werden die Belange des Klimaschutzes mit den Interessen des Energie- und Industrielandes Nordrhein-Westfalen zu einem vernünftigen Ausgleich bringen. Dabei ist eines völlig klar: Wir werden keine Symbolpolitik betreiben, so wie die Grünen das in ihrem Antrag fordern. Denn wir werden das Weltklima nicht dadurch verbessern können, dass künftig bei Dienstreisen der Landesregierung eine Klimaschutzabgabe fällig wird.

Wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewusst, dass mit dem rasant wachsenden Flugverkehr klimaschädliche Treibhausgasemissionen verbunden sind. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, bei der Preisgestaltung Anreize zu einer klimaverträglichen Nutzung des Verkehrsträgers Flugzeug zu setzen.

Hier gibt es bereits erfolgversprechende Ansätze. So wird der Flughafen Köln/Bonn ab dem 1. April 2008 emissionsabhängige Start- und Landebühren einführen.

(Bodo Wißen [SPD]: 10 Cent!)

Dadurch bekommen die Fluggesellschaften einen zusätzlichen Anreiz, moderne und umweltfreundliche Flugzeuge einzusetzen.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist symbolisch! Das ist ja lächerlich! Quatsch!)

Zudem gibt es auf europäischer Ebene konkrete Pläne, alle Flüge, die in der EU landen und starten, in das Emissionshandelssystem einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob und inwieweit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann, indem dienstliche Flüge der Landesregierung zusätzlich mit einer Klimaschutzabgabe belegt werden. Wenn man eine Klimaabgabe auf Dienstreisen der Landesregierung einführen will, ist zu berücksichtigen, dass es hierbei auch um das Geld der Steuerzahler geht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Brockes, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident, ich meine, dass diejenigen, die hier noch versammelt sind, ein Anrecht darauf haben, dass der heutige Plenartag zu Ende geht. Deshalb gestatte ich im Interesse aller keine Zwischenfrage.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie gestatten keine Zwischenfrage.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Meine Damen und Herren, man mag einwenden, dass das Aufkommen aus der Abgabe vergleichsweise gering ist. Schließlich soll es ja nur um einen symbolischen Beitrag gehen. Einige Zehntausend Euro sind aber eben auch Geld. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Verwaltungsaufwand für die Erhebung der Klimaabgabe in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufkommen stehen muss. Wenn für mehrere Hundert Dienstflüge die jeweiligen Treibhausgasemissionen ermittelt werden müssen, wird das sicherlich nicht ohne bürokratischen Aufwand vonstatten gehen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dies gilt erst recht, wenn auch noch die Dienstfahrten mit dem PKW erfasst werden sollen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Remmel, hören Sie ruhig zu! – Bemerkenswert sind die Vorschläge des Kollegen Becker, der deutlich gemacht hat, dass man differenzieren müsse, in welcher Höhe das Flugzeug unterwegs ist. Ich wünsche viel Spaß bei der Berechnung.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben nicht zugehört, wie immer!)

Die Einführung einer Klimaabgabe auf Dienstreisen wird auch in anderen Bundesländern kontrovers diskutiert. Bisher haben sich lediglich Hamburg und Baden-Württemberg zu einer solchen Regelung entschlossen. Die Landesregierung in Stuttgart hat für das Aufkommen aus der Klimaabgabe einen Fonds im Umweltministerium eingerichtet, aus dem möglichst innovative Klimaschutzprojekte im Land gefördert werden sollen. Dieses Klimaausgleichssystem gilt aber auch nur bis 2011. Wenn dann der Flugverkehr in den europaweiten Emissionshandel einbezogen ist, hat eine Klimaabgabe auf Dienstreisen auch aus der Sicht der baden-württembergischen Landesregierung keinen Sinn mehr.

In den meisten Bundesländern hat die Klimaabgabe kritischere Aufnahme gefunden. In Hessen sind die Grünen mit ihrem Antrag auf klimaneutrale Dienstreisen gescheitert, weil die Mehrheit im Landtag einen zu hohen Verwaltungsaufwand befürchtet. Auch im Freistaat Bayern wurde diese Idee abgelehnt. Hier wollte man nicht das falsche Signal geben, dass sozusagen allein mit Ausgleichszahlungen die Klimaprobleme gelöst werden könnten.

Ich komme zum Schluss. – Über das Für und Wider einer Klimaabgabe und die möglichen Gestaltungsvarianten werden wir in den Fachausschüssen sicher noch tiefgreifend diskutieren. Darauf freue ich mich. – Vielen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben das Wort.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt bringen Sie das mal zusammen! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Welchen Preis zahlt Herr Rüttgers an die FDP?)

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert von der Landesregierung im Wesentlichen, die nötigen rechtlichen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Kompensation zu schaffen, einen bestimmten Anbieter zur Förderung von Klimaschutzprojekten auszuwählen, zu finanzieren und diese Aufgabe unbürokratisch umzusetzen. Das ist bemerkenswert.

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat in seiner Pressekonferenz zum Jahresanfang, am 8. Januar, bereits erklärt, dass die Landesregierung eine freiwillige Klimaschutzabgabe auf ihre Dienstreisen einführen wird, und zwar für Flugrei-

sen und für Dienstfahrten mit dem PKW. Damit erfüllt die Landesregierung eine Vorbildfunktion.

Wieder einmal versucht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen – immerhin kein privater PKW –, den die Landesregierung längst ins Rollen gebracht hat.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Der fährt doch gar nicht! Die FDP will das doch gar nicht!)

– Dazu komme ich noch. – Der Antrag ist überflüssig. Allerdings können Trittbrettfahrer immer für sich in Anspruch nehmen, dass sie selber keine CO₂-Emissionen verursachen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das war aber ein billiger Witz!)

– Lachen Sie doch zumindest einmal.

Die freiwillige Klimaschutzabgabe ist Teil unseres integrierten Klimaschutz- und Energiekonzeptes, das im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt wird. Die weitere Ausgestaltung der Klimaschutzabgabe wird in der Landesregierung zurzeit erarbeitet.

Unter den Ländern gehört Nordrhein-Westfalen damit – Herr Brockes hat es soeben betont – nach Hamburg und Baden-Württemberg zu den Vorreitern bei der Kompensation der durch Dienstreisen verursachten Treibhausgase. Herr Brockes hat vielleicht nicht ausdrücklich vorgetragen, dass die Lösung in Baden-Württemberg Ergebnis einer Koalition zwischen CDU und FDP ist.

(Bodo Wißen [SPD]: In Baden-Württemberg ist die FDP schon weiter!)

Wir werden die entstandenen Treibhausgasemissionen durch Investitionen in zertifizierte, international anerkannte Klimaschutzprojekte kompensieren, die den anspruchsvollen Qualitätskriterien des Kyoto-Protokolls entsprechen. Bei der Berechnung der Emissionen werden wir wissenschaftlich anerkannte Methoden anwenden.

Mit der Umsetzung der Klimaschutzabgabe haben wir eine landeseigene Einrichtung beauftragt. Sie wird sicherstellen, dass das Aufkommen aus den Einnahmen für zusätzliche klimaschützende Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt wird.

Eines habe ich bei Ihrem Beitrag allerdings nicht ganz verstanden: Sie sind sich bei dieser Maßnahme sicher, dass im Ausland investiert werden soll, weil der Multiplikatoreffekt dort besonders groß ist. Haben Sie sich einmal überlegt, wie das zu dem passt, was Sie bei unseren Kraftwerken zur CO₂-Reduzierung tun wollen? Könnte man nicht einen weitaus größeren Klimateffekt erzielen,

wenn man es in anderen Ländern machte? Ich hätte gerne, dass Sie in diesem Zusammenhang ein bisschen schlüssiger argumentierten. Aber das ist ja auch sonst nicht Ihre Stärke.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die FDP hat bewusst nicht geklatscht!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Zunächst einmal stelle ich fest, dass es sich bei dem angeblichen Trittbrett um ein virtuelles Trittbrett handelt.

(Beifall von den GRÜNEN und von Bodo Wißen [SPD])

Denn Sie haben bis jetzt noch nicht dargestellt, wie Sie konkret vorgehen wollen. Aber Sie sind sich sehr sicher, nicht so verfahren zu wollen, wie es dem anerkannten Stand des Verfahrens und der Debatte quer durch das Land entspricht.

Sie wollen sich mit einer Scheinlösung herausmogeln. Sie wählen nicht das gesamte Parlament und nicht die Gesamtheit der Landesbehörden, sondern nur das Ministerium für eine sehr vage und kleine Angelegenheit. Frau Thoben, da Sie meinen, unsere Haltung sei nicht schlüssig, darf ich Ihnen Folgendes zurückgeben: Ich bin es gewohnt, dass Sie immer etwas flapsig reagieren, wenn Sie intellektuell überfordert zu sein scheinen.

Sie müssen sich schon einmal damit auseinandersetzen, dass eingesetztes Geld in der Tat an verschiedenen Stellen unterschiedlich wirkt. Wenn Sie also eine Umweltwirkung erzielen wollen, müssen Sie das Geld auch an der Stelle mit der größten Umweltwirkung ausgeben. Genau deswegen macht Atmosfair das. Vielleicht sollten Sie einmal bei dem ehemaligen Bundesumweltminister Töpfer in die Nachhilfeschule gehen, damit diese intellektuelle Überforderung aufhört.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6000** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** – federführend –, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, den

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. – Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** des Plenums findet statt am Mittwoch, den **20. Februar 2008**, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend, eine schöne Karnevalszeit

(Beifall)

und einen wunderbaren Einstieg in die dann beginnende Fastenzeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:32 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.